

Vorwort

Dieses Heft ist Gegenwart und Zukunft der Osteuropastudien und der Regionalforschung gewidmet. Das OEI, Herausgeber dieser Zeitschrift, war in den letzten Jahren Irritationen von Expertenkommissionen ausgesetzt. Als Vorsitzender des Institutsrates des OEI will ich nicht sagen, dass das Institut selbst gar nicht zu diesen Irritationen beigetragen hat. Aber wichtiger waren andere Faktoren im Umfeld.

Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Ablösung des Kalten Krieges durch eine komplexe multipolare Welt haben die lange Zeit starke politische Unterstützung für Untersuchungen über Osteuropa entschieden gemindert. Die als Globalisierung gefasste Intensivierung und Beschleunigung von Finanz-, Kommunikations- und Informationsströmen macht die Orientierung auf scheinbar stabile Räume hinterfragenswert. Prozesse der Integration von Werbe- und Unterhaltungsangeboten, der Auffächerung kultureller Identitäten und zugleich der Aufspreizung von Lebensformen und -bildern zwischen pluralen, „globalen“ Orientierungen einerseits und antisäkularen, „fundamentalistischen“ Reaktionen andererseits führen zu Flickenteppichmustern politischer und sozialer Orte; auch dies macht es immer schwerer, Räume als Untersuchungsfelder zu definieren und stabil zu halten. Anfragen zu stellen, ist also nicht nur legitim, sondern auch notwendig.

Diese Fragen nach dem Nutzen von Regionalstudien werden in diesem Heft aus unterschiedlicher Perspektive in engagierten und plädoyierenden Beiträge von Hans-Holm Sundhausen (S. 5), Kenneth Prewitt (S. 8), Saskia Sassen (S. 11), Heike Dörrenbächer (S. 12), Aurel Croissant (S. 14) und Manfred Sapper (S. 16) behandelt. Ein besonderes Teilstück ist die Umfrage, die wir zu genannter Thematik bei sieben einschlägigen Instituten in St. Petersburg, Helsinki, Birmingham, London, Pittsburgh, New York, Stanford und Harvard (S. 19) durchgeführt haben. Auch das OEI hat sich hier positioniert.

Debatten über Regionalstudien – area studies – sind in den vergangenen Jahren also geführt worden. Das geschah in Fachverbänden (DGO, AAASS, ISA, IPSA), in einschlägigen Publikationen und andernorts. So verwundert es nicht, dass auch Wissenschafts- und Finanzministerien auf die Idee kamen zu prüfen, ob die Republik noch Regionalstudien benötigt. Damit begann eine längere Phase von Evaluationen und Kommissionen, die sich auch der Berliner Regionalinstitute im Allgemeinen und des OEI im Besonderen annahm. Ich wiederhole, dass daran nichts Unanständiges ist. Wissenschaftliches Tun hat sich Beurteilungen zu stellen und es muss zumindest Fachgutachter überzeugen.

Das gilt auch dann, wenn ungünstige Ausgangsbedingungen vorliegen, wie im Fall des OEI. Gegen Ende der Tätigkeit des Wissenschaftsrates, im Frühjahr 2000, waren hier nur noch zwei von sechs der im Strukturplan der FU vorgesehenen Professuren besetzt. Das Gutachten des Wissenschaftsrats (WR) enthielt kritische Fragen und partiell skeptische Einschätzungen (S. 36). Es führte zur Einsetzung einer weiteren Expertenkommission zur Beurteilung der Berliner Regionalinstitute (S. 41), die im Sommer 2001 ihren Bericht vorlegte. Dieser Befund war in der Tendenz positiv, vor allem auch für das OEI. Doch folgte auf diese eine weitere, diesmal Struktur- und Programmkommission, die über die Umsetzung der vorherigen Empfehlungen nachzudenken hatte. Deren Arbeit endete nach immerhin nur zwei Sitzungen im Dezember 2001. Nun mussten diese weiteren Befunde nur noch in einen Beschluss des Akademischen Senats der FUB umgesetzt werden, der tatsächlich am 6.2.2002 erfolgte (S. 46). Wir legen den geeigneten LeserInnen Auszüge aus den Berichten der genannten Kommissionen in diesem Heft vor.

Wie ist nun die Lage? Sobald die in den Empfehlungen vorgegebene Dachkommission zur Berufung aller vakanten Professuren an den Regionalinstituten der FUB gebildet sein wird, können die dann noch ausstehenden Berufungen vorbereitet werden. Eine weitere Berufung ist derweil erfolgt und eine weitere steht unmittelbar bevor. Der von den Evaluatoren befürwortete neue M.A.-Studiengang „Osteuropastudien“ liegt der FU-Verwaltung zur Prüfung vor und muss dann in eine Beschlussempfehlung für den AS umgesetzt werden (S. 48). Der ebenfalls begrüßte M.A.-Fernstudiengang „East European Studies“ wurde der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung eingereicht und ist inzwischen bewilligt worden (S. 50).

Weitere Aktivitäten des OEI laufen mit Erfolg weiter: Die neulich preisgekrönte Praktikumsbörse (S. 56), die Homepage, die Verbesserung der Informations- und Kommunikations-Infrastruktur, die Vorbereitung eines deutsch-russischen Graduiertenkollegs (in den jüngsten Zielvereinbarungen vom Präsidium gebilligt), die Besetzung der vom Stifterverband bewilligten Forschungsdozentur für Konfliktmanagement, und die Realisierung und Vorbereitung erstaunlich zahlreicher laufender und genehmigter Forschungsprojekte (S. 69). Hinzu kommen Berichte von Rosalinde Sartorti (S. 57) und Sandra Evans (S. 58). Weitere Aktivitäten sind ebenfalls profilbildend: Der vom DAAD gerade genehmigte Antrag auf Einrichtung eines deutschsprachigen Studiengangs für Politikwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft in Moskau (S. 60), die Intensivierung der Kooperation mit Partnerinstituten, vor allem in St. Petersburg (European University), Helsinki (Aleksanteri Institut), Birmingham (CREES), und entsprechenden Einrichtungen an amerikanischen Hochschulen.

Ein eigener Teil dieses BOI gilt den – zunehmend wichtigen – „virtuellen“ Aktivitäten am OEI und zu Osteuropa. Das betrifft das große Informationsangebot über ISI (S. 61), die JOE-Liste und den dazugehörigen nicht-virtuellen Stammtisch (S. 61 bzw. S. 63) und die Serviceleistungen von GESIS (S. 65).

Schließlich wird dieses Heft wie stets abgeschlossen durch mehrere Beiträge aus Forschung und Lehre sowie durch Berichte von Exkursionen und Tagungen.

In der Summe ist dieses Heft auch eine Teilantwort auf die Ausgangsfragen. Regionalstudien lassen sich auch heute gut begründen, wenn sie dreifach verankert sind: in einer theoretisch angeleiteten und vergleichend operierenden Lehre, in Forschungsdesigns, die in der Regel raumübergreifende Fragen über Vergleiche von Referenzpunkten in mehreren Räumen zu beantworten suchen, und auch über das Angebot von Beratungsdienstleistungen für Nachfragen aus Wirtschaft, Politik und Kultur. Das schließt die Teilnahme an Deutungskonkurrenzen auf einem kompetitiven Deutungsmarkt ein.

Es sieht danach aus, dass das OEI auch künftig seinen starken Platz im Rahmen der FUB, des Hochschulstandorts und der Hauptstadt Berlin, der nationalen und internationalen Ausbildungs-, Forschungs- und Beratungslandschaft haben wird. Er wird sich immer wieder neu zu prüfen, teilweise neu zu definieren und auch zu behaupten haben. Aber es wird ihn geben, wenn wir diese Herausforderungen annehmen. Dazu lade ich alle MitarbeiterInnen und Studierenden nachdrücklich auf Neue ein.

Klaus Segbers

Vorsitzender des Institutsrats des OEI

Europa – Osteuropa – Balkan oder der „kleine“ historische Unterschied

Von Holm Sundhaussen, Berlin

In der Forschung der letzten Jahre zum Osteuropabegriff ging es darum, die Raumvorstellungen zu dekonstruieren, zu zeigen, wie sich das Verständnis „Osteuropas“ im Lauf der Zeit verändert hat, wie Räume entdeckt, Raumbilder konstruiert bzw. erfunden und politisch instrumentalisiert wurden.¹ Arbeiten über „mental mapping“ hatten Hochkonjunktur. Befördert wurde diese Fokussierung durch das Verschwinden des politischen Ost-West-Gegensatzes und die Globalisierungsprozesse. Befördert wurde und wird sie durch den Wunsch, Europa zu vereinen und Trennendes aus dem Weg zu räumen: nach dem Fall der Mauer auch die „Mauern in den Köpfen“ zu beseitigen. Schließlich hat auch die Postmoderne mit ihrer Dekonstruktionswut zur Auflösung der „Realia“ beigetragen. Diese einseitige Ausrichtung liegt nun hinter uns.

Erneut stehen wir vor der Frage, was es mit der allseits akzeptierten „Vielfalt Europas“ auf sich hat. Wenn es Vielfalt und Differenz gibt, müssen sie auch benennbar sein. Differenz wird oft (und zumeist unbewusst) mit Ausgrenzung gleichgesetzt. Das ist falsch. Zwar ist Differenz immer mit Abgrenzung verbunden. Aber Abgrenzung ist nicht identisch mit Ausgrenzung. Es gibt sowohl inkludierende wie exkludierende Differenzen (bzw. Abgrenzungen).² Jede Definition ist im wörtlichen wie im methodischen Sinn Abgrenzung. Und ein Verzicht auf Definitionen wäre gleichbedeutend mit einem Verzicht auf Wissenschaft. Auch diejenigen Forscher, die zu Beginn ihrer Arbeit auf eine Definition ihres Untersuchungsgegenstands aus mehr oder minder plausiblen Gründen verzichten, kommen um eine – wenn auch vage – Abgrenzung nicht umhin. Dabei ist im Auge zu behalten, dass Grenzen außer einer trennenden auch eine verbindende Funktion haben, dass sie nicht zwangsläufig Barrieren sind, dass es diesseits und jenseits der Grenze Übergänge gibt, dass Grenzen Transferprozesse und wechselseitige Beeinflussungen nicht ausschließen usw.

Im Unterschied zu den Naturwissenschaften, aber auch im Unterschied zur Anthropologie oder zu primär theorieorientierten sozialwissenschaftlichen Fächern hat es Geschichte stets mit Raum und Zeit zu tun. Sie bilden das Koordinatensystem der Geschichtswissenschaft, da es außerhalb von Raum und Zeit keine Geschichte gibt. Historische Räume sind ein heuristisches Konstrukt, dessen Zweck es ist, eine grundsätzlich unendliche historische Punktualität zu bündeln und zu strukturieren.³ Je nach Erkenntnisinteresse werden diese Strukturierungen unterschiedlich ausfallen. Wenn europäische Geschichte oder Geschichte Europas (was nicht dasselbe sein muss) keine Leerformeln bleiben sollen, müssen sie mit Inhalt gefüllt werden.

Was also ist europäische Geschichte? Der aus Polen stammende Oscar Halecki definiert „Europäische Geschichte“ (stark verkürzt formuliert) durch eine Kombination von antikem Erbe plus Christentum⁴. Der ungarische Mediävist Jenő Szűcs ist in seiner Skizze der „drei historischen Regionen Europas“ dem Ansatz Haleckis gefolgt und hat ihn weiter ausdifferenziert.⁵ Für ihn ist das Movens der „Europäischen Geschichte“ die zeitliche und räumliche Entfaltung „kleiner“ und „großer“ Freiheiten: vom Westen in die Mitte und von dort in den Osten Europas, wo der Prozess stecken blieb.

Im Konstrukt der so verstandenen „Europäischen Geschichte“ sind die **Merkmale** das Definiens, während der **Raum** (bzw. der Ort der „Europäischen Geschichte“) **variabel** ist. So ist es möglich, dass zu bestimmten Zeiten bestimmte Teile des geographischen Europa aus der „Europäischen Geschichte“ herausfallen bzw. ausgegrenzt werden. Oder dass sich das Zentrum der „Europäischen Geschichte“ nach außen verlagert und damit das geographische Europa verlässt. Wenn eine solche Situation über längere Zeiträume andauert, macht es keinen Sinn mehr, von „Europäischer Geschichte“ zu sprechen. Konsequenterweise unterscheidet Halecki zwischen einem „Europäischen“ und einem nachfolgenden „Atlantischen Zeitalter“⁶.

Für Halecki wie für Szűcs ist z.B. der Balkan unter osmanischer Herrschaft aus der „Europäischen Geschichte“ herausgefallen⁷. (Wobei nicht ganz klar ist, wohin er gefallen ist.) Der Islam und andere nicht-europäische Religionen gehören nach Haleckis Definition nicht zur „Europäischen Geschichte“. Sie sind ein Fremdkörper: im maurischen Spanien ebenso wie im osmanischen Balkan oder im mongolisch beherrschten Russland. (Und manche unserer Zeitgenossen verlängern diese Liste bis in die Gegenwart hinein.) Halecki, der in den USA lebte, schloss dezidiert auch den realexistierenden Sozialismus aus. Szűcs, der im realsozialistischen Ungarn lebte, formulierte vorsichtiger, ohne Halecki direkt zu widersprechen. Kurzum: Islam und Sozialismus (zumindest der Sozialismus in den vormals sozialistischen Ländern) gehören nicht zur „Europäischen Geschichte“. Per definitionem nicht.

Ich mache keinen Hehl daraus, dass ich einer Geschichte Europas den Vorzug vor einer „Europäischen Geschichte“ gebe. Unter Geschichte Europas verstehe ich die Geschichte eines geographischen Raums: mit all seiner Vielfalt und all seinen historischen Wechselfällen. Hier ist der **Raum** das Definiens, während die **Merkmale** variabel sind (also umgekehrt wie bei der „Europäischen Geschichte“). Dem primär merkmalsorientierten Ansatz steht ein primär raumorientierter Ansatz gegenüber. Da der merkmalsorientierte

Ansatz nicht ohne Räume und der raumorientierte Ansatz nicht ohne Merkmale auskommt, gibt es vielfältige Überschneidungen zwischen „Europäischer Geschichte“ und Geschichte Europas. Gleichwohl haben die Unterschiede im methodischen Vorgehen (zuerst Bestimmung der Merkmale, dann des Raums oder zuerst Bestimmung des Raums und dann der Merkmale) weitreichende Konsequenzen für Inklusion und Exklusion. Zwar ist auch der geographische Europabegriff nicht in allen Punkten eindeutig, doch unstrittig ist, dass sowohl Russland (zumindest bis zum Ural) als auch der Balkan zu Europa gehören. Die Geschichte beider Räume ist damit Teil der Geschichte Europas.

Diese Feststellung schließt nicht aus, dass es innerhalb des geographischen Europa unterschiedliche Geschichtspfade gibt. Ich ziehe den Begriff „Geschichtspfad“ dem teleologisch aufladbaren Begriff „Entwicklungspfad“ vor. Diese differenten Geschichtspfade (wie viele es sind, bleibe im Augenblick dahingestellt) gehören zum historischen Reichtum und zur Vielfalt des Kontinents. Dass es bedeutende Unterschiede in der Vergangenheit Europas gibt, ist unleugbar und unstrittig. Umstritten ist lediglich, ob und inwieweit sich diese Unterschiede zu raum-zeitlichen Mustern verdichten lassen oder ob sie kreuz und quer durch den Kontinent und darüber hinaus verteilt sind. Ungeachtet aller Dispersionserscheinungen gehe ich von der These aus, dass es innerhalb Europas historisch-empirisch verifizierbare Zonen gibt, die sich hinsichtlich ihrer prägenden Merkmalskombinationen über längere Zeiträume hinweg voneinander unterscheiden. Wichtig in diesem Kontext ist, dass es sich dabei weniger um einzigartige Merkmale handelt, die nur einer Zone oder einem Raum zu eigen sind, sondern dass es i.d.R. um spezifische Kombinationen bzw. um einen spezifischen Mix von Merkmalen geht, deren einzelne Elemente unterschiedlich weit streuen können. Diese Kombinationen sind das Ergebnis historischer Prozesse und Pfadabhängigkeiten. Sie sind zeit- und kontextgebunden, haben einen Anfang und ein Ende.

Das Paradigma der „Pfadabhängigkeit“ (als einer Folge von Entscheidungen und Ereignissen, die an früheren Entscheidungen und Ereignissen konstruktiv oder destruktiv, affirmativ oder ablehnend anknüpfen) impliziert, dass es sich um Wege und/oder Prozesse – nicht um Ereignisse – handelt. Es impliziert, dass es über ereignisgeschichtliche „Brüche“ hinweg Elemente von Kontinuität gibt, die sich abschwächen oder verstärken (irgendwann auch ganz verblassen) können, die aber nicht von einem Tag auf den anderen (und spurlos) von der historischen Bühne verschwinden.

Die Leitideen und/oder Merkmale, die „westliche“ Gesellschaften für sich reklamieren (Rechtsstaat, Marktwirtschaft, Individualismus, Menschenrechte, Bürgertum, Zivilgesellschaft etc.) haben eine weit in die Vergangenheit zurückreichende Entstehungsgeschichte. Ihre Genesis war verknüpft mit Phänomenen, die es in dieser Form in Osteuropa nicht, erst später oder in anderen Kontexten gegeben hat. Die „Verwestlichungsbestrebungen“ in Russland

seit Anfang des 18. Jh. oder im Balkanraum während der spät- und nachosmanischen Zeit (19./20. Jh.) stellten jedoch keine zeitlich versetzte Wiederholung des westlichen Geschichtspfades dar (wie sowohl in der marxistischen wie bürgerlichen Historiographie behauptet worden ist). Sie nahmen einen anderen Verlauf und zeitigten andere Resultate als im „Westen“. Phasen der Konvergenz wechselten immer wieder mit Phasen der Divergenz ab. Und solange das Telos der Geschichte eine Glaubensfrage bleibt, etwas was weder verifiziert noch falsifiziert werden kann, gibt es kein „Ende der Geschichte“.⁸ Es gibt auch kein Ende des Zickzackkurses von Konvergenz und Divergenz.

Ein un-teleologisches Verständnis der Geschichte schließt nicht aus, dass sich Staaten aus unterschiedlichen historischen Räumen innerhalb und außerhalb Europas auf Normen verständigen, die sie im Umgang miteinander beachten wollen. Derartige Bestrebungen gibt es nicht erst im Zeitalter der Globalisierung; es hat sie schon in früheren Jahrhunderten gegeben. Die Akzeptanz solcher Umgangsregeln lässt aber nicht auf einen historisch angelegten Universalismus schließen, durch den die Unterschiede in den jeweiligen Geschichtspfaden zu bloßen „Varianten“ reduziert werden. Ich halte die *Varianten-Theorie* nicht nur für falsch, weil sie die Annahme eines bisher nicht konsensfähig definierten Grundmusters voraussetzt und nur zu retten ist, wenn man mehr oder weniger lange Zeiträume sowie kleinere oder größere Räume aus dem Grundmuster „herausfallen“ lässt oder das Grundmuster in eine Vielzahl von „Sonderwegen“ auflöst. Sondern ich halte sie darüber hinaus auch für schädlich, weil sie einerseits dazu verleitet, alles als „Abweichung“ (mit grundsätzlich negativer Konnotation) zu interpretieren, was dem vermeintlichen Grundmuster nicht entspricht, und andererseits die Vielfalt zu bagatellisieren oder zu ignorieren. Die Einigung auf internationale Regeln ist nicht das Ergebnis einer teleologisch verstandenen Geschichte oder eines „Endes der Geschichte“, sondern das Ergebnis von Pragmatismus, von Kompromissen und (bei der Mehrzahl der Betroffenen) von Abhängigkeiten (finanzieller, handelspolitischer oder bündnispolitischer Art).

In einem 1999 veröffentlichten Aufsatz habe ich versucht, den Balkan anhand von acht Merkmalen als historischen Raum Europas zu definieren, und dabei auch kritisch auf Maria Todorova „Imagining the Balkans“ Bezug genommen.⁹ Todorova hat daraufhin eine Entgegnung geschrieben, die im Juli 2002 erscheint und auf die ich meinerseits im Herbst dieses Jahres antworten werde.¹⁰ Darin plädiere ich für einen *Diskurs der Differenz* – einer *inkludierenden* Differenz – gegen den Diskurs der Universalität. Denn die postulierte Universalität ist das Ergebnis eines auf Westeuropa zentrierten Meta-Diskurses, sie ist ahistorisch und tendenziell teleologisch. Todorova kritisiert, dass der Balkan nicht konsequent in den Kategorien des „Westens“ interpretiert wird. Ich kritisiere, dass dies zu ausschließlich der Fall ist. Oder anders gesagt: Ich kritisiere, dass die Geschichte des Balkanraums in das Prokrustesbett der „all-

gemeinen“, d.h. der „westlichen“ Geschichte gezwängt wird. Für mich ist die Geschichte des Balkanraums etwas anderes und weit mehr als eine verspätete, durch das „osmanische Erbe“ verfälschte und im 19./20. Jahrhundert zeitlich gestraffte Variante der „Europäischen Geschichte“.¹¹ Ähnliches gilt – mutatis mutandis – auch für das engere Osteuropa, d.h. für den ostslavisch geprägten Raum. Aus Gründen, die ich hier nicht näher erläutern kann, die jedoch Jenö Szücs überzeugend herausgearbeitet hat (auch wenn ich mit seiner These vom „Herausfallen“ des osmanisch beherrschten Balkans aus der „Europäischen Geschichte“ nicht übereinstimme), ist die Geschichte Ostmitteleuropas (vom Baltikum bis Siebenbürgen) deutlich von der Geschichte Russlands auf der einen und des Balkans (südlich von Save und Donau) auf der anderen Seite zu unterscheiden. Während Ostmitteleuropa seit der Wende vom ersten zum zweiten Jahrtausend kulturell immer auf das Erste Rom orientiert war, waren Russland und der Balkan auf das Zweite und Dritte Rom ausgerichtet. Das war mehr als eine kirchen- und machtpolitische Entscheidung. Es war eine kulturpolitische Weichenstellung, deren Auswirkungen bis in die Gegenwart reichen. Russland und der Balkan sind – was Kulturen, Identitätskonstrukte, Herrschafts- und Gesellschaftsformen betrifft – andere Wege gegangen als Ostmittel- und Westeuropa.

Dass im relativ kleinen Europa alles mit allem „irgendwie“ zusammenhängt und dass aus der Vogelperspektive alles „irgendwie“ gleich ist, steht außer Frage. Dennoch gibt es Unterschiede in den dominanten und langfristig prägenden Merkmalen der Teilräume. Sie sind nicht nur historischer Natur, – sie beeinflussen auch die Gegenwart. Die Unterschiede in den Geschwindigkeiten, Verläufen und Ergebnissen der postsozialistischen Transformationsprozesse kamen deshalb auch nicht überraschend.¹² Diese Unterschiede zu benennen, ihre Genesis, Ausprägung und Gegenwartsrelevanz zu untersuchen, ist Aufgabe einer Osteuropahistorie, die sich nicht in die Epochen-, Verlaufs- und Begriffsschemata der „allgemeinen“ (konkret: der westeuropäischen) Geschichte zwingen lässt, sondern die Eigenwertigkeit differenter Geschichtspfade zur Kenntnis nimmt und anerkennt. Ein solcher Ansatz ist Teil dessen, was der Philosoph Wilhelm Schmid in Abgrenzung zur Postmoderne als „Wiederkehr der Wirklichkeit“ bezeichnet hat.¹³

Prof. Dr. Holm Sundhaussen lehrt am Osteuropa-Institut der FU-Berlin Ost- und Südosteuropäische Geschichte.

¹ Stellvertretend Larry Wolff, *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of the Enlightenment*. Stanford/Ca. 1994; Ders., *Venice and the Slavs: The Discovery of Dalmatia in the Age of Enlightenment*. Stanford/Ca. 2001; Vesna Goldsworthy, *Inventing Ruritania: The Imperialism of the Imagination*. New Haven/Conn. 1998; Maria Todorova, *The Balkans: From Discovery to Invention*, in: *Slavic Review* 53 (1994), 2, S. 453–482; Dies., *Imagining the Balkans*. Oxford 1997.

- ² Zur Diskussion über Differenz vgl. Werner Schiffauer, *Die Angst vor der Differenz*, in: *Zeitschrift für Volkskunde* 92 (1996), S. 20–31; Stephen C. Ainsley (u.a.) (Hg.), *The Dilemma of Difference. A Multidisciplinary View of Stigma*. New York 1986.
- ³ Vgl. M. Hefernan, *The Changing Political Map: Geography, Geopolitics and the Idea of Europe since 1500*, in: R.A. Butlin/R.A. Dodgshorn (Hg.), *An Historical Geography of Europe*. Oxford 1998, S.140–180.
- ⁴ Oscar Halecki, *Europa. Grenzen und Gliederung seiner Geschichte*. Darmstadt 1957, S. 1 ff., insbes. S. 10.
- ⁵ Jenö Szücs, *Die drei historischen Regionen Europas*. Frankfurt 1990.
- ⁶ Halecki, *Europa*, S. 36 ff.
- ⁷ Halecki, *Europa*, S. 69; Szücs, *Historische Regionen*, S. 17 f. Halecki grenzt sich in diesem Zusammenhang insbesondere gegen die Auffassungen von Nicolae Iorga, Arnold Toynbee und A.H. Lybyer ab.
- ⁸ Im Unterschied zu Francis Fukuyama, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München 1992.
- ⁹ Todorova, *Imagining*; Holm Sundhaussen, *Europa balcanica. Der Balkan als historischer Raum Europas*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 628–653.
- ¹⁰ Maria Todorova, *Der Balkan als Analysekategorie: Grenzen, Raum, Zeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002) (Juli 2002, Druck in Vorbereitung); Holm Sundhaussen: *Der Balkan. Ein Plädoyer für Differenz*, in: ebd. (Herbst 2002).
- ¹¹ Zum Stand der Debatte vgl. auch u.a. Pamela Ballinger, *Definitional Dilemmas: Southeastern Europe as 'Cultural Area'*, in: *Balkanologie* 3 (1999) 2, S. 73–92; Wendy Bracewell/Francis Drace, *South-Eastern Europe: History, Concepts, Boundaries*, ebd., S. 47–66. Andrei Pippidi, *Changes of Emphasis: Greek Christendom, Westernization, South-Eastern Europe and Neo-Mitteuropa*, in: ebd., S. 93–106; Georg Schöpflin, *Defining South-Eastern Europe*, in: ebd., S. 67–72; Margaditsch Hatschikjan, *Was macht Südosteuropa aus?*, in: *Südosteuropa. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur: Ein Handbuch*. Hg. von M. Hatschikjan und Stefan Troebst. München 1999, S. 1–27; *Was ist Osteuropa?* 1. Colloquium des Osteuropa-Instituts. Hg. von H. Sundhaussen. Interdisziplinäre Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der FU Berlin. 1/1998.
- ¹² Vgl. Holm Sundhaussen, *Die „Transformation“ Osteuropas in historischer Perspektive oder: Wie groß ist der Handlungsspielraum einer Gesellschaft?*, in: *Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs*. Hg. von Hellmut Wollmann (u.a.), Opladen 1995, S. 77–92. (*Leviathan*. Sonderheft 15/1995).
- ¹³ Wilhelm Schmid, *Die Wiederkehr der Wirklichkeit*, in: *Tagespiegel* vom 6. 11.1998, S. 31.

HOLM SUNDHAUSSEN und HEIKO HÄNSEL (Hg.)
**Konfliktregionen Südosteuropas
im Zeitalter des Nationalismus Teil 1 und 2**

*Arbeitspapiere des Arbeitsbereichs Geschichte und Kultur
des Osteuropa-Instituts, 3/2001, 4/2001*

Area Studies Responding to Globalization: Redefining International Scholarship

Von Kenneth Prewitt, New York

Starting shortly after World War II, American higher education expanded its expertise about parts of the world that previously had been remote from mainstream academic concerns. Half a century later, under the label of „area studies“, there is now a significant number of scholars trained in a wide range of languages, histories, and cultures of every part of the world. An infrastructure of academic programs, library and teaching resources has been established. In the process, area studies affirmed the power of new ideas to change longstanding assumptions, not least about ourselves and the relationships that bind us to the world.

Area studies proceeded largely in terms of geographic boundaries; especially those that have prevailed since the Second World War hastened the end of the colonial empires. Area studies was not indifferent to the obvious fact that jurisdictional boundaries have always been porous, what has to do with cultural borrowing, trade routes, security alliances, population movements, and world religions. But the decades of the Cold War, characterized by superpower confrontation, was a period particularly conducive to organizing knowledge production with distinctions between Asia and Western Europe, or Africa and the Middle East, or Latin America and the Soviet Union much in mind.

Now free from the bi-polar perspective of the cold war and increasingly aware of the multiple migrations and intersections of people, ideas, institutions, technologies and commodities, scholars are confronting the inadequacy of conventional notions of „areas“ as bounded systems of social relations and cultural categories. Critical problems and research issues appear in forms that overwhelm conventional definitions of area and region – from the quality of economic, political, and environmental life around the globe to the conditions for ensuring the security and well-being of all people. These contemporary issues inspire new and urgent questions that highlight the contingent ways in which people have interpreted the conditions of their lives. It follows that we need new intellectual concepts and new ways to organize scholarship.

Basic Principles: Area-Based Knowledge

The Social Science Research Council (SSRC) and the American Council of Learned Societies (ACLS) have found it conceptually useful to draw a distinction between traditional area studies, on one hand, and area-based knowledge, on the other. Area studies have taken regions in their totality as its primary unit of analysis. To be an area scholar is to participate in an enterprise that seeks to know all that can reasonably be known about a world region – its languages, history, cultures, politics, and religions. It

oversimplifies but helps to draw a useful distinction to describe traditional area studies as primarily producing knowledge about an area.

The term „area-based knowledge“ is intended to draw attention to knowledge production that starts with knowing about an area, but then using that knowledge to process trends and phenomena that transcend any given area. It is our working premise that geographically defined places, from remote villages to entire continents, are caught up in processes that link them to events, that although geographically distant, are culturally, economically, strategically, or ecologically quite near. To learn more and more about values or social conditions in a particular area, then, means to learn more and more about how that area is situated in events going beyond its geographic borders – but not thereby outside its culture or economy or ecology. Epidemics in Argentina or Chad are about conditions in those places, but also about the Geneva based WHO or the New Jersey based pharmaceutical industry. And so forth.

Self-evidently, the observe holds. Globalization does not render the specifics of place inconsequential; it reinforces the specificity of place. Globalization, whatever that term may mean is not something that is homogeneous or monolithic. The process to which the term points differentiates, producing winners and losers, the helped and the hurt. And the way in which these winners and losers respond to new opportunities and fresh defeats is no less conditioned by their histories and values than it was in times past. The SSRC/ACLS use the term „area-based knowledge“ to point toward a scholarly enterprise that can interpret and explain the ways in which that which is global and that which is local condition each other. Any number of phenomena – religious fundamentalism, for instance – occur on a global scale and yet vary dramatically from one place to the next.

In addition to bringing the particular to bear on the general and facilitating interregional comparisons, area-based knowledge has a larger epistemological role to play in contemporary scholarship. Here the SSRC/ACLS have in mind the philosophical debate that contrasts „views from nowhere“ with „views from somewhere.“ Area-based knowledge, broadly understood, anchors the positions that views do come from somewhere; that they are historically and culturally rooted. A commitment to area-based knowledge is also a commitment to scholarly traditions more prominent in the humanities than in the social science. It necessarily involves understanding the histories, value systems, and languages of specific cultures, just as it involves understanding their politics, social structures, and economies.

Continuing Tensions

Global vs. Local: The term globalization is not without its conceptual ambiguities (and political symbolism), but is used here to suggest that the pace and nature of trans-regional flows has accelerated since the collapse of communism as a doctrine around which to organize politics and economics. We have in mind capital flows, mass migrations, flexible labor regimes, telecommunications networks, tourism, cultural transfers, and international regimes in social as well as political and economic domains. None of these are new, but in combination and interaction they are changing the fixed nature of borders and boundaries. For example, there are novel ways in which globalization locates people, resources, beliefs, and information along new routes, in the process forging social connections between individuals and institutions which never before had contact or a common agenda. Area studies as a structure for organizing academic inquiry is challenged by these processes. Its familiar geographical boundaries have been disrupted, and today appear less stable, more permeable and fluid. Different phenomena of interest to the research community lead to different configurations of areas.

Transnational labor flows provide a clear example of tensions posed, and illustrate the value of integrating knowledge of place with the tools and insights of the disciplines. Those involved in such flows, and there are millions, are connected with multiple households as well as with multiple communities and countries. They are citizens of no place and yet of multiple places. Transnational labor flows necessarily involve a dense web of people, ideas, and resources passing through existing political and economic structures, although not smoothly or predictably. The genealogy of labor flows cannot be untangled without reference to the specificities of given places and their histories.

Yet such questions as why workers cross national boundaries, whether legally or illegally, which workers move, what happens to those who do not move, and how workers experience their transition into new national labor markets are concerns that transcend place. They can be more fully comprehended by subjecting them to the methods of the social sciences, for example through anthropological insights into the changing dynamics of households during the transition from command to market economies, sociological contributions to the understanding of social movements generated by the entry of foreign workers into new labor markets, and economic models about the implications of social policy for labor mobility. Equally important, these mass migrations upset established ways of assigning meaning to social experience. Thus they create problems and opportunities for artistic and religious ways of interpretation and expression as people seek to establish continuity or to articulate new cultural juxtapositions.

It is one of the well-known tensions of globalization that as it promotes integration, it leads also to the intensification of difference. Even as places are being drawn together

through global transportation and information systems, peoples are asserting difference and rejecting sameness on an unprecedented scale, and with self-consciousness about how these assertions take place on a global stage. Recent waves of racism, nationalism, fundamentalism, and communalism underline again the persistence of the local. It is not surprising, therefore, that studies of race, ethnicity, gender, religion, and nationalism – all carriers of the local and vehicles of the difference – are issues preoccupying many disciplines. These studies document that even the most global of phenomena – the Internet, for example, or international travel – are far from being equally available. Area-based knowledge traces the patterns of inclusion and exclusion, and helps us to see more clearly the ways in which global forces distribute rewards and penalties. Globalization provides powerful support for reconceptualizing the meaning of place in the contemporary world, and for promoting analytic tools that permit us to grasp the interconnection of the specific and the general.

American-Centric Scholarship: Area studies and comparative politics, as practiced by American social science in the decades after the Second World War, were frequently connected to the broad project of *diffusing* American economic and political values. The new mandate of comparative politics for example, according to a 1944 report, was to serve as a „conscious instrument of social engineering by importing our experience to other nations and integrating scientifically their institutions into a universal pattern of government“ (American Political Science Review 1944: 540–48). Area studies as it emerged from the war experience was closely linked to understanding distant places where the „free world“ was in competition with „communism.“

Critiques of this project, often led by humanists, have helped move the social sciences beyond these political rationales, but it is not easy to erase the legacy of the postwar construction of area studies as a project to export American experiences abroad, and the notion that there exists a universal pattern of government (electoral democracy) and a universal pattern of economic organization (markets). Among other things, these notions created powerful rationales justifying federal support for area studies programs, rationales that have reasserted themselves in the post September 11 political environment. The War on Terrorism requires language expertise, detailed knowledge of distant but dangerous places, and alliances with nations heretofore ignored. Investment in scholarship is often justified in terms that echo the post-Sputnik period.

But it is now much harder for an American-centric scholarship to dominate. The development of major scholarly communities around the world opens up new opportunities for international studies to be international in form as well as content. Though research has always been an international enterprise, American-based scholarship in the social sciences and humanities held an unusually privileged position in the decades immediately following World War II. That era has passed; the United States is a diminishing

point of reference for many scholars located elsewhere. The SSRC and ACLS have been centrally involved in this transformation of scholarship, in their effort – led by the joint committees – to strengthen the social sciences and humanities in dozens of countries around the world and, to the extent practical, to involve leading Latin American, African, Asian, and European scholars in Council-supported activities.

Area Studies vs. Disciplined-Based Research: A more thoroughly internationalized program of organizing research is important from another point of view, i.e., that of the U.S. discipline-based scholar. A largely discipline-controlled academy has often treated area studies as peripheral. Space does not permit engaging this issue fully, though perhaps mention should be made that most American discipline-based scholars have been engaged in area studies without recognizing it. Their „area“ has been the United States – its history, culture, politics and economics.

The internationalization of knowledge production has far-reaching consequences for the American-centric social science and humanistic disciplines. Because important scholarship is increasingly practiced in many parts of the world, to be current in econometric modeling, gerontology, comparative literature, or cultural analysis requires more than knowing what one's American colleagues are doing. As the discipline-based social scientist or humanist seeks out colleagues abroad, American-centric scholarship begins to fade. Probably more significant in the gradual (though certainly not completed) de-parochialization of the disciplines are the theoretical challenges highlighted by the task of explaining local variations in the context of strong tendencies toward globalization. Comparisons that matter very often cross area and cultural boundaries.

Basic vs. Applied: Probably no dichotomy has so haunted attempts to organize intellectual life as that which opposes basic against applied research. Although there have been many creative efforts at blending or re-labeling to try to escape this dichotomy, in the end there is a difference between scholarship that is curiosity-driven and that which is problem-driven, between scholarship which honors the principle of knowledge for its own sake and scholarship in service of broad social goals.

The differences are particularly important to recognize in a program that promises to join the humanities and the social sciences. For while both sets of disciplines incorporate basic and applied principles, the humanities are often regarded by skeptics as aloof from socially relevant issues. On the contrary, the humanities have much to say about the very issues of political and social identity, cultural transformation, changing gender role, and social cohesion which roil so much of the contemporary world. Humanistic scholarship is primarily interpretive and evaluative, employing methodologies that are pragmatic, strategic, and self-reflective depending on the questions posed.

Yet, for reasons noted in the next section, scholarship is needed that has no immediate practical purpose in mind.

New Factors – New Actors

That prior scholarly categories and approaches are viewed as increasingly obsolete is not surprising, for they were constructed largely by a scholarly community seeking to interpret a world in which nation-states were the central actors, linked to one another by security alliances, trading partnerships, the U.N. system, and the Bretton Woods institutions.

That world has slipped away, and the world that is replacing it features stresses and strains that are poorly understood and even more poorly managed. Scholars confront the rapid proliferation of new issues. The litany is familiar: climate change and environmental degradation, religious upheavals and challenges to modern value systems, population growth and large refugee populations, pandemic and emergent diseases, industrial relocation and replacement migration, terrorism and the redefinition of security. These processes have brought new actors to the fore, including global corporations, transnational religious movements, international NGOs, and international media empires. Issues of religious concern, cultural identity, and political community are now played out in new contexts.

Established political and cultural institutions are only partially managing to keep pace with these developments, often yielding place to new sites and forms of intervention. International human rights policy, for example, has been defined and often implemented by non-state actors, a dramatic but hardly isolated example of the role of transnational NGOs. Propelled by video and e-mail technologies, such issues as domestic violence and child labor must be confronted in an immense variety of local contexts around the world in ways that challenge long held assumptions about morality, identity, and autonomy. Similarly, multilateral lending agencies, accustomed to providing assistance exclusively through national governments, are now scrambling to catch up with the micro-credit revolution, a revolution whose origins and early practices emerged in a social space defined by neither the market nor governments but responsive to local forms of social solidarity.

These are illustrative of broad patterns. And if it is a truism to observe that the world is changing, so it is to observe that intellectuals are in the early stages of providing the concepts and constructs that will be drawn upon by those who have to manage or cope with these new conditions. Anyone who participates in meetings on any of the dozens of vexing topics confronting the international policy community will have heard the plea for „better understanding“ of the human dimension of a given problem, or its social context or its amelioration if influenced by conflicting beliefs and cultural practices. These pleas, however phrased, are in fact appeals for the knowledge that derive from research by the social sciences and humanities.

Examples of the power of new ideas to generate change are abundant. It is through the research of social scientists and humanists that we generate new definitions of security – taking into account the identities and vulnerabilities of sub-national groups around the world; that we promote insights on structural unemployment – taking into account historical forces seldom captured by the standard policy study; that we produce more nuanced conceptions of democratization taking into account the multiple ways in which citizenship rights can be extended to new actors or expanded to encompass a broader array of rights for segments of a polity; that we contribute to the eternal human effort to grasp how people understand themselves, their past, and their prospects.

Answers to questions such as these cannot be produced on demand. The deeper contours of the human experience

are unpredictable. Unpredictability recommends an important place in the program for undirected research. The central objective of the new program architecture is to stimulate basic critical scholarship that brings area-based knowledge to bear on global issues, that fosters integration of that knowledge with theories derived from discipline-based studies, and that is international in its purpose and organization.

Dr. Kenneth Prewitt was President of the Social Science Research Council from 1979 to 1985, and again from 1995 to 1998. Dr. Prewitt is presently completing a term as Dean of the Graduate Faculty, New School for Social Research, in New York. This text is drawn from essays that first appeared in „Items“, a publication of the SSRC.

The Subnational as a Site for Studying Globalization: Rediscovering Area Studies?

Von Saskia Sassen, Chicago

A first question we might want to ask is what it is we are seeking to name with the term globalization. In my reading of the evidence, there are actually two distinct dynamics we are trying to capture through this term. One of these involves the formation of global institutions and processes, such as the World Trade Organization, global financial markets, the new cosmopolitanism, the War Crimes Tribunals. These are entities that operate at the scale we usually associate with the term globalization.

But there is a second set of processes that does not necessarily scale at the global level as such, but rather takes place inside territories and institutional domains that have largely been constructed in national terms in much, though by no means all of the world. When we focus on this second set of processes we can begin to see the connections between the wealth of knowledge produced under the umbrella of area studies with the current effort to understand globalization in its multiple forms. One of the key categories which allows us to make the connection between a variety, though not all, area studies is that of place and its importance for many global processes.

We are, then, not only dealing with the by now widely recognized fact of multiple globalizations (e.g. Appadurai 1996; Eichengreen and Fishlow 2000; Aman 1998), only some of which are constitutive of the neoliberal corporate economic globalization that has probably received most of the attention. We are also dealing with the question of the various scales at which global processes get constituted, ranging from supranational and global, to sub-national (e.g. Sum 1999).

A focus on such nationally based processes and dynamics requires methodologies and theorizations that engage not only the global scale but also the sub-national scale as components of global processes. Working with sub-national scales makes it possible to use long-standing research techniques, from quantitative to qualitative, in the study of global processes. It also gives us a bridge for using the wealth of data produced in area studies. In both cases it is crucial to situate these in conceptual architectures that are not quite those held by the researchers who generated these research techniques and by the scholars in area studies. Their efforts mostly had little to do with globalization as we use this term today.

Studying the global, then, entails not only studying that which is explicitly global in scale, but also the multiplication across borders of connected locally scaled events and conditions. Further, it entails recognizing that many of the globally scaled dynamics, such as the global capital market, actually are partly embedded in the national and move between globally scaled levels, such as electronic financial markets, and locally embedded conditions, such as the concentrations of variously place-bound resources that constitute a financial center.

Let me focus on three instances that serve to illustrate some of the conceptual, methodological and empirical issues in this type of study. One of these instances concerns the role of place in many of the circuits constitutive of economic globalization. Unbundling globalization in terms of multiple specialized crossborder circuits, rather than simply representing it in terms of master

categories such as global markets, allows us to capture places and how different types of places are located on different types of specialized circuits. Global cities, for example, are places where multiple of these global circuits intersect and thereby position these cities strategically and deeply reshape them.

A second of these instances, partly connected to the first, is the role of the new interactive technologies in repositioning the local, thereby inviting us to a critical examination of our understanding of the local. Through these new technologies a financial services firm becomes a micro-environment with continuous global span. But it is not only these types of organizations that do so: also a resource-poor organization or household can become a microenvironment with global span. These microenvironments can be oriented to other such microenvironments located far away, thereby destabilizing the notion of context which is often imbricated in that of the local and the notion that physical proximity is one of the attributes or markers of the local. Further, through these interactive technologies, especially as implemented in the Internet, we can see the possibility of a new type of politics of places located on global networks. This is a form of global politics that runs not through global institutions but through local ones.

A third instance concerns what consequences for national state institutions and agendas result from the partial embeddedness of the global in the national described in the first two instances above. One interpretation of the outcome is the partial denationalization of what has been constructed over the last century or more as the territory and institutional domain of the nation-state (Sassen 2003). Understanding these dynamics of partial and specialized denationalization requires detailed knowledge of the particular national settings within which they occur.

In all of these three cases, much of the knowledge produced by area studies is enormously important. I think the

globalization scholarship cannot only focus on the newly developed global scale processes I referred to above. It needs deep understanding of the rich and varied contexts within which global processes take place.

References Cited

- Aman, Alfred C. Jr. 1998. „The Globalizing State: A Future-Oriented Perspective on the Public/Private Distinction, Federalism, and Democracy.“ *Vanderbilt Journal of Transnational Law* 31 (4): 769–870.
- Appadurai, Arjun 1996. *Modernity at Large*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Eichengreen, Barry and Fishlow, Albert. *Contending with Capital Flows*. New York: The Council of Foreign Relations, 1996.
- Olds, Kris; Dicken, Peter; Kelly, Philip F.; Kong, Lilly Yeung, Henry Wai-Chung (ed.) 1999. *Globalization and the Asian Pacific: Contested Territories*. London: Routledge.
- Sassen, Saskia 2003. *Denationalization: Territory, Authority and Rights in a Global Digital Age*. Princeton, NJ: Princeton University Press (forthcoming).
- Sum, Ngai-Ling 1999. „Rethinking globalisation: Re-articulating the spatial scale and temporal horizons of trans-border spaces.“ Pp. 129–145 in Olds et al., op. cit.

Saskia Sassen is the Ralph Lewis Professor of Sociology at the University of Chicago, and Centennial Visiting Professor at the London School of Economics. Saskia Sassen is currently completing her forthcoming book „Denationalization: Territory, Authority and Rights in a Global Digital Age“ (Princeton University Press 2003) based on her five year project on governance and accountability in a global economy. Most recently she has edited „Global Networks/City Links“ (London: Routledge 2002). „The Global City“ is out in a new fully updated edition in 2001. Her books have been translated into twelve languages.

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Osteuropaforschung in Deutschland – neue Tendenzen

Von Heike Dörrenbächer, Berlin

In eigener Sache

Die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) ist mit über 850 Mitgliedern das größte Netzwerk von OsteuropaforscherInnen und -interessierten in Deutschland. Die DGO wurde 1913 von Prof. Dr. Otto Hoetzsch gegründet, um die Erforschung der Entwicklungen Osteuropas zu intensivieren und die deutsche Öffentlichkeit und Politik sachgerechter über die Prozesse in diesen Ländern zu informieren. Die DGO hat die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Die 850 Mitglieder sind in erster

Linie Hochschuldozenten, aber auch Multiplikatoren unterschiedlichster Berufe aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Die DGO versteht sich als ein Forum für den Dialog zwischen Ost und West. Sie veranstaltet Tagungen und Konferenzen zu osteuroparelevanten Themen und hat die Aufgabe, Politik und Öffentlichkeit über aktuelle Entwicklungen in Osteuropa zu informieren. In der Gesellschaft sind acht Fachgruppen (Geographie, Geschichte, Pädagogik, Politik, Recht, Religion, Slavistik und Wirtschaft) vereint, so dass ein fächerübergreifender Dialog gefördert wird.

Dieser ist auch Bestandteil der Zeitschrift OSTEUROPA, dem wichtigsten Publikationsorgan für osteuropäische Fragen im deutschsprachigen Raum. Außerdem gibt die DGO zwei weitere Zeitschriften heraus: OSTEUROPA-RECHT und OSTEUROPA-WIRTSCHAFT. Die DGO hat eine Geschäftsstelle in Berlin und verfügt über ein bundesweites Netz von 26 Zweigstellen. Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der DGO ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch Tagungen, die in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und dem Ost-West-Kolleg in Brühl organisiert werden. Darüber hinaus ermutigt die DGO Nachwuchsautoren, in den drei Zeitschriften zu publizieren. (Für weitere Informationen über Struktur, Aufgaben und Ziele der Gesellschaft siehe auch: www.dgo-online.org.)

Neue Tendenzen in der Osteuropaforschung

Seit zwei Jahren erhält die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO) immer wieder alarmierende Mitteilungen über finanzielle Kürzungen oder Stellenstreichungen, ja sogar über drohende Schließungen ganzer Institute. Eine der wichtigsten Institutionen der Osteuropaforschung, das „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ (BIOst) in Köln ist aufgelöst worden. Von den ehemals 70 Beschäftigten (Wissenschaftlern, Mitarbeitern in der Bibliothek, Verwaltung, sonstiges Personal) ist die Mehrheit auf andere Bundesbehörden verteilt worden. Das wissenschaftliche Personal wurde z.T. in das aus dem BIOst und der Stiftung Wissenschaft und Politik fusionierte neue Forschungsinstitut für internationale Politik und Sicherheit überführt, das die Beschäftigung mit Ost- und Südosteuropa aber systematisch verringert hat. Das bedeutet eine immense Reduzierung von Osteuropakompetenz im Forschungsbereich und eine radikale Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Nachwuchsforscher mit einer Spezialisierung im Bereich Mittel- und Osteuropa. Auch an den Universitäten ist die Stellensituation für Osteuropaexperten nicht rosig. Lehrstühle mit einer Osteuropaorientierung werden oftmals nicht wiederbesetzt und umgewidmet. Das bedeutet, dass die Chance des wissenschaftlichen Nachwuchses auf Stellen als Hochschulassistenten oder wissenschaftliche Mitarbeiter an den Universitäten geringer geworden ist, von einem Eintritt in die Hochschullehrerlaufbahn ganz zu schweigen.

Seit der Wende 1989 hat sich die Vorstellung von einer potentiellen militärischen Bedrohung aus dem Osten nach und nach relativiert. Die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland bspw. haben schon im Kontext der deutschen Vereinigung ein hohes Niveau erreicht und haben sich seit dem Amtsantritt Putins noch weiter verbessert, nicht zuletzt durch Putins Deutschlandbesuch im vergangenen September. Doch offenbar führt die Verbesserung der Beziehungen zu Russland nicht zu einer Hochschulpolitik, die eine intensivere Beschäftigung mit Russland oder Osteuropa anstrebt. Im Bereich der Politik-

wissenschaft gibt es nach einer Umfrage der DGO aus dem Herbst 2000 lediglich 13 Lehrstühle bzw. Professuren mit einem Schwerpunkt Osteuropa in Forschung und Lehre in ganz Deutschland!¹ Dabei ist bekannt, dass von diesen zumindest ein Lehrstuhl nach Emeritierung seines Inhabers wegfallen wird, von einem weiteren ist bekannt, dass die Stelle mit einem anderen Bereich zusammengelegt werden wird und davon auszugehen ist, dass die Osteuropaorientierung ebenfalls entfällt.

Neue Themen in der Osteuropaforschung

Die Veränderung der politischen Verhältnisse seit 1989 wirkte sich auch auf die Inhalte der Osteuropaforschung aus. So ermöglichte die Öffnung der Archive den Historikern in den vergangenen Jahren neue Einblicke. Es erschienen mentalitätsgeschichtliche Arbeiten, neue Quellengattungen ermöglichten z.B. die Erforschung der Geschichte des Stalinismus im Alltag oder der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Teilweise sind jedoch Archive in Osteuropa, insbesondere in Russland und in der Ukraine, wieder geschlossen worden, so dass der anfänglichen Euphorie der Forscher eine Reihe politischer und praktischer Hindernisse entgegen steht.² Im Bereich der Politikwissenschaft gewann die Analyse von Politikfeldern, die nicht originär Bestandteil der Osteuropaforschung waren, zunehmend an Bedeutung. Ein Beispiel hierfür ist die Energiewirtschaft, deren Bedeutung für internationale Vernetzung, aber auch für die Entwicklung in den Transformationsländern selbst immer deutlicher geworden ist. Neu ist, dass neben politischen Analysen z.B. empirische Arbeiten über Energiewirtschaft im Spannungsfeld der Transformation, über ihre Auswirkungen auf die Handlungsspielräume gesellschaftlicher Eliten, die außenpolitischen und internationalen Vernetzungen im europäischen und transatlantischen Kontext etc. entstanden sind. Kultur als Bestimmungsfaktor für Gesellschaft und Politik ist für die Osteuropaforschung ebenfalls ein relativ neues Thema. Es hat vor allem deshalb an Relevanz gewonnen, weil dieser Komplex möglicherweise Erklärungen bietet, warum bestimmte Transformationsmodelle in einigen Ländern erfolgreich waren, in anderen hingegen nicht. Die Interpretation der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa im Zusammenhang übergreifender Entwicklungen führt dazu, dass die Bedeutung der „Mutterwissenschaft“ zunimmt. Gefragt sind gute Qualifikationen als PolitikwissenschaftlerIn, ÖkonomIn oder HistorikerIn, die zusätzlich über sehr gute Sprachkenntnisse verfügen und sich mit Hilfe der wissenschaftlichen Methoden der Mutterdisziplin den Problemen osteuropäischer Entwicklungen annähern. So muss ein Wirtschaftswissenschaftler in erster Linie etwas von Konjunktur, Arbeitsmärkten etc. verstehen und diese Kenntnisse dann auch auf Polen, Russland und Kasachstan anwenden können. Regionalspezialisten sind zweifellos gefragt, aber nur, wenn sie eine solide Fachausbildung vorweisen können, die mit Sprach- und Länderkenntnissen verbunden ist.

Berufsperspektiven

Dies führt zu der Frage, welche Berufsperspektiven eröffnet die Beschäftigung mit Osteuropa? Wenn es gelingt, sehr gute Berufsqualifikationen in einem Fach mit Sprachkenntnissen, Auslands- und Praktikumserfahrung während des Studiums zu verknüpfen, sind diese sehr gut. Genau wie in vielen anderen Bereichen gilt es, eine breite Allgemeinbildung im Grundstudium und keine zu alltägliche Spezialisierung im Hauptstudium zu erwerben, die gegenüber der normalen Ausbildung absticht. Vor allzu engen orchideenhaften Spezialisierungen sei gewarnt, diese kann man sich auch noch später mit einer Dissertation erwerben.

Ein klares Berufsbild gibt es kaum. Dies hat jedoch auch viele Vorteile. Osteuropaexperten finden sich entgegen schlimmen Vorurteilen keineswegs vorrangig als Taxifahrer, sondern vielfach als Pressesprecher, Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten und in Stiftungen, als selbständige Unternehmensberater u.v.m. wieder. Phantasie und

Flexibilität sind gefragt. Die Berufsperspektiven sind jedoch dank der zusätzlichen Fähigkeiten, z.B. in Form von Sprachkenntnissen, besser als die von Sozialwissenschaftlern ohne spezifische Zusatzqualifikationen.

Heike Dörrenbächer ist Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

- ¹ Auf diese Zahl kommt man nur, wenn man Lehrstühle für Internationale Beziehungen mitzählt, es handelt sich nicht etwa um Professuren für Osteuropastudien! (Berlin – Segbers, Essen – Haberl, Frankfurt/Main – Tatur, Frankfurt/Oder – Minkenberg, Hamburg – Pradetto, Halle – Rode, Heidelberg – Merkel, Jena – Hubel, Leipzig – Huber, Mannheim – Jahn, München – Mommsen, Tübingen – Meyer, Trier – Thaa).
- ² Lindner, R./Creuzberger, S. Selektion der Vergangenheit. Archive und Archivpolitik im postsowjetischen Russland (Arbeitstitel/Buch in Vorbereitung. Voraussichtliches Erscheinungsjahr 2002).

Systemwechsel – als Forschungsthema noch aktuell?

Von Aurel Croissant, Heidelberg

Der Wechsel autoritärer und „totalitärer“ politischer Systeme zu pluralistischen Demokratien war im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert zu einem der beherrschenden Probleme auf der politischen Agenda zahlreicher Länder in Osteuropa, Lateinamerika, Asien und Afrika avanciert. Seit dem Beginn der dritten Demokratisierungswelle in Südeuropa (1974ff.) bis zum Jahre 2001 hat sich die Zahl der Demokratien vervierfacht. Kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, am Beginn des „kurzen“ 20. Jahrhunderts (Hobsbawm) erfüllten mit der Einführung allgemeiner und freier Wahlen knapp 30 Länder das institutionelle Minimum der Demokratie. Anfang der 70er Jahre waren es schon knapp 40 Staaten. Die Zahl der Demokratien stieg dann gleichsam explosionsartig bis zum Jahre 2001 auf 120 oder 62% aller unabhängigen Staaten der Erde. Die meisten demokratischen Zugewinne waren im Zeitraum zwischen 1990 und 1996 zu verzeichnen. Allein während dieser Periode stieg die Zahl der Demokratien um mehr als die Hälfte, wobei die meisten Transformationen im ehemals sowjetisch beherrschten Raum sowie in den Entwicklungsländern in Asien und Afrika stattfanden.

Bereits dieser kursorische Blick auf die Bilanz eines Jahrhunderts der Systemwechsel zeigt, dass dieses Forschungsthema nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat. Vielmehr hat der Forschungsgegenstand in der gerade abgelaufenen Dekade noch an Bedeutung gewonnen. Dies gilt freilich nur, wenn unter Systemwechsel ein Prozess verstanden wird, der sowohl die Auflösung alter und den anschließenden Aufbau neuer Herrschaftsstrukturen umfasst als auch die Institutionalisierung substantiell neuer

Kriterien zur Regelung des Zugangs und des Verlustes von politischen Herrschaftspositionen. Gerade die Institutionalisierung demokratischer Verfahren, d.h. der Prozess, mittels dessen ein spezifisches Set politischer Verfahren und Regeln die Fähigkeit ausbildet, autoritativ und effektiv das politische Verhalten von Akteuren zu leiten, diesen Erwartungssicherheit zu bieten und somit Geltungskraft zu entwickeln, ist nicht mit der Einführung einer Verfassung oder der Durchführung von demokratischen Wahlen bereits abgeschlossen.

Zahlreiche empirische Beiträge der Systemwechselforschung haben in den letzten Jahren gezeigt, dass der Systemwechsel mit der Demokratisierung keineswegs erledigt ist. Vielmehr ist der Weg zur institutionalisierten und konsolidierten Demokratie häufig problembeladen und langwierig, und der Zielpunkt ist oftmals unsicher. Noch vor der Ökonomie und der Soziologie ist es vor allem die Politikwissenschaft und die politikwissenschaftliche Regionalforschung, die sich herausgefordert fühlen müssen, Verlauf und Ursachen der politischen Systemwechsel zu erklären, die Konsolidierungschancen der jungen Demokratien herauszuarbeiten und die spezifischen Probleme demokratischen Regierens in jungen Transformationssystemen zu durchleuchten. Dies gilt unvermindert auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Gleichwohl wissen wir, dass empirische Forschungstrends und Theorieentwicklungen gleichermaßen wissenschaftlichen Konjunkturzyklen folgen. Dies gilt nicht zuletzt für die politikwissenschaftliche Systemwechselforschung. Während das Forschungsinteresse der „Transitologen“

in den 50er und 60er Jahren auf die strukturellen Erfordernisse der Entwicklung zur Demokratie gerichtet war, schwenkte die Aufmerksamkeit im folgenden Jahrzehnt auf die Frage nach den Ursachen für die Entwicklung zur Autokratie. Eine weitere Dekade später wurde die alte Forschungsfrage in veränderter Form erneut aufgegriffen, nun vor allem mit handlungstheoretischem Rüstzeug. In den 90er Jahren trat die Beschäftigung mit Ursachen, Bedingungen und Modellen der Konsolidierung junger Demokratien in den Vordergrund.

Der Verlauf dieses Konjunkturzyklus folgte offensichtlich den politischen Gezeiten. Unter Rückgriff auf Samuel Huntingtons drei Demokratisierungswellen kann festgestellt werden, dass jede Welle und jede Gegenwelle der Transformationsforschung eine neue Richtung gab. Die erste und zweite Demokratisierungswelle der 40er bis frühen 60er Jahre bildeten den empirischen Hintergrund für die modernisierungstheoretische Debatte um Seymour Martin Lipset u.a. Die Forschung der 70er Jahre war wiederum wesentlich durch eine wenige Jahre zuvor einsetzende autokratische Gegenwelle beeinflusst, in deren Verlauf in Afrika, Lateinamerika und dem pazifischen Asien eine ganze Reihe autoritärer „Rückschläge“ zu verzeichnen waren. Der *Breakdown of Democratic Regimes*¹ wurde zum Fokus der Transformationsforschung. Auf dem Höhepunkt der Beschäftigung mit den Ursachen des Entstehens „nicht-demokratischer“ Regime entfaltete die dritte Demokratisierungswelle ihre Dynamik. Sie bildete den Auslöser für den Aufstieg der „Transitology“ zu einer „Protowissenschaft der Demokratisierung“, zu der sich mit dem Abflauen der letzten großen Demokratisierungswelle des 20. Jahrhunderts die „Consolidology“ gesellte².

Verbunden damit war eine institutionelle Wende in der Transitionsforschung. Die institutionelle Variable wurde in den Studien zur Konsolidierung neuer Demokratien insofern relevant, als der institutionelle Kontext der *Breakdown*-Studie quasi spiegelbildlich für die Konsolidierungssequenz nutzbar wurde: Was bislang als negativer institutioneller Faktor identifiziert werden konnte, da es den Zusammenbruch demokratischer Regime begünstigte, wurde nun von der anderen Seite betrachtet: Institutionelle Konstruktionen wurden positiv beurteilt, wenn sie demokratische Zusammenbrüche nicht begünstigt hatten. Seinen optimistischen Ausdruck fand dieser Ansatz in der Sichtweise, dass Demokratien – trotz ungünstiger ökonomischer und soziokultureller Kontextbedingungen – „gemacht“ werden könnten. Sofern ein günstiges oder optimales institutionelles Design gewählt würde, würde dies der Demokratisierung eine Art institutionellen Eigenantrieb verleihen. Die zentrale Forschungsfrage lautet hier also: Wie lassen sich Systemwechsel institutionell bändigen, die Handlungskontingenzen der Akteure begrenzen und positive Anreize für den Wechsel zur (liberalen) Demokratie gestalten?

In den ersten beiden Phasen der Demokratisierungsforschung wurde meist mehr implizit als explizit davon ausgegangen, dass jungen Demokratien im Wesentlichen zwei

Entwicklungswege offenstehen: zurück in die autoritäre Vergangenheit oder vorwärts in die Zukunft der gefestigten liberalen Demokratie. Im Gefolge der Konsolidierungsforschung hat die Frage nach den Entwicklungspfaden und Entwicklungsmöglichkeiten der liberalen Demokratie eine intensive und fruchtbare Auseinandersetzung mit Konzepten, Theorien und Modellen für die Erklärung von erfolgreichen, stockenden oder gescheiterten Prozessen der Konsolidierung junger Demokratien eingeläutet. In den letzten Jahren verdichteten sich nun jedoch die empirischen Hinweise darauf, dass die letzte Demokratisierungswelle des 20. Jahrhunderts weniger ein Triumph des demokratischen Liberalismus als vielmehr die Erfolgsgeschichte „defekter“ Demokratien werden könnte. Mit anderen Worten gewann die Frage (erneut) Relevanz, *wohin* politische Systemwechsel führen.

Für eine große Zahl junger Demokratien sind die prägenden Fragen der Systemwechselforschung der 80er und 90er Jahre nach den Ursachen und Verlaufsmustern von Demokratisierungsprozessen, den institutionellen Stützungsmöglichkeiten demokratischer Transformation, der Rolle von Parteien, Verbänden, Militär oder Zivilgesellschaft in den Systemwechseln und nach den politisch-kulturellen „Unterfütterungen“ weiterhin aktuell. Für die „erfolgreichen“ Systemwechsel des letzten Vierteljahrhunderts hingegen, wie etwa die Mehrzahl der ostmitteleuropäischen Staaten (Tschechien, Ungarn, Polen, Litauen und Estland) oder Taiwan, haben diese „klassischen“ Fragen der Systemwechselforschung sicherlich an Relevanz verloren. Das Forschungsthema fächert sich für diese Fälle zunehmend in Richtung auf Untersuchungsgebiete aus, wie sie auch von der allgemeinen Vergleichenden Politikwissenschaft für die etablierten Demokratien der OECD-Welt diskutiert werden. Gleichwohl bildet der Systemwechsel hier weiterhin eine spezifische Kontextvariable. Daher rückt in den letzten Jahren in der Systemwechselforschung zunehmend eine Forschungsfrage stärker in den Mittelpunkt, die in ihrer Perspektivenwahl einen neuen Trend widerspiegelt: die Frage nach den sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen des politischen Wandels zur Demokratie und nach den wirtschaftlichen und sozialen Sekundäreffekten des Systemwechsels.

Systemwechselforschung hat auch in Deutschland eine lange Tradition, die bis in die 60er Jahre zurückreicht, wengleich sie damals anders genannt wurde. Auch in der Bundesrepublik ist dieser Forschungsstrang vor allem in den 90er Jahren in den Rang einer boomenden Wissenschaftssparte aufgestiegen. In der deutschen Politikwissenschaft hat sich unter anderem der Arbeitskreis „Systemwechsel“ innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) seit seiner Gründung 1993 mit dieser wissenschaftlichen Aufgabe beschäftigt. An der Tagungs- und Publikationstätigkeit des Arbeitskreises lässt sich anschaulich und ohne Anspruch auf Vollständigkeit die Entwicklung der Themenstellungen in der deutschsprachigen Transformationsforschung aufzeigen. In insgesamt sieben Tagungen und sechs Publikationen hat

sich der Arbeitskreis mit unterschiedlichen Ausschnitten aus dem Forschungsthema beschäftigt. Während am Anfang die Beschäftigung mit Theorien und Konzepten der Transformationsforschung stand³, wurden in den darauf folgenden Jahren Probleme der Institutionenbildung⁴, die Rolle der politischen und gesellschaftlichen Akteure wie Parteien⁵, Verbände⁶ und Zivilgesellschaft⁷ diskutiert. Der neue Skeptizismus in der Systemwechselforschung hat auch in der Tätigkeit des Arbeitskreises seine Spuren hinterlassen. Die Frage der verzögerten oder gescheiterten Systemtransformationen und das Entstehen hybrider Regime⁸ waren ebenso Thema wie die Frage nach den Voraussetzungen erfolgreicher Demokratisierung in den für jede politische Ordnung, insbesondere aber für Demokratien zentralen Bereichen der Staatlichkeit und Nationsbildung⁹. Die Annäherung der Forschungsthemen der Systemwechselforschung an die Fragestellungen der allgemeinen Vergleichenden Politikwissenschaft zeigt sich deutlich im Perspektivenwandel von der Betrachtung der Auswirkungen von ökonomischen, politischen, kulturellen und internationalen Prozessen auf die Chancen demokratischer Entwicklung hin zur Beschäftigung mit der Frage, wie die spezifischen Herausforderungen und Bedingungen demokratischer Transformation auf das konkrete Profil der Politikproduktion in jungen Demokratien, etwa im Bereich der wohlfahrtstaatlichen Politiken, durchschlagen.

Vor allem diese letzte Fragestellung, so kann perspektivisch der Blick gewagt werden, wird in den nächsten Jahren die Systemwechselforschung beeinflussen, ohne dass diese dadurch ihre gewachsene Identität als Forschung über den Wechsel politischer Ordnungen verlieren wird.

Dr. phil. Aurel Croissant ist Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Kontaktadresse: aurel.croissant@urz.uni-heidelberg.de

¹ So der Titel eines Buches von Juan Linz und Alfred Stepan (Hrsg.), *The Breakdown of Democratic Regimes*, Baltimore und London (1978).

² So die ironischen Wortschöpfungen von Philippe C. Schmitter und Javier Santiso, „Three Temporal Dimensions to the Consolidation of Democracy“, in *International Political Science Review* 19 (1998) 1, 69–92.

³ Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung*, Opladen (1994).

⁴ Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider und Dieter Segert (Hrsg.), *Systemwechsel 2: Die Institutionalisierung der Demokratie*, Opladen (1996).

⁵ Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel 3: Parteien im Transformationsprozeß*, Opladen (1997).

⁶ Wolfgang Merkel und Eberhard Sandschneider (Hrsg.), *Systemwechsel 4: Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß*, Opladen (1999).

⁷ Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel 5: Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen (2000).

⁸ Petra Bendel, Aurel Croissant und Friedbert W. Rüb (Hrsg.), *Zwischen Diktatur und Demokratie. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen (2002).

⁹ Der siebte Band der Publikationsreihe ist gegenwärtig in der Vorbereitungsphase. Der Arbeitstitel lautet „Staat und Staatlichkeit in Systemwechseln“. Als Erscheinungsdatum ist die zweite Jahreshälfte 2002 avisiert.

Ach, Osteuropa! Oder: Totgesagte leben länger. Essay über Definition und Wandel eines Raumes

Von Manfred Sapper, Aachen

Der Osten ist auch nicht mehr das, was er mal war. Für die Christen („ex oriente lux“) kommt das Heil seit 2002 Jahren aus dem Osten. Für den jungen Ernst Bloch und die Kommunisten ging es nicht mehr von Jerusalem aus, sondern von Moskau („ubi Lenin, ibi Jerusalem“). Erst als die weise Vorhut des Arbeiter- und Bauernstaats auf deutschem Boden befand, dass Latein nicht proletarisch genug sei, hieß es: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“. Aber die Idee blieb dieselbe. Konkurrenzfähig mit der Heilerwartung aus dem Osten war immer nur die Unheilserwartung als die Kehrseite der Medaille. Der Topos von der Bedrohung aus dem Osten ist so alt wie die Mongolen und kriecht mit den Türken vor Wien, der russischen Knete nach dem Wiener Kongress und der militarisierten Sowjetunion in die Tiefen des kollektiven Unterbewusstseins der Westeuropäer.

Das waren schöne Zeiten, als der Ost-West-Konflikt noch die Welt strukturierte, Gut und Böse noch an ihrem Platz waren und auch die Farbenlehre noch stimmte. Schwarz war schwarz und weiß war weiß. Nun ist nichts mehr so, wie es einst war. Selbst das als Monolith erscheinende Osteuropa mit der UdSSR im Zentrum ist gegen alle Logik der Totalitarismustheorie auseinander geflogen. Teile des Raums sind auf dem Weg in die EU. Diese Staaten „verwestlichen“, während die *outs* im „Osten“ auf den kognitiven Landkarten vieler Europäer nach „Osten“ wandern. Im Kaukasus und Zentralasien drohen *failed states* zu entstehen. Kurzum: Der Raum ist in Bewegung geraten und hat das, was Osteuropaforschung einmal war, gehörig durcheinander gewirbelt und bei dem einen oder anderen ihrer Repräsentanten Identitätsstörungen verursacht.

Fast so, als wären auch diejenigen, deren Beruf der Gebrauch des Kopfes zum Zwecke des Denkens und Differenzierens ist, nicht gefeit gegen die Versuchungen der dichotomischen Vereinfachung, reproduzierten sie prompt auf wissenschaftlicher Ebene dieselben schwarz-weißen Urteile und Verhaltensmuster. Die einen machten weiter, so als wäre 1991 ff. nichts geschehen. Die anderen riefen das „Ende der Osteuropäischen Geschichte“ oder gleich der ganzen „Osteuropaforschung“ aus.¹ Beides war in dieser Eindeutigkeit völlig daneben. Den Abgesang auf die Osteuropaforschung hat dasselbe Schicksal ereilt, das bereits jenem *endism* des US-Hegelianers Fukuyama mit seiner Fama vom „Ende der Geschichte“ beschieden war.² Es hat sich alles als voreilig erwiesen. Wenn die Neubesetzung von Lehrstühlen ein Indikator ist, dann spricht der Schwung, mit dem sich junge Osteuropahistorikerinnen und -historiker momentan im Bewerbungskarussell drehen, nicht gerade für den Untergang der „Osteuropäischen Geschichte“ als Disziplin. Natürlich herrscht an anderen Fakultäten ein schlechteres Bild. Dagegen ist in Publizistik, Wirtschaft, Politik und in internationalen Organisationen ein Generationswechsel in Gang gekommen. An verantwortlichen Stellen der GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) oder in Missionen der OSZE wirken hervorragende junge Leute mit einem Osteuropa-profil, das nichts mehr mit jenem behäbigen Mainstream der Osteuropaforschung aus den 70er und 80er Jahren gemeinsam hat. Das ist ein Erfolg. Allerdings kann keine Rede davon sein, dass die Osteuropaforschung all die erforderlichen Reformen vollendet hätte, die Mitte der 90er Jahre angemahnt wurden oder dass sie eine Bestands-garantie erreicht hätte. Die Debatte über die Zukunft der Osteuropaforschung ist nicht abgeschlossen. Sie kann es auch nicht sein, solange der Umbruch im Osten und die Neuordnung des europäischen Kontinents nicht abgeschlossen sind.

Doch gerade daraus sollte eine selbstbewusste Osteuropaforschung Kapital schlagen. Die Veränderungen im Osten Europas bedeuten nicht, Osteuropa als regionalwissenschaftlichen Bezug aufzugeben. Erforderlich ist lediglich, den Begriff neu zu fassen und das Forschungsfeld neu zu bestellen. Dieser Schritt müsste gerade für Europäer eine vertraute Übung sein. Denn die ständige Neufassung ist ein Charakteristikum des ideengeschichtlich und räumlich dem Osteuropabegriff übergeordneten Europabegriffs. Wer Osteuropa als integralen Bestandteil Europas begreift, muss dies anerkennen. Die analytischen wie empirischen Unschärfen der geographischen, historischen, religiösen oder politischen Begriffe „Europa“ und „Osteuropa“ sind hinlänglich bekannt.³ „Europa“ ist keine aus der Geographie oder der Religion ablesbare Tatsache, sondern je nach Zeit und Kontext werden seine Grenzen und seine Identität immer wieder zur Disposition gestellt und neu definiert. Dasselbe gilt für „Osteuropa“. Wo die Grenzen verlaufen, die für die Bestimmung von Inklusion und Identität sowie Exklusion und Alterität von so großer Bedeutung sind, ist den Zeitläuften ausgesetzt.

Während des Ost-West-Konflikts war „Osteuropa“ überall dort, wo die kommunistische Parteierrschaft existierte. Das hatte etwa zur Folge, dass Dresden und Prag „östlich“ der Türkei verortet wurden, die qua NATO zum Westen gehörte. Dieser Osteuropabegriff mutet heute noch problematischer an, als er ohnehin immer war. Gleichwohl ist – mit Ausnahme eines funktionalen Europabegriffs – keine überzeugende Alternative in Sicht. Die Konzepte der „Transformation“ oder des „Transformationsraumes“ sind dies jedenfalls weder analytisch noch wissenschaftspolitisch. „Transformation“ ist per definitionem ein Übergangsphänomen und damit keine tragfähige Grundlage für *Area Studies*. Je weiter die Transformation in einzelnen Staaten erfolgreich verläuft, desto stärker gleichen sich einzelne Sphären aus Politik und Wirtschaft jenen Westeuropas an und werden für Fragestellungen der westlichen Komparatistik leichter anschlussfähig. Trotz anhaltenden Wandels wird der Begriff obsolet. Für die anderen „Noch-Immer-Transformationsstaaten“ wird der ohnehin teleologische Begriff zunehmend normativ und diskriminierend.

Der breite Osteuropabegriff umfasst alle während des Ost-West-Konflikts unter „Osten“ subsumierten Räume: Ostmitteleuropa und Südosteuropa, Belarus, Ukraine, Russland als „Kernosteuropa“, den Kaukasus und Zentralasien. Die Zurechnung der beiden letzteren zu Osteuropa stößt oft auf Widerspruch. Allerdings gilt dies auch für ihre Zurechnung zu Europa. Es handelt sich hier um die Inkonsistenzen der diversen Europabegriffe. Es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass Europa eben nicht gleich Europa ist. Europa ist größer als die EU. Das EU-Europa hat andere Grenzen und Mitgliedsstaaten als das Europarat-Europa oder das OSZE-Europa. Dieses reicht von Vladivostok bis Vancouver und umfasst selbstverständlich alle Nachfolgestaaten der UdSSR. Die Konsequenz aus diesen unauflösbaren Inkonsistenzen muss sein, mit dem Osteuropa- und dem Europabegriff pragmatisch umzugehen. Wer oder was zu Osteuropa und Europa gehört, lässt sich nur nach dem jeweiligen Problemfeld bestimmen. Geht es etwa um die Tätigkeit des „Hohen Kommissars für Nationale Minderheiten“ der OSZE, um Normsetzung durch den Europarat oder die europäische Energieversorgung, gehört auch Zentralasien zu Europa. Geht es um die Flexibilisierung des Schengen-Regimes an den künftigen EU-Außergrenzen, gehört nicht einmal das christliche Armenien dazu. Mal reicht Osteuropa bis an den Pazifik, mal endet es am westlichen Bug. Das ist kein Drama, sondern die Logik eines funktionalen Europabegriffs.

Ein funktionaler Europabegriff hat noch eine andere Konsequenz. Wo es geboten ist, muss die Osteuropaforschung ihr Blickfeld nach Westen erweitern. Diese „Westerweiterung“ ergibt sich ebenfalls aus der weltpolitischen Zäsur von 1991. Der Umbruch im Osten hat Europa nachhaltig verändert und wird es noch tun. Allerdings ist es ein weitverbreiteter Irrglaube, anzunehmen, dass der Wandel eine Einbahnstraße wäre. Die Neuordnung des Kontinents erfolgt nach den Regeln der *Osmose*, auch wenn der Druck auf beiden Seiten noch nicht gleich, *alsoisotonisch*

ist: Geht man von den beiden Hälften des Ost-West-Konflikts aus, sind wir Zeugen einer Verwestlichung des Ostens und einer Veröstlichung des Westens. Das sind die Implikationen der EU-Erweiterung mit ihren Folgen für den Reformbedarf von Institutionen und Entscheidungsprozessen sowie der intensiver werdenden Kooperation zwischen Russland und der EU, etwa in der Energiewirtschaft oder Handelspolitik.

Die Westerweiterung hat zwei Dimensionen: Die politische bezieht sich darauf, dass schon bald Fragen vergemeinschafteter Politikfelder der künftigen EU-Staaten aus Ostmitteleuropa in Brüssel entschieden werden. Wer sich Landwirtschafts- oder Strukturfragen in Litauen oder Polen widmet, muss sich mit der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ und dem „Kohäsionsfonds“ vertraut machen. Aber auch die Staaten Osteuropas, die *ante portas* der EU bleiben, werden maßgeblich von Brüsseler Entscheidungen tangiert. Zwei Beispiele: Sicher wird die Zukunft Kaliningrads als russländische Exklave und EU-Enklave von Interessen und Akteuren im Gebiet, in Russland, Polen und Litauen beeinflusst. Doch sie lässt sich ohne die EU nicht mehr politisch steuern, geschweige denn analysieren. Es ist Brüssel, das neben Moskau die Schlüssel in der Hand hält, um in der Visa-, Infrastruktur- und Handelspolitik Türen zu öffnen – oder zu schließen. Die Interaktion zwischen Kiev, Minsk und Brüssel wird wachsen, wenn die grenzüberschreitende Kooperation im Rahmen der sechs Euroregionen, an denen Belarus' und die Ukraine beteiligt sind, an Momentum gewinnt und ins Landesinnere ausstrahlt. Kommt es nicht zu dieser positiven Entwicklung, hat das ebenfalls Folgen für die Gestaltung der EU-Außenbeziehungen. Und wieder wird Brüssel der zentrale Akteur sein.

Die zweite Dimension ist wissenschaftlicher Natur. Mit diesen über die EU hinausgehenden Kooperations- und Integrationsprozessen wird Osteuropa zunehmend zu einem Gegenstand der vergleichenden Europaforschung. Das erfordert von ihr und der Osteuropaforschung die wechselseitige Anschlussfähigkeit von Fragestellungen, Methoden und empirischen Kenntnissen. Die in der Vergangenheit oft geführte Kontroverse über den Königsweg zur wissenschaftlichen Analyse Osteuropas zwischen Komparatistik (*Comparative Studies*) und Regionalwissenschaft (*Area Studies*) mutet vor dem Hintergrund des Wandels in Europa heute nur noch anachronistisch an. Diese Kontroverse ist eine im schlechten Sinne des Wortes akademische Aktualisierung des Henne-Ei-Problems. Einen Weg zu neuem Erkenntnisgewinn weist sie nicht. Es geht nicht mehr um ein „Entweder-oder“, sondern um das „Sowohl-als auch“: Komparatistik ohne Regionalexpertise und Sprachkenntnisse bleibt oberflächlich und schematisch. Regionalwissenschaft ohne theoriegeleitetes Erkenntnisinteresse, präzise Begriffe und Methoden bleibt rein deskriptiv. Beide solcherart defekten Ansätze bleiben in ihrer Erklärungskraft beschränkt und wissenschaftlich unbefriedigend. Nachholbedarf und Flexibilität besteht auf beiden Seiten, um diese Synthese zu erreichen.

Wer einmal das Vergnügen hatte, Osteuropaforschung im Rahmen von Europaforschung zu betreiben, ist um eine eigentümliche Erfahrung reicher. Die Bringschuld bei der gegenseitigen Annäherung und der wechselseitigen Offenheit für Erkenntnisinteressen, Theorien und Empirie liegt keineswegs *a priori* bei der Osteuropaforschung. Viele Vertreterinnen und Vertreter der traditionellen Europaforschung haben die Entdeckung noch vor sich, dass Osteuropa ein Teil Europas ist und dass die Metaphern vom gemeinsamen „europäischen Erbe“ oder von der „Einheit in der Vielfalt“ über das karolingische Reichsgebiet oder „Kerneuropa“ hinausweisen. In der Autozentriertheit auf das dynamische Westeuropa reproduziert sich eine politische und ökonomische Machtfigur aus der Zeit der Teilung des Kontinents. Diese hat allerdings sehr viel ältere Wurzeln.⁴ Die Autozentriertheit ist auch dafür verantwortlich, dass große Teile von Politik und Öffentlichkeit nahezu ahnungslos sind, was Ostmitteleuropa und Osteuropa nach ihrer „Rückkehr nach Europa“ zum „gemeinsamen Erbe“ oder zu „Europas exzentrischer Identität“ (Rémi Brague) beizusteuern haben. Antworten kann nur die Osteuropaforschung geben.

Wiederum zwei Beispiele: Der friedliche Umsturz in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei durch die Bürgerbewegungen hat die Geschichte der europäischen Revolutionen um eine bemerkenswerte, weil gewaltfreie, Variante bereichert. Vor allem ist er bedeutsam für die demokratische Traditions- und Identitätsbildung Europas. Im kollektiven Gedächtnis der Europäer hat dies bislang kaum einen Niederschlag gefunden. Ähnlich ist es um die Ideengeschichte bestellt. Auch hier ist Ostmittel- und Osteuropa *terra incognita*. Dabei ist das Denken aus Osteuropa über Europa integraler Bestandteil des europäischen Erbes. Niemand anderer als die Osteuropaforschung mit ihrer Expertise kann die „Osterweiterung des europäischen Denkens“ voranbringen. Leistet sie auch das, gibt es keinen Grund, der Osteuropaforschung wissenschaftliche Exzellenz und Existenzberechtigung abzuspochen.

Manfred Sapper ist Chefredakteur der Zeitschrift „Osteuropa“, Aachen.

¹ Jörg Baberowski: Das Ende der osteuropäischen Geschichte, in: Stefan Creuzberger u.a. (Hg.): Wohin steuert die Osteuropaforschung? Köln 2000.

² Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte, München 1992.

³ Herfried Münkler: Europa als politische Idee, in: ders.: Reich, Nation, Europa. Modelle politischer Ordnung. Weinheim 1996, S. 97–150; Egbert Jahn: Wo befindet sich Osteuropa? In: Osteuropa, 5/1990, 418–440.

⁴ Jenő Szűcs: Die drei historischen Regionen Europas. Frankfurt 1990.

East European Studies in Transition

A Survey of Nine Institutes

This survey has been designed by the editors of BOI 18. The goal is to present an overview of the assessments of nine institutes involved in East European Studies:

- Centre for Russian and East European Studies (CREES) of the University of Birmingham, UK;
- Centre for Russian and East European Studies at Pittsburgh University, USA;
- Columbia University Institute for East Central Europe, New York, USA;
- Faculty of Political Sciences and Sociology, European University at St. Petersburg, Russia;
- School for Slavonic and Eastern European Studies, London,
- Finnish Centre for Russian and East European Studies, University of Helsinki, Finland;
- Davis Center for Russian Studies, Harvard University, USA;
- Institute of East European Studies, Free University, Berlin; and
- Center for Russian AND East European Studies; Stanford University, USA

We think that the answers, taken together, present an excellent picture of the development and the state of affairs of institutionalized area studies related to Eastern Europe. Comments are most welcome.

The following questions were put forward:

1. What do the collapse of the USSR; the end of the East-West conflict; and the new global environment (globalization) mean for area studies in general, and for East European studies in particular?
2. What kind of changes – if any – in your curricula, research programs and personnel policy has your institute/ department introduced since 1991 to cope with this new situation?
3. What kind of relationship – co-existence, integration, competition, other – between regional studies and disciplines is prevalent in your institute/ department?
4. How has your budget/ funding situation evolved over the last ten years? Especially regarding institutional sources and acquisition of external funds?
5. For what kind of professional career are your students being prepared? Do you know – or do you have informed guesses – where they go after university?

Please find the answers below. This survey permits an interesting comparison of recent post-cold-war developments in East European Studies. Detailed informations about the Institutes have been attached at the end of the answers.

Klaus Segbers

Responses

The Centre for Russian and East European Studies (CREES) of the University of Birmingham, UK

Philip Hanson, Director (p.hanson@bham.ac.uk)

Background. CREES is a department within the university's School of Social Sciences. It is also part of the university's new European Research Institute, officially opened in November 2001 by Prime Minister Blair. Unlike similarly-titled centres in US universities, CREES is not an umbrella organisation for teaching and research staff on the payroll of discipline departments. It is a department in its own right, with its own payroll, working alongside departments of Economics, Politics, etc. In recent years it has had a 'core' teaching staff of 10–11, whose salaries are funded by the Higher Education Funding Council for England (HEFCE) as part of the core university budget. Research fellows, paid from 'outside' (though mostly

government-financed) project funds have recently been 5–7 in number. The disciplines covered are Economics, Politics, Sociology and Modern History.

In the national research assessment exercises (RAEs) that are conducted every five years, CREES has so far (most recently in 2001) received the highest possible rating. In the university's own internal financial planning, however, available funding is determined chiefly by student numbers. From that perspective CREES has been a (small) budgetary headache for the university, performing far less well than, say, Economics, for many years. That is a problem that goes back to long before the collapse of communism.

Our research and teaching have over the years been heavily weighted in favour of the USSR/Russia. Currently we have significant expertise on Ukraine, Poland, Hungary and Romania, and on EU eastwards enlargement, but Russia looms larger than any other country in our work.

Question 1

In Britain funding for Russian and East European Studies was not as closely related to security concerns before 1990-92 as it was in the US. There was a tradition of area studies that was, and in some contexts still is, considered to constitute a 'discipline' of its own. The collapse of communist rule in Europe did not therefore lead in any direct way to a reduction in public support for the field in Britain. There is however a general (global?) tendency in the academic world to treat the technical skills of individual social-science disciplines as paramount. In Britain there has also been greatly reduced university finance per student taught. These two factors, and not the collapse of communism, have recently been the most significant influences on our organization and finances. What the collapse of communist rule in Europe has done, in our neck of the woods, is primarily to alter CREES social scientists' research and teaching agendas.

Question 2

Changes in our research agenda have been massive. Even the CREES historians concerned with the Soviet period now deal with new sources and some new questions. For the social scientists concerned with the very recent past and with forward assessments, the changes are huge. For example, work on regional patterns of economic adjustment in Russia has become both feasible and of great interest. Core general questions in my own field have shifted from (for example) measuring and accounting for the slowdown in Soviet economic growth to (for example) assessing the influence of initial conditions on national outcomes in economic transformation.

Two developments identified in our field several years ago by James Millar have certainly played a part as well: the rise of the 'upstart natives' (social scientists born and bred in the countries we study and who have acquired Western technical training) and the invasion from the mainstream (social scientists who are not specialists in 'our' area but who have lately found it interesting and have moved in).

All of these developments have kept us on our toes, shaped our research agenda and been reflected in our teaching. In both research and teaching we emphasise comparative analysis, both across ex-communist countries and between ex-communist and other countries, more than before, but I believe this is more the result of developments in our disciplines than of the changes in the region studied.

In general, changes in curricula reflect our greatly changed portfolio of research topics. So far as curricula are concerned (for both undergraduates and postgraduates), we treat a grounding in the communist past as still

necessary for understanding the present. We still treat language training, also, as crucial for undergraduates specializing in Russian and East European Studies, and of course for postgraduates. At the same time, the nature of 'social science Russian', specialized training in which was pioneered (at least within the English-speaking world) at CREES, has changed dramatically.

In the 1990s the core personnel of the Centre changed little in disciplinary profile but substantially in age-profile: relatively young staff now predominate. That has helped enormously in the Centre's capacity to deal with the changes in the FSU and Central-Eastern Europe. It has not come about because of those changes.

Question 3

At any British university competition between (a) budget centres and (b) departments within those budget centres that contain several departments is normally about resources. Those resources come predominantly from HEFCE and, in one form or another, even more predominantly from central government in general. Few units on any British campus are in a position where they are financially independent of central government. This fact of life hampers some sorts of inter-departmental cooperation such as sharing the teaching of large numbers of students. Given all that, we find ourselves nonetheless cooperating more closely than before with discipline departments. I attribute this to research on our part of the world becoming more exciting intellectually and more accessible than it was in communist times.

One major development at Birmingham is the creation of the new European Research Institute (ERI). It contains CREES and the Institute for German Studies (IGS) and facilitates cooperation on what might be called pan-European research and teaching among CREES, IGS, Economics, Politics and other staff.

Question 4

The stock of CREES's externally-funded research contracts being undertaken in 1990-91 (total value, not annual flow) was £743,550. In 2001-02 it was £912,490. Adjusting roughly for inflation (using the GDP deflator, which rose 37.3% from 1990 to 2001), that is a modest decline in real terms of just over 10%. CREES continues nonetheless to have much larger external research funding per head of 'core' staff than most social science or History departments in the UK.

Britain's Economic and Social Research Council continues to be the source of funding for most of our projects (which means they are 'academic' in character and gained in open competition). But we also have, for example, a UK government contract related to export controls, and in the recent past some technical assistance projects (Tacis, UK Know How Fund). A new development is a major grant application under the EU's Fifth Framework programme. Cooperation with other departments in grant applications,

though still underdeveloped, is now more seriously discussed and is more likely to happen than before.

Question 5

Our specialist undergraduates are few in number and mostly British. Some go into jobs unrelated to our region of study. One (from last year) is with strana.ru. Our Master's degree students (lately about ten a year) and doctoral students (23 currently registered) of very recent times have included people from Japan, Turkey, Russia, Bulgaria, France and Germany. Some go into back-office work in the financial sector, some into government work relating to Russia and Central-eastern Europe (e.g., the Japanese board for academic exchanges, Japanese Eximbank, German Foreign Ministry, BBC Monitoring), some into academic posts (including in the most recent cohort positions in departments of History, Sociology and Politics – NOT area studies, except for two now working as research fellows in CREES itself). Some go into the NGO sector – not necessarily working on our region.

Coda. After re-reading the text above, I fear it may seem rather complacent. I would guess that most of the countries we study will in time become more like the countries we live in than they used to be. Some may merit special study in academic settings for a long time to come; others will not. The need for economists, political scientists, sociologists and historians from countries outside our region of study to be specially trained to have a systematic knowledge of that region's languages, histories and culture may perhaps be less than it now is. For the time being, the changes under way in the region merit a lot of attention on both intellectual and policy grounds, and require special training on top of the standard discipline training. That may not be the case in twenty years' time.

Meanwhile it is worth remembering that the academic world of the social sciences has its own resource coalitions and its own fashions. These shape our activities – sometimes, it seems, regardless of all the dramatic changes going on in the world we study.

The Centre for Russian and East European Studies at Pittsburgh University, USA

Robert Hayden, Director (r.hayden@ucis.pitt.edu)

Question 1

The changes brought about by the end of the cold war and globalization, have been evolutionary rather than radical at the University of Pittsburgh. At first, enrollments in Russian language classes decreased at the undergraduate level, but not graduate, but they have since returned almost to their high point in the early 1990s. On the other hand, enrollments in non-language courses, both introductory culture classes and at the graduate level, have increased.

Pittsburgh has always maintained a balance between Russian and East European Studies. Hence, the program has a relatively large number of East European specialists, and there was an increase in course offerings and research in such areas as the impact of the expansion European Union or the conflicts in Southeastern Europe. It is important to note that many new courses and research came via expanded contacts with professional schools: a joint MBA program with the business school and new exchanges and a joint certificate program with the law school. The addition of a Byzantine Studies program, however, is based largely on the arts and sciences.

The increased flow of scholars from the area has been beneficial, and the increased opportunities to have Pittsburgh faculty from non-traditional disciplines travel to eastern Europe have created opportunities to expand the program's academic base.

Question 2

The radically changed nature of security studies since 1991 has had little impact because the courses and research at

the University of Pittsburgh did not have an over-emphasis on purely military issues. However, new courses and research in the area of international crime, the environment, and above all nationalism and global economics have been developed.

There was a change in student composition in that many more students were born in the region and have native language abilities.

More graduate students are in the professional schools, particularly publicaffairs, business and law, and our Center has established joint programs with these schools. Two new programs were established with business and law, and the business school established two programs in eastern Europe. Addition faculty was appointed in the professional schools while the number of arts and sciences faculty was modestly reduced.

Question 3

Relations with departments that have been traditionally the core of the program remain strong. There has been increased activity with other area-studies centers, especially West European Studies, because of globalization, and in the case of eastern European studies, EU expansion.

Pittsburgh areas studies programs have always operated under the principle that faculty and graduate students should be BOTH area specialists and experts in their own disciplines. Thus our center offers a Certificate in Russian or East European studies, but not a degree. However, there is a discernable change in the focus of graduate student research, especially in political science and economics

towards focusing, slightly less on area studies and more on global or international issues.

Question 4

University support in areas such as small grants for research and additional faculty in professional schools has increased, but not in other areas, such as faculty support in the humanities and for instruction in the less commonly taught languages.

Government support has increased because Pittsburgh's REES program has aggressively sought and obtained grants for a variety of activities. These include undergraduate student exchanges, two programs with the law school, and other joint exchange and research activities. The program's largest single source of external support, the National Resource Center grant, is from the federal government, and it has been increased. Private support has modestly, but not significantly, increased.

Question 5

The careers of BA students are predominantly in the private sector, with pursuing further education a close second.

The vast majority of the MA students in the arts and sciences continue their education for a Ph.D.

Roughly half of the MA students in the professional schools seek employment in the private sector. This figure is much higher for the business and law schools. However, a majority of students in public affairs work for the government (US and foreign) or NGOs, which has seen a large increase since the mid-1990s. A majority of the MA students in education are employed by school districts, foreign and domestic.

The majority of the Ph.D. graduates are professors at the college level. However, a significant minority are employed by governments or research institutions.

The Columbia University Institute for East Central Europe, New York, USA

Catharine Theime Nepomnyashchy, Director (ch29@columbia.edu)

Question 1

The Harriman Institute, formerly the Russian Institute and then the W. Averell Harriman Institute for Advanced Study of the Soviet Union, merged in 1997 with Columbia University's Institute on East Central Europe. While the two institutions had cooperated closely in the past, sharing the twelfth floor of the International Affairs Building at Columbia University, this new union has further cemented that close relationship. Most recently, in 2000, we were joined on the twelfth floor by the newly founded Institute for the Study of Europe. Together we cover the expanse of Eurasia from Reykjavik to Vladivostok, and our geographical proximity at Columbia facilitates intellectual interaction between our regions. Moreover, the flexible institutional structure which creates links between us – John Micgiel serves simultaneously as the Director of the East Central European Center, Associate Director of the Harriman Institute, Executive Director of the Institute for the Study of Europe, and Director of both federally funded East European and West European National Resource Centers – mirrors, I believe, the new flexibility for regions and sub-regions to interact that is already beginning to characterize the more robust and intellectually vibrant model of area studies emerging for the twenty-first century.

The collapse of the USSR, and with it of the oversimplified and therefore intellectually flimsy division of the world into a bipolar model, along with the complementary ascendancy of the new global environment, demand flexibility in order to respond to the corresponding challenges these developments have posed to area studies. These challenges fall into two large categories. On the one hand, for the Harriman Institute, whose region covers the territory of the Former Soviet Union, the Eastern Bloc, and

the Balkans, it becomes less and less tenable to argue that the „communist experiment“ remains the defining historical experience that unites our sprawling region. Consequently, we need a more complex, but at the same time a more intellectually and practically viable understanding of the „area“ in area studies.

The most striking development at the Harriman Institute has been the growth in the number of students whose primary interest is in the Balkans, East Central Europe, the Caucasus, or Central Asia. Given that the preponderance of resources in the region has traditionally gone to the training of Russianists, we currently face an extraordinary challenge in terms of being able to respond with the appropriate faculty and other resources to the expanding number of subdivisions and competing geopolitical focuses within our region. On the other hand, there is a dangerous tendency on the part of scholars and academic administrators alike to respond to this increasing regional complexity by giving in to the seduction of globally applicable theories and global studies. This is especially disturbing for us in New York City and in the United States in the wake of September 11, which has thrown into relief the desperate shortage of and need for regional specialists competent not just in the languages but in the deeper cultural and political discourses of regions that have emerged with new and dangerous prominence on the world political scene. We responded and continue to respond to the aftermath of September 11 by arranging events that bring together specialists from different regional institutes. Certainly this model of cooperation will have to become one of the defining principles of the new area studies opening up exciting new vistas for comparative area studies, which will allow us to bring together depth of

regional knowledge in two or more subregions within the territory we cover or even between regions geographically, culturally, and historically far removed from one another. As distant points on the globe are drawn closer together by media and movements, area studies will have to meet the challenge on its own terms and without sacrificing depth and specificity.

Question 2

The primary change the Harriman Institute has made has been to institute a course called the Harriman Core Colloquium, „Legacies of Empire and the Soviet Union,“ which all graduate students working to receive the Harriman Institute Certificate are required to take. The course is arranged topically and covers extensive weekly readings which span the range of disciplines that made up Soviet studies. The course, which was first offered in 1993, was originally conceived as an introduction to Soviet and Russian studies and their legacy in the post-Soviet period, and the reading list originally consisted of „classics“ from those fields. The course has evolved as we have moved further from the Soviet experience. As scholarly publishing began to keep better pace with changes in the region, we continue to add more up to date readings to the list which seem to have more potent explanatory value for the present while removing readings that had only „historical“ importance. More recently, the increasing interest among students in East Central Europe, the Balkans, the Caucasus, and Central Asia have placed a further strain on both instructors and readings. We are currently considering making a second semester of the course, devoted almost exclusively to East Central Europe, required as well. The most important function of this course, however, is to bring together a diverse group of students, including students working for the Masters of International Affairs in the School of Public Affairs and students working for the Ph.D. in disciplinary departments of the Graduate School of Arts and Sciences. It has been both a stimulating and at times frustrating experience for instructors and students alike as they have struggled to communicate across disciplinary boundaries. Most important, it is a defining experience in area studies for all students who graduate from the institute.

Question 3

Because of the complex structure of Columbia University, it would take much more space than I have to answer this question exhaustively. In brief, the Harriman Institute is an umbrella organization which encompasses all faculty specializing in the region at the various schools of Columbia University. Since the Harriman Institute makes no central appointments, all of our faculty are hired by disciplinary departments and therefore must answer both to their disciplines and to area studies. In some departments this balancing act is easier than in others, but it is always

a balancing act. Perhaps the biggest problem in some departments comes in the tenure process, since theory tends to be valued over area studies in the evaluation of scholarly work. A related issue, one also too complicated to discuss at length here, is the relationship between disciplines and especially between the humanities and the social sciences in area studies. As more demands are placed on our time and we become increasingly specialized, despite all the trendy talk about crossing disciplinary boundaries, there is clearly a tendency for area specialists to retrench within disciplinary boundaries even at an institution like the Harriman Institute which seeks to bring scholars together by regional rather than disciplinary interests. Breaking down disciplinary boundaries is perhaps the greatest challenge facing area studies in the twenty-first century, and in the United States it is certainly related to rethinking area studies as primarily an intellectual rather than a policy directed endeavor.

Question 4

Since the Harriman Institute relies primarily on its endowment, which is held by Columbia University, we have fared relatively well in the years since the collapse of the USSR. Over the last ten years our budget has increased from approximately \$ 500,000 ten years ago to \$ 1.5 million today. We now have 12 named endowments and receive partial income from a thirteenth. The level of support that we receive from SIPA has remained the same over this period of time. We have also done well with support from government funds for non-Russian Slavic and East European language teaching (primarily Polish, Czech, Ukrainian, Hungarian, Romanian, and Serbo-Croatian). Nonetheless, the university administration has exhibited a disturbing lack of commitment to these languages, which would jeopardize our programs should external funding dry up. A more immediate problem is the growing need to provide instruction in the languages of Central Asia and the Caucasus (currently we offer only Uzbek). Needless to say, the university administration is even less enthusiastic about paying salaries to more language teachers to instruct relatively small classes.

Question 5

The students working for the Ph.D. in the Graduate School of Arts and Sciences are being prepared for careers in academia. Many of the SIPA students working for the MIA have come back to school after working in the region in business, government, NGOs, or journalism. They come back to school to increase their professional qualifications in those areas or to gain greater regional expertise or new professional qualifications. We try to keep good track of all of our graduates to the extent that that is possible. Most do go on to interesting careers in the fields listed above.

The Faculty of Political Sciences and Sociology European University at St. Petersburg

Oleg Kharkhordin, Dean of the Department (sociopol@eu.spb.ru)

Question 1

In general, East European studies or Russian studies have been on the decline since the US administration stopped investing huge sums of money into the study of its former main opponent. The overproduction of scholars specializing in the study of these areas of the world was however so great that the effects were not immediately obvious in the early 90s – SSRC and the foundations, for example, were still investing into the development of underrepresented fields in Russian and East European studies. But with the dwindling enrollment in undergraduate classes, and the virtual absence of interest in Russia and Eastern Europe among entering graduate students (in 1999–2001 no graduate students started a PhD on Russia in the department on political science at UC Berkeley, for example), the crisis became obvious. Russia has become as interesting as any other European country, let's say – like France. Also, globalization processes there are as interesting to study there as globalization processes in the Philippines' villages, for example. A genuine framework for comparative studies has become possible.

Question 2

Basically, perestroika made possible the formation of our university, which was founded in 1994 by St. Petersburg city government and a series of institutes of the Academy of sciences. All the courses taught were hence constructed as being different from what might have been taught before 1991. Also, given that we function on the model of an Anglo-American university, we have syllabi that closely reflect a syllabus somewhere in New York, rather than a Russian class syllabus on history or political science as taught in some Russian state university in 1994. Personnel policy of the University was aimed at recruiting those Russian professors who had western PhD degrees or have had an extensive experience of doing research or teaching in the west.

Question 3

Coexistence is the name of the game, since political science and sociology at EUSP exist in the form of political and social studies of Russia. And this is repeated in other university departments as well – out of about 200 dissertations that are being written now altogether in the university, only 5–10 are not directly related to Russia.

Question 4

EUSP started with a \$ 50,000 seed grant in 1994 but has evolved into a full-blown university with five departments by 1999–2000. Major sources of funding are international private corporations and a municipal

budget of St. Petersburg. No major changes occurred in the last five years, since the only alternative to this scheme are state resources, but these very largely unavailable to EUSP. Russian state does not finance private universities, while cooperation with the European Commission is at the very early stage of development. Exchanges between Free University of Berlin and EUSP were covered by DAAD grants, but even this type of state support is not very stable: notwithstanding very positive responses from German students who came to study at EUSP in 1999–2001, DAAD did not allocate any money for 2002–3, for some reason.

Question 5

EUSP teaches three types of students. First, recent Russian PhD holders (main concern of the university) end up living on grants from research foundations – a major source of finance available for independent social scientists in Russia these days. Teaching was not an option for them since salaries are very low except for some select state universities, like the Higher School of Economics in Moscow (HSE): EUSP is developing now a joint project with this school that will create two departments (sociology and economics) in the St. Petersburg branch of HSE. This will create a series of decent jobs for recent EUSP graduates. Another project involves Carnegie Foundation support money that allow students from Russian regions to get back to their cities of origin, to teach what they learned during their PhD careers at EUSP.

Among foreign students who study at EUSP (there were 26 PhD and MA level students in the department of political science and sociology alone in the fall of 2001, for example), North American graduates tend to find jobs in the NGOs that work in Eastern Europe. West European students tend to choose to continue their PhDs in their home countries.

G. COLDEWEY, A. FIEDLER, S. GEHRKE, A. HALLING,
M. HAUSLEITNER, E. JOHNSON ABLOVATSKI,
N. KREIMEIER, G. RANNER

**Zwischen Pruth und Jordan
Lebenserinnerungen Czernowitzer Juden**

*Böhlau Verlag Köln, Wien, Weimar, Herbst 2002
ISBN 3-412-07002-5, EUR 16,90*

The School for Slavonic and Eastern European Studies (SSEES), London

George Kolankiewicz, Director (gkolanki@ssees.ac.uk)

Question 1

Greater diversity, complexity places a greater emphasis on specialist knowledge rather than the template approach of the Cold-War. It requires not just economic and political science expertise but also the revival of literary and cultural studies. The studies are no longer ghettoized but part of mainstream social science which is a challenge for the whole academic community. Closer co-operation with region based colleagues, recruitment of academics from the area and closer ties with the user community-business diplomacy etc.

Question 2

Most of our social science degrees have changed in form and content whereas language training is also more professional. We try to adhere to triangulation in our recruitment and teaching policy- a knowledge of the discipline, the language and the area context (history, culture etc).

Question 3

The relationship is integral and increasingly so. We seek to forge links between language and literature, history and social sciences, which are our core provision.

Question 4

It has been assisted by the UK's recognition of the needs of the area. Our researchers have had excellent opportunities for funding from national and multilateral sources. They have good connections with scholars in the region and in some cases the demand exceeds supply. Diverse sources of research and scholarship funding mean more effort has to be made however to seek the most suitable source.

Question 5

Banking, NGOs, Diplomacy, Teaching, mass media. We have regular calls for the expertise provided by our students. I'd like to ask you if you can send us some answers on that. The deadline is tight, unfortunately (Feb 20), but we need altogether not more than about 2 pages. but, first of all – are you interested at all?

The Finnish Centre for Russian and East European Studies, University of Helsinki, Finland

Markku Kivinen, Director (markku.kivinen@helsinki.fi)

Question 1

It is obvious that the traditional area studies are in intellectual crisis. What is „East Europe“ in the contemporary situation? What are the politically correct and scientifically grounded approaches to this area? Traditional ways of understanding the basic distinctions within each field are vanishing. This is typically the case with the opposition of historical versus social scientific analysis of Russia. While historians have emphasized the unique nature of Russian development social scientists have been analysing them using the same approaches as to other societies. All this underlines the need of theoretical work which would be able to link the historical processes with new theoretical concepts. This would also imply deconstructing such unspecified and all encompassing concepts as „globalization“.

Question 2

Whereas elsewhere in the Western world Russian and East European studies seemed to be diminishing in Finland the opposite was the case. In the middle of the 1990's the Finnish Ministry of Education started two comprehensive efforts to promote Russian and East European studies in Finland. The first initiative was to launch a comprehensive research programme for the Academy of Finland. The second initiative was to establish the Aleksanteri Institute

(The Finnish Centre for Russian and East European Studies) as a special institution at the University of Helsinki. The institute is working as a nation-wide network for Russian and East European studies. In 1998 the institute started both an M.A. programme and a Ph.D. programme for the field. The networking of Finnish universities was regarded as inevitable because of the need of a division of labour and the limited resources of individual universities. Within the network each of the Finnish universities has developed a profile of its own in teaching Russian and East European issues. For example, the University of Lapland is active in arctic issues, while in the University of Joensuu, which is geographically located near the Eastern border, is concentrating on the problems of Karelia. The University of Tampere has a long and outstanding tradition in analysing the working life and social structure of Russia. Such division of labour is, of course, not determined from above, and it is about time to change according to the interests of researchers and students. In addition to the universities several research institutes are working in the field. The Bank of Finland has an internationally renowned institute for economics in transition (BOFIT).

Question 3

From the very beginning all the new Finnish efforts in the field have opted for discipline-based as opposed to area

based approach. The scholars in the research programme in the Academy of Finland were based in university departments maintaining close contacts with their disciplines. In the Ph.D. and M.A. programmes of the Aleksanteri-institute as well, students must have a disciplinary competence first, and become Russian and East European experts there-after. The programmes are based on multidisciplinary courses which are integrated within the teaching of disciplines. It is required that all new scholars in the field have a rather thorough knowledge of transition, Russian culture and history and also of Finnish-Russian political and economic relations. For each student a personal study plan is constructed with regard to this multidisciplinary part of their studies. About 50 young scholars are now enrolled in the doctoral programme of the Aleksanteri-Institute. In M.A. programme more than two hundred students are enrolled in the system.

Question 4

Funding for Russian and East European studies has grown favourably although all the time more and more of that is based on external project funding. Aleksanteri-Institute has been able to raise funding from the European Union, Finnish ministries and regional councils. The private funding is so far very modest. Also the Academy of Finland is willing to launch new programmes on these issues.

Question 5

Because the programmes in Finland are multidisciplinary there is a vast variance in the potential labour markets. So far, half of the graduated M.A. students have been recruited to the private sector. There is no unemployment in the field (99 % were immediately employed, more than 90% on a permanent basis.) The EU funding has been used for developing working life practice for the students.

The Davis Center for Russian Studies, Harvard University

Timothy J. Colton, Director (tcolton@fas.harvard.edu)

Question 1

They challenge us to situate our work in broader contexts. These include the transformed international environment, the several geographic and cultural zones in which our countries of study are located, and also the shifting academic environment, particularly in the social sciences.

Question 2

Research at my center is largely driven by the intellectual interests of its members. These have changed along with changes in the environment. The generational change in the field is now in full progress. Our master's program is now more flexible in terms of course requirements, and requires a thesis based on original research and, in most cases, summer travel, which we fund from resources we have raised.

Question 3

Not an easy question to answer. The executive committee of my center is made up of professors from all the relevant departments. These same individuals run most of our seminars. There is no competition for resources. The intellectual agenda, of course, is contested to some extent.

Question 4

Our funding base improved steadily throughout the 1990s. Government support for student-related activities has held roughly constant. From private sources, particularly for endowment, we have been able to augment our capacity a great deal.

Question 5

Our master's students go into a variety of professional slots, including business, foundations and NGO's, journalism. Ph.D. students mostly go into academic life, although there are exceptions.

KLAUS SEGBERS (Hg.)

Explaining Post-Soviet Patchworks

Volume 1

Actors and sectors in Russia
between accommodation and resistance
to globalization

Aldershot: Ashgate, 2001, 410 pp.

Volume 2

Pathways from the past to the global

Aldershot: Ashgate, 2001, 436 pp.

Volume 3

The political economy of regions,
regimes and republics

Aldershot: Ashgate, 2001, 328 pp.

The Institute of East European Studies, Free University, Berlin

Klaus Segbers, Director (segbers@zedat.fu-berlin.de)

Question 1

Structures of science disciplines are historically contingent. Significant changes of economic, political, social or cultural circumstances may require changes in academic departmentalization. It would be strange if such significant changes as they took place after 1985 would not affect the organization of academic inquiries.

The new configuration of time and place, structures, actors and their preferences produces no linear, clear results. Integration and fragmentation are neighbors, as are complex domestic/transnational/international shifts of demarcations. Place matters. But place is not identical with countries, nations, or macroregions. Place cannot be held constant. Places are patchworks. Places can, and have to be, constructed. They are dependent variables, shaped by influential exogeneous factors.

Globalization produces homogenization as well as heterogeneous indigenization. So area-related knowledge remains important. But it must be able to make itself *communicado*. It is even responsible for its own translation into texts relevant for discipline-based questions.

This principle has serious consequences for the design and organization of teaching, of research, and also of consultations and interpretations.

Question 2

What kind of changes, if any, in your curricula, research programs and personnel policy has your institute/department introduced since 1991 to cope with this new situation?

The integrated East European Studies curriculum – a German master program, including bachelor and master levels – will be replaced by two master programs. One will be organized at the institute (OEI), as a M.A. for East European Studies, basically in German. The other will be a distant learning M.A. course for East European Studies, in English. Both programs require a B.A.

Language training cannot be offered primarily in the institute, but there are many options in Berlin which can be used. Media oriented and Internet based teaching will be a priority for the development of new programs. Research programs will be focused more on the former USSR and the former Yugoslavia, less on East Central Europe. The organizing question for the coming years will be related to conflicts and conflict solution in these areas.

After some rounds of external evaluations, these basic principles of the OEI are guaranteed – for the time being.

Question 3

The relation to discipline-based knowledge and to organizing questions generated in disciplines will be crucial. There is no meaningful area-related activity in terms of research other than delineated from discipline-based questions, requiring mostly comparative questions and designs.

Question 4

Nominally, there were no significant reductions. There are contracts between the universities and the Berlin government securing funding for three year periods. This gives some planning stability. But the context is messy: Berlin, as a *laender* government, is basically broke. An open discussion about future relations between the Berlin universities, about priorities and strategies is missing. The significant, dramatic changes in labor markets and their future repercussions in educational systems are not openly addressed. Berlin administrations are heavily infected by the experience of a four decade long dependency on state subsidies. The effect is a high degree of unprofessionalism; incentives are often set in a way that makes it profitable – at least acceptable – to behave in a way similar to Soviet-style mentality.

Question 5

Most *vypuskniki* find jobs in the commercial sector, in the media, NGOs, IGOs, and the academia. There are only a few who cannot find an adequate occupation. Still, the shifts mentioned above require changes in our educational system. This will be done. Also, we are preparing a more effective relationship with our alumni – something not yet common in German universities.

ANDREI E. SHASTITKO
UND VITALI L. TAMBOVTSEV

Soft Budget Constraints: Political Artefact or Economic Phenomenon

Arbeitspapiere des AB Politik und Gesellschaft
Heft 38, 2002

Arbeitspapiere on-line:
<http://userpage.fu-berlin.de/~segbers/wp/wp.htm>

The Center for Russian & East European Studies, Stanford University, USA

Mary Dakin, Assistant Director (mdakin@leland.stanford.edu)

Question 1

In the US there has always been an intellectual battle in social sciences about the relevance of „area studies“ to disciplines attempting to generalize on a „scientific“ (large-N) level. This was particularly true for R/EE area studies. In the mid-1990s the collapse of the USSR led to a growing attitude that „the Cold War is over“ – and that therefore studies of Russia and Eastern Europe were immediately irrelevant. However – following 9/11/01 there has been a resurgence of interest in language, cultural and policy studies at an area studies level. The US government and intellectual organizations came to the „sudden“ realization that perhaps area-level specialization and language skills might be useful after all. In fact, the US Congress and Dept. of Defense have begun pumping money into language and area instruction in recent months, with particular emphasis in Middle Eastern studies, Russia/FSU studies, and Central Asia and the Caucasus.

Question 2

Our department was at first slow to respond, continuing with the same culture-based approach to activities that had driven programs before 1991. In recent years, however, we have tried to create programming and courses that focus specifically on contemporary policy issue; to broaden our approach to reflect themes that have more global implications (totalitarianism, dispossession, democratization, marketization and privatization) rather than country or region-specific topics; and to broaden our approach geographically – Stanford was a very Russia-centric program, by and large, and our Center is working specifically toward expanding coverage of EE and Central Asia.

Question 3

This is an interesting question – the answer is, it varies by discipline. Our Center cooperates regularly with the departments of History, Slavic Literatures, Jewish Studies, and Comparative Literatures on activities including conferences, faculty-grad seminars, student training activities, and student fellowships. With social sciences the collaborations are more limited. With Economics and Political Science they will cooperate on hiring lecturers to teach area courses (with joint funding from us), and will send their students to us for research funding, but beyond that collaboration is very limited. Collaboration with Sociology is somewhat better, but still limited. We collaborate regularly with Stanford's two think tanks, Institute for International Studies (on policy topics) and the Hoover Institution (on history topics), on research projects, public events and, in the case of IIS, student funding.

Question 4

Roughly 2/3 of our budget is from endowment funds raised in the 1970s. About 1/3 of our budget is from US Dept of Education funds for international education. Those funds were shrinking during the mid-late 1990s. The absolute number of R/EE centers funded was decreased, so competition for these funds became more fierce. We were fortunate to be refunded (3-year cycles) 3 times in the 1990s. However, the dollar amount of funding was actually shrinking, both in absolute and relative terms.

After 9/11 the amount of Dept of Ed funding available for international education has suddenly increased – particularly for Middle East and Russia/EE centers. So, our allocation for this grant cycle has been increased without our requesting it, and prospects for the future grant cycle are suddenly brighter.

Question 5

We run an interdisciplinary MA program, and students from that are pursuing successful careers in government (National Security Council, military officers, Dept of Treasury); journalism (US News and World Report, Foreign Policy, etc), NGOs involved in the region, business, and law.

We also provide curricular support and research funding that helps undergrads and PhD students – the PhD students almost universally pursue careers in the academic field.

KLAUS MÜLLER, FRANK BOENKER
& ANDREAS PICKEL (Hg.)

**Postcommunist Transformation
and the Social Sciences:
Cross-Disciplinary Perspectives**

New York: Rowman & Littlefield, 2002

Osteuropastudien international auf einen Blick

Bearbeitet von Carl Bethke und Anja Hennig, Berlin

Finnland

Finnish Center for Russian and East European Studies, Aleksanteri Institute, Helsinki

(<http://www.helsinki.fi/aleksanteri>)

Studiengang	<i>Russian and East European Studies</i>
Dauer	M.A.: 2 Jahre, PhD: 4 Jahre
Zulassungsvoraussetzung	B.A.; eine osteuropäische Sprache
Gebühren	staatliche Einrichtung; Stipendienmöglichkeiten
Verhältnis von disziplinärer und regionaler Ausbildung	
Studiengang	Interuniversitärer, interdisziplinärer landesweiter Studiengang; Abschlussarbeiten werden in den Disziplinen und am eigenen Fachbereich geschrieben
Institutionell	Aleksanteri als Koordinierungsstelle.
Sprachvoraussetzungen/-angebote	Unterricht in Finnisch, Englisch und Russisch, eine OE-Sprache ist Zulassungsvoraussetzung
Sonstiges	
Online-Studiengänge	„Russian Studies“, für 2001/02: „Old and new social Divisions in Europe“, „Regional Development, Planning and Policies in Europe and Eastern Europe“, „Transformation of Urban Space in Baltic Cities“ Belegung nach Erfordernissen der Fachbereiche – M.A. beginnt mit interdisziplinärer Summer School; Studenten im M.A.-Jahrgang: ca. 80 – Graduiertenkolleg; Dissertationen sollen internationalen (Zweit-)Gutachter haben.
Kooperationserfahrung	Frau Dr. Sartorti, Herr Prof. Segbers

Großbritannien

Centre for Russian and East European Studies (CREES), University of Birmingham

(<http://www.crees.bham.ac.uk>)

Studiengang	<i>Russian Studies</i> (B.A.), <i>Russian and East European Studies</i> (M.A., MPhil, PhD)
Dauer	1 Jahr: M.A., 2 Jahre MPhil, 3 Jahre PhD in Russian and East European Studies
Zulassungsvoraussetzung	ab M.A.: Abschluss in Geschichte, Sozialwissenschaften oder OE-Sprache
Gebühren	normale Studiengebühren
Sprachvoraussetzungen/-angebote	B.A.: Kenntnisse nicht erforderlich, für Nichtphilologen ist Erwerb einer OE-Sprache vorgesehen
Verhältnis von disziplinärer und regionaler Ausbildung	
Studiengang	regionale Schwerpunkte sind Ukraine, Russland, Polen
Institutionell	CREES ist ein multidisziplinäres Area-Studies-Center an der UB
Sonstiges	bestes Evaluierungsergebnis, Zertifikatsmöglichkeit (Central and Eastern Europe und Deutschland-Studien) schon für undergraduates
Kooperationserfahrung	OEI: ERASMUS/SOKRATES-Programm

School of Slavonic and East European Studies, University College London

(<http://www.ssees.ac.uk/ssees.htm>)

Studiengang	Sehr großes und vielfältiges Angebot von ost-, auch südosteuropa-bezogenen B.A. und M.A.-Programmen im Bereich <i>East European Languages, Culture, Politics, Economics and Business</i> , auch PhD
Dauer	B.A.: 2–3 Jahre, M.A.: 12–24 Monate
Zulassungsvoraussetzung	Bewerbungsverfahren
Gebühren	ab 9.300 Pfund pro Jahr, Stipendienmöglichkeiten
Verhältnis von disziplinärer und regionaler Ausbildung	
Studiengang	Disziplinär methodisch-theoretisch mit Regionalbezug
Institutionell	Department of Social Science, of History und of East European Languages and Culture; Institut ist Teil des University College London
Sprachvoraussetzungen/-angebote	optional, großes Sprachlehrangebot an ost-, südosteuropäischen und baltischen Sprachen auf allen Niveaus
Sonstiges	Kombinationsmöglichkeit der Studienprogramme
Kooperationserfahrungen	SSEES nimmt am ERASMUS/SOKRATES-Programm teil

Polen

Central European University Warschau, Department of Sociology

(<http://www.ceu.hu/socio/socioprogram.html>)

Studiengang	<i>Society and Politics</i> (M.A.), <i>Economy and Society</i> (M.A.), <i>Culture and Society</i> (M.A.) und entsprechende PhD-Programme
Dauer	M.A.: jeweils 1 Jahr, PhD: 20 Kurs-Credits
Zulassungsvoraussetzung	Erster Abschluss in <i>social science/humanities</i> , Erfahrung mit statistischen Methoden
Gebühren	11000 \$/Jahr (M.A.), 7500/Jahr (PhD) plus sonstige Ausgaben; Möglichkeit privater und öffentlicher Stipendien
Sprachvoraussetzungen/-angebote	Lehrsprache Englisch
Verhältnis von disziplinärer regionaler Ausbildung	
Studiengang	sozialwissenschaftliche Methoden, Fokus auf politische und soziale Aspekte Mittel- und Osteuropas, komparatives Arbeiten
Institutionell	Soziologie-Department in Zusammenarbeit mit dem Philosophischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften,
Sonstiges	im PhD-Programm ist Studienaustausch vorgesehen
Bewerbungsdeadline	s. OEI
Kooperationserfahrungen	OEI: ERASMUS/SOKRATES-Programm

College of Europe, Natolin-Warschau

(<http://www.coleurop.be/natolin/natolin.htm>)

Studiengang	<i>European Studies</i> (M.A.)
Dauer	1 Jahr
Zulassungsvoraussetzung	Hochschulabschluss in Politik, Wirtschaft, Recht, Geschichte oder Slawistik, Altersgrenze: 30 Jahre
Gebühren	12000 Euro inklusive sonstige Ausgaben. Viele Stipendienmöglichkeiten
Sprachvoraussetzungen/-angebote	Lehrsprachen sind Französisch und Englisch.
Verhältnis von disziplinärer und regionaler Ausbildung	
Studiengang	Schwerpunkt EU-Integration/EU-Erweiterung: Geschichte, Wirtschaft, Recht, Politik von MOE-Ländern
Institutionell	Filiale des College of Europe in Brügge (http://www.coleurop.be)
Sonstiges	3 Phasen: regionale Einführung, fachliche Vertiefung, Spezialisierung
Bewerbungsdeadline	Dezember

Centre for European Studies, Jagellonian University, Kraków

(<http://www.ces.uj.edu.pl>)

Studiengang	<i>European Studies</i> (M.A.), <i>Central European Studies</i> (M.A.), undergraduate Semester für ausländische Studierende
Dauer	1 Jahr
Zulassungsvoraussetzung	Hochschulabschluss
Gebühren	5.500 \$/Jahr
Sprachvoraussetzungen/-angebote	Lehrsprache je nach Kurs Englisch und Polnisch, für Degree Zertifikat in Polnisch oder Russisch erforderlich
Verhältnis von disziplinärer und regionaler Ausbildung	
Studiengang	<i>European Studies</i> : Fokus auf EU-Integration/EU-Erweiterung mit MOE-Hintergrund, <i>Central European Studies</i> : Geschichte, Wirtschaft, Recht, Politik, Identität von MOE-Ländern, keine spezielle sozialwissenschaftliche Vertiefung
Institutionell	M.A.-Programm der JU
Bewerbungsdeadline	s. OEI
Kooperationserfahrung	OEI: ERASMUS/SOKRATES

Russland

European University St. Petersburg, Programm IMARS

(<http://www.eu.spb.ru/en>)

Studiengang	<i>Russian Studies</i> (M.A.)
Dauer	2 Jahre
Zulassungsvoraussetzung	B.A. in Sozialwissenschaften, Bewerbungsverfahren
Gebühren	6000 \$/Jahr. DAAD – andere Stipendienmöglichkeiten (DAAD)
Sprachvoraussetzungen	Englisch ist Lehrsprache, Russisch im Angebot
Verhältnis von disziplinärer und/regionaler Ausbildung	
Studiengang	regionale Spezialisierung mit interdisziplinär politik-kulturwissenschaftlichem und soziologischem Fokus
Institutionell	Soziologisch-politikwissenschaftliche Fakultät
Sonstiges	Auch Zertifikatsstudium für Undergraduates; Politik und Soziologie als (Major/Minor) Geschichte, Wirtschaft, Kultur, Literatur. Möglichkeit, einen Kurs aus anderen (russischsprachigen) Fachbereichen einzubringen; Soziologie und Gender, Religion u.a.
Bewerbungsdeadline	April
Kooperationserfahrungen	Studierende am OEI, DAAD-Förderung

Ungarn

Central European University, Budapest

(<http://www.ceu.hu>)

Studiengang	<i>Comparative History of Central, Southeastern und Eastern Europe</i> (PhD), <i>Politics and the Political Economy of the Post-Cold War Transition</i> (M.A.)
Dauer	M.A.: 1 Jahr, PhD: 3–5 Jahre
Zulassungsvoraussetzung	Hochschulabschluss, umfangreiches Bewerbungsverfahren
Gebühren	11000 \$/Jahr (M.A.), 7500/Jahr (PhD) plus sonstige Ausgaben; Möglichkeit privater und öffentlicher Stipendien (z.B. Soros Foundation, DAAD)
Sprachvoraussetzungen/-angebote	Lehrsprache Englisch, bei Studienbeginn Kurs in Alltags-Ungarisch
Verhältnis disziplinäre und regionale Ausbildung	
Studiengang	<i>Postgraduate education in social science and humanities</i> (Auswahl sonstiger M.A.: International Relations, Gender-Studies, Nationality-Studies, Economics...)
Institutionell	M.A. <i>Comparative History</i> an den Departments: Gender Studies, History, Nationalism Studies; M.A. <i>Politics in Post-Cold-War</i> am Department of Political Science
Sonstiges	Summer University, angegliederte Forschungszentren: Center for Policy-Studies, Humanities Center, Jewish Studies
Bewerbungsdeadline	Januar
Kooperationserfahrungen	Studierende am OEI

USA

Center for Russian and East European Studies, Stanford University*(www.stanford.edu/dept/CREES)*

Studiengang	B.A. minor, M.A.: <i>Russian and East European Studies</i> , PhD-Programme
Dauer	M.A.: 1 Jahr
Zulassungsvoraussetzungen	für M.A.: Russisch auf College-Niveau, Erfahrung in akademischer Arbeit, exzellente Gutachten
Gebühren	zwischen 25.000 und 34.500 \$/Jahr
Sprachvoraussetzung/-angebote	Osteuropäische Sprachen
Verhältnis von disziplinärer und regionaler Ausbildung	
Studiengang	Länderspezifischer und transregionaler Fokus mit aktuellen sozialwissenschaftlichen Ansätzen
Institutionell	Zusammenarbeit mit Departments of Jewish Studies, History, Political Science, Social Science etc.
Bewerbungsdeadline	unterschiedlich
Sonstiges	Fellowships/Grants; das neueste Programm: Post-Doc: <i>New Central Asia and Islam</i>

Center for Russian & East European Studies, University of Pittsburgh*(http://www.ucis.pitt.edu/crees)*

Studiengang	Zertifikat in <i>Russian and East European Studies</i> (REES); ergänzend zum disziplinären M.A./PhD; außerdem M.A. in <i>Russian & East European Studies</i> in Verbindung mit MBA
Dauer	2 Jahre
Zulassungsvoraussetzung	disziplinärer B.A.; vorzugsweise in Geistes- und Sozialwissenschaften bzw. Kunst (Film/Theater).
Gebühren	Für out of State students, <i>full time</i> /Jahr \$ 17168; spezielle OE-Stipendien
Verhältnis von disziplinärer und regionaler Ausbildung	
Studiengang	Interdisziplinär mit Regionalbezug; auch Kunstgeschichte, Psychologie, Religion, Kommunikation, Erziehungswissenschaften, Anthropologie etc.
Institutionell	verschiedene Departments
Sprachvoraussetzungen/-angebote	Zertifikatsvoraussetzung ist Niveau von 3 Jahren Collegespracherwerb, eine OE-Sprache
Sonstiges	Zertifikatsmöglichkeit schon für Undergraduates

DAVIS Center for Russian Studies, Harvard University

(<http://www.fas.harvard.edu>)

Studiengang	M.A.-Programm in <i>Regional Studies: Russia, Eastern Europe, and Central Asia</i> (REECA)
Dauer	2 Jahre
Zulassungsvoraussetzung	B.A., 3 Jahre Russisch empfohlen, general GRE, TOEFL für Nicht-Muttersprachler
Gebühren	24.866 \$ pro Jahr
Verhältnis von disziplinärer und regionaler Ausbildung:	
Studiengang	Regionalstudien mit integrierten interdisziplinären Ansätzen am DAVIS Center mit Ressourcennutzung am „Ukrainian Research Institute“ und „The Forum for Central Asian Studies“ der Harvard University
Institutionell	
Sprachvoraussetzungen/-angebote	hohes Russischniveau oder eine andere Sprache der Region auf mittlerem Niveau
Sonstiges	Dissertation Completion Grants, Möglichkeit eines zusätzlichen Degrees in <i>Business, Education, Law, Public Health</i> an anderen Harvard Schools
Bewerbungsdeadline	Dezember/Januar

The Graduate School of Arts (GSAS) Columbia University

(<http://www.columbia.edu/cu/gsas/>)

Studiengang	<i>Russia, Eurasia, and Eastern Europe: Regional Studies M.A. Programm</i>
Dauer	1 Jahr
Zulassungsvoraussetzung	B.A.
Gebühren	Nur M.A.-Programm: 4.308 \$, plus sonstige Ausgaben; spezielle Stipendien, v.a. für Sprachlehrekurse
Sprachvoraussetzung/-angebote	M.A.-Degree erfordert fortgeschrittene Kenntnisse in einer eurasischen oder osteuropäischen Sprache
Verhältnis von disziplinärer und regionaler Ausbildung:	
Studiengang	Länderspezifischer und transregionaler Fokus mit aktuellen sozialwissenschaftlichen Ansätzen
Institutionell	Teil des akademischen Programms der GSAS;
Sonstiges	Das <i>Harriman Institute</i> der Columbia University (http://www.columbia.edu/cu/sipa/REGIONAL/HI/) bietet 5-jährige Zertifikatsprogramme und Postdoktorandenprogramme an.
Bewerbungsdeadline	Mai

Harriman Institute, East Central European Center der Columbia University

(<http://www.columbia.edu/cu/sipa/REGIONAL/HI/>)

Studiengang	s. Columbia University (GSAS)
Dauer	im Rahmen von 5-jährigen disziplinären Graduiertenstudien Erwerb eines Zertifikats; Postdoktorandenprogramme
Zulassungsvoraussetzung	wie Columbia/GSAS (B.A.); 3 Jahre eurasische oder osteuropäische Sprache
Gebühren	GSAS 12535 \$, zz. Nebenkosten bis zu 2000 \$/Jahr; spezielle Stipendien, bes. für Sprachlehrcurse
Sprachvoraussetzungen /-angebote	s. Zulassung. Jedoch vorab Möglichkeit für Sommerintensivkurs. Für Zertifikat ist Lesefähigkeit in zweiter Sprache erforderlich.
Sonstiges	integriertes <i>Research Center</i> für die Kaukasus-Region und <i>Ukranian Studies</i>

Ergänzende Hinweise

- Zertifikats- und Masterstudiengänge werden z.T. auch nebeneinander angeboten.
 - Formale Sprachausbildung ist in vielen Beispielen obligatorisch. Die entsprechenden Veranstaltungen sind nicht direkt in das Curriculum integriert.
 - An den privaten Einrichtungen dominiert eine Mischung aus Gebühren und vielfältigen Stipendienmöglichkeiten.
 - In curricularer Hinsicht geht der Trend weg vom exemplarischen Lernen hin zur Vermittlung von Überblickswissen, was für die Dozenten Wiederholungseffekte bedeuten kann.
 - Ungeklärt ist die Frage nach regionaler Spezialisierung (Mitteleuropa, Südosteuropa, Russland/Osteuropa).
- Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Carl Bethke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Geschichte und Kultur des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.

Anja Hennig studiert Politikwissenschaften am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin.

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts!

<http://www.oei.fu-berlin.de>

Hier erfahren Sie mehr über die Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen unserer MitarbeiterInnen, Veranstaltungstermine, osteuropabezogene Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und andere Publikationen des OEI.

Die Evaluierung des Osteuropa-Instituts

Auszüge aus Gutachten und Stellungnahmen der Jahre 2000–2002

Im folgenden finden Sie Auszüge aus Papieren, die in den vergangenen zwei Jahren im Zusammenhang mit dem Nachdenken über Regionalstudien im Allgemeinen und der Begutachtung des OEI im Besondern verfasst wurden. Es handelt sich um das Gutachten des Wissenschaftsrates vom Mai 2000, um eine Stellungnahme des OEI vom August 2000, um den Bericht der Expertenkommission für die Berliner Regionalinstitute vom Juli 2001 sowie um den vorerst abschließenden Beschluss des akademischen Senats der FUB vom Februar diesen Jahres. Diese Dokumente liefern den Hintergrund der Entwicklung, die das OEI jetzt eingeleitet hat und die im zweiten Teil dieses BOI dokumentiert ist.

TEIL 1: Auszug aus dem Gutachten des Wissenschaftsrates vom 12.5.2000, S. 100–108

(...)

(4) Regionalwissenschaftliche Institute

Stellungnahme

Zu den auffälligen Charakteristika der Berliner Geisteswissenschaften zählt eine starke Orientierung an regionalwissenschaftlichen Gesichtspunkten, die sich zum einen in einer Vielzahl „Kleiner Fächer“, zum anderen in der Existenz sogenannter Regionalwissenschaftlicher Institute niederschlägt.

Der Wissenschaftsrat spricht sich in der vorliegenden Stellungnahme zu den Strukturplänen der Berliner Hochschulen verschiedentlich für die Einrichtung von „Zentren“ aus; dabei sollen vorhandene Forschungspotentiale zusammengeführt und optimaler genutzt werden. Im Fall der Regionalwissenschaftlichen Institute, die überwiegend als „Zentral-Institute“ herausgehobener Bestandteil der Fachbereichs- und Fakultäts-Struktur sind, an der Freien Universität: Osteuropa-Institut (gegründet im Jahr 1951), John-F.-Kennedy-Institut (1963) und Lateinamerika-Institut (1970),

an der Humboldt-Universität: Großbritannien-Zentrum (1995), stellen sich die hochschul- und wissenschaftspolitischen Sachverhalte allerdings schwieriger dar.¹ Vordergründig betrachtet weisen die Regionalwissenschaftlichen Institute – bei allen Unterschieden – eine Reihe von Merkmalen auf, die sie als „innovative“ hochschulpolitische Konstruktionen zu qualifizieren scheinen: Sie sind schon dem Gegenstand nach international ausgerichtet und mit der Etablierung philologischer, historischer sowie rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Arbeitsgebiete und Professuren interdisziplinär strukturiert. Die Institute bieten regionale und überregionale Kooperationsmöglichkeiten (hochschulintern zum Beispiel durch Doppelmitgliedschaften) und bieten (Aufbau-)Studiengänge und in Einzelfällen bereits BA- und MA-Studiengänge an.

Nach Auffassung des Wissenschaftsrates sprechen unter systematischen Gesichtspunkten jedoch auch wichtige Gründe gegen eine intensive Förderung bestehender und gegen die Einrichtung weiterer Regionalwissenschaftlicher Institute. Die Gründe für die Einrichtung Regionalwissenschaftlicher Institute waren sehr unterschiedlich. Neben politischen Überlegungen spielten bestimmte Wissenschaftskonzepte eine Rolle. Kaum zufällig gehen die Initiativen zu entsprechenden Instituten oder Studiengängen häufig von philologischen Fächern aus. Eine Erklärung dafür findet sich in der Tatsache, dass die nach wie vor übliche nationalphilologische Gliederung der Sprach- und Literaturwissenschaften, anders als im 19. Jahrhundert, ihre theoretische Legitimation eingebüßt hat. Regionalwissenschaftliche

Organisationsformen erscheinen insofern als ein eher pragmatisch begründetes Substitut für die verlorengegangene Begründbarkeit einer Nationalphilologie.

Der Wissenschaftsrat hält – in Übereinstimmung mit den Auffassungen der Berliner Universitäten² – eine dominant regionalwissenschaftliche Ausrichtung als Prinzip für die Organisation von Forschung und Lehre für problematisch. Die Bedenken gegenüber einem solchen Konzept entstehen aus einer unvermeidlichen Entfernung von fachsystematischen Kriterien. Organisationsprinzipien von Wissenschaft – vor allem in Ausbildungszusammenhängen – müssen sich an disziplinären Gesichtspunkten orientieren; die Kategorie „Raum“ oder „Region“ steht indes in keiner Beziehung zu wissenschaftlichen Disziplinen, Methoden oder zur Theoriebildung der betroffenen Fächer. Eine Region bietet letztlich nur kontingente Zusammenhänge von Gegenständen wissenschaftlicher Untersuchung, deren fachsystematische Beziehungen unscharf bleiben. Eine Orientierung an Räumen oder Regionen ist zudem ungeeignet für den Aufbau eines grundständigen Studienangebots. Als eine – wie von den Fachvertretern der Berliner Universitäten allerdings favorisiert – generelle Ausbauperspektive, die mit fast geographischer Präzision möglichst jeden Raum erfassen möchte, erscheint eine regionalwissenschaftliche Organisationsform für die Philologien und weitere Fachgebiete deshalb als außerordentlich bedenklich. Anders stellt sich die Situation bei den Fächern dar, die außereuropäische Kulturgrößenräume wie Ost- und Mittelasien oder Süd- und Südostasien zum Gegenstand haben. Hier ist die Differenzierung in verschiedene Fächer nicht mit der auf Europa oder Amerika bezogenen Disziplinen zu vergleichen; sprachwissenschaftliche, philologische, historische, kulturgeschichtliche und gegenwartsorientierte Arbeiten sind in diesen Fächern so eng verknüpft, dass die traditionelle Orientierung auf einen Kulturgrößenraum auch weiterhin sinnvoll erscheint.

Die im Vergleich zu anderen Universitätsstandorten auffällig zahlreichen Regionalwissenschaftlichen Institute in Berlin unterscheiden sich nach Konzeption und Aufgabenstellung wesentlich voneinander. Historisch betrachtet, stehen den drei traditionellen Instituten der FU (John F. Kennedy-Institut, Lateinamerika-Institut, Osteuropa-Institut) die neubegründeten Institute an der HU (Großbritannien-Zentrum, Nordeuropa-Institut) sowie an der TU (Frankreich-Zentrum) gegenüber.

Die Existenz des Osteuropa-Instituts und des John-F.-Kennedy-Instituts an der FU belegen die Abhängigkeit der Förderung entsprechender Regionalforschung und -lehre von je aktuellen politischen Bedingungen. Die Einrichtung beider Institute war unverkennbar geprägt von der politischen Lage Berlins nach 1945; die Veränderungen seit 1989 wirken sich deshalb auch – allerdings in unterschiedlicher Weise – auf sie aus.

Die Landeshochschulstrukturkommission hat sich bereits im Jahr 1992 für die Schließung des Osteuropa-Instituts ausgesprochen. Es sei kein neues wissenschaftliches Konzept erkennbar, das Institut habe nicht rechtzeitig und nicht genügend auf den Strukturwandel in Osteuropa reagiert.³ Zusätzliche Schwierigkeiten für das Osteuropa-Institut ergeben sich aus heutiger Sicht durch seine Ansiedlung an der FU. Da die Slawistik der FU seit 1990 im Hinblick auf die Existenz einer großen Slawistik an der HU erheblich reduziert worden ist und nach Auskunft der Universität weitgehend auf Serviceleistungen für andere Fächer beschränkt sein soll, ist die exklusive Unterbringung des Osteuropa-Instituts an der FU problematisch.

Sehr viel weniger von den Veränderungen seit 1989 tangiert ist das John-F.-Kennedy-Institut. Die internationale Geltung dieses Instituts durch seine anerkannten Leistungen in Forschung und Lehre, nicht zuletzt die sehr gut ausgestattete Bibliothek, die einen maßgeblichen Bestandteil der Institution bildet, machen das Kennedy-Institut zu einer Einrichtung von besonderem Rang. Hier scheint sich das Konzept eines Regionalwissenschaftlichen Instituts bewährt zu haben. Dem Kennedy-Institut in Konzeption und Aufgabenstellung vergleichbar ist das Lateinamerika-Institut, auch wenn es nicht zu einer gleichen Wirkung gelangt ist.

Die Begründung einer regionalwissenschaftlichen Forschung für Nordeuropa über den Bereich der skandinavischsprachigen Länder hinaus ergibt sich aus der Entstehung eines neuen geopolitischen Raumes durch die Desintegration der Sowjetunion und ihrer Einflusssphäre. So gehören nun zweifelsohne Finnland, die baltischen Staaten aber auch Nordrussland zu einem solchen Raum „Nord-Europa“. Die Konzeption des neu gegründeten Nordeuropa-Instituts entspricht fachsystematisch sehr weitgehend der kulturwissenschaftlichen Ausrichtung, die generell für die geisteswissenschaftlichen Fächer an der HU kennzeichnend ist. Dieses Konzept scheint für die Erkundung eines sich neu formierenden und (im Hinblick auf die *longue durée* europäischer Geschichte) wieder zutage tretenden geopolitischen Raums vielversprechend zu sein. Die Einrichtung des Nordeuropa-Instituts stellt insofern eine auch wissenschaftssystematisch gelungene Verbindung zwischen dem für die HU generell kennzeichnenden kulturwissenschaftlichen Profil und den aus den geopolitischen Veränderungen seit 1989 erwachsenen Interessen dar. Das Nordeuropa-Institut erscheint nicht zuletzt als ein geglücktes Ergebnis der Integration des Fachs Skandinavistik der FU in die HU.

Sehr viel mehr Skepsis ruft demgegenüber das Großbritannien-Zentrum der Humboldt-Universität hervor. Seinem klaren fachsystematischen Profil stehen Fragen gegenüber, die aus der Rolle dieses Instituts innerhalb der HU entstehen. Im besonderen stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zur Anglistik der HU am betreffenden Fachbereich. Auch dieses Fach ist von hinreichender Größe und entspricht in seiner Ausstattung derjenigen des Fachs Anglistik in anderen Universitäten vergleichbarer Größe. Die solchermaßen entstehende „Doppelexistenz“ des Fachs Anglistik wirft nicht nur wirtschaftliche Fragen auf. Ebenso wäre eine konzeptionelle Klärung des Verhältnisses zwischen beiden Einrichtungen notwendig. Sollte etwa eine eher philologisch ausgerichtete Anglistik außerhalb des Zentrum einer eher kulturwissenschaftlich ausgerichteten Anglistik innerhalb des Zentrums gegenüberstehen? Dann ergeben sich jedoch weiterführende Fragen nach dem Verhältnis dieser Anglistik zu derjenigen an der FU, gilt doch das Nebeneinander von historisch-ästhetisch und kulturwissenschaftlich ausgerichteten Philologien gerade als die *differentia specifica* dieser Fächer im Verhältnis zwischen FU und HU. So überzeugend die fachsystematische Konzeption des Großbritannien-Zentrums erscheint, so problematisch erweist

sich zum anderen deren Realisierung innerhalb des existenten Fächerverbands der HU.

Nicht zuletzt bedingt durch die Situierung an der Technischen Universität weicht das dortige Frankreich-Zentrum von der Konzeption entsprechender Regionalinstitute an anderen Berliner Universitäten deutlich ab. Diese Besonderheit erklärt sich zugleich aus dem Wechsel der Konzeption, den dieses Institut im Laufe seiner Entwicklung erfuhr. Die Veränderungen führten zur Preisgabe des einst vorgesehenen Profils. Dies kommt an der Ausgrenzung der Romanistik aus dem Fächerverbund des Zentrums zum Vorschein, welche zunächst als Kern-Disziplin vorgesehen war. Die Eigentümlichkeit des Frankreich-Zentrums besteht zur Zeit in einer auffälligen Aufgabendoppelung. Zum einen findet Forschung und Lehre zu Frankreichbezogenen Gegenständen statt (wobei Philosophie und Geschichte eine besondere Bedeutung zufällt), zum anderen dient das Zentrum der Bildung von deutsch-französischen Forschungsgruppen in den unterschiedlichsten Disziplinen. Diese Kombination sehr heterogener Vorhaben lässt kaum die Herausbildung einer konzeptionell geschlossenen Einrichtung erwarten. So sinnvoll die zweite Aufgabe innerhalb der TU erscheint, so fraglich ist es, ob es zu diesem Zweck eines „Frankreich-Zentrums“ bedarf, das nach dem Vorbild anderer Berliner regionalwissenschaftlicher Institute angelegt ist. Die Frage nach dem Sinn des Ausbaus dieses Zentrums steht zugleich im Zusammenhang mit der generellen Frage nach dem Status der Geisteswissenschaften an der Technischen Universität. Ein mit den anderen Regionalinstituten vergleichbares Frankreich-Zentrum wäre vermutlich an der Freien Universität besser angesiedelt als an der TU.

Empfehlungen

Der Wissenschaftsrat rät mit Nachdruck von der Gründung weiterer „Regionalwissenschaftlicher Institute“ herkömmlichen Stils ab. Die Förderung bestehender oder im Aufbau befindlicher Institute dieser Art, nämlich als Organisationsform für die Verbindung verschiedener Disziplinen mit einem gemeinsamen geographischen Bezugspunkt, ist nur gerechtfertigt, wenn sie auf einer schlüssigen Konzeption für Forschung und Lehre beruhen, nachweislich herausragende Leistungen in der Forschung erbringen, insbesondere in der gewählten Verbindung von einzelnen Disziplinen einen deutlich erkennbaren wissenschaftlichen „Mehrwert“ erzeugen und dabei entsprechend ihrer Binnenstruktur erfolgreich interdisziplinär arbeiten, bedarfsgerechte Studienangebote vorhalten, in ihren Partnerländern auf hohe wissenschaftliche Akzeptanz stoßen, auf diese Weise als ein herausragender und international anerkannter universitärer Schwerpunkt zur Profilbildung beitragen.

Diese Kriterien werden von den einzelnen Instituten bisher in unterschiedlichem Maße erfüllt. Der Wissenschaftsrat nahm bei der Begutachtung der Strukturpläne keine eingehende fachliche Bewertung der Regionalwissenschaftlichen Institute vor. Er hält jedoch eine eingehende Begutachtung sämtlicher Einrichtungen durch auswärtige Wissenschaftler unter Berücksichtigung der oben genannten Kriterien für erforderlich; sie sollte innerhalb eines Jahres abgeschlossen sein. Eine weitere Förderung kommt dann nur bei einem eindeutig positiven Votum in Betracht.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt darüber hinaus, sämtliche Regionalwissenschaftlichen Institute und solche, die auf disziplinären Verbindungen (mit einem Raumbezug) beruhen, nur noch befristet einzurichten. Begutachtungen sollten regelmäßig in Abständen von sechs bis acht Jahren wiederholt werden.

TEIL 2: Positionspapier des Osteuropa-Instituts zur Vorbereitung der vom Wissenschaftsrat empfohlenen Evaluierung der Regionaleinrichtungen an den Berliner Universitäten (August 2000; Auszüge)

Ausgangssituation

Das Osteuropa-Institut (OEI) wurde 1951 gegründet. Es war im Laufe seiner Existenz wechselnden politischen Konjunkturen ausgesetzt, ohne sich von diesen Vereinnahmungen zu lassen. Aufgabe war stets die Beschäftigung mit und die Information über einen Großraum, der unabhängig von politischen Gegnerschaften und Allianzen für Deutschland von größter Bedeutung war und ist. Hinsichtlich Ost- und Südosteuropa bestehen nach wie vor gewaltige Informationsdefizite. Unbewältigte Kapitel gemeinsamer (deutsch-osteuropäischer) Vergangenheit, Unterschiede in den Entwicklungspfaden (westlich: nicht-westlich), das Erbe des Realsozialismus, sprachlich/kulturelle „Barrieren“ sowie differente kulturelle Wahrnehmungsmuster erschweren das Verständnis des östlichen Europa und stehen in einem Missverhältnis zu den Erfordernissen nachbarschaftlicher Nähe und europäischer Integration. Die wechselnden politischen Großwetterlagen und die Umbrüche von 1989–91 haben an dieser Ausgangssituation nichts geändert.

Wesentliche, seit zehn Jahren neue Rahmenbedingungen von *area studies* sind vor allem bestimmt durch das Ende des Ost-West-Konflikts, die Globalisierung der Kapital- und Informationsströme sowie die Entterritorialisierung von Politik und Ökonomie. Räume lassen sich weniger als früher konstant halten. Ihre Grenzen variieren je nach Funktion und Aufgabe. Zugleich gilt: Regionale Expertise in Forschung, Lehre und für gesellschaftliche Deutungen wird nicht obsolet. Globalisierung führt nicht (nur) zur Homogenisierung. In vielen Fällen wird auf weltweite Kapital- und Menschenströme, auf Kommunikations- und Unterhaltungsflüsse mit Abwehr oder Indigenisierung reagiert. Fragmentierung folgt oft auf Integrationsdruck. Zudem ist Globalisierung kein Ort für Identitätsbildung. Gemeinschaftliche Identitäten sind nach wie vor kultur- und raumgebundene Konstrukte. Das (Spannungs-) Verhältnis zwischen Globalisierung und Regionalisierung, zwischen Universalismus und eingrenzenden nationalen/post-nationalen Identitäten stellt für Öffentlichkeit, Politik, Kultur und Wissenschaft der kommenden Jahrzehnte eine neue Herausforderung dar. Insofern wird die analytische Durchdringung kultureller und geografischer Großräume und ihrer relativen Positionierung im Weltsystem wichtiger. Das gilt auch für Osteuropa.

Das vielfältig binnendifferenzierte, postsozialistische Osteuropa ist nicht der „Westen“. Einige Länder sind dem „Westen“ nahe gerückt, andere befinden sich noch auf Distanz. Die Osterweiterung der EU – das große Projekt der kommenden Jahre und Jahrzehnte – lässt neue Nachbarschaften entstehen. Die Außengrenzen der EU verschieben sich nach Osten und Südosten. Nicht nur die künftigen neuen EU-Mitglieder, sondern auch diejenigen Staaten des östlichen Osteuropa und des Balkans, deren Mitgliedschaft offen ist, rücken näher an „Europa“ heran und werden zu Nachbarn. Diese Koordinatenverschiebung gehört zu den spannendsten Prozessen zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Ohne Kenntnis der jeweiligen Strukturen und Akteure, des Verbindenden und Trennenden, der Differenzierungs-, Diffusions- und Transferprozesse bleiben sowohl das „gemeinsame Haus Europa“ wie die transnationalen Integrationsprozesse eine Chimäre.

Die politische und gesellschaftliche Nachfrage nach Hintergrundinformationen und Beratung ist seit 1989 rapid gestiegen und hält unvermindert an. International befinden sich Angebote zu „East European Studies“ im Aufwind. Die hohe, wenn auch Konjunkturen ausgesetzte Präsenz Osteuropas (vor allem Russlands und der Balkanregion) in den Medien sorgt für eine starke Nachfrage nach Deutungskompetenz. Langfristige Projekte wie die Osterweiterung der EU, die sicherheitspolitische Einbindung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion oder der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ stimulieren die Nachfrage. Sie zu befriedigen, erfordert eine spezifische Kompetenz. Deren Bereitstellung erfordert ein entsprechendes institutionelles Arrangement.

Die Beschäftigung mit den Nachbarn im Osten setzt eine ausreichend große kritische Masse an wissenschaftlichen Ressourcen für kalkulierbare Zeiträume voraus. Zwar kann eine institutionelle Verankerung von Regionalforschung nicht allein wissenschaftlich begründet werden. Eine Osteuropawissenschaft existiert nicht. Hinzu kommt, dass der interdisziplinäre Mehrwert oft hinter den Erwartungen zurückbleibt und dass disziplinenübergreifende Kooperation auch über Fachbereichs- und Universitätsgrenzen hinweg erfolgen kann. Das Bild ändert sich jedoch, wenn zwei weitere Kernaufgaben von Wissenschaften – und somit auch der auf Großräume bezogenen Wissenschaften – in den Blick genommen werden: Ausbildungsangebote und das Vorhalten von Deutungskompetenzen. Eine kontinuierliche Organisation und Bedienung von regionalbezogener Ausbildung für Graduierte und Postgraduierte bedarf eines institutionellen Kerns. Auch die Beratungsnachfrage der Medien, der Wirtschaft sowie der regionalen und föderalen Politik kann von einer Institution mit bekanntem und klarem Profil wesentlich besser bedient werden als von einzelnen Lehrstühlen. Schließlich ergeben sich über die institutionelle Zusammenführung verschiedener Fächer in einem Institut und die dort erprobten neuen Fragestellungen und Forschungsansätze auch neue Herausforderungen und Impulse für die Methoden- und Theoriebildung in den beteiligten Fachdisziplinen. Dies macht ein Regional-Institut auch für die Fachbereiche attraktiv.

Berlin mit seiner von der Bundes- und Landespolitik reklamierten besonderen Ost-West-Kompetenz ist der ideale Standort für ein Osteuropa-Institut. Das OEI besitzt eine über Jahre hinweg gewachsene hochwertige wissenschaftliche Infrastruktur (Bibliothek, Dokumentationszentrum, EDV-Vernetzung). Es ist als Forschungsstätte weit über den Rahmen Berlins hinaus attraktiv und nach wie vor die einzige universitäre Einrichtung dieser Art in Deutschland. Zu seinen Merkmalen gehören:

- die Verbindung von Lehre und Forschung,
- die Verbindung von sozial- und kulturwissenschaftlichen Fächern,
- der Gegenwartsbezug unter Berücksichtigung der historischen *longue durée*,
- die Komparatistik.

(...)

Während der bisherigen Evaluationsprozesse hat sich der ursprünglich überdimensionierte Personalbestand des OEI minimiert. 1992 war er auf dreizehn (von vormals über zwanzig) Professuren geschrumpft. Am Ende des Sommersemesters 2000 sind von den im Strukturplan der EPK vorgesehenen sechs noch zwei Professuren besetzt.

Dieser Unterbesetzung steht eine seit Jahren steigende Nachfrage der Studierenden gegenüber. Aufgrund eines FU-internen NC wurden in den letzten Semestern von je rd. 100 BewerberInnen nur 30 für „Osteuropastudien“ (davon 19 im Hauptfach) zugelassen. Die studentische Nachfrage beruht auf dem gewachsenen

Interesse an Osteuropa und seinen Teilräumen, das nicht primär philologisch, sondern kultur- und sozialwissenschaftlich orientiert ist. Absolventen der „Osteuropastudien“ haben i.d.R. gute Berufschancen (in den Medien, internationalen Organisationen, NGOs, Wirtschafts- unternehmen etc.).

(...)

Die Lehrangebote der OEI-Hochschullehrer sind zugleich integrale Bestandteile der Angebote ihrer Fachbereiche, denen sie angehören. Die Zahl der Studierenden an den jeweiligen Fachbereichen, die das Lehrangebot am OEI fallweise wahrnehmen, ist statistisch nicht erfasst. Im Durchschnitt sind schätzungsweise 50% der Teilnehmer an Lehrveranstaltungen des OEI an den jeweiligen Fachbereichen immatrikuliert.

Die widersprüchlichen Empfehlungen (LHSK, OEI-Gutachterkommission, EPK, WR) und der rasante Personalabbau zwangen zu fortgesetzter Improvisation und führten zu Verunsicherungen bei Studierenden und Beschäftigten. Die jetzige Empfehlung des WR zu einer eingehenden Begutachtung wird daher nachdrücklich begrüßt. Sie eröffnet Perspektiven für ein Überdenken der Konzepte und einen Neuanfang mit Planungssicherheit.

Grundzüge und Zielvorstellungen der Umstrukturierung

Das OEI bereitet eine umfassende Neukonzeption für sein wissenschaftliches, ausbildendes und beratendes Profil vor. Das neue Konzept soll ab WS 2000/2001 umgesetzt werden. Die Elemente dieser Reformen haben den Charakter einer Neustrukturierung, die die Veränderungen von Anfang der 90er Jahre weiterführt.

Aufgaben des Instituts sind:

- Grundlagenforschung,
- Ausbildung,
- Kulturdialog,
- Politikberatung und Medienarbeit.

Es fungiert ferner als

- Begegnungsstätte für Graduierte und Gastwissenschaftler aus Ost und West (für DAAD- und Humboldt-Stipendiaten sowie TeilnehmerInnen an Austauschprogrammen) zur Förderung transkultureller Kommunikationsstrukturen und zur Verknüpfung „westlicher“ mit nicht-westlichen Forschungstraditionen sowie zum Aufbau von
- Netzwerken, die Osteuropa einschließen und fallweise über Osteuropa hinausweisen (mit Ausweitungen nach Mitteleuropa, Nordeuropa, Zentralasien, Vorderen Orient) oder mit – je nach Themenstellung – wechselnden regionalen Bezügen (z.B. Transformationsprozesse in Südeuropa, Osteuropa, Lateinamerika; Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in nicht-westlichen Gesellschaften, Vergleich ethnischer Konflikte, Verlagerungen von Zentren und Peripherien etc.).

(...)

Im Zentrum der gemeinsamen Arbeit stehen die Schnittstellen von Politik, Wirtschaft, Recht, Gesellschaft sowie historisch gewachsenen Identitäts- und Kulturmustern. Dies entspricht dem im Strukturplan vorgesehenen Ausstattung mit sechs Eckprofessuren. Die Fokussierung auf einen Großraum dient dabei als heuristisches Prinzip. Sie verfolgt nicht das Ziel der Ausgrenzung eines Raumes, sondern dient dem interkulturellen und interdisziplinären Verständnis anderer Gesellschaften und unser selbst. Die VertreterInnen der jeweiligen Fächer verbinden die methodische und systematische Kompetenz ihrer Disziplin mit den fächerübergreifenden Fragestellungen bei der Analyse eines konkreten Untersuchungsraums und wirken zugleich mit ihrer spezifischen regionalen Expertise anregend und bereichernd

auf ihre jeweiligen Fächer zurück. Dabei geht es um die Frage, ob und inwieweit die aus der Beschäftigung mit westlichen Gesellschaften abgeleiteten Erklärungsmodelle und Theorien in der Anwendung auf bzw. der Konfrontation mit osteuropäischen Gesellschaften verifiziert, falsifiziert oder modifiziert werden können oder müssen. Hier ruht ein bedeutendes innovatorisches Potential, das sowohl für die einzelnen Disziplinen wie für die regionale Schwerpunktbildung genutzt werden soll.

(...)

Perspektiven der Zusammenarbeit

Die Aktivitäten des OEI sind auch als Kooperationsangebot an andere Hochschulen in Berlin und seinem Umfeld zu verstehen. Dies gilt vor allem für die HUB, die Viadrina in Frankfurt/Oder und die Universität Potsdam. Mit den FachvertreterInnen der genannten Hochschulen wurden bereits intensive Arbeitsgespräche geführt. Es zeichnet sich ein weitgehender Konsens über signifikante Intensivierungen der Kooperation ab. Die von den einzelnen Universitäten einzubringenden Lehrmodule lassen sich zu einem attraktiven, flexiblen und vielschichtigen Ausbildungsangebot kombinieren. Auf diese Weise könnte ein in Deutschland einzigartiger Lehr- und Forschungsverbund für das östliche Europa entstehen.

Das Kooperationsangebot bezieht sich darüber hinaus auf die einschlägigen Politikberatungseinrichtungen in Berlin, auf Wirtschaft und Wirtschaftsverbände, auf Medien, Interessenverbände, auf die Kulturinstitute der mittel- und osteuropäischen Länder sowie auf die Behörden der Landes- und Bundespolitik.

Das OEI wird ferner – gerade auch im Hinblick auf den geplanten M.A.-Studiengang – seine internationalen Kontakte und Kooperationen verstärken. In diesem Zusammenhang soll auf die Kontakte mit der Europäischen Universität St. Petersburg hingewiesen werden, an die das OEI von jetzt an mit Unterstützung des DAAD vier Studierende im Jahr entsenden kann. Auch im Rahmen des curricularen Teilprojekts des DAAD-Programms „Akademischer Neuaufbau Südosteuropa“ stehen für deutsche Graduierte Stipendien in den Jahren 2001–2003 zur Verfügung. Im Rahmen des SOKRATES-Programms besteht seit 1996 ein intensiver Studenten- und Dozentenaustausch mit dem Centre for Russian and East European Studies (CREES) der Universität Birmingham und dem Finnish Centre for Russian and East European Studies (FCREES) der Universität Helsinki. Darüber hinaus bestehen regelmäßige Kontakte zu den Universitäten Prag, Budapest, Cluj und Wrocław.

Für eine Russian Academy in Berlin gibt es ein Rohkonzept. Die RA soll Fellows aus der FSU nach Berlin einladen und ihnen die Möglichkeit geben, Projekte in 6 – 12 Monaten in Zusammenarbeit mit Berliner Partnern zu realisieren. (...)

Forschung

Die bestehenden Drittmittelprojekte, in denen wissenschaftliche Grundlagenforschung unter starker Einbeziehung Osteuropas betrieben wird, sollen fortgeführt und ausgebaut werden. Zu nennen sind die Projekte „Transformation und Globalisierung“, das „Zentrum für vergleichende Geschichte Europas“, „Ostforschung im Dritten Reich“, „Identitätswechsel im ehemaligen Jugoslawien“ (alle VW-Stiftung). Die Schnittstellen zu komparativen und übergreifenden Fragestellungen werden gestärkt. ...

Anwendungsbezogene Forschung mit Osteuropa-Bezug wird mit der Integration osteuropäischer Länder in die EU und dem Fortschritt der Transformationen immer wichtiger. Das betrifft vor allem die Rechts- und Wirtschafts- sowie die Sozialwissenschaft-

ten. Zu erwähnen sind die Projekte „Teaching International Relations Online“ (VW-Stiftung), Entwicklung eines historischen Universitätscurriculums im Rahmen des „Akademischen Neuaufbaus Südosteuropa“ (DAAD) sowie das neue interuniversitäre Zentrum für kroatisches Recht, europäisches Recht und Rechtsvergleichung, getragen vom OEI und der Universität Split (DAAD).

(...)

Lehre

Das OEI entwickelt einen M.A.-Studiengang East European Studies. Eine zu diesem Zweck eingerichtete Steuerungsgruppe ist beauftragt, eine neue Studienordnung zu erarbeiten. Dazu werden auch internationale Erfahrungen ausgewertet (Pittsburgh, Helsinki, Birmingham, Warschau).

(...)

Die grundständige Ausbildung (undergraduate) wird künftig i.d.R. nach den Studienordnungen der Fachbereiche (d.h. fachdisziplinär) erfolgen. Der regional ausgerichtete M.A. soll auf B.A.-Abschlüssen aufsetzen. Für eine Übergangszeit werden auch erfolg reiche Zwischenprüfungen als Voraussetzung für den Einstieg in den M.A.-Studiengang anerkannt.

(...)

Das OEI entwickelt einen Fernstudiengang East European Studies. Schwerpunkte des Studiengangs sind die Bereiche Wirtschaft und Recht/Institutionen; Politik und Gesellschaft; Kultur und Geschichte. Der Fernstudiengang soll über das Land Berlin zum 1.1.2001 bei der BLK für Bildungsplanung und Forschungsförderung als Antrag zur Förderung auf drei Jahre eingereicht werden. Ein Ausgangskonzept wird beigelegt.

Am OEI werden verstärkt neue Medien für neue Lehr- und Lernformen eingesetzt. Schon jetzt werden einzelne Lehrveranstaltungen über web sites geführt. Ein neues, von der VW-Stiftung gefördertes Projekt entwickelt interaktive, internetgestützte Module für die Lehre. Ein hauseigener Webserver steht zur Verfügung. Ein helpdesk zur Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Studierenden ist besetzt. Elektronische Arbeitsplätze für die Studierenden stehen in der OEI-Bibliothek zur Verfügung. Sie werden bis Oktober 2000 weiter ausgebaut. Die Konversion der Netz-Software auf Windows 2000 und der Büroanwendungen auf Office 2000 ist beschlossen und wird vorbereitet.

Die am OEI bereits seit längerem eingerichtete Praktikumsbörse zur Vermittlung von Auslandspraktika in Osteuropa für OEI-Studierende verfügt über einen sehr guten Ruf und kann eine erstklassige Bilanz vorlegen. Sie soll weiter entwickelt und ausgebaut werden und kann in der Perspektive Dienstleistungen auch für andere Berliner Hochschulen erbringen sowie von Frankfurt/Oder und Potsdam mit genutzt werden.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen wie gender mainstreaming und Total E-Quality wird ein bereits bewilligtes Seminar zur Integration von Geschlechterforschung/gender studies ab WS 2000/ 2001 angeboten.

(...)

Ressourcen und Außendarstellung

Die Bibliothek des OEI hat mit 370.000 Bänden in zahlreichen osteuropäischen Sprachen überregionale Bedeutung und genießt weit über die Stadt hinaus hohes Ansehen. Ihr Bestand ist zu sichern und der weitere, dem laufenden und künftigen Bedarf entsprechende Ausbau des Bestandes zu gewährleisten. Die rückwirkende Elektronisierung/ Digitalisierung der Bestandsnachweise

wird angestrebt und realisiert, wenn sich dafür eine Finanzierung (DFG oder privat) findet.

Das Dokumentationszentrum des OEI ist durch die Kooperation mit dem Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen und Länderkunde (seit 1998) saniert. Es sollte in der Perspektive in Kooperation mit der neu zu schaffenden, integrierten Dokumentation des Fachbereichs Politik und Gesellschaft zukunftsfähig gemacht werden.

Die Informationsbasis am OEI wird kardinal verbreitert und künftig modernsten Ansprüchen entsprechen. Ein großer Londoner Informationsanbieter hat ein Paket-Angebot für elektronische Informationsträger und -dienste aus drei Kontinenten und für 34 Länder vorgelegt, das in Abstimmung mit dem Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften und dem LAI im OEI für den Bereich Osteuropa genutzt werden kann. (...)

Die am OEI geführte homepage erfüllt zahlreiche wesentliche Informationsfunktionen: Gliederung des Instituts, Übersicht über MitarbeiterInnen, Arbeitsprofile, Lehrangebote (KVV), Prüfungsordnungen, Handreichungen, publizierte Arbeitspapiere, die Hauszeitschrift BOI, u.a.

Die zweimal im Jahr erscheinende OEI-Zeitschrift „Berliner Osteuropa-Info“ (BOI) (mit einer Auflage zwischen 1500 und 2000 Ex.) bietet feste Rubriken sowie Themenschwerpunkte an. Sie dient der Information über Osteuropaaktivitäten und dem Erfahrungsaustausch. Die Zeitschrift ist auch auf der homepage zugänglich. Sie hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Informationsmedium und Diskussionsforum für Osteuropa-Fragen entwickelt.

Beratung

Es gibt einen wachsenden, auf Osteuropa bezogenen Beratungsbedarf. Die Nachfrage der Medien nach Interpretationen des oft schwierigen Wandels in Osteuropa wird aktiv angenommen. Auch für die Beratung von politischen Entscheidungsträgern werden die sozialwissenschaftlichen Arbeitsbereiche des OEI immer mehr zuständig sein. Anders als bei anderen Beratungs-Einrichtungen sind am OEI durch die Verknüpfung mit Grundlagenforschung sehr gute Voraussetzungen gegeben.

(...) Bestehende und sehr erfolgreiche Projekte wie die Entwicklung eines Investitions-Leitfadens für Russland (mit dem Kooperationsbüro der Deutschen Wirtschaft) werden fortgesetzt.

In diesem Zusammenhang sollen auch neue Formen und Inhalte von Partnerschaften entwickelt werden. Sponsoring, Stiftungsformen und vor allem public-private-partnership-Modelle sind zu prüfen. Es gibt eine wachsende Nachfrage nach kompetenten und professionellen Deutungen zu den Vorgängen in Osteuropa. Überzeugende Forschungs- und Beratungsangebote, die sich auf Osteuropa beziehen, sind transdisziplinär, technikgestützt und konkurrenzfähig.

Umsetzung

Die Mehrzahl der oben genannten Aktivitäten kann besser (in einzelnen Fällen ausschließlich) in einem organisatorischen Zusammenhang erfolgen. Ein solcher Zusammenhang wird das erneuerte OEI sein.

Das Nachdenken über die Institutionalisierung von area studies wird fortgesetzt. Seit Ende des Ost-West-Konflikts gibt es keine garantierte politische Begründung für Osteuropaforschung. Die mit dem Begriff Globalisierung erfassten Phänomene generieren wichtige Fragestellungen aus globaler und komparativer Perspektive.

Dennoch sind wir davon überzeugt, in Kürze zeigen zu können, dass die Konzentration fachlicher und regionaler Kompetenzen an einem Ort Synergieeffekte mit sich bringt. Die Ausbildung von Experten für viele osteuropabezogene Verwendungszusammenhänge – Journalismus, Politik, Krisenmanagement, Wirtschaft, Wissenschaft – kann effektiver in einem institutionellen Zusammenhang erfolgen. Der Begriff der Transdisziplinarität zeigt das an.

(...)

Die erfolgreiche Realisierung der vorgenannten Punkte hängt zum einen von der engagierten und konsequenten Eigenleistung des OEI ab. Zum anderen ist sie abhängig von der zügigen Zuweisung und qualifizierten Wiederbesetzung der zum Teil seit Jahren unbesetzten Professuren, die unmittelbar nach einer positiven Evaluierung erfolgen muss. Eine erfolgreiche Umsetzung der in diesem Papier dargelegten Reformelemente ist möglich; Voraussetzung dafür ist eine Personalausstattung, die Lehr-, Forschungs- und Beratungsleistungen in zentralen Bereichen sichert. Ein weiterer Aufschub qualifizierter und innovativer Besetzungen wird zum schleichenden Kollaps des OEI führen. Dem wäre ein zügig umgesetzter Abwicklungsbeschluss vorzuziehen.

Die OEI-interne Steuerungsgruppe, die die hier vorgelegte Neukonzeption in wenigen Wochen erarbeitet hat, hat sich als eine leistungsfähige Form informeller Selbstregulierung und Koordination erwiesen. Sie wird erhalten und tagt auch künftig regelmäßig. Ihre Vorlagen werden, wie auch bisher, dem IR des OEI zur Entscheidung vorgelegt.

Berlin, den 29.08.2000

TEIL 3: Auszug aus dem Gutachten der Expertenkommission vom Juli 2001, S. 8–13; S. 34–48

Ausgangsannahmen

Der Wissenschaftsrat begegnet den Regionalinstituten mit prinzipieller Skepsis (siehe I/1.). Er macht „wichtige Gründe gegen eine intensive Förderung bestehender und gegen die Einrichtung weiterer Regionalwissenschaftlicher Institute“ geltend. Abgesehen davon, dass der Kommission nicht recht nachvollziehbar ist, warum die Geltung dieser Gründe bei der ausgesprochen positiven Beurteilung einiger der vom Wissenschaftsrat evaluierten Regionalinstitute außer Kraft gesetzt wird, kann die Kommission die prinzipielle Triftigkeit dieser Gründe nicht erkennen. Drei Einwände erscheinen gerechtfertigt.

Erstens: Die Kommission stimmt grundsätzlich zwar dem Postulat zu, dass „Organisationsprinzipien von Wissenschaft – vor allem in Ausbildungszusammenhängen – sich an disziplinären Gesichtspunkten orientieren“ sollten. Dies kann aber nicht heißen, dass deren Vermittlung in interdisziplinären Forschungs- und Lehrkontexten zu meiden sei. Im Gegenteil. Es gehört nach Ansicht der Kommission zu den Schwächen der deutschen Wissenschaft, dass eine in Fakultäten „versäulte“ Universität zu einer wechselseitigen Isolierung der Disziplinen und zu einer Überbetonung disziplinär eingeschränkter Gesichtspunkte neigt. Betont der Wissenschaftsrat in seinen „Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland“ (Köln 2000) selber die Notwendigkeit einer „Stärkung von Anwendungsorientierung und Praxisbezug“, so folgt schon daraus für die Disziplinen die Verpflichtung zu intensiverer Kooperation; denn die Praxis, auf die hin Wissenschaft anzuwenden wäre, sortiert sich selber in der Regel nicht nach disziplinären Gesichtspunkten. Auch der internationale Gegenstandsbereich der „Regionen“, auf

die sich die Praxis kultureller, politischer und ökonomischer Akteure im Fortschreiten von Globalisierungsprozessen zunehmend bezieht, kann nicht allein von einzelnen Disziplinen so begriffen werden, dass diese Akteure verständnis- und handlungsfähig werden.

Zweitens: In diesem Zusammenhang ist es irrig, anzunehmen, eine sich in „Räumen“ darstellende „Region“ böte „letztlich nur kontingente Zusammenhänge von Gegenständen wissenschaftlicher Untersuchung...“. Geschichte vollzieht sich in Räumen und Regionen und prägt – mehr oder weniger (das ist eine empirische Frage) – deren Strukturen. Dass die demographischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Zusammenhänge, die sich in solchen Strukturen darstellen, weder „kontingent“, noch nach den disziplinenbezogenen Differenzierungsmustern der Wissenschaft organisiert und gegeneinander abgeschottet sind, gehört zu den Gegebenheiten, die einerseits eine regionenbezogene Forschung sinnvoll machen und dabei andererseits eine Disziplinenkooperation geradezu erzwingen.

Drittens: In seinen „Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland“ fordert der Wissenschaftsrat von den deutschen Hochschulen eine „Vertiefung der Internationalisierung“, dies mit einer doppelten Zweckbestimmung. Es ginge nicht nur darum, die Hochschulen für ausländische Studierende und Wissenschaftler attraktiver zu machen. Es sei vielmehr „eine besondere Aufgabe der Geistes- und Sozialwissenschaften“, eine „internationale Öffnung des Horizonts“ gerade der deutschen Studierenden und Wissenschaftler zu befördern. „Die Befähigung zur Bewältigung der alltäglichen Herausforderungen, denen sich Wissenschaftler und Hochschulabsolventen in zunehmend international und multikulturell geprägten Arbeitszusammenhängen gegenübersehen, muss mit einem vertieften Verständnis der eigenen und fremder Kulturen einhergehen. Sprachkenntnis ist nur ein erster, häufig an der Oberfläche bleibender Zugang“. Es ist der Kommission nicht verständlich, dass der Wissenschaftsrat fast gleichzeitig diese Postulate einerseits und eine weitgehende Verwerfung von Regionalinstituten andererseits dekretiert. Regionalinstitute sind doch mehr als alle anderen universitären Einrichtungen Institutionalisierungen von Internationalität über die Vermittlung von Fremdsprachen hinaus. Sie rekrutieren andere Disziplinen außerhalb der Philologien für die Erforschung „fremder“ Kontexte, sie ziehen – wenn sie einigermaßen funktionieren – aus den jeweiligen Regionen Gäste und mit ihnen deren Kompetenzen und Projekte an, sie vermitteln häufig nicht nur ihren Wissenschaftlern, sondern auch den Studierenden Erfahrungen in der Fremde. Regionalinstitute können einen substanziellen Beitrag zur Internationalisierung der Hochschulen leisten. Die Hochschulen können, wenn die disziplinären Voraussetzungen gegeben und die sonstigen Bedingungen (siehe unten) einlösbar erscheinen, Regionalinstitute zu einer Profilbildung entwickeln und pflegen, die vom Wissenschaftsrat immer wieder angemahnt worden ist. Gerade in der Hauptstadt Berlin, in der sich neben den zentralen Institutionen deutscher Politik und zahlreichen international operierenden Verbänden der deutschen Wirtschaft und Kultur in sehr großer Zahl ausländische Botschaften und internationale Organisationen und mit ihnen auch regionalwissenschaftlich nutzbare Angebote und Nachfragen versammeln, existieren dafür außerordentliche Chancen. Hier werden auch die Forumsfunktionen besonders wirksam, die Regionalinstitute mit ihrer Internationalität erfüllen können.

Diese zu nutzen, setzt allerdings voraus, dass in den Hochschulen mehrere Voraussetzungen gegeben sind oder geschaffen werden – und die Kommission ist sich durchaus bewusst, dass diese nicht einfach und, wenn überhaupt, natürlich nicht für alle „Regio-

nen“ dieser Welt herstellbar sind. Im folgenden Abschnitt sollen die Hauptbedingungen, die die Kommission mit der Entwicklung und Qualifizierung von Regionalinstituten verbindet, in allgemeiner Form expliziert werden. Die späteren Stellungnahmen zu den Instituten der Freien Universität und der Humboldt-Universität enthalten Einschätzungen darüber, ob und in welchem Maße diese Bedingungen vorliegen bzw. in welcher Weise sie herstellbar erscheinen. Der letzte Teil der Stellungnahme („Zusammenfassende Feststellungen und Empfehlungen“) nimmt einige der Bedingungen, sofern diese sich in den vorliegenden Fällen als besonders wichtig erweisen, auf und operationalisiert nach Gesichtspunkten der Dringlichkeit Möglichkeiten der Umsetzung für „area studies“ an Berliner Hochschulen.

(...)

Stellungnahme zum Osteuropa-Institut der Freien Universität (OEI)

Beschreibung

Das OEI wurde als Zentralinstitut 1951 an der Freien Universität gegründet. Es hat weitgehend Rechte und Pflichten einer Fakultät. Für Promotionen und Habilitationen ist jedoch die jeweils fachlich zuständige Fakultät verantwortlich.

Das OEI erhebt prinzipiell den Anspruch, sich mit Forschung und Lehre auf ganz Osteuropa zu beziehen. Es gliedert sich in drei Arbeitsbereiche: Politik und Gesellschaft, Recht und Wirtschaft sowie Geschichte und Kultur. Die Institute für Slawische Philologie und Balkanologie sind seit 1995 dem Fachbereich Neuere Fremdsprachliche Philologie zugeordnet. Das OEI verfügt über eine gewachsene Infrastruktur, insbesondere über eine äußerst wertvolle Bibliothek (370.000 Bände) sowie ein Dokumentationszentrum im Aufbau.

Im Jahre 1990 gab es am OEI noch 24 Professuren. Eine von der FU eingesetzte externe Gutachterkommission empfahl 1992 die dauerhafte Einrichtung von 11 Professuren. Laut Strukturplanung sind dem Institut gegenwärtig nur noch sechs Professorenstellen zugewiesen. Diese sind folgenden Fächern zugeordnet: Slavistik, Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft. Von den derzeit sechs Professorenstellen sind derzeit jedoch nur zwei besetzt (Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft). Vier Professorenstellen sind seit längerer Zeit vakant – ein außerordentlich misslicher Zustand für die Forschungs- und Studiensituation am OEI. Es lassen sich deshalb auch kaum instruktive Aussagen über Forschungsaktivitäten, Publikationen und Kooperationen am OEI machen. Entsprechend dringlich ist der Handlungsbedarf.

Die Hochschullehrer des OEI leisten in der Regel 75% ihrer Forschung und Lehre am Institut und 25% in den jeweiligen Fakultäten ihrer Mutterdisziplinen. Die Lehrangebote der Dozenten am OEI bilden einen integralen Bestandteil der Angebote der jeweiligen Fachbereiche. Im SoSe 2000 waren für „Osteuropastudien“ 292 Studierende immatrikuliert. „Osteuropastudien“ können nur als Teilstudiengang in Verbindung mit einem oder zwei monodisziplinären Fächern belegt werden. Schon jetzt werden Lehrveranstaltungen anderer Berliner, aber auch Brandenburger Universitäten anerkannt. Geplant ist ein Master-Studiengang „East European Studies“ sowie ein Fernstudiengang „Osteuropa“. Mit beachtlichem Erfolg haben Studierende, unterstützt vom OEI, eine „Praktikumsbörse“ organisiert.

Bewertung

Generelle Einschätzung: Der Wissenschaftsrat hat das Fehlen eines wissenschaftlichen Konzepts am OEI moniert. Die Kommission kann der Kritik im Prinzip folgen, berücksichtigt allerdings die Umstände, die durch die erhebliche Unterausstattung des OEI entstanden sind. Überfällig ist, dass das OEI sein spezifisches Forschungsprofil im Rahmen der veränderten Forschungslandschaft in Deutschland neu bestimmt. Dabei wären zum einen der besondere, seit 1990 für die Osteuropaforschung erheblich veränderte Standort Berlin, zum anderen aber auch der Umstand zu berücksichtigen, dass in den letzten Jahren außerhalb Berlins osteuropabezogene Forschungszentren neu entstanden bzw. neu ausgerichtet wurden. Es ist notwendig, Forschungs- und Lehraktivitäten zu den verschiedenen Regionen Osteuropas sowohl aufeinander abzustimmen als auch, wo möglich, zu bündeln. Die im Berliner Raum bestehende Dichte an Osteuropa-Kompetenz ist nach Auffassung der Kommission bislang nicht in genügendem Maße genutzt worden. Die erkennbaren Defizite sind vor allem Folge mangelhafter Koordination von Forschung und Lehre.

Das Berliner Profil der Osteuropaforschung kann nicht aus einem enzyklopädischen Anspruch abgeleitet werden. Auch im neu aufgebauten OEI können weder alle mit dem Begriff „Osteuropa“ bezeichneten geographischen Räume abgedeckt werden noch alle Institutionen und Personen, die einen darauf bezogenen Informationsanspruch erheben, mit Beratungswissen versorgt werden. Die eigenen Schwerpunkte müssen in einem fokussierten Programm entwickelt und ausgewiesen werden. Nur auf diese Weise wird dem Osteuropa-Institut ein spezifisches Profil und ein Charakter der Einzigartigkeit in der deutschen Universitätslandschaft zu vermitteln sein.

Dabei sollten jenseits der Lehre und auf der Grundlage eigener Forschungen Dienstleistungen für und Beratung von Politik, Medien und Wirtschaft gerade im Berliner Kontext durchaus eine gewisse Rolle spielen. Das OEI kann und sollte auch ein öffentliches Forum für den Austausch mit außeruniversitären Bezugsgruppen sein; dabei sollte auch die vorhandene Bibliothek und die noch auszubauende Dokumentation genutzt werden. Im Vordergrund aber steht die Fundierung von Forschung und eine daraus ableitbare Bewährung in der Lehre.

– Wissenschaft und Forschung: Inhaltlich erscheint der Kommission der vorgesehene Regelbestand von sechs Professuren am OEI angemessen, wenn darüber hinaus inner- und interuniversitäre Kooperationen ausgebaut werden. Die Verteilung der Professuren auf die Disziplinen Slawistik, Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie und Rechtswissenschaft kann für entsprechend ausgelegte Forschungsprogramme sinnvoll sein. Das OEI sollte aber seine Disziplinenzusammensetzung im Hinblick auf künftige Weiterentwicklungen seines Forschungsprogramms flexibel halten (dazu allgemein Teil IV). Neue, quer zu den traditionellen Fächern liegende Disziplinen wie Medienwissenschaften, Kulturgeographie u.ä. sollten als Profilierungsmöglichkeit in die Strukturüberlegungen einbezogen werden. Die im Institut nicht zu erbringenden, aber als notwendig angesehenen Forschungs- und Lehrleistungen aus diesen wie aus weiteren Disziplinen sollten importiert werden. Dies kann auf mehrerlei Weise erfolgen: erstens durch feste Kooperationsabsprachen mit einschlägig kompetenten Kollegen sowohl der Freien Universität als auch der Humboldt-Universität; letztere sollten über Vereinbarungen der Hochschulleitungen formalisiert werden – zweitens durch flexibel handhabbare Lehraufträge, die von sonstigen Spezialisten anderer Einrichtungen (auch zum Beispiel des Landes Branden-

burg) übernommen werden können – und drittens durch Gast- und Stiftungsprofessuren.

Im Hinblick auf die Profilierung seiner Forschung empfiehlt die Kommission, dass das OEI seine Forschung geographisch auf Länder der ehemaligen Sowjetunion, vor allem auf Russland, Weißrussland und die Ukraine konzentriert, nicht aber „die gesamte osteuropäische Großregion“ gleichberechtigt zum Gegenstand hat. Der Schwerpunkt von Forschung und Lehre sollte in der Gegenwart bzw. jüngeren und jüngsten Vergangenheit dieser Länder und ihrer Beziehungen liegen. Die veränderte Situation in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas verlangt heute spezifische Analysen der jeweiligen Länder und Länderzusammenhänge durch Vertreter verschiedener Fachdisziplinen. Ein Institut allein kann diesen gewachsenen Anforderungen nicht für den ganzen Raum gerecht werden.

Russland spielt in der Vergangenheit, in der Gegenwart und Zukunft eine zentrale Rolle in Europa und im politischen Weltgeschehen. In Deutschland existiert kein universitäres Russlandzentrum. In Berlin ist nicht nur der richtige Ort dafür, sondern es sind insgesamt auch die nötigen Kapazitäten vorhanden, dieses aufzubauen. Aus einer Reihe von Gründen ist es bis heute nicht gelungen, andere, heute selbständige Länder der ehemaligen Sowjetunion in angemessener Weise in Forschung und Lehre zu berücksichtigen, insbesondere die Ukraine und Weißrussland. Die gemeinsame Geschichte und kulturelle Nähe dieser drei Staaten sprechen dafür, dass sie in einem zentralen Institut vorrangig gemeinsam und vergleichend erforscht werden.

Die Entwicklung spezieller Forschungsprogramme müsste die räumliche und zeitliche Schwerpunktsetzung aufnehmen und weiter spezifizieren. In der Lehre, die vor allem vergleichend angelegt sein sollte, erscheint dagegen eine Ausweitung auf zusätzliche mittel-, ost- und südosteuropäische Räume machbar und wünschenswert.

– Lehre und Studium: Ein Lehrkonzept, das zu interdisziplinär konzipierten „Osteuropastudien“ am Osteuropa-Institut einen Magister- oder Master-Studiengang vorsieht, erscheint der Kommission sinnvoll unter der Voraussetzung, dass ein solcher Studiengang von Fakultäten verantwortet wird (vgl. dazu und zum folgenden Teil IV). Im Grundstudium sollte das interdisziplinäre Studium nur als Teilstudiengang oder in Modulen möglich sein. Den geplanten Aufbau eines Fernstudiengangs hält die Kommission für aussichtsreich.

Bislang erscheint die internationale Komponente bei der Lehre noch zu schwach ausgeprägt. Diese sollte sowohl auf der Ebene der Studierenden als auch bei den Dozenten mit Auslandsstudienaufenthalten, Austauschprogrammen, Gastprofessuren etc. gestärkt werden. Die von Studierenden erfolgreich betriebene „Praxisbörse“ sollte vom OEI anhaltend gefördert werden.

– Kooperations- und Organisationsfragen: Eine schwierige, aber auch reizvolle Herausforderung wird rund um das Osteuropa-Institut darin bestehen, die vielfältigen osteuropabezogenen Kapazitäten der Freien Universität und der Humboldt-Universität, aber auch der Universität Potsdam sowie anderer wissenschaftlicher Einrichtungen der Berlin-Brandenburgischen Region für gemeinsame Forschungen, aber auch für die regionalbezogenen Studiengänge des OEI zu nutzen. Welche rechtlich verbindlichen Formen für die erforderlichen Verbünde bestimmt werden können, will die Kommission nicht entscheiden, wohl aber betonen, dass die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen des Berliner Raums dauerhafter Regelungen bedarf. Die Lehre muss natürlich hauptsächlich von den am OEI vertretenen Professoren geleistet werden, sollte aber durch die Professoren einschlägiger Fächer an

FU und HU ergänzt werden. Die praktische Ausbildung in slawischen Sprachen sollte nach Lage der Dinge nun zur Gänze an der HU verankert und mit dem OEI koordiniert sein.

Nur eine in hohem Maße flexible Organisationsstruktur kann die verschiedenen Bereiche, deren Kooperation wünschenswert ist, miteinander vermitteln. Die einschlägig kompetenten Akteure verschiedener Standorte und Institutionen sollten, so weit es notwendig und möglich erscheint, miteinander vernetzt werden. Doppelmitgliedschaften (in Fakultäten und OEI) – auch über Universitätsgrenzen hinweg – können dabei ebenso helfen wie eine Mittelverteilung, die den wünschenswerten Kooperationen angemessen ist. Als Teil eines umfassenderen Anreizsystems könnte die zu fördernde Einrichtung eines projektbezogenen Forschungsverbunds in Erwägung gezogen werden, der auch die nahen Universitäten außerhalb Berlins einbeziehen sollte.

– Dringende Maßnahmen: Die durch Stillstand gekennzeichnete gegenwärtige Situation des OEI darf nach Meinung der Kommission nicht andauern. Die Kommission empfiehlt daher der FU und dem Senat von Berlin, zur Bearbeitung der dringendsten anstehenden Fragen ähnlich wie im Falle des Lateinamerika-Instituts (siehe II/2.) auch für das Osteuropa-Institut schnell eine Struktur- und Programmkommission zu berufen, die die Grundlinien der künftigen Forschungsplanung beraten und (in Teilen) gemeinsam mit den zuständigen Fakultäten an den demnächst anstehenden und zügig voranzutreibenden Berufungen mitwirken soll. Diese Kommission sollte von einem Vizepräsidenten der FU geleitet werden, um deutlich zu machen, daß Regionalinstitute in gesamtuniversitärer Verantwortung stehen. Nach Lage der Dinge müssen in dieser Kommission auswärtige Experten stark vertreten sein, darunter auch Mitglieder der HU. Die für ein Osteuropa-Institut wichtigsten Disziplinen sollten bei der Besetzung der Kommission repräsentiert sein. Ausschreibung und Besetzung der freiwerdenden Professuren sollten den neu bedachten Forschungsschwerpunkten entsprechen und möglichst im Rahmen einer „Paketlösung“ aufeinander bezogen ein. Die erste Evaluation des neuen Arbeitsprogramms sollte nach etwa drei Jahren durch auswärtige Wissenschaftler vorgenommen werden.

(...)

IV. Zusammenfassende Feststellungen und Empfehlungen

Auf Veranlassung des Wissenschaftsrats hat der Berliner Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur eine Expertenkommission gebeten, sechs Regionalinstitute, die an den drei Berliner Universitäten existieren, zu prüfen und Empfehlungen über deren Förderung und Entwicklung abzugeben. Der Auftrag bezog sich auf

- das Frankreichzentrum der Technischen Universität,
- das Großbritannien-Zentrum der Humboldt-Universität,
- das Lateinamerika-Institut der Freien Universität,
- das John F. Kennedy-Institut für Nordamerika-Studien der Freien Universität,
- das Nordeuropa-Institut der Humboldt-Universität,
- das Osteuropa-Institut der Freien Universität.

1. Unterstützungsempfehlung

Bei der Untersuchung dieser Einrichtungen hat die Kommission einige eindrucksvolle Beispiele unternehmerischen Elans beim Aufbau und der Pflege international ausgreifender Netzwerke kennen gelernt, deren weitere Entwicklung auch im Sinne des vom Wissenschaftsrat formulierten Postulats zur „Vertiefung der

Internationalisierung“ deutscher Universitäten liegt (siehe „Thesen zur künftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland“, Köln 2000). In Ansätzen sichtbar geworden sind auch die an deutschen Universitäten wenig geförderten Möglichkeiten interdisziplinärer Forschung, die über Regionalinstitute in besonderer Weise animiert und organisiert werden kann. Nicht zuletzt wurde ebenso deutlich, dass im Zuge allgemeiner Globalisierungstendenzen in bestimmten Berufsfeldern zunehmend Positionen entstehen, die von Regionalkompetenzen, welche an den Hochschulen vermittelt werden, profitieren können; eine entsprechende Nachfrage von Studierenden lässt sich deshalb dauerhaft erwarten.

Diese Beobachtungen veranlassen die Kommission, den Universitätsleitungen zu empfehlen, die mit allen genannten Einrichtungen verbundenen Ansätze einer Internationalisierung von Forschung und Lehre weiter zu fördern. Die Besonderheiten interdisziplinärer Forschung, die Regionalinstitute zu erbringen vermögen, können wesentlich zur Profilbildung der Berliner Universitäten beitragen.

Nicht in allen Fällen kann die Kommission allerdings für diese Einrichtungen die Beibehaltung oder Entwicklung regionalbezogener Studiengänge empfehlen. Solche Studiengänge setzen nämlich auch (und nicht zuletzt) in der Forschung eine Reihe von konzeptionellen und strukturellen Bedingungen voraus, die in Teilen dieser Stellungnahme genauer bestimmt wurden. In den meisten der genannten Institute oder Zentren sind diese Bedingungen bislang unzulänglich erfüllt; in einigen von ihnen lässt sich nach Auffassung der Kommission auch nicht erwarten, dass sie in absehbarer Zeit geschaffen werden können.

(...)

Im Falle des Frankreichzentrums erschienen der Kommission diese Bedingungen am wenigsten entwickelt bzw. entwickelbar zu sein (siehe Abschn. I/3. dieser Stellungnahme). Diese Bewertung deckt sich mit der Feststellung der Technischen Universität, das Frankreichzentrum sei entgegen den Annahmen des Wissenschaftsrats „kein Regionalinstitut“. Seine Förderung muss also aus anderen Zwecksetzungen gerechtfertigt werden. Die Kommission schließt diese Möglichkeit nicht aus, ist ihr aber nicht nachgegangen; dies lag außerhalb ihres Auftrags.

Auch im Falle des Nordeuropa-Instituts der Humboldt-Universität empfiehlt die Kommission, auf die Einrichtung regionalbezogenen interdisziplinärer Studiengänge bis auf weiteres zu verzichten, obwohl in diesem Falle die Kommission ohne Einschränkung das Urteil der Experten teilt, im Nordeuropa-Institut habe sich eine sehr moderne, kulturwissenschaftlich angereicherte Skandinavistik von internationalem Format entwickelt. Die beeindruckende und auch handfest ertragreiche Vernetzung dieses Instituts mit skandinavischen Einrichtungen von Wissenschaft und Politik gibt der Leitung der Humboldt-Universität zusätzliche Gründe, seine Förderung nachhaltig zu betreiben. Dabei sieht die Kommission allerdings nicht die Voraussetzungen für die Einrichtung regionalbezogener Studiengänge über die bestehenden skandinavistischen Studiengänge hinaus gegenwärtig als gegeben an. Für die Qualifizierung des Nordeuropa-Instituts als Regionalinstitut mangelt es an der Reichweite der Disziplinenbeteiligung und an der Ausbringung und Fundierung eines interdisziplinären Programms (siehe Abschn. III/4, dieser Stellungnahme).

(...)

3. Eilbedürftigkeit

Die von den übrigen abweichenden Voten zum Frankreichzentrum der TU und zum Nordeuropa-Institut der HU indizieren nicht die Auffassung der Kommission, in den anderen genannten Ein-

richtungen gäbe es keine Probleme. In den einzelnen Abschnitten des Teils DI dieser Stellungnahme sind neben bestimmten Würdigungen nicht wenige Bedenken formuliert worden, die auch den betroffenen Hochschulleitungen (FU und HU) und der Senatsverwaltung erhebliche Entwicklungsaufgaben stellen.

Dies trifft insbesondere auf das Lateinamerika-Institut und das Osteuropa-Institut der FU zu. Aus Gründen, die in den Abschnitten 2 und 5 von Teil HI dieser Stellungnahme ausführlicher bezeichnet wurden, erscheinen beide Institute nicht in der Lage, aus eigener Kraft ihre gravierenden Leistungsmängel zu beheben. In beiden Fällen sind die Mehrheiten der Hochschullehrerstellen, die den Instituten zugewiesen wurden, entweder unbesetzt oder werden in schneller Folge bald frei. In beiden Fällen nimmt die Kommission einerseits einen gefährlichen Stillstand, andererseits aber auch, abhängig vom zügigen Gelingen anstehender Neurekrutierungen, gute Chancen für eine nachhaltige Belebung regionenbezogener Forschung und Lehre wahr – im übrigen auch einen starken Bedarf an solcher Forschung und Lehre. Die Kommission schlägt der Freien Universität und dem Senat von Berlin die schnelle Einsetzung zweier, den speziellen Berufungskommissionen der Fakultäten vorgeschalteter Programm- und Strukturkommissionen vor, die mit dem Entwurf möglicher Forschungsprogramme auch die Formulierung aller anstehenden Stellenwidmungen leisten sollten, um eine „Paketlösung“ für Berufungen zügig vorzubereiten, an denen sie selber beteiligt werden sollten. In beiden Fällen müsste externen (darunter ausländischen) Experten ein starkes Gewicht in den Kommissionen zukommen. Entscheidend aber wird es sein, dass die Hochschulleitungen (zum Beispiel über einen Vizepräsidenten) in diesen Verfahren selber Regie führen, um die Empfehlungen der Kommission durchsetzen zu können.

4. Funktionen und Organisationen

Die besondere Rolle der Hochschulleitungen ergibt sich nicht nur in den genannten, sondern in allen Fällen aus strukturellen Bedingungen, die mit den Besonderheiten von Regionalinstituten per se zusammenhängen. Diese Institute müssen als interdisziplinäre Einrichtungen in stark disziplinenbestimmten Universitäten funktionieren. Es ist auch in den hier untersuchten Fällen erkennbar, dass sich aus dieser Konstellation Spannungen ergeben. Erforderlich ist die Institutionalisierung einer mittleren Distanz zwischen Regionalinstituten und den Fakultäten ihrer Mitglieder. Regionalinstitute dürfen sich einerseits von den Fakultäten und den in diesen organisierten Disziplinen nicht völlig lösen, sollten andererseits diesen gegenüber aber auch ein Ausmaß an Selbständigkeit besitzen, das sie vor ihrer Vereinnahmung schützt. Im Hinblick darauf sind die Hochschulleitungen aufgerufen, eine entsprechende Balancierung der Kräfte zu erreichen und gegebenenfalls nach beiden Seiten hin zu verteidigen. Die Aktivitäten der Fakultät einerseits und des Regionalinstituts andererseits bedürfen einer laufenden Beobachtung durch die Hochschulleitung mit dem Ziel eines Interessenausgleiches und einer optimalen Entwicklung in Forschung und Lehre.

Folgende Vorstellungen der Kommission könnten für konkrete Gestaltungen hilfreich sein:

4.1 Regionalinstitute lassen sich innerhalb ihrer Hochschulen als Interdisziplinäre Zentren einrichten, die – da sie unter anderem mit Aufbau und Pflege spezieller Bibliotheken und Archive einen gewissen Anteil an Daueraufgaben wahrnehmen – langfristig gesichert sein sollten. Als Interdisziplinäre Zentren unterstehen diese Institute keiner Fakultät, sondern sind der Hochschulleitung direkt zuzuordnen. Diese entscheidet über die von dem Interdis-

ziplinären Zentrum benötigten Sach- und Personalmittel im Rahmen von Zielvereinbarungen.

4.2 Auch im Hinblick auf die in den Zielvereinbarungen festgelegten Verpflichtungen sollte die Handlungsfähigkeit des Regionalinstituts durch hinreichende Befugnisse der Institutsleitung, insbesondere im Bereich der Budgetverantwortung und Mittelzuweisung, abgesichert werden. Für die Institutsleitung könnte eine doppelte Legitimierung angestrebt werden. Die Bestimmung eines geschäftsführenden Direktors würde dann einerseits durch Wahl eines dafür zuständig gemachten Elektors erfolgen, andererseits aber auch durch die Hochschulleitung dadurch mitgetragen werden, dass die Kandidatenliste ihrer Zustimmung bedarf.

4.3 Größe, Zusammensetzung und Struktur von Regionalinstituten sind in Abhängigkeit von Art und Ausmaß der Funktionen in Forschung und Lehre, die sie erfüllen, flexibel zu halten. Ihre Funktionen variieren im Hinblick auf Umfang und Komplexität ihrer Forschungsprogramme sowie im Hinblick auf Art und Ausmaß von Studiengängen, die von einem Institut bedient werden. Forschungsprogramme sind – darin Sonderforschungsbereichen oder Forschergruppen der Deutschen Forschungsgemeinschaft vergleichbar – zeitlich zu befristen. Die Bestimmung der Institutsfunktionen ist abhängig von den Ergebnissen regelmäßiger Evaluationen.

4.4 Die Ressourcenausstattung der Regionalinstitute muss, um den jeweils zugewiesenen Funktionen in Forschung und Lehre entsprechen zu können, im Hinblick auf Größe und Qualität flexibel gehalten werden. Das muss sich auch in den Stellenzuweisungen ausdrücken – und zwar sowohl auf der Ebene der Hochschullehrer als auch der wissenschaftlichen Mitarbeiter.

Im Hinblick auf den Hochschullehrerbereich könnte sich als günstig erweisen, nur für einen Teil der Hochschullehrerstellen feste Zuweisungen vorzusehen. Diese sollten den Kerndisziplinen eines Regionalinstituts zugeordnet und zugleich in den entsprechenden Fakultäten ausgewiesen werden. Ihre Forschungskapazität sollte den Instituten voll zur Verfügung stehen, während ein Teil ihres Lehrdeputats, allerdings nicht mehr als die Hälfte, auch den Fakultäten zugute kommen sollte, entsprechende Prüfungsverpflichtungen eingeschlossen.

Über diesen Stellenkern hinaus könnten bei den großen Instituten (Kennedy-, Lateinamerika-, Osteuropa-Institut, nach weiterer Entwicklung unter Umständen auch das Nordeuropa-Institut) zwei bis drei Stellen pro Institut, bei kleineren Instituten (z.B. dem Großbritannien-Zentrum) ein bis zwei Stellen pro Institut in einem zentralen Pool, der bei der Hochschulleitung anzusiedeln wäre, verwaltet werden. Die Zahl und die Widmung der Stellen, die einem Institut zugewiesen werden, muss in Abhängigkeit von Forschungs- und Lehrprogrammen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Evaluationen bestimmt werden. In diesem Stellenbereich ließen sich auch Befristungen sowohl von Stellenzuweisungen als auch von Dienstverhältnissen von Hochschullehrern durchsetzen. In welchem Maße in diesen Fällen Lehrdeputate bestimmten Fakultäten zur Verfügung gestellt werden, bliebe im Einzelfall festzulegen.

Ungeachtet dieser Regelungen sollte eine noch genauer zu definierende assoziierte Mitgliedschaft weiterer Hochschullehrer der eigenen oder auch einer anderen Universität in den Fällen, die eine fruchtbare Zusammenarbeit erwarten lassen, nicht nur möglich, sondern im Prinzip auch wünschenswert sein. Die Hochschulleitung könnte in dem für Regionalinstitute gebildeten Pool in begrenztem Umfang auch Mittel vorhalten, die als Anreiz für solche Assoziierungen gegebenenfalls einsetzbar sind.

4.5 Wissenschaftliche Mitarbeiterstellen sind als Forschungsstellen auf Zeit zum Teil im Regionalinstitut auszuweisen, zum Teil aber auch in einem zentralen Pool vorzuhalten (vgl. Abschn. 4.4). Sie werden ergänzt durch Stellen bzw. Mittel für Gastprofessuren auf Zeit, insbesondere für Wissenschaftler aus dem Ausland. Dem Regionalinstitut werden einige Stellen für wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Mitarbeiter für Daueraufgaben (wissenschaftliches Sekretariat, Dokumentation, Bibliotheksverwaltung) zugewiesen. Für Forschungsaufgaben und für Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung sowie für sonstige Dienstleistungen (zum Beispiel in begrenztem Umfang Beratung von Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Organisationen) erhält das Regionalinstitut einen angemessenen Sachmittelpool und eine eigene Raumausstattung. Es wird erwartet, dass das Regionalinstitut erhebliche Drittmittel für Forschung, aber auch für Weiterbildungsmaßnahmen und Dienstleistungen einwirbt. Ein Anreizsystem über „Leistungsprämien“ für das Regionalinstitut könnte die Drittmittelwerbung unterstützen.

4.6 Berufungsverfahren bei Hochschullehrerstellen erfolgen in Abstimmung der Fakultät und des Regionalinstituts mit der Hochschulleitung innerhalb der Fakultät. Es ist darauf hinzuwirken, dass die Berufungskommission nicht nur durch Mitglieder der Fakultät, sondern anteilig auch durch Mitglieder des Regionalinstituts und auswärtige Experten besetzt wird. Der Hochschulleitung und der zentralen Ebene kommen sowohl bei Ausschreibungen wie auch bei Berufungs- und Besetzungsverfahren eine besondere Bedeutung zu. Die Hochschulleitung muss mit Blick auf die Gesamtprofilbildung der Universität den Fakultäten klare Vorgaben machen. Insbesondere sind durch die Hochschulleitung (bzw. das Kuratorium) diejenigen Professuren (auch in ihrer besonderen Bezeichnung, z.B. Englische Literaturwissenschaft mit Schwerpunkt Nordamerikastudien oder Neue Geschichte mit Schwerpunkt Lateinamerika) zu benennen, von denen eine Mitarbeit in den Regionalinstituten erwartet wird. Es wird empfohlen, dass Berufungskommissionen durch einen Vizepräsidenten geleitet werden.

4.7 Grundständige Studiengänge sollten ausschließlich von den Fakultäten verantwortet werden. Zugleich sollen diese gehalten sein, unter Beteiligung der in den Regionalinstituten forschenden Hochschullehrer interdisziplinäre Studiengänge (auch als B.A.-Studiengänge) einzurichten und deren Durchführung den Regionalinstituten zu übertragen. Daneben sollen durch die Regionalinstitute auch Module für das Hauptstudium von bereits bestehenden Magister- und Diplomstudiengängen entwickelt und eingebracht werden. Zusätzliche Magister- und Master-Studiengänge, Aufbaustudiengänge, Weiterbildungsstudiengänge/-kurse und Doktorandenprogramme sollten durch die Regionalinstitute angeboten werden; das Promotionsrecht müsste aber den Fakultäten reserviert bleiben.

5. Interuniversitäre Kooperationen

Die Hochschulleitungen sind zuallererst für das inneruniversitäre Management von Interdisziplinarität verantwortlich. Sie sind aber darüber hinaus auch gefordert, wenn es darum geht, interuniversitäre Kooperationen zugunsten ihrer Regionalinstitute anzubahnen und zu institutionalisieren, wenn Kooperationsgewinne wahrscheinlich sind. Dies liegt im Falle der Berliner Hochschulen (hier insbesondere der Freien und der Humboldt-Universität) angesichts ihres gemeinsamen Standortes nahe, vor allem in den Fällen, in denen regionalbezogene Kompetenzen, an denen eine Hochschule Bedarf hat, in der anderen Hochschule am Ort gut vertreten sind. Das ist nicht nur, aber im besonderen

Maße bei dem Osteuropa-Institut der Freien Universität deshalb der Fall, weil die einschlägigen Philologien und auch sonstige Osteuropa-Expertise an der Humboldt-Universität in hoher Qualität vorhanden sind. Es ist in einem solchen Falle geboten, hochschulübergreifende Kooperationsstrukturen für die Einrichtung gemeinsamer Forschungs- und Lehreinräte zu schaffen. Das Regionalinstitut bleibt Teil einer Universität, aber es sollten von den Hochschulleitungen vertragliche Regelungen zum Beispiel für eine gemeinsame Strukturkommission, für die Beteiligung an Berufungskommissionen, für die Anerkennung von Prüfungsleistungen und für die Verrechnung von Kapazitätstransfers getroffen werden.

Die Kommission findet es unverständlich, dass in den beteiligten Universitäten die Bereitschaft zu solchen Kooperationen offensichtlich wenig ausgeprägt ist. Sie verkennt nicht, dass Universitäten das Bedürfnis entwickeln, mit eigenen Profilbildungen – und Regionalinstitute eignen sich vorzüglich dazu – miteinander zu konkurrieren; die Wissenschaftspolitik hat genau dies mit Recht zunehmend gefordert. Im vorliegenden Falle ist auch nicht zu übersehen, dass die Konkurrenzverhältnisse zwischen den Berliner Universitäten bei vorhandener Standortnähe und unter den Bedingungen extremer Finanzschwierigkeiten besonders ausgeprägt sind. Die Kommission findet es dennoch nicht akzeptabel, dass die Beziehungen zwischen den Universitäten zumindest in den Bereichen, die die regionenbezogenen Engagements von Freier Universität und Humboldt-Universität betreffen, nicht frei von kleinlichen Revierabgrenzungen und eifersüchtigen Abwehrhaltungen sind. Die Kommission fordert die Hochschulleitungen im Hinblick auf die Etablierung interdisziplinär arbeitender Regionalstudien auf, sich für Kooperationen stärker zu öffnen und dabei auch Möglichkeiten für die Entwicklung interuniversitärer Zentren ernsthaft zu prüfen. Sie bittet die Senatsverwaltung, sowohl im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach allen Seiten entsprechenden Druck auszuüben als auch durch entsprechende Gestaltung der Hochschulfinanzierung Mittel bereitzustellen, mit denen Kooperationsanreize gegeben werden können. Kooperationen sollten prämiert werden.

Reibungsloser, so ist anzunehmen, werden die Absprachen zwischen der Freien Universität und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu Stande kommen, um überfällige Kooperationen zwischen dem Lateinamerika-Institut und dem Ibero-Amerikanischen Institut in Gang zu bringen; Einzelheiten dazu sind im Abschnitt II/2. dieser Stellungnahme behandelt worden.

6. Evaluationen und Beiräte

Wie sich die inner- und interuniversitären Regelungen, die in den bisherigen Abschnitten angesprochen wurden, jeweils bewähren, ob Ressourcenausstattungen und Stellenbesetzungen legitimeren Ansprüchen genügen, ob und wie lange bestimmte, in der Regel auf 10 bis 15 Jahre zu befristete Forschungsprogramme tragfähig sind und gegebenenfalls verlängert werden sollten, ob und in welchem Maße sich Lehreinräte als sinnvoll und Studiengänge als erfolgreich erweisen – dies und anderes sollte für den Bereich der Regionalinstitute regelmäßig von externen Gremien evaluiert werden. Die Hochschulleitungen sollten externe Evaluationen in Abständen von etwa fünf Jahren veranlassen, deren Ergebnisse ernst nehmen und Folgerungen gegebenenfalls auch gegen jene Widerstände durchsetzen, die sich aus allfälligen Besitzstandsinteressen ergeben.

Die Einrichtung eines Beirats aus Experten der Wissenschaft und von Repräsentanten aus Kultur, Wirtschaft und Politik könnte

dauerhaft zur strategischen Beratung eines Regionalinstituts im Hinblick auf Forschung, Lehre sowie bestimmte Dienstleistungen eingerichtet werden und in der Kooperation mit Vertretern aus der Region nützliche Unterstützungen leisten. Abschließend: Die Kommission verkennt nicht, dass die Gesamtheit an Vorkehrungen, die sie den betroffenen Einrichtungen, den Hochschulleitungen und dem Senat von Berlin vorschlägt, um Regionalinstitute auszubauen und zu qualifizieren, erhebliche Anstrengungen erfordert. Sie ist aber auch überzeugt davon, dass sich diese, wenn nachhaltig verfolgt, lohnen werden. Regionalinstitute können zur notwendigen Internationalisierung der Universitäten auf besondere Weise beitragen. Sie bieten mit ihrem Gegenstandsbereich und dem darauf bezogenen Forschungsprogramm einer Reihe von Disziplinen einen ausbaufähigen Anlass, um stärker zusammenzuarbeiten und dabei einen Erkenntnisgewinn zu erzeugen, der sich auch in die Lehre umsetzen lässt und den Studierenden im Hinblick auf einen wachsenden Anteil ihrer künftigen Berufe zugute kommen kann. Sie können offene Foren für den sozialen und geistigen Austausch mit anderen Ländern und ihren Eigenarten sein und auf diese Weise zur Öffnung der kulturellen Horizonte aller Beteiligten, einschließlich ihres gesellschaftlichen Umfeldes, beitragen. Die Chancen, mit Regionalinstituten all dies zu erreichen, sind in der Hauptstadt Berlin nach Überzeugung der Kommission in einem außerordentlichen Maße vorhanden.

TEIL 4: Beschluss-Nr. 582/3700/02 auf Grund der Vorlage Nr. 3700/02 zur Beschlussfassung in der 582. Sitzung des Akademischen Senats der Freien Universität Berlin am 6.2.2002 (Auszug)

(...)

III. Beschlussentwurf

Der Akademische Senat nimmt die Empfehlungen der Struktur- und Programmkommission sowie die Stellungnahme des Präsidiums hierzu zustimmend zur Kenntnis (Anlage 1) (...).

IV. Begründung

Der Akademische Senat hatte in seiner 576. Sitzung beschlossen, zur Sicherung der Zentralinstitute der Freien Universität auf hohem wissenschaftliche Niveau eine Struktur- und Programmkommission zu berufen, die auf Basis des AS-Beschlusses 576/3670/01 (Empfehlungen einer Expertenkommission zu den Regionalinstituten der Berliner Universitäten) und des AS-Beschlusses 549/3543/99 (Ausstattung der Zentralinstitute) sowie des Strukturplanes für die drei Zentralinstitute Empfehlungen zur mittelfristigen Forschungsprogrammatische, zu den davon abzuleitenden Denominationen der Professuren der Zentralinstitute, zur Lehre an den Zentralinstituten, zu ihrer Personalstruktur und Organisationsform abgeben sollte. Die Struktur- und Programmkommission hat in ihren Sitzungen am 24.10. und am 3.12.01 die erbetenden Empfehlungen erarbeitet (vgl. Anlage 1) und das Präsidium hat hierzu Stellung genommen (vgl. Anlage 2). Nach Zustimmung zu den Empfehlungen der Struktur- und Programmkommission kann die gemeinsame Berufungskommission ihre Arbeit aufnehmen, um so die insbesondere für das OEI benötigten Berufungen unverzüglich einzuleiten.

(...)

Anlage 1: Empfehlungen der Struktur- und Programmkommission für die Zentralinstitute JFK, LAI, OEI

Die Struktur- und Programmkommission (SPK) für die drei Zentralinstitute (ZI) an der FU-Berlin ist im Rahmen ihrer zweimaligen Sitzungen (vgl. die Protokolle Anl. 2) zu folgenden Ergebnissen gekommen:

I. Grundsätzliches

1. Forschungsprogrammatische

Trotz kritischer Einwände (vor allem seitens des LAI) kommt die SPK überein, dass der Entwurf einer mittelfristig angelegten Forschungsprogrammatische Grundlage der Empfehlungen zur Denomination der Professuren sein müsse.

2. Lehre an den Zentralinstituten

Die SPK hält an der Empfehlung der „Neidhardt-Kommission“ fest, dass die grundständige Ausbildung grundsätzlich disziplinär erfolgen solle, in Einzelfällen jedoch eine B.A.-Ausbildung auch an Zentralinstituten durchgeführt werden könne, wenn die beteiligten Fachbereiche das ZI dazu autorisieren.

3. Organisationsform der Zentralinstitute

Abweichend von den Empfehlungen der „Neidhardt-Kommission“ votieren die Mitglieder der SPK dafür, zumindest mittelfristig die bisherige Organisationsform der Zentralinstitute beizubehalten.

4. Personalstruktur (Poolbildung)

Statt der von der „Neidhardt-Kommission“ vorgeschlagenen Poolbildung wird die Befristung von Professuren als das angemessenere Instrument der Flexibilisierung der Personalstruktur empfohlen.

5. Dachkommission

Bezüglich der anstehenden Berufungen an die Zentralinstitute votieren die Mitglieder der SPK mit Nachdruck dafür, eine Dachkommission mit Entscheidungsbefugnis zu bilden.

II. Einzelempfehlungen

(...)

OEI

Das OEI hat als Schwerpunkte seiner Forschungstätigkeit bis 2005 drei Schwerpunkte vorgeschlagen. Die SPK empfiehlt den ersten vom OEI vorgeschlagenen Schwerpunkt, nämlich „Gewaltförmigkeit von Konflikten und Modi der Konfliktaustragung und -regulierung. Probleme von Stabilitätstransfers“ zentral zu verfolgen und die Schwerpunkte „Neue Formen und Ebenen von Steuerung“ und „Stereotypen und Bilder: Unsere Wahrnehmungen Osteuropas – die Wahrnehmungen Deutschlands in Osteuropa. Erinnerungskulturen“ hierin zu integrieren. Die Professuren für Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft sollen in diesem Programm eingebunden werden. Die SPK empfiehlt nachdrücklich, die Forschungsaktivitäten auf die Länder der ehemaligen Sowjetunion zu beschränken, in der Lehre sollte auch die Balkanregion sowie ggf. andere Regionen einbezogen werden können.

Bezüglich der Denominationen der Professuren spricht die SPK die folgenden Empfehlungen aus: Für die Professur Rechtswissenschaft wird der Fachbereich gebeten, die Möglichkeit einer Ausschreibung nach C3 und die Modifikation der geplanten

Denominationen ernstlich zu prüfen. Die Professur für Volkswirtschaft soll nach C4 erfolgen, für die Professur Slawische Literaturen und AVL werden der FB und das OEI gebeten, die Ergänzung der bestehenden Denomination um den Schwerpunkt Kulturwissenschaften bzw. Medienwissenschaften zu prüfen.

Anlage 2: Stellungnahme des Präsidiums

Grundständige Studiengänge an den Zentralinstituten

Das Präsidium teilt die Auffassung der „Struktur- und Programmkommission“ (SPK) und der „Neidhardt-Kommission“, dass grundständige Studiengänge grundsätzlich nicht an Zentralinstituten angeboten werden sollen. Nur dann, wenn die beteiligten Fachbereiche die Durchführung des Studiengangs an das Zentralinstitut delegieren und der jeweilige disziplinäre Anteil zweifelsfrei erkennbar und es kein rein philologischer Studiengang ist, kann eine Ausnahme von diesem Grundsatz erwogen werden. (...)

Professuren

(...)

Das Präsidium folgt der Empfehlung von Prof. Neidhardt, die Liste für die OEI-Soziologie-Professur weiterzuleiten, da die Platzierten der empfohlenen Forschungsprogrammatische entsprechen. Die Prüfung der Stellenwertigkeit und der Denomination der Jura-Professur am OEI, die zu dem Ergebnis kommt, dass nur eine Ausschreibung nach C4 erfolgreich sein könnte und dass die bisherige Denomination im wesentlichen beibehalten werden solle, d.h. „Zivilrecht, Recht der osteuropäischen Staaten, Rechtsvergleichung“, wird in ihrem Ergebnis vom Präsidium akzeptiert. (...)

Einrichtung eines Beirates

Da die Zentralinstitute bislang eine gewisse Tendenz der Verselbstständigung und der nicht immer geglückten Kooperation untereinander, mit den Herkunftsdisziplinen und anderen Forschungseinrichtungen aufweisen, folgt das Präsidium der Empfehlung der „Neidhardt-Kommission“, einen Beirat einzurichten, der die Entwicklung der Zentralinstitute begleitet und evaluiert. Dieser Beirat soll entsprechen den allgemeinen Empfehlungen der „Neidhardt-Kommission“ zusammengesetzt sein.

¹ Außerdem sind das Nordeuropa-Institut an der Humboldt-Universität (1994) und das Frankreich-Zentrum an der Technischen Universität (1998) zu nennen.

² In den Antworten der Berliner Universitäten vom Juni 1999 auf Fragen des Wissenschaftsrates heißt es: „Das ‚Interesse an ‚Regionalwissenschaft‘ hat erkennbar abgenommen, seit das Ost-West-Denken an Vordringlichkeit verloren und das Nord-Süd-Denken und in seinem Gefolge die Kulturalismus-Debatte das Podium der wissenschaftspolitischen Diskussionen zu beherrschen begonnen hat. Vertreter von area studies sehen sich gefordert, in verstärktem Maß die Rückkoppelung zu ‚systematischen‘ Fächern zu suchen, um den Anschluss in der Theoriediskussion nicht zu versäumen bzw. überhaupt erst zu finden und umgekehrt ihren eigenen Beitrag zu eben dieser zu leisten.“ (S. 191)

³ Vgl. Landeshochschulstrukturkommission Berlin: Stellungnahmen und Empfehlungen zur Struktur und Entwicklung der Berliner Hochschulen, 1992, S. 118.

Mit dem MA in die Zukunft?

Das Konzept zum zukünftigen Master „Osteuropastudien“

Von Lenka Ritschny und Michael Samec, Berlin

Begonnen hat alles mit dem negativen Gutachten des Wissenschaftsrates, das uns jüngere Studierende noch wirklich schockiert hatte, da wir damals nicht wussten, dass Kritik bis hin zu Schließungsempfehlungen seit einigen Jahren für das Osteuropa-Institut beinahe alltäglich geworden war. Solcherart aufgerüttelt, fanden sich im Sommersemester 2000 relativ viele Studierende zu einer Arbeitsgruppe zusammen. Hier wurde über die Notwendigkeit diskutiert, einen Osteuropa-Studiengang zu erhalten und deutliche Kritik an der bestehenden Situation des Instituts geübt. Neben der unzureichenden personellen und materiellen Ausstattung des Institutes gab es auch Unzufriedenheit mit dem Studiengang. So fühlten sich viele Studierende in ihren Disziplinen methodisch nicht genug ausgebildet und vermissten in der Praxis die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen ihren Schwerpunkten. Zudem wünschten sich viele Studierende, auch in die anderen Disziplinen am OEI Einblick zu erlangen, mit denen sie sich im Rahmen des Studiums nicht vorrangig beschäftigten. Besonders kontrovers wurde dabei die Frage diskutiert, ob ein *Master*-Studiengang in diesen Fragen eine Alternative bieten könnte.

Zur Ausarbeitung des MA-Konzeptes

In der dramatischen Institutssituation wurde am OEI von Prof. Segbers eine Steuerungsgruppe initiiert, die sich konstruktiv mit den notwendigen Reformen beschäftigen sollte. Die studentische Arbeitsgruppe entsandte die VerfasserInnen dieser Zeilen in diese Steuerungsgruppe, um die Ergebnisse ihrer Diskussion einzubringen. Wir erarbeiteten dort zusammen mit der Frauenbeauftragten Ursula Frübis, Frau Dr. Sartorti, Herrn Bethke, Herrn Prof. Segbers und Herrn Prof. Sundhausen ein Reformkonzept für das OEI. Die Steuerungsgruppe erwies sich als effektives Gremium zur Ausarbeitung konkreter Projekte, die dem Institutsrat als Beschlussvorlage dienten.

Gerade in der Anfangszeit kamen viele Anregungen für den Entwurf eines MA-Studienganges aus der studentischen Arbeitsgruppe. Der Enthusiasmus nahm in den folgenden Monaten allerdings ab, da der undurchdringliche Dschungel universitärer Instanzen und Gremien auch auf die engagiertesten Studierenden abschreckend wirken kann. Viele studentische Ideen und Wünsche scheiterten zudem an den Auskünften der Rechtsabteilung, knappen Haushaltsmitteln und Interessen anderer Statusgruppen.

Wie soll der Master-Studiengang aussehen?

Der MA-Studiengang „Osteuropastudien“ wird sich in der Praxis vor allem an (BA-)AbsolventInnen der am OEI ver-

tretenen Disziplinen (also Geschichte, Kultur, Politik, Recht, Soziologie und Wirtschaft) richten, soll aber darüber hinaus auch für andere InteressentInnen offen sein. Die Zulassung erfolgt auf Grundlage eines Motivations Schreibens und eines Auswahlgesprächs durch den Prüfungsausschuss. Der bisherige eingeschränkte Blick auf Abschlussnoten oder Wartesemester sollte unserer Meinung nach vermieden werden. Wegen der kurzen Studiendauer muss die Kenntnis einer osteuropäischen Sprache schon mitgebracht werden.

Das Studium gliedert sich in mehrere Bereiche

Im Kernbereich vertiefen die Studierenden ihre methodischen Kenntnisse in jener Disziplin, die sie schon zuvor (in einem *bachelor*-Studiengang) erworben haben, und wenden sie auf regionalspezifische Fragestellungen an. Da ein *bachelor*-Abschluss Zugangsvoraussetzung ist, kann auf höherem Niveau an bereits erworbenes disziplinäres Wissen angeknüpft werden.

Der Erweiterungsbereich soll etwa auch Betriebswirten, Juristen oder Politologen „einen Blick über den Tellerrand“ der eigenen Disziplin ermöglichen. Die Studierenden sollen sich mit einem breiteren regionalwissenschaftlichen Zusammenhang multidisziplinär beschäftigen können.

Dem Ziel der multidisziplinären Zusammenarbeit dient auch das Studienprojekt. Dieser Bereich wurde auf Vorschlag der studentischen Arbeitsgruppe in das Konzept aufgenommen und soll als innovatives Element auch weiterhin von den Studierenden ausgestaltet werden. Studierende verschiedener Disziplinen finden sich in Arbeitsgruppen zusammen, um eine spezifische Fragestellung aus unterschiedlichen Perspektiven gemeinsam zu bearbeiten. Die Ergebnisse sollen öffentlich vorgestellt werden, wobei auf multimediale Präsentationsformen wie z.B. Filme, Ausstellungen oder Software-Produktionen großer Wert gelegt wird. Zur Unterstützung gerade im Bereich der neuen Medien, aber auch zur Verbesserung etwa von Rhetorik und Diskussionsmoderation sollen Tutorien angeboten werden.

Ein eigenes Modul stellt das sechswöchige Praktikum dar, das während der vorlesungsfreien Zeit in der Regel im osteuropäischen Ausland zu absolvieren ist. Am OEI haben wir schon bisher gute Erfahrungen mit einem verpflichtenden Praktikum gemacht. Die preisgekrönte Praktikumsbörse sollte weiter gestärkt werden, um allen Studierenden einen Platz zu vermitteln.

Zudem sollte im Rahmen des Studiums ein Semester im osteuropäischen Ausland absolviert werden. Am Ende des Studienganges steht eine Masterarbeit, deren Entstehung

von einem Kolloquium begleitet wird. Die Abschlussnote setzt sich aber aus allen erbrachten Studienleistungen während der gesamten vier Semester zusammen.

Offene Fragen und Probleme

Im Bereich der Sprachausbildung gibt es noch einige zu klärende Fragen. Im MA-Studiengang ist zwar die Beschäftigung mit einer Sprache der Region vorgeschrieben, das Osteuropainstitut kann aber selbst keine Sprachkurse anbieten; zudem ist auch kein Propädeutikum mehr vorgesehen. Durch den Wegfall der Slawistik der FU sind die Studierenden auf das Angebot der Sprachenzentren anderer Hochschulen, wie etwa der Humboldt-Universität, angewiesen. Die Bereitschaft der dortigen Slawistik, das Kursangebot auf die Bedürfnisse des Osteuropastudienganges abzustimmen, hält sich in Grenzen. Außerdem dürfte es bei einem (wahrscheinlich) kompakteren und straffer organisierten Studiengang noch schwieriger werden als bisher, Lehrveranstaltungen an verschiedenen Institutionen unter einen Hut zu bringen. Vier Semester und ein Sommer bieten zudem für den Spracherwerb einfach weniger Zeit als neun Semester und vier Sommerferien, so dass die Sprachkenntnisse der AbsolventInnen meist geringer sein werden als heute.

Das Auslandssemester sollte in die Struktur des Studiums integriert sein; die Anrechnung von Studienleistungen muss voll gewährleistet sein. In einem Studiengang, der nur vier Semester dauern soll, kann ein Auslandsaufenthalt nicht einfach zur Erweiterung des kulturellen Erfahrungshorizontes dienen. Es müssen auch die erforderlichen Leistungspunkte (*credits*) gesammelt werden.

Die Frage der erwähnten Leistungspunkte ist ebenfalls ungeklärt, da der Akademische Senat noch keine Richtlinien für die Verteilung von *credits* auf die einzelnen Lehrveranstaltungstypen erlassen hat. Die erhoffte internationale Kompatibilität der Studiengänge erscheint zweifelhaft, wenn ein Seminar schon in Berlin und Hessen verschiedenen viele Punkte „wert“ ist.

Das Recht, Kurse und Leistungen zu wiederholen, muss in der veränderten Universitätslandschaft klarer geregelt werden. Ein Seminar kann im nächsten Semester nicht einfach nachgeholt werden. Seit einiger Zeit wird diskutiert, für nicht erbrachte Leistungen Maluspunkte von einem Konto abzuziehen. Wenn das „Budget“ an Maluspunkten verbraucht ist, droht die Exmatrikulation. Ob gerade in einem *master*-Studiengang derart (grund-)schulische Sanktionsmittel angemessen sind, erscheint uns fragwürdig.

Auch bei optimistischer Einschätzung wird die Einführung des Osteuropa-MA's in Anbetracht der schleichenden Ausarbeitung der notwendigen FU-Rahmenbedingungen wohl noch einige Zeit auf sich warten lassen. In diesem Zusammenhang stellt sich in einer Übergangsphase die Frage nach dem Verhältnis des noch bestehenden Magisterstudienganges zum neuen MA: Werden mit den bescheidenen Mitteln des OEI zwei Studiengänge parallel

angeboten oder stehen die Lehrveranstaltungen des MA auch für den bisherigen Studiengang zur Verfügung? Wo sollen die BewerberInnen für einen MA herkommen, solange es in den entsprechenden Disziplinen erst wenige (BA-)AbsolventInnen gibt?

Immer noch ist ungeklärt, ob der MA-Studiengang am OEI ein in Zukunft vielleicht kostenpflichtiges Zweitstudium darstellt. Die bei den Regionalwissenschaften systematisch sinnvolle Aufspaltung in eine disziplinäre Grundausbildung (BA) und eine regionale Spezialisierung (MA) darf unseres Erachtens nicht dazu führen, dass man nur gegen Gebühren eine/r jener OsteuropaexpertInnen werden kann, die die Praxis so dringend braucht. Hier müssen wir die weitere Entwicklung aufmerksam und kritisch beobachten.

??? ???????

Die Erwartung des neuen Studienganges soll nicht dazu verleiten, den bisherigen als Stiefkind des Instituts zu behandeln. Mit der Umsetzung der innovativen Ideen und Reformvorhaben sollte schon jetzt begonnen werden. Studienprojekt, Tutorien, verstärkte Förderung von Auslandsaufenthalten und Klärung des Spracherwerbs sind auch für die derzeitigen Studierenden notwendige Verbesserungen der Studienbedingungen; gleichzeitig könnte das Institut schon Erfahrungen mit den im MA geplanten Neuerungen sammeln.

Notwendige Voraussetzung dafür ist die Sicherung der personellen und materiellen Rahmenbedingungen am OEI. Die Besetzung der vakanten Lehrstühle muss energisch vorangetrieben werden, die Bibliothek muss weiter in vollem Umfang den Studierenden und Lehrenden zur Verfügung stehen, der technischen Ausstattung muss wie bisher größte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Wir glauben, dass im Bereich der Osteuropastudien die Einrichtung eines MA-Studienganges sinnvoll ist. Wir denken, dass der vorliegende Entwurf dem Ziel einer umfassenden Ausbildung kompetenter Regionalexperten dient. Die aufgeworfenen Fragen müssen im Lauf der nächsten Monate geklärt werden.

Für die Ausarbeitung dieser konkreten Schritte kann die Steuerungsgruppe auch weiterhin ein effizientes Gremium sein. Da allerdings die momentanen personellen Überschneidungen zwischen diesem Gremium und dem Institutsrat die Gefahr der Verdoppelung von Gremienarbeit und Sitzungszeit bergen, wäre das aktive Engagement weiterer Institutsmitglieder in der Steuerungsgruppe wünschenswert.

Auch in (noch) informelleren Gruppen hoffen wir auf die engagierte Mitarbeit gerade der Studierenden des OEI, um im weiteren Verlauf der Veränderungen ihre Interessen effektiv vertreten zu können.

Lenka Ritschny und Michael Samec studieren Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Digitales Lernen: Der Fernstudiengang *East European Studies*

Anna Köbberling, Berlin

Ursprünglich wurde die Idee eines Fernstudiengangs für Osteuropa-Studien vor dreieinhalb Jahren an der Universität Koblenz geboren, dort aber dann aus verschiedenen Gründen nicht weiter verfolgt. Da das Osteuropainstitut der FU Berlin von Anfang an als Partner für einen möglichen Koblenzer Studiengang vorgesehen war, begann es vor eineinhalb Jahren selbst, ein tragfähiges und an den neuesten technischen Entwicklungen orientiertes Konzept auszuarbeiten. Nach Gesprächen mit sich sehr interessiert zeigenden VertreterInnen aus Forschung, Lehre und Wirtschaft und der mehrmonatigen Detailarbeit von Studierenden und Lehrenden in der Steuerungsgruppe des OEI wurde aus dem Konzept ein druckreifer Projektantrag. Diesen „Antrag für das dreijährige Modellprojekt zur Erprobung eines Fernstudiengangs *East European Studies*“ hat die Freie Universität Berlin als offizielle Trägerin nun zum 1.1.2002 bei der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) eingereicht.

Wie soll der Studiengang aussehen?

Die vorgesehene Studiendauer beträgt zwei Jahre; das Studienziel ist der Master of Arts. Als Studienvoraussetzung wird ein erster akademischer Abschluss, also mindestens ein Bachelor bzw. ein Diplom- oder Magisterabschluss erwartet. Die Zwischenprüfung allein reicht nicht aus. Zudem ist der Nachweis von Kenntnissen mindestens einer osteuropäischen Sprache auf dem Niveau des deutschlandweit zu erwerbenden *Unicert I* erforderlich. Bis zum Ende des 3. Semesters soll dann das Niveau von *Unicert II* erreicht sein. Da die Lehr- und Textsprache in der Regel Englisch sein wird, sind sehr gute Englischkenntnisse unerlässlich.

Der Studiengang gliedert sich in Anlehnung an die Struktur des Osteuropa-Institutes in drei Arbeitsbereiche mit jeweils zwei Disziplinen: 1. Politik und Gesellschaft, 2. Recht und Wirtschaft sowie 3. Geschichte und Kultur Osteuropas. Die Studierenden entscheiden sich allerdings nur für eine dieser Disziplinen aus einem der Arbeitsbereiche, in der sie dann auch ihre Abschlussarbeit schreiben.

Das Studium selbst gliedert sich in sechs Module: die Präsenzphasen (*Modul 1*), die erste Phase des Fernstudiums mit Überblicksveranstaltungen in allen sechs Disziplinen (*Modul 2*), eine stärker spezialisierte zweite Fernstudienphase mit Schwerpunktbildung in einer Disziplin der drei Arbeitsbereiche (*Modul 3*), ein Praktikum oder ein Studienprojekt (*Modul 4*), die Vertiefung der Sprachkenntnisse (*Modul 5*) und die Masterthesis (*Modul 6*). Bei der Vermittlung von Praktikastellen – vorzugsweise im Ausland – soll auf die Praktikumsbörse des OEI zurückgegriffen werden.

Der Fernstudiengang basiert auf dem Einsatz moderner Kommunikationstechnologien: Sämtliche Kurseinheiten werden über das Internet angeboten. Alle Kurseinheiten enthalten – neben den konventionellen Texten und Einsendeaufgaben – Beispiele, Zitate, Links, Graphiken, Bilder, Statistiken sowie Audio- und Videosequenzen. Über eine dem Studiengang zugeordnete Webseite wird den Studierenden weiteres Nachschlagewissen in Form von Karten, Chronologien, Statistiken etc. zugänglich sein.

Zur Kommunikation der Studierenden untereinander werden passwort-geschützte Newsgroups (getrennt nach Plenum und Arbeitsgruppen) eingerichtet. Zusätzlich gibt es in Form von Handreichungen eine Einführung in die Nutzung von Groupware, deren Nutzung ebenfalls möglich sein soll. Die bilaterale Kommunikation mit den DozentInnen geschieht über E-Mail.

Um den Studiengang ebenso für Studierende außerhalb Deutschlands attraktiv zu machen, aber auch, um international renommierte Osteuropa-SpezialistInnen für die Mitarbeit gewinnen zu können, wird der gesamte Studiengang in englischer Sprache durchgeführt. Dies betrifft sowohl die Kurseinheiten im Internet als auch die Präsenzveranstaltungen. Die Masterthesis kann wahlweise in englisch oder deutsch angefertigt werden.

Wer ist angesprochen?

Das Angebot richtet sich an Personen, die – unabhängig von ihrer disziplinären Ausrichtung – bereits über einen Hochschulabschluss verfügen (Postgraduierte) und sich zusätzlich qualifizieren wollen. Dies wären zum Beispiel SlawistInnen, HistorikerInnen, PolitologInnen, Volks- und BetriebswirtInnen, die in einem Unternehmen oder in der Verwaltung mit einer osteuropabezogenen Aufgabe beschäftigt sind oder sein wollen, InformatikerInnen und IngenieurInnen, die etwa im Anlagebau in Osteuropa tätig sind oder JournalistInnen. Wer alle Studienvoraussetzungen erfüllt, kann sich – unabhängig von Wohnort, Nationalität und Muttersprache – für den Studiengang einschreiben.

Das Angebot richtet sich aber auch an Personen, die nicht den Erwerb des Masterabschlusses anstreben, sondern für bestimmte berufliche Aufgaben gezielte osteuropabezogene Informationen benötigen, die mit einzelnen Kurseinheiten abgedeckt werden können. Dies können z.B. Mitarbeiter von Unternehmen sein, die kurzfristig eine bestimmte Aufgabe in einem osteuropäischen Land aufnehmen und sich fundiert über dessen Geschichte und Kultur informieren wollen. Für diesen Personenkreis ist es möglich, in einem modularisierten Angebot nur einzelne Kurseinheiten zu studieren und den Erwerb der Credit-Points zertifiziert zu bekommen.

Wie sind die Chancen auf dem Arbeitsmarkt?

Die politische und gesellschaftliche Nachfrage nach Hintergrundinformationen zum und Beratung im Bereich „Osteuropa“ ist seit 1989 rapide gestiegen und hält unvermindert an. Die Ost-Erweiterung der EU, die sicherheitspolitische Einbindung der Nachfolgestaaten der Sowjetunion oder der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ erfordern eine spezielle Deutungskompetenz und MitarbeiterInnen, die neben ihrer beruflichen Fachkenntnis fundierte Kenntnisse von Sprache, Kultur, Geschichte, Recht und Wirtschaft mitbringen.

Während sich international die Angebote zu „*East European Studies*“ im Aufwind befinden, wird unter WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen, die sich unter verschiedenen Gesichtspunkten mit Osteuropa befassen, seit einiger Zeit über die Ausbildungsverbesserung qualifizierter ExpertInnen mit entsprechenden regionenbezogenen Kenntnissen diskutiert (so z.B. über viele Monate hinweg in der Zeitschrift *Osteuropa*). Eine solche Ausbildung muss interdisziplinär angelegt sein und sprachliche, politische, historische, kulturelle, wirtschaftliche und juristische Kenntnisse einbeziehen. Diesem Bedarf will der Studiengang Rechnung tragen.

Was kostet das Studium?

Von den Studierenden werden während der Projektphase von drei Jahren Kosten für die Produktion der Studienmaterialien und den höheren personellen Aufwand bei der medialen Betreuung in Höhe von 250.- € pro Semester erhoben. Außerdem sind die Kosten für Unterbringung und Verpflegung während der Präsenzphasen selbst zu tragen. Nach Ablauf der Projektphase werden die Studiengebühren voraussichtlich moderat steigen.

Wie fügt sich das Projekt in das Angebot des Osteuropa-Instituts ein?

Zu der im Jahr 2000 beschlossenen Neukonzeption des Angebots des Osteuropainstituts der FU Berlin gehörte neben der Entwicklung des Fernstudiengangs *East European Studies* auch die Einführung eines interdisziplinären Master-Studiengangs *Osteuropa-Studien*. Insofern können von dem entsprechenden Fernstudienangebot *East European Studies* auch Studierende profitieren, die wegen Berufstätigkeit oder Kindererziehung in oder außerhalb Berlins sowie im Ausland ortsgebunden sind.

Der Präsenz- und der Fernstudiengang werden eng miteinander kooperieren und entsprechen somit in besonderer Weise den Zielsetzungen von Synergie und Nachhaltigkeit.

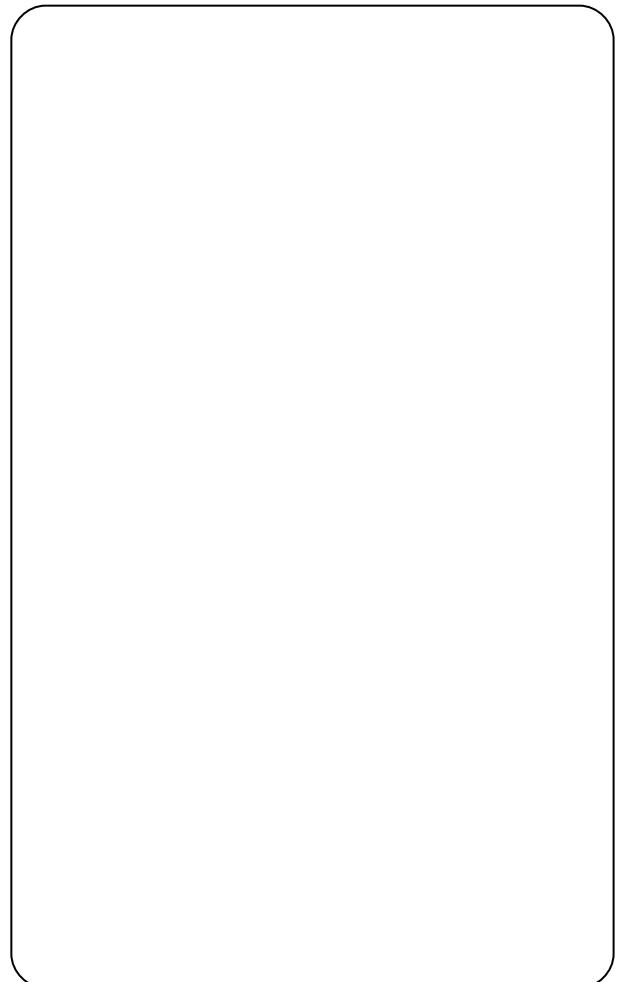
Auch bei der Entwicklung der Fernstudienmaterialien verfügt das Osteuropainstitut der Freien Universität Berlin bereits über wertvolle Erfahrungen: In dem Projekt „International Relations Online“ wurden zusammen mit Partnerfakultäten in Ost- und Westeuropa modularisierte und in-

teraktive Lehr- und Lernmaterialien für den Bereich Internationale Beziehungen im Rahmen des Politikwissenschaftsstudiums erstellt.

Wann wird es konkret?

Die Entscheidung der BLK über die Förderungswürdigkeit des Antrags liegt inzwischen vor – sie ist positiv. Es sind alle Vorbereitungen getroffen, um sofort mit der Umsetzung des Konzepts zu beginnen. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört neben der Bekanntmachung und Werbung für den Studiengang die Gewinnung weiterer Autorinnen und Autoren zum Verfassen der Studieneinheiten und ihrer praktischen Erarbeitung. Angestrebter Studienbeginn ist 2003.

Dr. Anna Köbberling ist Osteuropahistorikerin, Initiatorin des Projekts „Fernstudiengang Osteuropastudien“ an der Universität in Koblenz und maßgebliche Autorin des Antrags für einen solchen Fernstudiengang.



„Gelebtes Osteuropa“ – das Studium am OEI aus amerikanischer Sicht

Von Christina Cathy Schütz, Berlin

Vor anderthalb Jahren machte ich meinen B.A. am Amherst College in Massachusetts und bekam aus diesem Anlass von meinem College ein Stipendium zugesprochen, das mir nun einen dreijährigen Aufenthalt in Deutschland ermöglicht. Bei der Bewerbung um dieses Stipendium fand das Argument, dass es sinnvoll sei, mein bisheriges kombiniertes Deutsch- und Russischstudium in Berlin als Osteuropastudien fortzuführen, offenbar Anklang. Das wirklich ausschlaggebende Argument mag jedoch ein anderes gewesen sein: Als Studentin der Osteuropastudien würde ich nämlich nicht nur etwas über Mittel- und Osteuropa lernen und Kontakte in diesen Raum hinein knüpfen, sondern auch Einblick darin gewinnen, wie Deutsche den mittel- und osteuropäischen Raum als solchen wahrnehmen und ihre eigene Rolle im Verhältnis zu den MOE-Ländern definieren. Das Stipendium wurde vor über hundert Jahren eingerichtet, um Amherst-Absolventen zum einen die Möglichkeit zu bieten, von der angesehenen deutschen Universitätsausbildung zu profitieren, und sie zum anderen dazu anzuregen, sich im Laufe ihres Aufenthaltes mit deutschen Gepflogenheiten und Denkweisen grundlegend auseinander zu setzen. Insofern traf mein Ansinnen sozusagen ins Schwarze. Wenn auch mein Interesse vordergründig den MOE-Ländern und den dort zu beobachtenden Entwicklungen und Problemen gilt, bleibt doch hintergründig ein gewisses „diskurstheoretisches“ Interesse, das für eine Abgängerin eines amerikanischen *liberal arts college* nicht wegzudenken ist.

Meine Herangehensweise an das Studium ist für viele Deutsche alles andere als selbstverständlich. Sowohl Studenten am Osteuropainstitut als auch von anderswoher fragen mich immer wieder erstaunt, weshalb ich zum Studium nicht z.B. an die Central European University in Budapest gegangen sei, wo ich die osteuropäischen Transformationsprozesse direkt vor Ort hätte erleben und von Individuen hätte lernen können, die unmittelbar am Transformationsprozess beteiligt sind. Von Berlin aus müsste ich, wie alle anderen Studierenden am OEI, den direkten Zugang zu Mittel- und Osteuropa anhand von Praktika, Sprachreisen und sonstigen Aktivitäten suchen.

Diese Beobachtung ist richtig. Mittel- und Osteuropa muss man als OEI-Student aufspüren. Allerdings ist Mittel- und Osteuropa in Berlin schon gut vertreten – sei es durch Botschaften, Kulturinstitutionen, Unternehmen oder auch Privatpersonen. Die MOE-Länder und ihre Bürger möchten aus gutem Grund in Deutschland wahrgenommen werden. In ihrem Bemühen, in die EU aufgenommen zu werden, ist Deutschland einer ihrer wichtigsten Partner und Fürsprecher, wenn nicht der wichtigste überhaupt. Das heißt, dass man in Berlin erfahren kann, wie sich Deutsch-

land in seinem Verhältnis zu den MOE-Ländern definiert, und außerdem, wie sich die MOE-Länder gegenüber Deutschland präsentieren.

Das enge Verhältnis zwischen Deutschland und den MOE-Ländern kann bestimmt auch an anderen Orten nachvollzogen werden, doch sicherlich nirgends in derselben Konzentration wie in Berlin. Da die EU-Osterweiterung dem Transformationsprozess in Mittel-Osteuropa großen An Schub geben wird, ist Deutschland als ein Akteur zu verstehen, der letztendlich durch seine guten Beziehungen zu den MOE-Ländern zwar indirekt, aber doch signifikant zur mittelosteuropäischen Transformation beiträgt. Dies sollte man meiner Ansicht nach nicht unterschätzen.

Recht und Politik in Osteuropa

Das Studium am Osteuropainstitut der Freien Universität hat mir bisher drei sehr interessante Semester beschert. Neben engagierten Professoren und Dozenten erlebte ich hoch motivierte Kommilitonen, oft mit recht erstaunlichen Bezügen zu Osteuropa.

Für mich als Amerikanerin war es zunächst überraschend, gleich zu Beginn des Grundstudiums ein so spezialisiertes Fach wie Osteuropastudien belegen zu können. In den USA gibt es Osteuropastudien i.d.R. nur als „graduate studies“, die man erst nach Abschluss des B.A. antreten darf. Vermutlich ist der Grund für diesen späten Beginn in Amerika, dass Studenten sich im College-Studium weniger auf ein bestimmtes Fachgebiet spezialisieren, als in verschiedenen Fachbereichen Erfahrungen und Fertigkeiten sammeln sollen. So können sie am Ende ihres Studiums vorweisen, dass sie erstens eine breit gefächerte Bildung erfahren haben, dass sie zweitens dazu imstande sind, flexibel und fächerübergreifend Zusammenhänge zu erkennen und dass sie drittens bei der Wahl ihres spezialisierten „graduate studies“-Programms nicht von spontanen Neigungen ausgehen, sondern von grundsätzlichen Überlegungen, was ihre Interessen und Fähigkeiten anbelangt. Beim Einstieg in dieses Fach sind amerikanische Studenten schon dazu imstande, wissenschaftlich zu arbeiten und selbstständig ihren intellektuellen Interessen nachzugehen; sie setzten sich jedoch zumeist erst relativ spät mit der mittel- und osteuropäischen Region auseinander und wachsen nicht so allmählich „in die Region hinein“, wie ich es an meinen deutschen Kommilitonen in Berlin beobachte.

Eine zweite Überraschung war für mich, dass ich innerhalb der Osteuropastudien im Grundstudium den Schwerpunkt „Recht“ auswählen konnte. An amerikanischen *liberal arts colleges* gibt es zwar Abteilungen für „law, jurisprudence,

and social thought“, die Kurse dort beziehen sich zumeist jedoch auf inneramerikanische Problemkreise und sind eher philosophischer Natur. Dass das in Berlin anders ist, freut mich sehr. Ich persönlich halte es für sehr wichtig, die rechtlichen Strukturen in Osteuropa zu kennen und zu wissen, wo diese Strukturen, weil unvollkommen, Hindernisse für die erwünschte Systemtransformation darstellen. Ich würde sogar behaupten, dass die Kenntnis rechtlicher Sachverhalte und wirtschaftlicher Entwicklungen eine Hauptvoraussetzung ist, um kompetent über die Politik in Mittel- und Osteuropa diskutieren zu können.

Für mich waren die Kurse im Bereich Recht bislang ein besonderer Höhepunkt am Institut. Die Teilnehmerzahl war stets angenehm klein (zwischen 3–8 Teilnehmer), und es war deshalb möglich, den Lehrplan an das hohe Interesse der Teilnehmenden anzupassen. Besonders gefiel mir an diesen Kursen, dass die Dozenten die Grundlagen des Rechts einprägsam und plastisch darstellen konnten und dass sie aufgrund ihrer bisherigen Berufstätigkeit ihre Darstellung der Gegebenheiten in den mittel- und osteuropäischen Ländern durch persönliche Eindrücke ergänzen konnten. So war es mir z.B. sehr hilfreich, eine Hausarbeit über die Investitionsgesetzgebung in Rumänien mit einem Rechtsanwalt zu besprechen, der seinerzeit selber für eine Kanzlei in Rumänien tätig war.

Mein zweiter Schwerpunkt ist Politik. Auch hier erlebte ich einprägsame Stunden und habe meinen Wissenshorizont bedeutend erweitern können. In diesem Bereich habe ich jedoch leider gelegentlich das Gefühl, dass bei den Studierenden die Wissensgrundlage nicht so stabil ist, wie es zum Diskutieren notwendig wäre. Da viele Grundlagen scheinbar erst durch Referate vermittelt werden und Basiswissen nicht regelmäßig abgefragt wird, werden in den Diskussionen die wirklich kontroversen Fragen selten befriedigend herausgearbeitet und eingehend besprochen. Für meinen Begriff ist das eine vertane Chance. Vielleicht wäre es darum sinnvoll, eine studentische Initiative zu gründen, die sich um die Vermittlung und Verarbeitung grundlegender Inhalte (geschichtlicher, wirtschaftlicher, juristischer, theoretischer und tagespolitischer Art) kümmert. Im Bereich Politik fände ich es ferner sinnvoll, wenn man im Grundstudium Kurse einführen könnte zur bevorstehenden EU-Erweiterung und deren konkreten Konsequenzen im mittel- und osteuropäischen Raum. Im Lehrangebot ist der Schwerpunkt für meinen Geschmack zu stark auf die Ereignisse von vor nunmehr 13 Jahren begrenzt.

Gelebtes Mittel- und Osteuropa

Anders als in Amerika ist die Universität als solche nicht der Hauptort des Lernens, sondern das Leben in der Stadt. In den vergangenen drei Semestern habe ich von dem reichen Angebot Berlins viel profitieren können. Hier seien zum Ende meines Beitrages drei Orte genannt, von denen ich selber viel mitgenommen habe und welche ich deshalb

anderen Osteuropa-Studierenden zur Begegnung mit Mittel- und Osteuropa begeistert weiterempfehle.

1. Internationale Parlamentspraktika. Jedes Jahr lädt der Deutsche Bundestag 100 junge Akademiker aus den USA, Frankreich und den mittel- und osteuropäischen Ländern nach Berlin, um ein halbes Jahr lang ein Praktikum bei einem Bundestagsabgeordneten zu absolvieren und in dieser Zeit parallel dazu die Humboldt-Universität zu besuchen. Diese Menschen sind zwischen 22 und 30 Jahren, haben ein abgeschlossenes Universitätsstudium und interessieren sich für eine Berufstätigkeit im öffentlichen Bereich in ihren Heimatländern. Als Vertreter und Experten für ihre Länder werden die „IPP-ler“ dazu angeregt, im Rahmen ihres Aufenthaltes einen Länderabend mit einem anderen Stipendiaten aus ihrem Land zu gestalten. Denkbar wäre es, im kommenden Jahr einen weiteren, gemeinsamen Abend mit dem Osteuropainstitut zu veranstalten, um so die Möglichkeit zur Kontaktfindung zwischen den Stipendiaten und den Osteuropastudenten in Berlin zu erleichtern.

2. UNO-Planspiele an der Freien Universität. In regelmäßigen Abständen veranstaltet die Freie Universität zusammen mit dem Auswärtigen Amt Planspiele, bei denen Studenten zusammen mit jungen ausländischen Diplomaten, die gerade am Auswärtigen Amt hospitieren und zum großen Teil aus Osteuropa kommen, die Sitzung einer UNO-Institution nachspielen. Die Pausen zwischen den Sitzungen und die anschließenden Parties bieten viel Gelegenheit, um die diplomatischen Teilnehmer kennenzulernen. Das nächste derartige Planspiel findet im Juni statt.

3. Berlin Debating Union. Das formelle Debattieren ist an den deutschen Universitäten eine noch sehr junge Klubbetätigkeit und in Berlin gibt es erst seit zweieinhalb Jahren einen Uni-übergreifenden Debattierklub. In Osteuropa gibt es ebenfalls erst seit wenigen Jahren eine Debattierszene. Sie ist allerdings sehr rege und wird vom Ausland, u.a. von Geldgebern wie George Soros, kräftig gefördert. Leider sind jedoch die mittel- und osteuropäischen Debattierklubs noch nicht sehr gut untereinander vernetzt und erst recht nicht mit Westeuropa. Um diesen Missstand zu beheben, hat die Berlin Debating Union im Rahmen der ZEIT-Debattenserie ein „Central and Eastern European Debating Tournament“ für den 26.–28. April 2002 angekündigt.

Bislang haben sich über 100 Interessenten aus allen Ecken Mittel- und Osteuropas gemeldet. Wer vom Osteuropainstitut bei der Vorbereitung auf das Turnier mithelfen möchte, ist herzlich eingeladen. Die Berlin Debating Union trifft sich zu ihren üblichen Treffen dienstags um 20 Uhr im Orbis Humboldtianus an der Humboldt-Universität, auch in den Semesterferien.

Christina Cathey Schütz kommt aus Amherst, Massachusetts, und studiert Osteuropastudien im 3. Semester.

Die Praktikumsbörse Osteuropa – virtuelle Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis

Von Corinna Jentsch, Berlin

Am 7. März 2002 fand im Schloss Bellevue die diesjährige Preisverleihung des Förderpreises des Deutsch-Russischen Forums unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Johannes Rau statt. Den vierten Preis erhielt die „Praktikumsbörse Osteuropa“ des Osteuropa-Institutes, die damit für ihr „zivilgesellschaftliches Engagement für die Zusammenarbeit mit Russland“ ausgezeichnet wurde.

Praktika sind in den letzten vier Jahren zu einer Zwischenstation in der Ausbildung eines jeden Studierenden geworden. Die „Praktikumsbörse Osteuropa“ hat es sich mit der Aufnahme ihrer Arbeit 1998 zur Aufgabe gemacht, Praktika in Osteuropa und in Deutschland zu akquirieren und zu vermitteln. Sie versteht sich als Informationsbörse für Studierende und Anbieter. Am Osteuropa-Institut der Freien Universität und an anderen universitären Einrichtungen in Deutschland werden gut qualifizierte Studenten, die über ein hohes Maß an Regionalwissen in Geschichte, Politik und Kultur der verschiedenen mittel- und osteuropäischen Staaten verfügen, ausgebildet. Neben diesen Kenntnissen sprechen sie ein bis zwei osteuropäische Sprachen. Genau an der Schnittstelle zwischen diesen Studierenden und den Praktikumsanbietern sieht sich die Praktikumsbörse als Vermittler. Die Praktikumsmöglichkeiten sind sehr vielfältig und weit reichend. So arbeiten Praktikanten in Wirtschaftsunternehmen, Umweltprojekten, im Medienbereich, in staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie in kulturellen und sozialen Einrichtungen. In letzter Zeit ist die Praktikumsbörse immer bekannter geworden und wöchentlich erreichen uns bis zu zehn neue Angebote. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit versucht die Praktikumsbörse, neue Stellen zu akquirieren und die verschiedensten Einrichtungen darauf aufmerksam zu machen, dass es die Möglichkeit gibt, Praktikanten zu beschäftigen.

Interessanterweise erreichen uns gerade aus Russland viele Anfragen nach Praktikanten. Auch in Russland wird es immer bekannter, besonders in NGO, dass es Praktikanten gibt, die gute Arbeit leisten können. Hier treffen Angebot und Nachfrage sehr gut zusammen, da die meisten Interessenten ein Praktikum in Russland absolvieren wollen.

Noch vor zwei Jahren überstieg die Nachfrage nach Praktika in Russland das dortige Angebot. Damals war es einfacher, in den mittelosteuropäischen Ländern Praktika zu vermitteln.

Bereits 1994 gab es eine studentische Initiative am Osteuropa-Institut, welche sich für einen stärkeren Praxisbezug des Studiums stark machte und auch schon damit begann, Praktika zu vermitteln. Erste Praktikumsangebote kamen z.B. aus der St. Petersburger Majakovskij-Zentralbibliothek.

1998 wurde eine studentische Hilfskraft von der Kommission Lehre und Studium der Freien Universität über ein Hochschulsonderprogramm eingestellt. Besonders Frau Dr. Rosalinde Sartorti hatte sich für die Einrichtung einer Praktikumsbörse am Osteuropa-Institut engagiert.

Die Praktikumsbörse wurde in den letzten drei Jahren von Hanno Gundert aufgebaut und betreut und von den Institutsleitern des Osteuropa-Institutes aktiv unterstützt. Inzwischen macht Hanno als Absolvent des Osteuropa-Institutes selbst ein hochqualifiziertes Praktikum in Moskau, während die Praktikumsbörse von der studentischen Mitarbeiterin Corinna Jentsch weiter ausgebaut wird.

Das zentrale Kommunikations- und Vermittlungsmedium ist seit 1999 die Homepage. Im Internet sind die aktuellen, die ständigen und die veralteten Angebote verzeichnet. Schnell und unproblematisch können Praktikumsanbieter *online* einen Fragebogen (auf englisch, russisch oder deutsch) ausfüllen, in welchem alle wichtigen Informationen erfragt werden. Diese Fragebögen werden in Angebote umgeschrieben und auf der Homepage veröffentlicht. Für Studierende sind auf diese Weise viele wichtige Tipps zur Praktikumsuche in Osteuropa abrufbar. Wie auf vielen Internetseiten, so gibt es auch bei uns eine Linkliste, die in nächster Zeit noch erweitert werden soll. Auf der Homepage werden Praktikumsberichte zurückgekehrter Praktikanten mit dem Ziel veröffentlicht, ihre Erfahrungen und Einblicke, die sie während ihrer Tätigkeit erhalten haben, einer großen Zahl an Praktikumswilligen zugänglich zu machen. Leider liegt der Rücklauf solcher, für die Arbeit und Qualität der Börse sehr wichtigen, Berichte weit unter der Zahl der vermittelten Praktika.

Seit 1998 hat die Praktikumsbörse Osteuropa ca. 500 Praktikanten in osteuropäische Länder oder in Deutschland vermitteln können. Die Homepage der Praktikumsbörse wird täglich von ca. 80–100 Interessenten besucht. Viele Anfragen erreichen uns durch das Internet, außerdem bietet die Praktikumsbörse wöchentlich eine Sprechstunde an. Neben den konkreten Stellenangeboten können wir Informationen geben, in welchen Bereichen und bei welchen Institutionen und Firmen man sich selbständig für ein Praktikum bewerben kann.

Im Internet sind inzwischen eine große Anzahl von Praktikumsbörsen zu finden, jedoch ist die „Praktikumsbörse Osteuropa“ immer noch die einzige, die Praktika in Osteuropa und osteuropabezogene Praktika in Deutschland vermittelt. Es entstanden und entstehen aber auch osteuropabezogene Praktikumsprogramme, wie z.B. beim Deutsch-Russischen Austausch, bei der Carl-Duisberg-Gesellschaft oder der Robert-Bosch-Stiftung.

Ebenso vielfältig wie die Art der Praktika ist ihre Bezahlung. Sie reicht von einem eher symbolischen Entgelt in Form eines Mittagessens bis zu 500 Euro oder mehr. Neben den Erfahrungen, die gesammelt werden, ergaben sich auch für viele Studenten aus ihren Praktika Nebenjobs oder Kontakte für die ersten Anstellungen im „richtigen“ Arbeitsleben.

In letzter Zeit sind immer wieder dadurch Probleme aufgetaucht, dass Studenten sich unprofessionell für Praktika bewerben. Natürlich ist ein Praktikum nicht mit einem gut bezahltem Job zu vergleichen, man sollte aber wissen, dass eine Bewerbung für ein Praktikum den allgemeinen formellen Ansprüchen mit einem aussagekräftigem Anschreiben und einem Lebenslauf entsprechen sollte. Um die Studenten für die Wichtigkeit der Bewerbung zu sensibilisieren, wird am 15. Mai 2002 eine Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem CareerService der FU Berlin zum Thema „Praktikumsbewerbung und Vorgehensweise bei der Praktikumssuche in Osteuropa“ angeboten.

Weiterhin erfordert eine Praktikumsbewerbung, wie jede andere Bewerbung auch, einen verantwortungsvollen und höflichen Umgang mit den Praktikumsanbietern. Leider tauchen immer wieder Fälle auf, wo feste Zusagen eines Anbieters von studentischer Seite sehr kurzfristig zurückgewiesen werden.

Auf der anderen Seite sollten sich auch die Praktikumsgeber bewusst sein, dass Studierende zwar an Einblicken in die praktische Arbeit interessiert sind, nicht aber jedes Praktikum – oftmals unbezahlt – in Vorrangstellung zum Studium steht. Abhilfe für dieses Problem könnte man vielleicht mit kurzen Praktikumsverträgen schaffen.

Empfehlenswert ist es für jeden und jede, ein Praktikum in Osteuropa zu absolvieren. Niemand sollte aber in den Stress geraten, während des Studiums in jeden Semesterferien Praktika jeglicher Art zu sammeln. Sinnvoller sind längere Praktika, für die man sich ruhig auch ein Semester frei nehmen sollte. Immer wieder bestätigen Statistiken und Untersuchungen, dass Praktika die gesamte Studienzeit deutlich verkürzen. Vor allem möchte ich auch ermuntern, neben allen etablierten osteuropabezogenen Institutionen auch weiterhin in kleinen NGO und Projekten in Osteuropa zu „praktizieren“. Sie bieten oft die Möglichkeit, diese Projekte zu unterstützen, interessante Menschen näher kennen zu lernen und letztendlich auch die eigenen Sprachkenntnisse zu verbessern.

Was die Zukunft der preisgekrönten Praktikumsbörse betrifft, so wurde zunächst eine Praktikantenstelle eingerichtet, um den steigenden Arbeitsaufwand bewältigen zu können und natürlich interessante Erfahrungen zu sammeln. Des Weiteren ist zu überlegen, wie wir mit den neuerdings auch eintreffenden Stellenangeboten umgehen werden. Denn bisher begann die Karriere bei uns mit einem Praktikum...

Corinna Jentzsch studiert Osteuropa-Studien und leitet die Praktikumsbörse Osteuropa.



Die Praktikumsbörse am Osteuropa-Institut der FU Berlin

- ? vermittelt Praktika mit Osteuropabezug
- ? aus allen Bereichen – vom Wirtschaftspraktikum bis zum Praktikum im sozialen Bereich
- ? in den osteuropäischen Ländern wie in Deutschland

Praktika suchen

Die Praktikumsbörse bietet Studierenden Hilfe zur Selbsthilfe für die Praktikumsuche. Wir unterstützen mit Adressen, Tipps und konkreten Kontakten.

Praktika anbieten

Die Praktikumsbörse hilft Organisationen, Firmen und anderen Praktikums-Anbietern, qualifizierte PraktikantInnen mit Osteuropa-Kompetenz zu finden.

Veröffentlichen Sie Ihr Praktikumsangebot auf unserer Homepage im Internet:

[Http://userpage.fu-berlin.de/~oepraktika/anbieten](http://userpage.fu-berlin.de/~oepraktika/anbieten)

Kontakt

Corinna Jentzsch

Praktikumsbörse Osteuropa am OEI

Garystr. 55, 14195 Berlin

☎ 030/838-52074 Fax: 030/838-53788

e-Mail: oeprakt@zedat.fu-berlin.de

im Internet

<http://www.oei.fu-berlin.de/~praktika/>

Sprechstunde

im SoSe 2002

Dienstag 10–12 Uhr

im Studienbüro des OEI, (Raum 017, EG)

FU Pressedienst

Herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle der Freien Universität Berlin
Kaiserswerther Straße 16–18 • 14195 Berlin • Telefon: 030-838 73 180 • Fax: 030-838 73 187
E-Mail: pressestelle@fu-berlin.de • Pressedienst im Internet: <http://www.fu-berlin.de/presse>
Verantwortlich für diese Ausgabe: Hedwig Cörgen

tu p 65/2002

8. März 2002

Praktikumsbörse des Osteuropa-Institutes der FU Berlin vom Bundespräsidenten ausgezeichnet

Die Praktikumsbörse Osteuropa des Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin ist vom Bundespräsidenten mit dem Förderpreis des Deutsch-Russischen Forum e.V. (4. Platz) ausgezeichnet worden. Der Preis wurde gestern im Schloß Bellevue durch Alexandra Gräfin Lambsdorff (Mitglied des Vorstandes Deutsch-Russisches Forum e.V.) überreicht. Das Engagement der Einrichtung, die „in ihrer Art einzigartig in ganz Deutschland ist und zudem von nur einer (studentischen) Hilfskraft unterhalten wird, in vier Jahren 500 Praktika von und nach Osteuropa vermittelt zu haben, ist eine immense Leistung, von der sich die Arbeitsämter etwas abschauen könnten“ so Gabriele Krone-Schmalz in ihrer Laudatio. Den ersten Preis erhielt die Stadt Erlangen für „eine in Deutschland vorbildliche Städtepartnerschaft“.

Das Osteuropa-Institut (OEI) der Freien Universität Berlin bietet damit einen in der Bundesrepublik einmaligen Service: Seine Praktikumsbörse mit ihrer Ausrichtung auf Ost- und Südosteuropa. Sie richtet sich sowohl an die Studierenden durch die Vermittlung von Praktikumsplätzen als auch an Firmen und Organisationen auf der Suche nach geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Als bislang einzige Vermittlungseinrichtung mit dieser Ausrichtung stößt das Angebot in Deutschland wie auch in den osteuropäischen Staaten auf reges und ständig wachsendes Interesse.

Die „Praktikumsbörse Osteuropa“ unterstützt bei der Praktikumssuche. Vermittelt werden Praktika aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik, Recht und Verwaltung, Medien, Kultur und Tourismus, Bildung und Wissenschaft. Dabei werden Anfragen zu allen ost- und südosteuropäischen Ländern bedient.

Kontakt: Praktikumsbörse Osteuropa am OEI der FU Berlin, Corinna Jentzsch, Raum 017
Garystr. 55 • 14195 Berlin-Dahlem • Tel.: + 49-30/838-52074 • Fax: + 49-30/838-53788
E-Mail: oeprakt@zedat.fu-berlin.de und im Internet: <http://www.oei.fu-berlin.de/~praktika>

Go East? Europäische Hochschulkooperation 2002

Von Rosalinde Sartorti, Berlin

Vor nunmehr vier Jahren hat Brüssel das Sokrates-Programm für europäische Hochschulkooperation aufgelegt, das über den Austausch von Studierenden und Dozenten (im Brüsseler Jargon spricht man hier von „Mobilität“) die europäische Einigung im Hochschulbereich fördern soll. An diesem Programm ist auch das Osteuropa-Institut beteiligt und zwar nicht nur durch das Angebot von Studienplätzen in vergleichbaren Osteuropa-Studiengängen an Universitäten anderer EU-Mitgliedsländer, sondern auch durch Austauschverträge mit Hochschulen in unseren östlichen Nachbarländern, den Beitrittskandidaten für eine künftige EU-Mitgliedschaft.

Für Studierende der Osteuropastudien besteht seither die Möglichkeit, ein oder zwei Auslandssemester an folgenden Hochschulen in Ländern der EU zu verbringen, wobei an den einzelnen Instituten oder Fachbereichen jeweils ein bis zwei Studienplätze zur Verfügung stehen:

England	Centre for Russian and East European Studies – Birmingham University
Finnland	Finnish Centre for Russian and East European Studies – Alexander Institute Helsinki
Frankreich	Ecole des hautes études en sciences sociales – Centre d'études est-européennes Paris
Italien	Institut für Internationale Beziehungen – Universität Padua

Außerdem hat das Osteuropa-Institut 1999 im Rahmen des Sokrates-Programms Austauschverträge mit Universitäten in folgenden osteuropäischen Nachbarländern abgeschlossen:

Polen	Universität Warschau; Universität Wrocław
Rumänien	Universität Bukarest; Universität Cluj-Napoca; Universität Jasi
Tschechien	Karls-Universität Prag
Ungarn	ELTE-Universität, Budapest; Wirtschafts-Universität, Budapest.

Die finanzielle Unterstützung des Studienaufenthalts durch das Sokrates-Programm ist leider sehr gering. Sie beträgt maximal €200,- pro Monat. Falls sich zwei Studierende den Aufenthalt teilen, sinkt der Betrag entsprechend auf €100,- pro Monat. Allerdings werden den Studierenden die an der ausländischen Hochschule anfallenden Studiengebühren erlassen, die ansonsten bis zu 5.000,- € pro Semester betragen können. Weitaus günstiger ist die Situation für BAFöG-Empfänger, da sie für den Aufenthalt Auslands-BAFöG beantragen können.

Voraussetzung für die Teilnahme an diesem Austausch sind neben überdurchschnittlichen Studienleistungen der Abschluss des Grundstudiums und ausreichende Kenntnisse in der Landessprache bzw. – für Finnland – des Englischen.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass das Interesse an einem Auslandssemester auch unter den Studierenden am Osteuropa-Institut eher nach Westen als nach Osten orientiert ist. Birmingham steht auf der Liste der Bewerbungen ganz vorn, gefolgt von Helsinki, während Padua kaum und selbst Paris – vermutlich wegen der mangelnden Sprachkenntnisse – wenig gefragt ist.

Während sich die neue Mobilität der Studierenden innerhalb Westeuropas recht problemlos zu entwickeln scheint, ist der Austausch zwischen Ost und West noch keineswegs eine Normalität oder Selbstverständlichkeit. Das Studium an einer der Partner-Universitäten in Polen, Tschechien, Ungarn oder Rumänien scheint für Studierende des Osteuropa-Instituts nicht besonders attraktiv zu sein. Dies ist umso bedauerlicher, als die Universitäten dieser Länder seit Bestehen der Sokrates-Verträge große Anstrengungen unternommen haben, die Studienangebote und die Betreuung der Gaststudenten wesentlich zu verbessern und auch die Wohnmöglichkeiten westlichen Standards anzupassen. Sicher sind in vielen Fällen die Kenntnisse der Landessprache zu gering, um dem Unterricht folgen zu können, so dass die Entscheidung für eine westeuropäische Hochschule näher liegt. Gleichwohl wäre gerade von künftigen Osteuropa-Experten und -Expertinnen eine größere Bereitschaft zu erwarten, ein Gastsemester an einer kleineren Universität zu verbringen, die in der internationalen akademischen Landschaft vielleicht weniger bekannt ist. Dies wäre langfristig gesehen ein wichtiger Baustein für die angestrebte europäische Einigung und den Abbau der immer noch vorhandenen mentalen Blockaden gegenüber unseren östlichen Nachbarn. Für die künftigen Mittler zwischen den Welten sollte deshalb die Devise für ein Auslandssemester heißen: Go East!

Detaillierte Auskünfte können im Internet über die Website der jeweiligen Hochschule eingeholt werden. Bewerbungen müssen jeweils bis Ende April vorliegen.

Interessenten wenden sich bitte an die Beauftragte für europäische Hochschulkooperation, Frau Dr. Jutta Petersdorf, Zi. 115 (petersdorf@zedat.fu-berlin.de).

Dr. Rosalinde Sartorti lehrt Kulturwissenschaften am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Der *International Master of Russian Studies* an der Europäischen Universität in St. Petersburg

Von Sandra Evans, Berlin

Oft nehmen Studenten den Verlust eines Semesters hin, um an einem Kultur- und Sprachtausch in Russland teilzunehmen. Da es meines Erachtens durchaus wichtig ist, mindestens ein Auslandssemester im Lebenslauf aufzuweisen, um sich als Russlandexperte bezeichnen zu können, ist es vorzuziehen, diesen Aufenthalt auch mit einem inhaltlichen Studium zu verbinden. Jedoch schwankt das Angebot für das Studium, welches sich von deutschem Sprachunterricht und Praktika bei den unterschiedlichsten Organisationen bis zu einem Jahr Studium an einer traditionellen staatlichen Universität in Russland erstreckt, leider sehr hinsichtlich Qualität und Nützlichkeit. Diese Auslandsaufenthalte bieten oft keine direkte Verknüpfung und noch weniger eine Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Interessen, insbesondere im interdisziplinären Rahmen, wie er speziell am Osteuropa-Institut angeboten wird. Selber hatte ich die Gelegenheit, mit Hilfe eines durch das Osteuropa-Institut vermittelten DAAD-Stipendiums, an der Europäischen Universität in St. Petersburg (EUSP) meine wissenschaftliche Weiterbildung nicht zu vernachlässigen, sondern sie stattdessen zu erweitern. Gleichzeitig genoss ich eine unvermeidliche und ausgiebige „Dosis“ an Kultur- und Sprachtausch.

Meine Erfahrung fiel allerdings insofern etwas aus dem Rahmen, als ich nach Beendigung des regulär vom DAAD geförderten Studiensemesters das zweite Semester an der EUSP selbst finanziert habe. Mir war es zudem möglich, ohne Teilnahme am internationalen Auswahlverfahren von der Regelförderung in das Masterprogramm übernommen zu werden, da ich schon einen abgeschlossenen Bachelorabschluss vorweisen konnte. Aber es lohnt sich natürlich, nur das erste Semester dort zu studieren.

An der EUSP wird im Rahmen des *International Master of Russian Studies* (IMARS) ein volles und qualitativ hochwertiges Programm angeboten, welches, wie es der Name sagt, strukturell und auch sprachlich dem angelsächsischen Bildungssystem angepasst ist. Soweit ich informiert bin, ist das Angebot des IMARS-Programms an der EUSP in den Bereichen Sozial-, Politik- und Kulturwissenschaften bisher einmalig in Russland. In dieser Hinsicht ergänzt das IMARS-Programm den interdisziplinären Aufbau des Osteuropastudien-Studiengangs vollauf. Im folgenden Text schildere ich meine Eindrücke von den Pluspunkten eines Auslandssemesters an der EUSP und stelle das allgemeine Studienangebot vor.

Als ich mich für das Sommersemester 2001 an der EUSP auf den Weg machte, wusste ich nicht recht, was mich in St. Petersburg im Allgemeinen, aber besonders an der EUSP erwarten würde. Es gibt zwar eine Internetseite der EUSP, welche Aufbau und akademische Bedingungen ausführ-

lich beschreibt, dennoch ist es schwierig, sich eine genauere Vorstellung zu verschaffen, insbesondere was die Qualität des IMARS-Programms angeht. Eigentlich ging ich ja hauptsächlich nach St. Petersburg, um vor Ort Recherchen für meine Magisterarbeit zu betreiben und Veranstaltungen zur thematischen und theoretischen Unterstützung für mein Recherchevorhaben zu besuchen. Als ich aber an der EUSP ankam und die verschiedenen Seminare durchstreifte, um mich für ein oder zwei zu entscheiden, konnte ich von den sechs angebotenen Seminaren nur ein oder zwei ausgliedern. So verlagerte ich nach der ersten Woche unverzüglich den Schwerpunkt meines Auslandsaufenthalts, um das akademisch wertvolle Angebot auszunutzen.

Das IMARS-Programm der EUSP bietet Studenten, die politische, soziologische und kulturwissenschaftliche Themen Russlands bearbeiten und erforschen möchten, eine gezielte Auswahl von Seminaren und Vorlesungen, welche aktuelle Themen ausgiebig und methodisch behandeln. Einen Überblick über die jeweils angebotenen Veranstaltungen kann man sich im Internet verschaffen. So ist es möglich, schon vor der Abreise zu planen, welche Veranstaltungen die eigene Forschung oder das Studium am sinnvollsten ergänzen. Obwohl sich gegenüber den angekündigten Veranstaltungen das Angebot ändern kann, werden im Durchschnitt fünf von sechs Seminaren pro Semester regelmäßig angeboten, die entweder im Wintersemester oder im Sommersemester stattfinden. Es ist empfehlenswert, sich im Voraus zu erkundigen, wann welche Seminare von welchen Professoren angeboten werden, da viele EUSP-Professoren z.B. das Sommersemester an der EUSP unterrichten und das Wintersemester in Berkeley, Georgetown oder Yale, und umgekehrt. Für mich war die Auswahl von renommierten russischen Professoren und auch amerikanischen Gastprofessoren, die an der EUSP unterrichten, einer der größten Vorteile. Die überwiegende Mehrheit der russischen Professoren hat einen russischen Hochschulabschluss sowie an geschätzten Hochschulen im Ausland promoviert. Dieser spezielle Hintergrund der Dozenten ermöglicht eine intensive Auseinandersetzung mit dem Lehrmaterial, da sie auch die „westliche“ Kultur und deren Einschätzungen kennen. Einen weiteren Vorteil bietet die Größe der Universität und infolgedessen auch des IMARS-Programms, dessen Seminare im letzten Semester im Durchschnitt von je sechs Studenten besucht wurden. Dementsprechend hat man innerhalb und außerhalb der Veranstaltungen relativ leichten Zugang zu Professoren, welche generell sehr hilfsbereit sind.

An der EUSP ist eine adäquate Computer- und Bibliotheksausstattung vorhanden. Die Bibliothek verfügt über die

wichtigsten auf Englisch publizierten Grundtexte und bedeutende russische Veröffentlichungen sowie deutsche und französische Literatur. Für bestimmte Archive und russische Quellen stehen darüber hinaus staatliche und öffentliche Bibliotheken St. Petersburgs zur Verfügung. Was Computer- und Internetnutzung angeht, hat die EUSP reichlich Technik bereitgestellt, zu der man relativ guten Zugang hat. (In meinen zehn Monaten habe ich dort vielleicht drei oder vier Mal warten müssen, und dann nicht lange). Jeder Student bekommt eine E-Mail-Adresse sowie einen Loginnamen und einen persönlichen Ordner, in dem Arbeiten und andere Dateien abgespeichert werden können, zu denen kein anderer Zugang hat.

Den Aufbau des Studiengangs sowie seine Flexibilität fand ich sehr ergiebig für die Realisierung akademischer und sprachlicher Ziele. Wie schon erwähnt, werden Veranstaltungen des IMARS-Programms in englischer Sprache gehalten, jedoch sind überdies Russischsprachkurse ein fester Bestandteil des Studienangebots, viermal die Woche, einundeinhalb Stunden pro Tag. Studenten mit ausreichenden Sprachkenntnissen haben die Möglichkeit, Veranstaltungen der russischen politik- und sozialwissenschaftlichen Fakultät zu besuchen, welche auf Russisch gehalten werden. Hausarbeiten können aber auch in englischer Sprache verfasst werden, um eine Bewertung der erbrachten Leistungen zu erhalten. Die Seminare, welche im Rahmen des IMARS-Programms veranstaltet werden, sind grundsätzlich dreischichtig aufgebaut. Jede Woche wird das jeweilige Thema des Kurses mit einer Vorlesung des Professors, vom Professor ausgewählten Texten, einem studentischen Referat über diese Texte und einer nachfolgenden Diskussion bearbeitet. Dies bedeutet: drei vom Professor unterstützte Stunden pro Woche, die sich aus 1,5 Stunden Seminar (basierend auf der vorherigen Vorlesung und den dazu gelesenen Texten) und 1,5 Stunden Vorlesung (als Vorbereitung für das nächste Seminar) zusammensetzen. Durch diesem Aufbau wird eine intensive Auseinandersetzung mit dem zu bearbeitenden Stoff gefördert und ein Lernerfolg garantiert. Die Endnote setzt sich aus den im Laufe des Semesters erbrachten Leistungen zusammen, welche üblicherweise einen *Mid-Term Essay* und einen *Final Essay* (insgesamt 20 Seiten), Referate sowie eine

Bewertung regelmäßiger Teilnahme am Unterricht beinhalten. In diesem Sinn sind IMARS-Seminare sowie deren Anforderungen deutschen Veranstaltungen ähnlich und können deswegen generell anerkannt werden. Zudem folgt die Universität gemäss der europäischen Normen des Hochschulkredittransfers dem ECTS-System.

Wer Interesse hat, ein zweites Semester an der EUSP zu studieren bzw. den Master dort abzuschließen, sollte sich rechtzeitig informieren, ob und wie dies möglich ist.

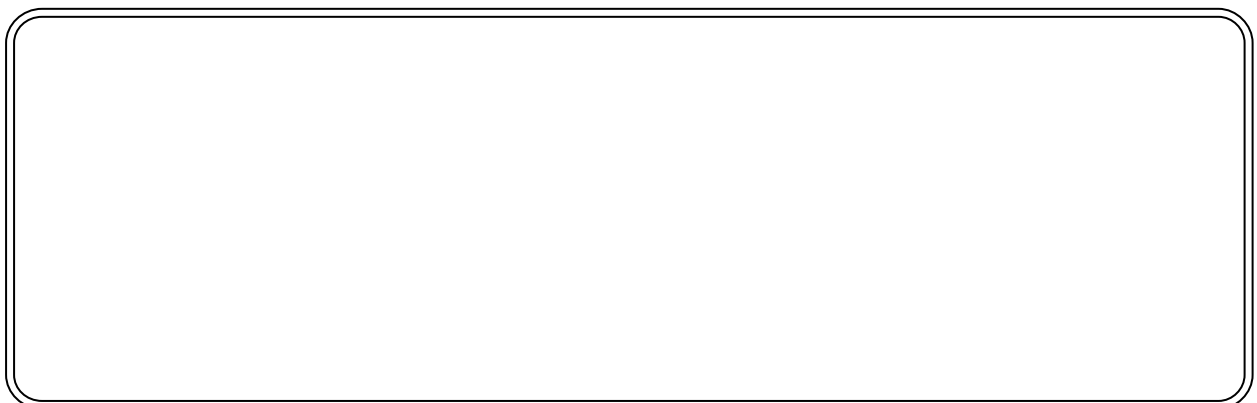
In der Regel muss man entweder einen *Bachelor* oder mindestens das Vordiplom plus zwei Semester Hauptstudium an einer deutschen Hochschule vorweisen können. Die Studienvoraussetzungen für die Anmeldung zum *Master* selbst sind sechs erfolgreich abgeschlossene Seminare innerhalb von zwei Semestern. Die *Master Thesis* muss man ca. einen Monat nach Semesterschluss einreichen. In diesem Zusammenhang möchte ich hervorheben, dass alle Fristen der Hausarbeiten und Essays strengstens festgelegt sind und eingehalten werden müssen. Obwohl das IMARS-Programm und dessen Anforderungen den deutschen Studenten vermutlich intensiv und anspruchsvoll erscheinen mögen, werden diese Ansprüche vor Ort anders wahrgenommen.

Für mich war dieser Aufenthalt und die damit verbundenen Kultur- und Spracherfahrungen unschätzbar wertvoll für meine Weiterbildung als Akademikerin und auch als Mensch, so dass ich ein Auslandssemester an der EUSP nur weiterempfehlen kann. Über die Anerkennung dieses Masters in Deutschland kann ich noch nichts Genaueres sagen. Eines ist klar: Eine ähnlich rundherum bedeutungsvolle Erfahrung bekommt man weder in Deutschland noch andernorts in Russland.

Wer sich noch weiter über die EUSP und andere Themen im Zusammenhang mit dieser Universität und ihrem akademischen Angebot informieren will, kann sich gerne bei mir melden unter sandra@hevanet.com. Weitere Informationen unter: www.eu.spb.ru.

Udatschi!

Sandra Evans studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.



Deutschsprachiger Master-Studiengang an der Hochschule für Wirtschaft in Moskau

Von Susanne Nies, Berlin

Ein deutschsprachiger Master-Studiengang Politikwissenschaften soll im September 2002 an der Hochschule für Wirtschaft in Moskau aufgenommen werden. Es handelt sich um ein gemeinsames Projekt von Otto-Suhr-Institut (Federführung Segbers), Hochschule für Wirtschaft und DAAD.

Schon seit zwei Jahren arbeitet der Arbeitsbereich Politik des Osteuropa-Instituts stellvertretend für das Otto-Suhr-Institut mit seinem Partner, der Fakultät für Politikwissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft in Moskau, an der Konzeption eines deutschsprachigen Master-Studiengangs für Politikwissenschaften. Die zu Anfang der 90er Jahre gegründete Schule hat seit fünf Jahren den Status einer Universität und befindet sich im Herzen Moskaus, in der Mjasnitskaja Ulica. Die Fakultät für Politikwissenschaft wurde erst 1998 gegründet. Sie ist eng mit der wirtschaftswissenschaftlichen verbunden, so dass die Studierenden Vorlesungen und Veranstaltungen beider Einrichtungen benutzen und eine Art Magisterstudium durchführen können. Zur Zeit studieren 240 Studenten an der Politikwissenschaftlichen Fakultät der VSE. Ihnen werden ein Bachelor- sowie ein Magister-Programm angeboten. Ein MA-Programm in Politikwissenschaften existiert bislang nicht, so dass das Studium heute mit dem Magister endet.

Das überaus große Interesse an der deutschen Sprache, Politik und Kultur spiegelt sich leider bisher institutionell weder an der VSE noch an der Fakultät für Politik wider. Schon seit mehreren Jahren besteht im Deutschen Akademischen Austauschdienst das Programm Deutschsprachiger Studiengänge, das auf die Internationalisierung der Hochschulen abzielt und nicht zuletzt auch der Nutzung des Deutschen als Wissenschaftssprache dienen soll.

Der Antrag auf Einrichtung des deutschsprachigen Master-Studiengangs liegt nunmehr dem DAAD vor, und die

Partner hoffen auf eine Bewilligung zum Mai. Im September 2002 könnte dann das Master-Programm aufgenommen werden, das Übungen, Vorlesungen und Seminare zu allen Bereichen der Politikwissenschaften beinhaltet. Ein besonderer Schwerpunkt wird auf Internationale Beziehungen und Europa gelegt. Dozenten des Otto-Suhr-Instituts werden nach Moskau reisen und dort in deutscher Sprache unterrichten. Komplementär findet Unterricht auch in russischer und englischer Sprache statt und wird von den Lehrkräften der bekannten Moskauer Hochschule realisiert. Das ECTS-System wird eingeführt und ein Doppel-diplom ist mittelfristig vorgesehen. Da die Studienordnung der des deutsch-französischen Studienzyklus entspricht, sind auch hier Anschlussmöglichkeiten gegeben.

Wichtig ist nicht zuletzt das Engagement der Studierenden am Otto-Suhr- und am Osteuropa-Institut: Sie können im Rahmen des Programms in Moskau als Tutoren für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten tätig werden und sollen sowohl den Unterricht fachsprachlich nachbereiten als auch allgemein im Programm helfen.

Deutschland-Studienreisen und Auslandssemester sind für die russischen Studierenden im MA-Programm ebenfalls vorgesehen. Ein attraktives Programm, so finden jedenfalls die Moskauer, die in großer Zahl in der vergangenen Woche die Informationsveranstaltung von Klaus Segbers und Leonid Ionin in Moskau besuchten.

Weitere Informationen zum Projekt können über die projekt-eigene Homepage www.master.narod.ru eingeholt werden bzw. über den Lehrstuhl Segbers.

Dr. Susanne Nies ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft des Osteuropa-Instituts der FU Berlin.



ISI – ein wichtiges Hilfsmittel im Netz

Von Susanne Nies, Berlin

Es gibt Geschenke, die man nicht annimmt. Nicht allerdings, weil man sie nicht will, sondern weil man nicht weiß, dass es sie gibt. Ökonomen kennen es als das Informationsproblem. ISI ist so eines. Und das muss sich ändern, bevor die knapper werdenden Haushalte dazu führen, dass man ISI wegen mangelnder Nutzung wieder aus dem Programm streicht. Was aber ist nun dieses ISI?

ISI ist eine britische Firma, die seit Mitte der 90er Jahre hunderte von Medien aus und zu Transitionsländern auswertet, im Internet darstellt, nach Ländern und Schlagwörtern zugänglich macht.

Seit Januar 2002 besteht von allen Rechnern der Freien Universität aus die Möglichkeit, den Informationsdienst Internet Securities Inc., kurz ISI, kostenlos zu nutzen.

Diese Möglichkeit war bis dahin den Mitarbeitern des Osteuropa-Institutes vorbehalten. Auf Betreiben des Osteuropa-Instituts wurde sie allgemein zugänglich gemacht, um den Studierenden die Möglichkeit moderner, aktueller, zeitnaher Forschung zu geben.

Hat man sich einmal an ISI gewöhnt, dann kann man sich nicht mehr vorstellen, ohne es zu arbeiten. Man braucht nicht mehr Zeitungsartikel auszuschneiden oder OECD-Berichte zu bestellen, man stellt nicht mehr frustriert fest, dass diese oder jene Information nur über ein Abonnement, gegen cash zu bekommen ist – alles dieses gehört für ISI-Nutzer der Vergangenheit an! Die Nutzung von ISI ist damit auch eine implizite Vorbereitung auf den Beruf. Man übt und lernt, modern zu arbeiten, rasch Informationen auszuwerten, in der Übermenge von Quellen einen roten Faden zu entwickeln und Schlagwörter richtig einzusetzen. Wie geht das aber?

Man loggt sich entweder über die Homepage des Osteuropa-Instituts auf ISI ein oder direkt unter <http://site.securities.co.uk>. Dann hat man die Wahl zwischen den Ländern Lateinamerikas, Asiens oder Osteuropas. Auf der ersten Länderseite findet man aktuelle Informationen. Ich suche etwas zum Thema NATO-Erweiterung und die russische Haltung dazu. Ich klicke auf Russland und suche unter dem Schlagwort „NATO-enlargement“, „enlargement“ oder auch direkt auf russisch „Rasshirenien NATO“ und bekomme dann wahlweise die Artikel der letzten Woche, des letzten Jahres, nach Belieben.

Artikel aus Medien aller Art, von BBC World bis zu russischen Zeitungen. In Englisch oder in Russisch. ISI ermöglicht es, aktuell informiert zu sein, und ISI ermöglicht es, zu aktuellen Themen zeitnah zu recherchieren.

ISI ersetzt nicht die Forschungsaufenthalte vor Ort, klar. Denn nur diese erlauben es, die Überfülle an Informationen heutzutage im Kontext richtig zu platzieren. Eine vernünftige Kombination von Vor-Ort-Recherchen und ISI-Information, plus Monographien natürlich, ist das Geheimrezept von Forschungen zu aktuellen Themen Osteuropas (aber auch Lateinamerikas).

In der vergangenen Woche korrigierte ich eine Diplomarbeit zum EU-Beitritt Polens. Zugegebenermaßen habe ich mich etwas gewundert, dass der Autor nur Monographien verwandte, nicht eine einzige Internetquelle, und schon gar nicht ISI. Wenn er nur wüsste... !

Dr. Susanne Nies ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Politik des Osteuropa-Instituts.

JOE-List@gmx.de

Das Netzwerk „Junger Osteuropa-Experten“

Von Jörn Grävingholt, Nižnij Novgorod

Am Anfang stand eine einfache Idee: Nachwuchsförderung in der Osteuropaforschung.

1996 taten sich das Ost-West-Kolleg (OWK) der Bundeszentrale für politische Bildung und das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOst) erstmals zusammen, um junge Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler im deutschsprachigen Raum über Instituts- und Disziplinengrenzen hinweg über die osteuropäischen Transformationen und ihre diesbezüglichen Forschungsprojekte miteinander ins Gespräch zu bringen. Die Resonanz war überwältigend. Schon ein halbes Jahr später folgte auf die erste Konferenz die zweite, nunmehr an der neuen Stätte des Ost-West-Kollegs in

Brühl, und es begann die Tradition der „Brühler Tagungen“. Heute gehören die Brühler Tagungen zu den festen Terminen im Jahreskalender der deutschen Osteuropaforschung. Mittlerweile ist die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) als Mitveranstalter an Bord, und die Forschungsstelle Osteuropa an der Uni Bremen (FSO) hat für das Anfang 2001 aufgelöste BIOst den Platz als wissenschaftlicher Partner in der Planung und Durchführung eingenommen (siehe <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/Nachwuchs/nachw.htm>).

Anfang Juni 1997 gehörte ich zu den Teilnehmern der „3. Brühler Tagung“. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg, und das Bedürfnis, auch nach ihrem Ende miteinander

in Kontakt zu bleiben, war groß. So entstand die Idee, E-Mail als Medium für den Austausch von Informationen und Anfragen zu nutzen. Schließlich nahm der Dot-com-Boom in Deutschland gerade seinen Anfang. Mit der Aussicht, zwei Monate später als Projektmitarbeiter im BIOst einzusteigen, konnte ich davon ausgehen, zukünftig regelmäßig mit den Brühler Tagungen zu tun zu haben. Also übernahm ich die Verwaltung unseres kleinen Verteilers und verschickte Anfang Juni 1997 die erste Rundmail, mit der ich insgesamt 19 Teilnehmerinnen und Teilnehmer darüber informierte, dass unsere kleine Mailingliste der „Jungen Osteuropa-Forschung (JOE)“ nunmehr in Betrieb sei. Vielleicht, dachte ich mir, werden es ja mal über hundert...

Wachstum

In den ersten Monaten liefen ein bis zwei Mitteilungen in der Woche über den Verteiler: Links zu interessanten Seiten im Internet, Hinweise auf neue Publikationen, Calls for Papers, Anfragen nach konkreten Informationen zu einem bestimmten Thema, Buchbesprechungen, Stellenangebote. Die TeilnehmerInnen früherer, dann auch der nächsten Brühler Tagungen kamen hinzu. Nach einem Jahr hatte sich die Reichweite auf moderate 50 Adressen vergrößert, nach zwei Jahren waren es schon knapp 150. Langsam aber sicher weckte „JOE“ auch über den Kreis der TagungsteilnehmerInnen hinaus Interesse.

Heiko Pleines, damaliger Kollege am BIOst, begann, Interessengebiete der Mitglieder zu erfassen, die fortan mit der Mitgliederliste zusammen verschickt wurden und so zum verstärkten Austausch untereinander einluden. Mit der Mitgliederzahl wuchs auch die Motivation, interessante Inhalte zu verbreiten. Aus ein bis zwei Nachrichten wöchentlich waren ein bis zwei täglich geworden. Aufgrund beruflicher Veränderungen alter Mitglieder und dank zunehmender Mund-zu-Mund-Propaganda reichte JOE nun auch in Verbände, NGO, Regierungsbehörden, Internationale Organisationen und Wirtschaftsunternehmen hinein. Aus der Mailingliste der „Jungen Osteuropa-Forschung“ wurde das Netzwerk der „Jungen Osteuropa-Experten“, aus einem akademischen Projekt entwickelte sich allmählich ein Informationsforum, das das ganze Spektrum der beruflichen Osteuropakompetenz abdeckte. Verstärkt zeigten auch Kolleginnen und Kollegen aus Osteuropa Interesse, gleichzeitig versorgten die Universitäten die Liste weiter mit „Nachwuchs“, indem sich zunehmend auf Osteuropa spezialisierte oder auch nur an der Region interessierte Studierende unterschiedlichster Fachrichtungen anmeldeten.

Ab 1999 verwandelte sich der Schneeball langsam in eine Lawine. Im Mai 2000 erreichte die Mitgliederzahl die Marke von 300, im März 2001 500. Nur neun Monate später hatte sich die Anzahl schon wieder verdoppelt: mehr als 1000 Mitglieder im Dezember 2001.

Mittlerweile bewegt sich die Zahl der wöchentlichen Postings bei dreißig bis vierzig, die Frequenz der Neu-

meldungen nimmt noch immer zu. Geographisch erreicht JOE neben den deutschsprachigen Ländern Mitglieder in allen Ländern Osteuropas (im weitest denkbaren Sinne des Wortes) sowie in allen westlichen Nachbarländern Deutschlands. Über individuelle Mitgliedschaften sind mittelbar alle einschlägigen Einrichtungen der Osteuropaforschung in Deutschland sowie viele Institute in Österreich und der Schweiz bei JOE vertreten. Das gleiche gilt für Verbände, NGO's, Stiftungen und staatliche Agenturen. Beispielhaft seien neben vielen anderen nur die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, das Deutsch-Russische Forum, der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds, die Deutsche Assoziation der Ukrainisten, der Bundesverband der deutschen West-Ost-Gesellschaften, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die Carl-Duisberg-Gesellschaft, der Deutsche Akademische Austauschdienst oder die Robert-Bosch-Stiftung genannt. Ein besonderer Partner der JOE-Liste ist das Informationszentrum (IZ) Sozialwissenschaften in Bonn. Seit Juni 2001 stellt es JOE seinen Listserver für den Betrieb der Mailingliste zur Verfügung und sorgt so dafür, dass bis zu 50.000 einzelne E-Mails pro Woche ihre Adressatinnen und Adressaten erreichen.

Inhalte

Das thematische Spektrum der JOE-Liste hat sich seit den frühen Anfängen nur unwesentlich verändert. Als wissenschaftliche Disziplin sind neben den klassischen Sozialwissenschaften auch Geschichte, Philologien, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften vertreten. Breiten Raum nehmen Veranstaltungsankündigungen und Internetlinks ein. Neben der Wohnraumsuche für Forschungs- oder Studienaufenthalte stehen Job- und Praktikumsangebote, neben der Bitte um Literaturhinweise beim Einstieg in ein neues Thema stehen spezielle Fragen wie jene, ob im Deutschen „Belarus“ oder „Weißrussland“ als Staatsbezeichnung zu bevorzugen sei oder wie welches Computerbetriebssystem am besten zu kyrillifizieren ist. Auch wenn ein Teil der redaktionellen Arbeit darin besteht, neue Informationen zu erschließen, so lebt die Mailingliste doch wesentlich von den Beiträgen aus dem Kreis der Mitglieder.

Bleiben Mailfrequenz und Mitgliederzahl auch nur auf dem derzeitigen Niveau, so wird JOE im Jahr 2002 für den Versand von weit mehr als einer Million einzelner E-Mails im Internet verantwortlich sein. Das ist ein enormes Potenzial. Zugleich verpflichtet es mehr denn je, die Ausbreitung von „Junk Mail“, von Datenmüll, über das Internet zu verhindern. Dafür ist es von entscheidendem Vorteil, dass JOE von Anfang an eine „moderierte“ Mailingliste war. Kein noch so guter elektronischer Filter kann die Arbeit eines Listenredakteurs ersetzen, der nicht nur offensichtliche „Schmuddelpost“ aussortiert, sondern auch bei unklaren Anfragen zunächst nachhakt, uneinheitliche Mailformate auf einen gemeinsamen Standard bringt und der Verbreitung von Viren und Kettenbriefen im Wege steht. Trotz solcher notwendigen Eingriffe hat die Liste

bis zum heutigen Tag einen zwanglosen, lockeren Umgangston aufrecht erhalten können. Das hohe Maß an spontaner Hilfs- und Informationsbereitschaft der Mitglieder untereinander scheint zudem ein Indiz für ein bemerkenswertes Zusammengehörigkeitsgefühl zu sein.

Perspektiven

Trotz des mit dem Wachstum der Mailingliste zunehmenden Redaktionsaufwands hat JOE bis zum heutigen Tag als „No budget“-Projekt funktioniert: ein Ein-Mann-Freizeitunternehmen, das den Listenmitgliedern einen kostenlosen Service anbietet. Wie bei vielen dynamischen Projekten scheint allerdings auch bei JOE zu gelten, dass Stagnation Rückschritt bedeutet. Die wachsende Datenmenge bedarf einer immer gründlicheren redaktionellen Bearbeitung, die Fülle an Informationen verlangt nach einer bleibenderen Form der Aufbereitung, als sie das flüchtige Medium der E-Mail bietet. Und auch das Bedürfnis nach Vernetzung untereinander ist durch den Versand eines zunehmend umfangreicheren und damit unübersichtlicheren Mitgliederverzeichnisses immer weniger zu befriedigen.

Daher hat JOE für die erste Jahreshälfte 2002 erstmals in bescheidenem Maße Mittel eingeworben. Mit finanzieller Hilfe der Robert-Bosch-Stiftung sowie dank umfangreicher hard- und softwareseitiger Unterstützung durch das IZ Sozialwissenschaften wird unter der Domain *www.joe-list.de* ein Webangebot auf den Weg gebracht werden, das die Grundlage für eine angemessene Weiterentwicklung der Mailingliste legen und langfristig auch eine Plattform für weitere inhaltliche Angebote darstellen soll. In einer ersten Phase sollen Inhalte der Mailingliste dauerhaft und nach Sparten vorsortiert abrufbar gemacht werden. So entstünden automatisch ein Veranstaltungskalender, ein Stellenmarkt, ein Diskussionsforum, eine Wohnraumbörse für Forschungs- und Studienaufenthalte und andere nützliche Servicebereiche. Darüber hinaus soll eine

Teilnehmerdatenbank den Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit ihren Arbeitsschwerpunkten und Interessengebieten selbst vorzustellen und umgekehrt gezielt nach Kolleginnen und Kollegen mit bestimmten Schwerpunkten zu suchen und mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Langfristig wäre auch an genuine inhaltliche Beiträge zu denken. Beispielsweise könnten Rezensionen aus dem Kreis der JOE eine Möglichkeit bieten, auch weniger prominente Veröffentlichungen jüngerer Autorinnen und Autoren bekannt zu machen. Die Verbreitung solcher Beiträge an über 1000 JOE-Mitglieder würde jedenfalls auf Anhieb die Auflage mancher wissenschaftlicher Zeitschrift übersteigen.

Solche Zukunftsträume werfen die Frage auf, ob JOE auf Dauer ohne eine förmliche Redaktion und eine laufende Finanzierung wird auskommen können. Der tägliche Arbeitsaufwand für redaktionelle Tätigkeit und Mitgliederverwaltung hat erheblich zugenommen. Und die Umsetzung neuer Ideen erfordert erheblichen zusätzlichen Aufwand. Das Beispiel artverwandter Projekte wie der sehr erfolgreichen Historiker-Liste „H-Soz-u-Kult“, die ausgehend vom deutschsprachigen Raum mittlerweile weltweit rund 5000 Mitglieder zählt, legt den Schluss nahe, dass eine gewisse Professionalisierung auf der „Anbieterseite“ erforderlich sein kann, um langfristig Qualität und Kontinuität zu sichern (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>). Bislang sind noch keine Entscheidungen gefallen. Oberste Maxime aller Veränderungspläne wird aber sein, den bisherigen Charakter der Mailingliste, der sich im Laufe von viereinhalb Jahren herausgebildet hat, so weit wie möglich beizubehalten, Informationsfluss und Vernetzung weiter zu fördern und damit nicht zuletzt jungen HochschulabsolventInnen frühzeitig eine Brücke zum osteuropabezogenen Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen.

Jörn Grävingsholt ist nach seiner Promotion als freier Politikwissenschaftler tätig und wohnt in Nižnij Novgorod.

Der JOE-fixe Berlin Eine Geschichte vom ungestillten Bedarf an Kontakten

Von Alexander Götz, Berlin

Unter dem etwas seltsamen Namen JOE-fixe trifft sich seit Mitte 2001 jeden Monat ein Netzwerk von Jungen Osteuropa Expert/innen aus Berlin und Brandenburg. Man sollte vielleicht ergänzen: Expert/innen für Mittel- und Osteuropa im weitesten Sinne. Ein Jour-fixe für JOE also, ein JOE-fixe eben.

Maximale Offenheit

Das Netzwerk zeichnet sich durch maximale Offenheit nach allen Seiten aus. Weder jugendliches Alter noch zertifizier-

te Expertise werden als Eintrittsbedingung verlangt. Vom Erstsemester bis zum Lehrstuhlinhaber und von der Vereinsvorsitzenden bis zum Praktikanten sind denn auch alle denkbaren Repräsentanten verschiedenster Institutionen vertreten.

Wie alles anfang?

Die Idee dazu kam mir, als ich feststellte, dass auf der Mailingliste *JOE-list@gmx.de* eine Unzahl von Berliner Namen zu finden war. Um einige davon mal persönlich zu

treffen, schickte ich eine Einladung zum Stammtisch über die Liste. Spontan erschienen 25 Leute, der Abend war ein echter Erfolg. Und die Vorstellungsrunde wurde wirklich spannend: Unglaublich, wie verschieden die Zugänge zum Thema „Osteuropa“ ein können. Fachlich, regional, institutionell schien jeder und jede etwas ganz anderes zu machen als der/die Tischnachbar/in. Es zeigt sich bis heute immer wieder, dass diese Unterschiede und Überraschungen bei den persönlichen Begegnungen die besondere Würze der Begegnungen ausmachen.

Evolution vom Stammtisch zur „Network-Plattform“

Bald war die Form „Stammtisch“ passé, weil nur wenige schöne Kneipen Platz für über 50 Gäste hatten. Außerdem war das feste Sitzen dem allseitigen Kennenlernen eher hinderlich. Und die Vorstellungsrunde mussten wir aufgeben, nachdem wir beim dritten oder vierten Mal fast eine Stunde damit zugebracht hatten.

Eine Lösung war schnell gefunden: Seit September 2001 treffen wir uns monatlich bei einer interessanten Institution zum Stehempfang. Die Gastgeber, die bislang auch Getränke spendierten, sagen eingangs kurz etwas über ihre Institution und begrüßen die JOE. Danach ist viel Zeit für Gespräche, jede/r kann vom einen zur anderen oder auch gezielt auf bestimmte Leute zu gehen. Dabei helfen auch die obligatorischen, anfangs noch etwas ungewohnten Namensschilder, die jede/r selbst mitbringen muss. Erste Gastgeberin war die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, dann folgte die Tschechische Botschaft, die Gesis-Außenstelle Berlin, der Verein Copernicus e.V., die Lettische Botschaft, das Auswärtige Amt, der Bundesverband der West-Ostgesellschaften und im März 2002 die Stiftung Wissenschaft und Politik.

Networking ohne Inhalt?

Diese Reinform des Networking ohne besonderen thematischen Aufhänger und ohne regionale oder fachliche Eingrenzung scheint eine ideale Ergänzung zur überbordenden Fülle von Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen in Berlin zu sein. Der Zuspruch jedenfalls lässt darauf schließen: Im Februar waren über 170 JOE beim Auswärtigen Amt versammelt!

Natürlich hat jedes Treffen durch die Gastgeber-Institution auch inhaltlich einiges zu bieten. So wurde beim Auswärtigen Amt darüber informiert, wer unter welchen Voraussetzungen vom Außenministerium zu Einsätzen internationaler Organisationen wie OSZE oder Europarat verschickt wird. Dazu gibt es nämlich einen Personalpool, für den man sich bewerben kann. Wer hätte das schon vorher gewusst oder danach gefragt? Näheres dazu übrigens im Internet unter www.auswaertiges-amt.de.

Im Mittelpunkt stehen aber immer die persönlichen Begegnungen und darum wird ihnen auch immer viel Raum gelassen. Darum werden auch meistens die Gespräche in

kleinerer Runde nach dem Empfang noch in einer Kneipe fortgesetzt. So fehlt es auch nicht an der ursprünglichen Gemütlichkeit, die die Anfangsphase von JOE-fixe geprägt hatte.

Die Vorplanungen reichen schon bis in den Juni hinein, und es ist erfreulich, dass immer wieder neue Institutionen Interesse bekunden, einen JOE-fixe auszurichten und sich dabei diesem interessanten Kreis auch selbst zu präsentieren.

Dynamisches Wachstum einer no-budget Initiative

Die Entwicklung von JOE-fixe ist – ähnlich wie bei der JOE-list – geprägt von ständigem, erstaunlich dynamischen Wachstum. Die Adressliste, die ich gleich zu Anfang angelegt habe, umfasst heute 350 JOE aus über 150 Institutionen der Region. Mit dabei sind keineswegs nur Universitäten und Forschungsinstitute, sondern auch viele andere, von Stiftungen und *think tanks*, Botschaften und Kulturinstituten bis hin zu Vereinen, Hilfsorganisationen und natürlich zahlreichen Wirtschaftsunternehmen, die in und mit Osteuropa arbeiten.

Die Adressliste von JOE-fixe ist schnell zu einem Objekt der Begierde geworden. Von Anfang an galt aber eine eiserne Regel: Nur wer sich selbst mit Adresse anmeldet, bekommt die Liste und niemand darf sie an Dritte weitergeben. So gab es noch nie Probleme mit dem Datenschutz.

Netzwerke vernetzen sich

Von der JOE-list hat sich JOE-fixe übrigens trotz enger Zusammenarbeit längst emanzipiert, auch wenn es bis heute viele Überschneidungen bei den Listenmitgliedern gibt. Mittlerweile kommen viele über JOE-fixe zur JOE-list, während es früher fast nur umgekehrt war. Ähnlich ist es mit dem zweiwöchentlichen Veranstaltungs-Newsletter des Berlin-Brandenburger Osteuropaforums (einfach mit einer Mail an schwefel@berlin.iz-soz.de abonnieren!). Dort wird der JOE-fixe regelmäßig angekündigt. Umgekehrt werden durch JOE-fixe viele auf diesen nützlichen Service aufmerksam. Anfang 2002 stieg auf diese Weise die Abonnentenzahl um über 100 an.

Wie melde ich mich zur Liste der JOE-fixe Interessierten an?

Wer sich für die Treffen von JOE-fixe interessiert, kann einfach eine Mail an info@joe-fixe.de senden.

Weitere Infos gibt es übrigens unter www.joe-fixe.de

Für spannende Veranstaltungen ist jedenfalls schon auf längere Sicht gesorgt.

Alexander Götz arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter eines SPD-Außenpolitikers im Deutschen Bundestag.

Die Bedeutung der neuen Medien für die Osteuropaforschung

Von Ulrike Becker, Berlin

Die neuen Medien gewinnen für jegliche Forschung Bedeutung als Informationsträger und Kommunikationsmedium. Drei Gesichtspunkte sollen hier bei der Frage der Bedeutung der neuen Medien für die Osteuropaforschung thematisiert werden: 1. die Leistung von Informationen für das disziplinäre Selbstverständnis; 2. die neuen Kommunikationsmöglichkeiten und 3. Perspektiven internationaler Vernetzung.

Leistung von Informationen für das disziplinäre Selbstverständnis

Die Rezeption vorhandenen Wissens gehört zu jedem Forschungsprozess; die Vermittlung dieses Wissens ist eine Kernaufgabe der Lehre. Traditionell wurde vorhandenes Wissen – vorrangig Forschungsergebnisse und die Methodik ihrer Entstehung – in Schriftform weitergegeben und über Bibliotheken systematisch zugänglich gemacht. Mit der Digitalisierung setzte die Entwicklung einer ganzen Reihe von „neuen Medien“ seit Ende der 60er Jahre ein. Eine erste Folge der Digitalisierung war die Ausdifferenzierung von Bibliotheken und disziplinär orientierten Informationsstellen. Letztere übernahmen nicht die physische Speicherung vorhandenen Wissens (Bücher) über alle Disziplinen hinweg, sondern die Speicherung des gesamten „virtuellen Wissens“ einer Disziplin in Datenbanken, die zunächst auf Großrechnern in den Informationszentren *inhouse* aufgebaut und von Spezialisten für Anfragende aus der Wissenschaft durchsucht wurden. In den Datenbanken konnten jetzt nicht nur Forschungsergebnisse sondern auch der Forschungsprozess selbst (z.B. in Form von Forschungsprojekt-Datenbanken) sowie „Metainformationen“ der Forschung (z.B. in Institutionen-Datenbanken, Förder-Datenbanken, Tagungs-Datenbanken) in großen Mengen systematisch dokumentiert werden. Die disziplinären Informationszentren definierten ihre Funktion als „Gedächtnis“ ihrer jeweiligen Wissenschaft.

Die Weiterentwicklung der Speichermedien ermöglichte Wissenschaftlern sehr schnell den persönlichen Zugriff auf das in den Datenbanken gesammelte Wissen. Noch unkomplizierter wurde der Zugang dann durch die Entwicklung der CD-Rom, auf denen die von Informationsstellen erzeugten Datenbanken seit Anfang der 90er Jahre angeboten werden.

Ein qualitativer Sprung erfolgte durch die Ausbreitung und allgemeine Nutzungsmöglichkeit des Internet. Die Ausdifferenzierung der Arbeitsteilung zwischen Wissenschaftlern als eigentlichen Produzenten der Information, Bibliotheken als Bewahrer verschriftlichten Wissens und Informationseinrichtungen als Bereitsteller virtuellen Wissens wird durch das Internet neu gemischt. Jeder Wissenschaftler und jede Wissenschaftlerin wird potenziell zu einem

eigenen Informationsanbieter, jedes Institut wird zu einer virtuellen Informationsstelle, Bibliotheken bringen ihre Kataloge bzw. Informationszentren ihre Datenbanken für jeden einsehbar ins Internet.

Diese „Individualisierung“ der Wissensproduktion und -weitergabe hat aber Folgen für die Wissenschaft selbst, für ihre disziplinäre Konstituierung und Identität. Informationsflut und „neue Unübersichtlichkeit“ erschweren die Manifestation disziplinärer Zusammenhänge. Für einen interdisziplinären Forschungsbereich wie die Osteuropaforschung, die durch die Veränderung ihres Gegenstandes selbst in eine Krise geraten ist, drohen sich diese Zusammenhänge durch die „Wissensvereinzelung“ des Internet zunehmend aufzulösen. Bereits gut etablierte Disziplinen stellen sich die Frage, wie bei dieser neuen Informationslage das „Gedächtnis ihrer Wissenschaft“ funktionieren soll. Seine Aufgabe ist es ja, den „Fortschritt“ in der Wissenschaft dadurch zu gewährleisten, dass Doppelarbeit vermieden wird.

Für die Festigung des eigenen Selbstverständnisses der Osteuropaforschung ist es ausgesprochen wichtig, die Kenntnisnahme vorhandener Forschungsergebnisse der an Osteuropa interessierten *scientific community* zu ermöglichen. Zudem handelt es sich nicht um eine international geschlossene *community*, sondern um ein Konglomerat von Wissenschaftlern, die von ehemaligen Kerninstituten der Osteuropaforschung zunehmend in alle Disziplinen der Sozialwissenschaften diffundiert sind. Die Kenntnisnahme des Vorhandenen ist Voraussetzung für den Diskurs und die Sichtbarkeit eines Forschungsbereiches.

Wie kann der dem Internet inhärenten Gefahr der Wissensvereinzelung und Demontage disziplinärer Zusammenhänge entgegengewirkt werden? Die Dezentralisierung von Informationen kann aus meiner Sicht eigentlich nur durch strategische Kooperationen der verschiedenen Akteure in Wissenschaft und Information zu einem, auch im Internet sichtbaren, Forschungsfeld „Osteuropa“ neu gebündelt werden. Der Beginn einer solchen Kooperation wurde letztes Jahr von der GESIS-Außenstelle zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und dem Ost-West Wissenschaftszentrum Kassel initiiert. Unter der Internetadresse www.Osteuropa-Netzwerk.de bieten bereits neun Institutionen einen gemeinsamen Zugang zu ihren vorhandenen Linksammlungen zu und aus Osteuropa an. Das Netzwerk wirbt zur Zeit verstärkt um weitere Teilnehmer und könnte als Kern einer weiter gehenden Verknüpfung von Internetangeboten aus und zu Osteuropa in Zusammenarbeit von Wissenschaftlern, Forschungs- und Informationseinrichtungen fungieren.

Die GESIS-Außenstelle hat in das Osteuropa-Netzwerk nicht nur ihre eigene Linksammlung zu osteuropäischen

sozialwissenschaftlichen Institutionen eingebracht, sondern für das gemeinsame Angebot eine informationstechnologische Lösung entwickelt. Das Selbstverständnis einer Servicestelle für sozialwissenschaftliche Osteuropafragen kann an diesem Projekt gut abgelesen werden: Neben den Aufbau bzw. das Angebot eigener spezialisierter Sammlungen tritt die informationstechnologische Unterstützung der Vernetzung solcher Sammlungen. Die GESIS-Außenstelle ist bereit, als Servicestelle für das Netzwerk die technischen Voraussetzungen, die Pflege und die Dauerhaftigkeit des Angebotes sowie die informationstechnologischen Weiterentwicklungen zu übernehmen. Hier ist allerdings die Selbstorganisation der Osteuropaforschung gefragt, um durch Kooperation diesem Projekt eine Zukunftsperspektive zu geben. Die Sichtbarkeit der weitverzweigten Osteuropaforschung würde dadurch in der Forschungslandschaft erheblich gestärkt.

Kommunikationsunterstützung

Wie gesagt, stellt der Diskurs ein wesentliches Element in der Identitätsbildung eines Forschungsbereiches dar. Hier haben die so genannten Email-, News- oder Discussionlists, die entweder nur das Email-Medium nutzen und/oder auch im Internet die Teilnahme anbieten, eine sich schnell entwickelnde Funktion in der Wissenschaftskommunikation übernommen. Was klassischerweise aus wissenschaftlichen Veranstaltungen ein eigenes Medium der Disziplinestabilisierung macht – nämlich Diskussionen, Fragen, Wahrnehmen der Akteure, Informationen „am Rande“ – wird in fast allen Wissenschaftsbereichen heute durch die Kommunikationsmöglichkeiten der neuen Medien ergänzt. Ein bekanntes Beispiel ist die Email-Liste „Junge Osteuropaexperten – JOE“, für die die GESIS als Serviceeinrichtung die Email-Software bereitstellt und die technische Realisierung über ihren Server ermöglicht. Eine eigene Email-Liste der GESIS-Außenstelle – das Berlin/Brandenburger Forum Osteuropa – ist ein weiteres Beispiel, wie eine aktive Vernetzung durch Information gerade in Verdichtungsräumen der Osteuropaforschung eine Funktion für die disziplinäre Kommunikation übernehmen kann. Das Berlin/Brandenburger Forum Osteuropa wird in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde erstellt und über den Server der GESIS-Außenstelle angeboten (beziehbar unter oeforum@berlin.iz-soz.de; Kommando im Betreff: subscribe). Zur Zeit hat diese Email-Newsliste 520 Abonnenten im Berliner Raum, die über osteuroparelevante Aktivitäten wie Veranstaltungen, Projekte, Förderungen, Gastwissenschaftler usw. informiert werden. Informationen der Listenteilnehmer werden in der GESIS-Außenstelle gesammelt, übersichtlich gruppiert und in einheitlicher Form 14-tägig in einem sogenannten Rundbrief verschickt. Die GESIS-Außenstelle hat damit den Bedarf an gegenseitiger Kenntnisnahme osteuroparelevanter Aktivitäten in Berlin aufgegriffen und eine „Vernetzung durch Information“ initiiert.

Eine andere Form von Newsliste ist der ebenfalls von der GESIS-Außenstelle herausgegebene Newsletter „Social Sciences in Eastern Europe“, der für über 1.200 Bezieher ein regelmäßiges Informationsinstrument ist und vier Mal im Jahr erscheint. Dieses ursprünglich als Printfassung konzipierte Angebot basiert vor allem auf von der GESIS-Außenstelle gesammelten Informationen aus Osteuropa. Es enthält sozialwissenschaftliche Institute mit ihren Forschungsschwerpunkten, Beschreibungen von Datenarchiven und Datenquellen; Profile und Inhaltsverzeichnisse wichtiger sozialwissenschaftlicher Zeitschriften; Kurzbeiträge zu spezifischen Fragestellungen der Sozialwissenschaften in Osteuropa; Hinweise auf Monographien oder Studien, Forscher, Datenbanken, Internetquellen, westeuropäische Aktivitäten zu Osteuropa sowie Informationen zu wissenschaftlichen Gesellschaften und aktuellen Tagungen.

Der Newsletter ist mittlerweile in den verschiedensten neuen Medien kostenlos im Zugriff: als Email-Liste oenews@berlin.iz-soz.de (Kommando im Betreff: subscribe) kann er im Abonnement bezogen werden und im Internet können unter http://www.gesis.org/Publikationen/Zeitschriften/Newsletter_Osteuropa/ sowohl einzelne Abschnitte eingesehen als auch eine PDF-Datei heruntergeladen werden.

Schon die Beispiele aus der Arbeit der GESIS-Außenstelle zeigen, dass Emaillisten neue Wege der Information und Kommunikation ermöglichen. Die Zahl solcher Angebote nimmt ständig zu. Die Tendenz zur „Parzellierung“ der Forschung kann hierdurch allerdings ebenfalls gefördert werden – auch im Bereich der Osteuropaforschung. Daher stellt sich erneut die Aufgabe, Informationen zusammenzuführen, z.B. durch die Schaffung einer kommentierten Übersicht über relevante Newslisten.

Das Osteuropa-Netzwerk.de könnte ein idealer Ort sein, um Informationen solcher Art anzulagern und damit über Kommunikationsmöglichkeiten in der *scientific community* zu informieren.

Perspektiven internationaler Vernetzung

Die neuen Medien haben für die Möglichkeiten der Internationalisierung in der Wissenschaft einen entscheidenden An Schub geleistet. Aber auch hier müssen die Möglichkeiten erst nutzbar gemacht werden. Die Internationalität der Forschung scheint in der Osteuropaforschung auf der Hand zu liegen; allerdings denke ich, dass die deutsche Osteuropaforschung nicht mehr als andere Disziplinen international verankert ist. In zwei Richtungen ließe sich die internationale Beteiligung jedoch ausbauen: Die Teilnahme an der Vielzahl internationaler bzw. zunächst nur europäischer Forschungsnetzwerke kann verstärkt und die Brückenfunktion zur osteuropäischen Wissenschaft sichtbarer gemacht werden.

Eine Servicestelle wie die GESIS-Außenstelle versteht sich auch hier als Kooperationspartner für die Wissenschaft.

Das Gemeinsame Vorlesungsverzeichnis „Berlin-Brandenburg/Sprachangebote“

Pressemitteilung

Zum dritten Mal gemeinsames Vorlesungsverzeichnis Osteuropa-Studien und Sprachangebote für den Berlin- Brandenburger Raum vom Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin erstellt.

In Berlin und Brandenburg bieten in unmittelbarer Nähe zueinander sechs Universitäten Lehrveranstaltungen mit Ost- und Südosteuropabezug an.

Dazu kommt noch das Collegium Polonicum in Slubice im benachbarten Polen. Den Studierenden steht damit eine große Auswahl an Veranstaltungen zur Verfügung, die sie bisher mangels Gesamtüberblick zu den Angeboten noch nicht optimal nutzen konnten.

Erneut liegt nun das kommentierte Vorlesungsverzeichnis Osteuropa-Studien für den Berlin-Brandenburger Raum für das Sommersemester 2002 vor.

Auf Sprachangebote wird dabei ebenso hingewiesen, wie auf die Lehrveranstaltungen zum Thema Osteuropa.

Ausserdem erscheint wiederum das Kommentierte Vorlesungsverzeichnis Südosteuropa, worin die multidisziplinäre „Arbeitsgemeinschaft Südosteuropa“ zahlreiche Lehrveranstaltungen mit Südosteuropa-Bezug aus dem gesamten Bereich der Freien Universität Berlin aufgelistet hat.

Studierenden, aber auch allen anderen an der Region Osteuropa Interessierten sollen damit Hilfsmittel in die Hand gegeben werden, die es ermöglichen, das breite und interessante Angebot in unserem Raum zu nutzen.

Diese Übersichten sollen die intensive Kooperation der akademischen Einrichtungen fortsetzen, die im Berlin- und Brandenburger Raum zu Osteuropa forschen und lehren. Sie können im Internet bezogen werden auf den Homepages der Partneruniversitäten bzw. derjenigen des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin: <http://www.oei.fu-berlin.de>.

Project: City Regions as a Place of Governance

Klaus Segbers, Berlin

Questions of governance are becoming increasingly important in political science discussions. So it is highly welcome that the Volkswagen Foundation granted the required funding for a new project which is to start in April 2002.

The guiding question is about the role of city-regions as substate spheres of politics within contemporary globalization processes. While the general mechanisms and dynamics of globalization have been analyzed rather extensively, the study of their effects has mostly been concentrated on the level of states. However, with globalization being uneven in its spread and its impacts, it seems obvious that not only states are being affected differently, but also the political entities within them.

In our comparative research project, we attempt to analyze and clarify the emerging new role of global city-regions in four steps. At first, we will engage in an empirical mapping of the relevant actors and flows that shape city-region politics and integrate them with their national and the global environment. Then, we will study how globalization causes transformations of city-region governance in selected policy fields, namely in economic development, social security and knowledge generation. Is city-region governance becoming more fragmented, and is there an organizational shift from the public to the private sector? As a third step, we will compare and evaluate the results in order to generate more general conclusions. Are global

city-regions increasingly interdependent with other parts of the world and less dependent on „their“ central state? Finally, we will finish our project with a publication of the outcomes in two edited volumes (in English).

We want to explore the above questions for Delhi in India, Johannesburg in South Africa, Moscow in Russia and Sao Paulo in Brazil, where we expect changes in the role and governance of city-regions to be especially manifest. These city-regions show high levels of global linkages. The countries they are situated in share several important attributes that allow for a meaningful comparison of city-regions in a similar „framework“. Still, a focus on these city-regions should be able to find significant variance.

The whole research project will be realized in close cooperation with local partners in the respective city-regions. This will incorporate different social science backgrounds since the questions raised call for a transdisciplinary approach (political science, urban studies, economics, sociology, geography).

For contacts and more information, please write to segbers@zedat.fu-berlin.de or to raiser@zedat.fu-berlin.de.

Klaus Segbers ist Professor für Politikwissenschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Project: International Relations Online

Von Kerstin Imbusch, Berlin

International Relations Online (www.ir-online.org) ist ein internationales Hochschulkooperationsprojekt unter der Leitung von Prof. Dr. Klaus Segbers und verfolgt das Ziel, internetbasiertes Lehr- und Lernmaterial für das Studium der Internationalen Beziehungen (IB) in englischer Sprache zu entwickeln und in den beteiligten Partnerhochschulen probeweise in der Lehre einzusetzen.

Globalisierungsprozesse sind uns als Bürgern, Wissenschaftlern, Kunden, Lernenden allgegenwärtig. Der mittels technischen Fortschritts mögliche beschleunigte Austausch von Waren, Dienstleistungen, Wissen, Informationen ist Kerncharakteristikum der sogenannten Globalisierung. Damit einher geht die zunehmende Entbindung von Tätigkeiten wie Lernen, Kommunizieren, Handeln von einem Ort, an dem alle Teilnehmer gleichzeitig anwesend sind. Das Internet ermöglicht – unter der Bedingung, dass die Teilnehmer 'angeschlossen' sind, – Kommunikation ohne zeitliche und räumliche Beschränkungen. Wesentli-

che Aufgabe von Lehrenden wie Absolventen des Studienschwerpunktes Internationale Beziehungen ist die Deutung dieser Prozesse sowie die Entwicklung von Möglichkeiten der gesellschaftsverträglichen Gestaltung. Vor dem Hintergrund der sich beschleunigenden und auch den Hochschulbereich einbeziehenden Globalisierung bietet „*International Relations Online*“ Lehrenden wie Studierenden der Internationalen Beziehungen aus verschiedenen Teilen der Welt die Möglichkeit, diese Deutungskompetenz gemeinsam (weiter) zu entwickeln.

Das Projekt hat eine Laufzeit von zwei Jahren und wird von der Volkswagen-Stiftung aus Mitteln des Programms „Gemeinsame Wege nach Europa“ gefördert. Die beteiligten Hochschulen kommen aus Nizhni Novgorod und Tomsk (Russische Föderation), Cluj (Rumänien), Aarhus (Dänemark), Vilnius (Litauen) sowie Pennsylvania (Vereinigte Staaten von Amerika). Mit dieser Mischung wurden mit Ausnahme von Vilnius und Minsk bewusst nicht Part-

ner in den Hauptstädten gesucht, sondern aktive, dem Einsatz neuer Medien in der Hochschule aufgeschlossene Partner in der 'Provinz' mit dem Ziel, diese stärker in grenzüberschreitende Netzwerke der akademischen Kooperation einzubeziehen. Durch die Mischung aus Institutionen in Russland, den Transformationsstaaten, Westeuropa und den USA durch das für alle Beteiligten neue Thema des *e-learning* setzte die Zusammenarbeit von Anfang an auf eine gemeinschaftliche Entwicklung und Erprobung neuer Lehr- und Lernmethoden, auf gegenseitigen Austausch und nicht auf vorwiegend unidirektionalen Wissenstransfer. Aufgabe ist es, das Verständnis von Lehrenden wie Studierenden der IB für die Bedingungen und Chancen wie auch für die Dynamik des Einsatzes elektronischer Medien als Kernbestandteil von Globalisierungsprozessen durch die praktische Nutzung zu erhöhen. Ausgangspunkt ist dabei die Annahme, dass die oben angesprochene Deutungskompetenz nur mittels theoretischer wie praktischer Kenntnisse der Prozessbedingungen zu erlangen ist.

Die Zusammenarbeit im Rahmen von *International Relations Online* besteht wesentlich aus zwei Komponenten, zum einen aus der gemeinsamen Erarbeitung und Erprobung internetgestützten Lehr- und Lernmaterials für das Studium der IB, zum anderen aus der Vernetzung von Studierenden der Partnerhochschulen in elektronischen Arbeitsgruppen mit dem Ziel der Bearbeitung aktueller Problemstellungen der IB.

Lehr- und Lernmaterial: IB-Module

Das internetgestützte Lehr- und Lernmaterial der Internationalen Politik wird in Form sogenannter Module entwickelt. Jedes Modul ist eine in sich geschlossene Lehr-/Lerneinheit, die Studierenden das Wissen zum jeweiligen Modulthema vermittelt, dieses jedoch direkt durch in das Modul integrierte Aufgabenstellungen, Fallstudien sowie weiterführende Materialien zur selbständigen Anwendung und Vertiefung bringt. In ihrer Gesamtheit bilden die IB-Online-Module einen Einführungskurs in das Studium der Internationalen Beziehungen, der die wesentlichen metatheoretischen und theoretischen Ansätze sowie Sachbereiche der IB umfasst.

Modulthemen sind:

- Metatheoretische Ansätze: Positivismus und Post-Positivismus,
- Theorien der IB: (Neo-)Realismus, Liberalismus, Institutionalismus, innenpolitische Ansätze, Englische Schule,
- Problembereiche der IB: Sicherheit, Globalisierung, transnationale Akteure, Information und Kommunikation, Identitätsbildung, Fragen von Territorialität/Raum.

Es ist beabsichtigt, den Kurs durch weitere Themen wie Migration/Flüchtlinge, globale Risiken, Minderheiten, Integrations- und Dezentralisierungstendenzen abzurunden. Professoren der beteiligten Partnerhochschulen entwickeln die Module gemäß einer zu Beginn gemeinsam erarbeiteten vierteiligen Struktur. Dieser entsprechend bauen sich die Module wie folgt auf:

Der Einführungsteil besteht aus einer Einleitung in das Modulthema und dessen Einbettung in den breiteren Kontext der Internationalen Beziehungen. Daran schließt der Aufbau des Moduls, die Formulierung der Lernziele und der Kernfragen der IB, die durch das Modul erläutert werden sollen, an. Der Inhaltsteil besteht aus einem einführenden, mit Internetressourcen verbundenen Text in das jeweilige Thema, an den sich der direkt auf den Text bezogene Aufgabenteil anschließt. Die hier – teils als Selbstlernertest in Form von *multiple choice*-Fragen entwickelten – Aufgaben dienen der Überprüfung des Textverständnisses durch die Studierenden. Diese Aufgaben sollen nach der Lektüre selbständig bearbeitet werden, der Lehrende steht durch *e-mail*-Kontakt mit den Studierenden in Verbindung und berichtigt die Aufgaben, sofern sie nicht Selbstprüfungscharakter haben. Der Fallstudienteil enthält ein bis zwei typische Fallstudien zum Modulthema, mit deren Hilfe Kernkonzepte des Themas verdeutlicht werden sollen. Die Fallstudien sind mit weiteren Informationen und internetbasierten Materialien verbunden, die die Studierenden während der Bearbeitung der fallstudienbezogenen Aufgaben nutzen. Schließlich bietet der Serviceteil den Nutzern eine *download*-Version des einführenden Textes, Literaturhinweise, themenbezogene, kommentierte *links* sowie Multimediamaterial (speziell für das Internet aufbereitete *features* zu aktuellen Problemen der IB, z.B. zum Kosovokonflikt oder zu den Ereignissen des 11. September 2001). Mithilfe des Multimediamaterials werden die Lernenden mit alternativen Darstellungsformen konfrontiert (Medienberichterstattung, Originaldokumenten, Reden), die spezifische Anforderungen an die Erfassung, Analyse und Diskussion von Informationen stellen. Im Rahmen der Module erhalten die Lernenden Anleitung zur Erprobung neuer Analyse-, Diskussions- und Darstellungsmethoden.

Die Nutzung der IB-Module erfolgt im Projektzusammenhang begleitend zur Präsenzlehre der beteiligten Partner. Ein Ersatz der Präsenzlehre durch die dezentrale, jedoch durch Professoren elektronisch mittels *e-mail* begleitete Modulbearbeitung ist im Projektverbund aufgrund der unterschiedlichen curricularen Anforderungen an den Hochschulen nicht möglich. Stattdessen werden die Module zur Vorbereitung der Präsenzlehre benutzt, in dem Studierenden das Veranstaltungsthema mittels der einführenden Texte vorbereiten, die Aufgaben dezentral bearbeiten und den Lehrenden vor der eigentlichen Veranstaltung zukommen lassen. Ein Teil der Präsenzveranstaltung dient dann der Besprechung des Modulmaterials sowie der Diskussion des internetbasierten Lernens.

Elektronische Arbeitsgruppen

Die elektronischen Arbeitsgruppen bilden eine studentische Komponente des Projektes. Im Verlauf fanden zwei 8- bzw. 10-wöchige Arbeitsgruppen mit Studierenden der Partneruniversitäten zu den Themen „*What future status for Kosovo?*“ sowie „*NATO enlargement – problem or*

solution?“ statt. Der erste Fall wurde in Form eines elektronischen Rollenspiels bearbeitet. Etwa 30 Studierende wurden in institutionsübergreifende Arbeitsgruppen eingeteilt, deren Aufgabe es jeweils war, eine an der Lösung des Kosovokonfliktes beteiligte Rolle zu übernehmen und in diesem Zusammenhang Informationen über den Konflikt zu sammeln und über das Internet den eigenen Gruppenmitgliedern bzw. den anderen Gruppen zu Verfügung zu stellen. Weiterhin wurden Reden vorbereitet, in synchronen wie asynchronen Internetkonferenzen die Positionen zur Lösung des Konfliktes mit den anderen Gruppen ausgetauscht und schließlich eine gemeinsame Resolution aller vier Gruppen erstellt. Im zweiten Fall stand die Verbindung von theoretischem IB-Wissen mit der konkreten Anwendung auf das Beispiel NATO-Erweiterung im Mittelpunkt der Arbeit. Wieder wurden die Studierenden in Gruppen eingeteilt, dieses Mal jedoch mit dem Ziel, den Theorie-Praxis-Transfer innerhalb der eigenen Gruppe zu erarbeiten. Dabei wurden neue, internetbasierte Kommunikations-, Interaktions- und Darstellungsmöglichkeiten (Newsgroups, rotierender Gruppenvorsitz, asynchrone Kommunikation, Präsentation von Arbeitsergebnissen auf der gruppeneigenen Seite, elektronische Quiz) erprobt. Die Kommunikationsplattform für beide Arbeitsgruppen wurde vom Projektteam am Osteuropa-Institut entwickelt und betreut. Zum Ende jeder Arbeitsgruppe fand eine Befragung der Beteiligten statt. Die Auswertung der Fragebögen zeigt, dass Studierende in den Partnerhochschulen die institutsübergreifende Zusammenarbeit mittels elektronischer Medien sehr hoch schätzten und die Netzwerk- wie Lerneffekte, gerade im Hinblick auf den Studien-

gegenstand Internationale Beziehungen, sehr positiv bewerteten. Sinnvoll erscheint eine noch engere Einbindung derartiger institutionsübergreifender – im Projektzusammenhang auf der Basis der Freiwilligkeit erfolgten – Lernmöglichkeiten in die Veranstaltungen der beteiligten Lehrenden, um Synergieeffekte zu erhöhen.

Fazit

Kurz vor Projektende ist das Fazit der zweijährigen Zusammenarbeit durchweg positiv. So ist das Wissen über die Nutzungsmöglichkeiten und -anforderungen des Internet für Lehr- und Lernzwecke in den Internationalen Beziehungen bei allen Beteiligten deutlich gestiegen. Im Rahmen der Entwicklung und des Einsatzes der Materialien konnten theoretische Überlegungen direkt praktisch umgesetzt werden. Ebenso ist es mittels der Zusammenführung von Lehrenden und Studierenden aus aller Welt in den Arbeitszusammenhang „IB-Online“ gelungen, einen Teilaspekt der Globalisierung – den der wissenschaftlichen bzw. universitären Vernetzung – bewusst mitzuentwickeln. In diesem Sinne gehören die Konzeption und grenzüberschreitende Erprobung von internetgestützten Lehr- und Lernumgebungen zu den wichtigsten Optionen einer zukunftsgerichteten Hochschullandschaft, an deren Gestaltung wir durch das Projekt teilnehmen konnten.

Kerstin Imbusch ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft des Osteuropa-Instituts der FU Berlin und koordiniert das Projekt International Relations Online.

Projekt: Religion und Konstituierung von Identitäten. Zum Erbe muslimischer Minderheiten in Bulgarien und Makedonien

Von Jordanka Telbizova-Sack, Berlin

Einführung

Es ist der Tag des „Heiligen Georg“. Eine Pomakin (Muslimin slawischer Herkunft) aus dem bulgarischen Dorf Kornica bereitet sich zusammen mit ihren Kindern vor, das nah gelegene orthodoxe Kloster zu besuchen. Eine Nacht werden sie dort verbringen und nach christlichem Ritus beten, um Hilfe für kranke Verwandte zu erlangen. Kerzen werden angezündet, christliche Gebete gelesen, Ikonen verehrt. Es kommt auch umgekehrt vor, dass Christen einen islamischen Geistlichen aufsuchen, um ihn bei Krankheiten oder Schwierigkeiten um Hilfe zu bitten.

Dieser Blick in den Alltag eines im Süden Bulgariens gelegenen Dorfes zeigt ein Phänomen auf, das auch in anderen Gebieten vorgekommen ist und vorkommt und das noch weiterer Durchdringung bedarf: Die *Symbiose* heterogener, aber vermischt lebender Gruppen. Dies Phänomen ist

insbesondere im Zusammenhang mit den islamischen Bosniaken bekannt geworden, die vor dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung in friedlicher Nachbarschaft mit den Nicht-Muslimen gelebt haben sollen. Aber auch in der Geschichte des neuzeitlichen Indiens war dies von Bedeutung, solange Muslime und Hindus gut miteinander auskamen, bevor der Gegensatz politisiert wurde.

Welcher Bedingungen bedarf es, damit ein solches Convivium zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen möglich ist, und wie ist es möglich, dass über Nacht aus Freundschaft Feindschaft wird? Ist es die Religion bzw. die religiöse Zugehörigkeit, die die Menschen durch eine unsichtbare Mauer trennt, oder sind es vielmehr menschliche Begierden und irdische Ambitionen, die in Hass, Neid, aber auch ethnisch begründete Gewalt umschlagen? Daraus folgen weitere Fragen: Welche Rolle spielte und spielt die spezifische Ausprägung der Religion

bei der Konstruktion des Wir-Gruppen-Bewusstseins der Muslime in Südosteuropa? Wurde und wird die Religion als dominanter identitätsstiftender Faktor oder als ein Faktor unter anderen verstanden? Gibt es eine spezifisch balkanische Variante des Islam und falls ja: Wie kann diese genauer definiert werden?

Diese und ähnliche Fragen stehen im Zentrum eines durch die DFG am AB Geschichte und Kultur des Osteuropa-Instituts geförderten Forschungsvorhabens. Bei der Suche nach Antworten richtet sich der Blick auf Bulgarien und Makedonien, auf die Religionsgemeinschaften der Pomaken, Torbeßen, muslimischen Roma und Alewiten.

Synkretistische Ideen und Praktiken

Im Balkanraum kann sowohl unter der muslimischen als auch unter der christlichen Bevölkerung eine Jahrhunderte alte Tradition der Entfernung von den offiziellen theologischen Doktrinen beobachtet werden. Der Glaube an eine transzendente Wirklichkeit wird bei der Mehrheit der Bewohner ergänzt durch eine alltägliche Ritualität, in der Einflüsse anderer religiöser Systeme wirksam wurden. Besonders in der Glaubenswelt eines Teils der Muslime sind starke synkretistische Züge zu erkennen. Islamische Dogmen, Überreste des christlichen Brauchtums und autochthone Traditionen begegneten sich und brachten eine Symbiose eigener Art hervor (Telbizova 2000). Hierbei sind die folgenden Komplexe religiöser Ideen und Praktiken zu nennen:

- 1) Formen von Frömmigkeit, die sich in Heiligenverehrung und mystischen Bruderschaften manifestieren;
- 2) Praktiken der Magie und Geisterglaube;
- 3) Bräuche und Glaubensvorstellungen, die allgemein als Reste des christlichen Glaubens zu verstehen sind.

Im Mittelpunkt des „balkanischen Islam“ stehen die Heiligenverehrung sowie die islamisch-mystischen Bruderschaften. In der islamwissenschaftlichen Literatur werden die Derwisch- oder *sufi*-Orden oft als religiöse Vermittler angesehen, deren primäre Funktion es war (und ist), bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen, die von der zentralen Überlieferung des Islam nicht wahrgenommen wurden. Neuere Studien belegen, dass mystische Gruppierungen in Vergangenheit und Gegenwart neben ihrer rein religiösen Funktion auch soziale und politische Funktionen erfüllten (De Jong 1996, Dzaja 1984). Dies scheint zum Teil die herausragende Bedeutung der Derwisch-Orden bei der Islamisierung der einheimischen Bevölkerung zu erklären (Kissling 1986).

Während die Derwisch-Klöster ihre vormalige Bedeutung weitgehend verloren haben, ist die Heiligenverehrung unter den Muslimen immer noch sehr lebendig. Die zahlreichen Heiligengräber, die auf der gesamten Balkanhalbinsel zu finden sind, dienen nach wie vor als wichtige Pilger- und Heilzentren. Gerade an der Heiligenverehrung ist der synkretistische Charakter des in diesem Raum praktizierten Islam am deutlichsten zu erkennen. Erwähnt seien der Besuch christlicher Kultstätten sowie die Verehrung

vormaliger christlicher Heiliger durch Angehörige muslimischer Glaubensgemeinschaften. Die Verwendung von Magie, der Glaube an das „böse Auge“, an *jinn* und *afarit*, das Tragen von Amuletten, bestimmte Ackerbräuche, Kalender- und Regenriten deuten ebenfalls auf den gegenseitigen Einfluss zwischen Islam und autochthoner vorislamischer Kultur hin. Eines der Ziele des Projekts ist es, diese synkretistischen und volksreligiösen Elemente auf der Grundlage von Feldstudien genauer zu definieren. Dabei geht es nicht nur um die bloße Beobachtung und Aufzeichnung religiöser Ideen und Praktiken, sondern auch und vor allem um die Frage nach ihrer identitätsstiftenden Bedeutung.

Der Islam und seine identitätsstiftende Bedeutung

Bei der Konstituierung von Identitäten ist die symbolische Welt der Religion von besonderer Bedeutung. Die Religion bietet ein organisiertes Bild des Universums und eine mehr oder weniger geordnete Beziehung zwischen dem Menschen und seiner Umwelt, wobei sie „die Befürchtungen und Ängste der Menschen vermindert und ihnen ein größeres Gefühl der Sicherheit in der unsicheren Gegenwart sowie Hoffnung auf eine erträgliche Zukunft gibt“ (Beals/Hoijer 1965, S. 597). Die Religion kann andere Institutionen in einer Gesellschaft stärken und gesellschaftliche Werte und Ziele legitimieren. Nicht zuletzt tragen gemeinsame Glaubensvorstellungen und Rituale zur Kohäsion und Solidarität einer Gemeinschaft bei. Gleichzeitig stehen die religiösen Gemeinschaften in einer komplexen Kulturtradition, an deren Herausbildung nicht allein die religiöse Bindung, sondern eine Vielzahl geschichtlicher Kräfte mitgewirkt haben. Ihre kulturellen Gruppenmerkmale ergeben sich darum objektiv betrachtet nicht nur aus ihrer Religionszugehörigkeit, sondern auch aus der Teilhabe an einem ganzen Bündel verschiedener kulturprägender Faktoren.

„Wer sind wir? Wohin gehören wir?“ waren bei den Muslimen im südosteuropäischen Raum schon immer Fragen, auf die nur schwer eindeutige Antworten gegeben werden konnten (vgl. u.a. Höpken 1994, Fraenkel 1995, Konstantinov 1997, Brunnbauer 1997). Auch für ihre Umgebung waren sie zugleich Freunde und Fremde, Bekannte und Unbekannte. Bei der Entstehung der Identität der Pomaken, Torbeßen, Alewiten, sunnitischen Türken und muslimischen Roma spielte die Verbindung von Religion und Traditionsbewusstsein eine zentrale Rolle. Gleichzeitig hing ihre kollektive Identität als Selbst- und Fremdzuschreibung von den jeweiligen historischen Rahmenbedingungen ab.

Im Osmanischen Reich war die Religionszugehörigkeit das entscheidende Kriterium für die Gliederung der Bevölkerung. Die Osmanen ordneten ihre Untertanen nicht nach ethnischer Herkunft, sondern nach der Religion. Was für die Weiterentwicklung von besonderer Bedeutung werden sollte, war die Zuordnung aller Christen des orthodoxen Ritus zu einer Art Selbstverwaltungskörperschaft, dem

„*Rum millet*“ (Braude 1982). Die orthodoxe Kirche spielte während der osmanischen Herrschaft für den Erhalt des Gruppenbewusstseins der christlichen Balkanvölker eine wesentliche Rolle, und die Konfession war diejenige Konfiguration, durch welche die spätmittelalterliche Struktur der christlichen Gemeinschaften, ihre Sprache und Kultur am reinsten konserviert wurde. Auf den heutigen makedonischen und bulgarischen Territorien lebten unterschiedliche ethnische, religiöse und sprachliche Gruppen zusammen, die bis ins 19. – zum Teil bis ins 20. Jahrhundert hinein – noch weit von der Idee entfernt waren, sich als ein „Volk“ zu verstehen. So konnten Muslime und Christen in den gemischten Gebieten einen gemeinsamen Lebensrhythmus entwickeln, ohne ihre religiös-kulturelle Eigenheit aufzugeben. Dies änderte sich grundlegend mit der modernen Nationsbildung und den damit verbundenen Inklusions- und Exklusionsmechanismen. Das „lange“ 19. und frühe 20. Jahrhundert – gekennzeichnet durch Staatsgründungen, kriegerische Auseinandersetzungen und den ersten vertraglich geregelten Zwangsaustausch von Minderheiten auf dem Balkan – brachte vielfältige Möglichkeiten für nationale Vereinnahmung der Muslime durch die jeweiligen Titulnationen mit sich. Auch die Modernisierungsanstrengungen vor und nach 1945 waren mit massiven Homogenisierungszwängen verbunden. Immer wieder gerieten die Muslime zwischen die Definitionsfronten und sahen sich mit Entweder-Oder-Entscheidungen konfrontiert: Entweder blieben sie ihrem Glauben treu, dann galten sie ihrer Umgebung als nicht heimatberechtigte „Eindringlinge“ oder als „Verräter“. Oder sie bekannten sich zu einer gemeinsamen Herkunft mit ihren christlichen Nachbarn und mussten sich wegen ihrer „falschen“ Religion rechtfertigen bzw. diese aufgeben.

Wie gingen die Betroffenen mit dieser Herausforderung um? Welche Rolle spielte der Staat bei der Auflösung oder Konstruktion muslimischer Identitäten?

Auf der Grundlage von Feldforschungen sowie historischer Quellen und Fachliteratur soll in einer fächerübergreifenden (ethnologisch-soziologisch-historischen) Perspektive parallel zu der identitätsstiftenden Bedeutung des Islam für das Selbstverständnis der genannten muslimischen Gruppen auch ihr wechselhaftes (teils friedfertiges, teils konfliktgeladenes) Verhältnis zu den Nachbarnationen untersucht werden.

Dr. Jordanka Telbizova-Sack ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Arbeitsbereichs Geschichte und Kultur am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Literatur

- Beals, Ralph L./Hojjer, Harry: An Introduction to Anthropology. 3. Aufl. New York 1965.
- Braude, Benjamin: Foundation Myths of the Millet System, in: B. Benjamin/ B. Lewis (eds.): Christians and Jews in the Ottoman Empire, Vol. 1, New York 1982.
- Brunnbauer, Ulf: Histories and Identities: Nation-state and Minority Discourses. The Case of the Bulgarian Pomaks, in: In and Out 1 /1998.
- De Jong, Frederick: Die mystischen Bruderschaften und der Volksislam, in: Der Islam in der Gegenwart, W. Ende/ U. Steinbach (Hg.), München 1996, S. 646–663.
- Dzaja, Srecko M.: Konfessionalität und Nationalität Bosniens und der Herzegowina. Voremanzipatorische Phase 1463–1804. München 1984.
- Fraenkel, Eran: Turning a Donkey into a Horse: Paradox and Conflict in the Identity of Makedonci muslimani, in: Balkan Forum 3, Vol. 4, 1995, S. 153–163.
- Höpken, Wolfgang: Konfession, territoriale Identität und nationales Bewusstsein: Die Muslime in Bosnien zwischen österreichisch-ungarischer Herrschaft und Zweitem Weltkrieg (1878–1941), in: E. Schmidt-Hartmann (Hg.): Formen des nationalen Bewusstseins im Lichte zeitgenössischer Nationalismustheorien. München 1994, S. 233–253.
- Konstantinov, Yulian: Strategies for Sustaining a Vulnerable Identity: The Case of the Bulgarian Pomaks, in: H. Poulton, S. Taji-Farouki (eds.): Muslim Identity and the Balkan State. London: 1997, S. 33–53.
- Kissling, Hans J.: Zum islamischen Heiligenwesen auf dem Balkan, vorab im thrakischen Raume, in: H. J. Kissling: Das Derwischtum, München 1986, S. 278–292.
- Telbizova, J.: Dogma, Brauch, Frömmigkeit – synkretistische Züge des „balkanischen“ Islam, in: Ethnologia Balkanica. Journal for Southeast European Anthropology 4 (2000), S. 19–37.

FRANK BOENKER/KLAUS MUELLER/
ANDREAS PICKEL (eds.)

Post-Communist Transformations and the Social Sciences. Cross-Disciplinary Perspectives

Rowman & Littlefield, New York 2001

KLAUS MÜLLER

Totalitarismus, Modernisierung und Transformation

Erscheint im Sommer 2002

Opladen: Leske + Budrich Verlag

Studienreise nach Kroatien, Bosnien und Herzegowina

Von Ivan Brèia und Franziska Müller, Berlin

Im Sommersemester 2001 fand unter der Leitung von Carl Bethke, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Osteuropa-Institut der FU Berlin, ein Seminar zum Thema „Der Krieg gegen Bosnien und Herzegowina“ statt. Auf Anregung von Herrn Bethke entstand die Idee, anschließend die Region zu besuchen. Gemeinsam mit dem Seminar für deutsches, kroatisches und europäisches Recht (Zentrum Split/Berlin) unter der Leitung von Prof. Dr. Herwig Roggemann fand dann die Exkursion zum Thema „Postjugoslawische Friedensordnung und EU-Annäherung – rechtliche, politische und historische Aspekte“ vom 2.9. – 16.9.2001 statt.

Split und Me•ugorje

Ausgangspunkt unserer Reise war die dalmatinische Hafenstadt Split. Die 1700 Jahre alte Stadt blickt auf eine lange Geschichte zurück. Aus dem Diokletianspalast, der dem römischen Christenverfolger und Reorganisatoren Diokletian als letzter Ruhesitz diente, entwickelte sich durch die Jahrhunderte die Stadt Split. Die Stadt steht heute vor enormen Transformationsproblemen. Der Krieg, seine Folgen und die verfehlte Nachkriegspolitik der damaligen HDZ-Regierung unter Tu•man wirkten sich negativ auf die Privatisierungsstrategie aus. Mit der Dezentralisierung Kroatiens nach den Wahlen im Jahr 2000 hat die Region nun Autonomie erhalten. Beim Empfang bei Prof. Dr. Lukšia, dem Präsidenten des Regierungsbezirks, informierte uns dieser über die Lage der Region. Lukšia, der dem Kroatischen Block, einer Mitte-Rechts-Koalitionspartei angehört, macht die neue Regierung unter Ivica Raëan für die marode Wirtschaftslage und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit verantwortlich. Die riesigen Fabriken aus der sozialistischen Zeit gehen in Konkurs. Die Frage, ob solche Betriebe auf dem neuen Arbeitsmarkt überhaupt noch rentabel sind, lässt der Präsident außer Acht. Wie andere Transformationsländer und ihre Regionen, so kämpft auch Dalmatien um mehr ausländische Investitionen. Hauptaufgabe der Mitte-Rechts-Koalition sei die Verhinderung der Schaffung eines dritten Jugoslawiens. Nach Aussage von Lukšia hätten die „Kolonialmächte des ersten und zweiten Weltkrieges“ eine große Rolle in der Region gespielt und das kroatische Volk zum Spielball fremder Mächte gemacht. Kroatien sei ein mitteleuropäisches und mediterranes Land und dürfe auf keinen Fall einer westbalkanischen Union angehören. Das Land solle auch nicht zu schnell der Europäischen Union beitreten, sondern sich nach dem Vorbild der Skandinavier langsam auf den Beitritt vorbereiten.

Die Privatisierung von Medienunternehmen geht schleichend voran. Ein Beispiel der verfehlten Privatisierung stellt das Zeitungshaus *Slobodna Dalmacija* dar. Das Haus ist Anfang der 90er Jahre in die Schlagzeilen geraten. Seit 1993 ist es quasi privatisiert, doch halten der Staat und staatlich dominierte Betriebe 70 % der Anteile. Heute steht

das Haus vor der endgültigen Privatisierung. Kovaëia, der Präsident der Direktion, der nach dem politischen Wandel von der Geschäftsführung eingesetzt wurde, um das neue Programm durchzuführen, meint, dass der Staat an einer solchen Privatisierung interessiert sei, um die Schulden von über 23 Mio. DM zu tilgen. Ihre weit reichende Tradition als unparteiisches, kritisches und liberales Blatt wolle die Zeitung wieder zurückgewinnen. Auch seien die „hate speeches“ und die Hetzkampagnen endgültig aus der Zeitung verbannt. Nach einem Jahrzehnt der Verwirrung und der nationalistischen Tendenzen im kroatischen Journalismus bleibe zu hoffen, so die Redaktion, dass die Restrukturierung des Hauses erfolgreich ablaufen werde.

Den ersten Tag unserer Exkursion in Bosnien und Herzegowina (weiter BuH) verbrachten wir in den beiden wichtigsten religiösen Zentren der katholisch-kroatischen Bevölkerung in der westlichen Herzegowina, Me•ugorje und Široki Brijeg. Dieser westliche Teil der Herzegowina ist innerhalb des multiethnischen Staates nahezu gänzlich katholisch-kroatisch besiedelt. Die großkroatische Politik Tu•mans und seine HDZ zielte während des Krieges und auch heute noch auf die Angliederung der Herzegowina an Kroatien. Eine große Anzahl von Franziskanern der Provinz unterstützten in der Öffentlichkeit und auch in den Gottesdiensten deutlich diese Politik. Me•ugorje gehört heute zu den bekanntesten Marienwallfahrtsorten weltweit. Doch seine Diözese ist keine ruhige Gegend. Der Konflikt zwischen den Weltpriestern und den Franziskanern geht bis ins 14. Jh. zurück. Dabei geht es um die Kontrolle über die vielen Pfarreien. Me•ugorje wird von den Franziskanern verwaltet, welche jedoch dem Bischof von Mostar den Treueid verweigern. Široki Brijeg ist das zentrale Kloster der Herzegowina. Im 19. Jahrhundert unter osmanischer Herrschaft erbaut, wurde es im Zweiten Weltkrieg von den Partisanen teilweise zerstört. Dabei sind 23 Franziskaner ums Leben gekommen. Nach dem Krieg entwickelte sich ein steigender Antagonismus zwischen den Franziskanern und der Kommunistischen Partei. Die Franziskaner wiesen uns auf die historische Verbundenheit zwischen ihrem Orden und der katholischen Bevölkerung hin. Denn die Rolle der Religion sei besonders in BuH bei der Bildung von ethnischer, später dann auch nationaler Zugehörigkeit von Bedeutung. Der Komplex von Široki Brijeg umfasst neben dem Kloster auch ein Gymnasium sowie eine Kunstakademie. Die Region sei als Bildungszentrum für die bosnischen Kroaten von enormer Bedeutung. Die Franziskaner selbst verstehen sich als Bewahrer und Pfleger der katholisch-kroatischen Identität.

Mostar

Weiter ging die Exkursion nach Mostar. Die Stadt war vom Krieg stark betroffen, und die Spuren sind noch deutlich zu sehen. Seit dem Krieg ist Mostar in einen kroatischen

und einen muslimischen Teil gespalten. Wir besuchten die Universität, welche nur ein Beispiel für die Trennung der Stadt ist. Nach Aussagen des Rektors befindet sich im westlichen Teil die einzige kroatische Universität in Bosnien, die aber dennoch offen für Studenten und Professoren anderer Nationalitäten ist. Es wird jedoch großer Wert darauf gelegt, dass man eine eigene kroatische Uni besitzt, in der in kroatischer Sprache unterrichtet wird. Eine mögliche Vereinigung mit dem Ostteil der Universität wird als Bedrohung der kroatischen Identität angesehen. Kooperation gäbe es schon, aber an eine Zusammenlegung sei nicht zu denken.

An der juristischen Fakultät entstand eine Diskussionsrunde über das Dayton-Abkommen. Ein Professor bezeichnete das Abkommen als „hybriden Bastard“. Zwar habe das Abkommen, das 1995 von allen Kriegsparteien unterzeichnet wurde, den blutigen Krieg beendet, jedoch bietet es aus der Sicht unserer Gesprächspartner keine Lösungen für die Zukunft eines gemeinsamen bosnischen Staates. Deswegen fordern sie eine Revision des Abkommens. Weiterhin bemängeln sie, dass alle Entscheidungen des Verwaltungsgerichts vom OHR (Office of the High Representative) abhängen. Unsere Gesprächspartner wünschen sich die Umwandlung BuH's in eine Föderation von drei gleichberechtigten Entitäten. Doch das Agreement sieht nur zwei, die Republika Srpska (weiter RS) und die Föderation, vor. Die Serben hätten einen „Staat im Staate“ bekommen, von dem sie auch nicht abrücken wollen.

Sarajevo, Jajce, Banja Luka

Die Weiterfahrt führte uns durch die Berge Bosniens nach Sarajevo. Dort hatten wir einen Empfang bei Herrn Spahić, dem Stellvertreter des Rais-ul-ulema, dem höchsten Würdenträger der islamischen Gemeinde BuH's. Dieser stellte uns seine Sicht der Verhältnisse dar. Durch die schlechte wirtschaftliche Situation in Bosnien wandern viele junge Leute ins Ausland aus. Lukrative Aufträge würden von Vertretern der internationalen Gemeinschaft an ausländische Unternehmen vergeben und nicht im Inland ausgeführt, wie z.B. das Drucken von Wahlzetteln oder Personaldokumenten. Die islamische Gemeinde sei unabhängig vom Staat und von anderen islamischen Staaten. Die Finanzierung erfolge über Privatspenden. Ausländische Geldgeber, überwiegend aus islamischen Ländern, seien vor allem an sichtbaren Zeichen ihrer Spenden interessiert, wie zum Beispiel dem Bau großer Moscheen. Herr Spahić steht dieser Entwicklung kritisch gegenüber, da er diese Gelder lieber in Industrieanlagen investiert sähe. „Investition in den Menschen, nicht in die Moscheen“ so sein Motto für die Zukunft Bosniens. Den Dayton-Vertrag bezeichnete er als „notwendiges Übel“, da er einerseits den Krieg beendet, andererseits jedoch den Aggressor belohnt habe. Weiterhin besuchten wir das OHR, die „Oberste Instanz“ des Bosnischen Staates. Diese Mammutorganisation von über 700 internationalen und nationalen Mitarbeitern in über 600 Regionalbüros verfolgt die Strategie „mehr Peitsche als Zuckerbrot“. Nach dem Annex 10 des Dayton-Abkom-

mens wird das Protektorat Bosnien und Herzgowina vom OHR verwaltet. Eine der Hauptaufgaben bestehe darin, die Gemeinden und Kantone zu überzeugen, staatliche Gewalt an das Zentrum abzugeben. Weitere Prioritäten seien: Flüchtlingsrückführung, Institutionenbildung, ökonomische Entwicklung und Einhaltung der Gesetze. Bisherige Erfolge seien die Absetzung von Reformgegnern und die Errichtung eines gemeinsamen staatlichen Grenzschutzes. Das Dayton-Abkommen wird von den Mitarbeitern des OHR als eine Plattform gesehen, welche reform- und ausbaufähig sei.

Wir besuchten außerdem das Bosniakische Institut, welches erst im Mai 2001 eröffnet wurde. Das Institut ist sehr modern und wurde vom Bosnier Vakuf-Adil Zulfikarpašić gegründet. Dieser sammelte und untersuchte Hinterlassenschaften aus der bosnischen Vergangenheit und befasste sich Jahrzehnte lang mit dem bosnischen Erbe. Das Institut untersucht die Geschichte von bosnischen Kroaten und Serben und muslimischen Bosniern auf der Balkanhalbinsel und in Europa. Aufgabe ist die Förderung kultureller, geschichtlicher und wissenschaftlich-künstlerischer Aktivitäten sowohl der Bosniaken als auch von Völkern, die mit den Bosniaken zusammengeliebt haben. Weiter auf dem Programm standen in Sarajevo eine ausführliche Führung durch die nach dem Krieg modernisierte islamische Universität und ein Gespräch mit Mato Tadić, ehemaliger Justizminister von BuH und Ombudsmann der Kammer für Menschenrechte in Bosnien, der uns über die Flüchtlingsrückkehr erzählte und mit dem wir lebhaft diskutierten. Weiter ging es in die zentralbosnische Stadt Zenica. Dort wurden wir von Alexander Rothert, ehemaliger Mitarbeiter der OSZE und jetzt OHR, begrüßt. Er gab uns einen Überblick über die aktuelle Situation in der Region. Während und nach dem Krieg hätten nationalistische Parteien das Land wirtschaftlich ausgeplündert. Die Privatisierung gäbe nur zu wenig Hoffnung auf Besserung Anlass. Hohe Arbeitslosigkeit in der ehemaligen Industrieregion Zenica gäbe nur zu wenig Hoffnung auf Besserung Anlass. Nur langsam verlieren nationalistische Parteien an Macht und bilden sich alternative Parteien. Die Aufgabe von Herrn Rothert besteht in Demokratisierungsarbeit. Seminare und Training sollen Hilfe beim Wiederaufbau leisten. Ein Beispiel: In der Gemeinde •epë sind die Kantone administratorisch zwischen Kroaten und Moslems aufgeteilt. Das OHR versucht, in Zusammenarbeit mit der OSZE, solche parallelen Strukturen aufzulösen und Integration zu fördern.

Auf unserer Weiterreise in die Republica Srpska hielten wir in der mittelbosnischen Stadt Jajce. Diese Stadt ist von historischer Bedeutung, da hier 1943 das zweite Jugoslawien ausgerufen wurde. In Banja Luka trafen wir den dortigen katholischen Bischof Franjo Komarica, der uns berichtete, dass die Situation der katholischen Kirche in der RS besonders schwer sei. In seiner Rede kritisierte er das Verhalten der internationalen Gemeinschaft während des Krieges und auch heute noch. Mehr Glaubwürdigkeit und Entschlossenheit wüßte er sich von den Politikern. Sich selbst sieht er als Vertreter der Entrechteten, nicht ausschließlich als Vertreter der Katholiken. Über 220 000 ka-

tholische Kroaten sowie Moslems wurden während des Krieges aus der heutigen RS vertrieben, nur 4000 kehrten zurück. Bei unserem Aufenthalt in Travnik besuchten wir neben einem Natur- und Völkerkundemuseum und der mittelalterlichen Festung das Geburtshaus des Nobelpreisträgers Ivo Andrija.

Das Land, welches in den letzten Jahren ständig in der Weltpresse präsent war, verließen wir mit gemischten Gefühlen und neuen Eindrücken und fuhren zurück nach Split.

Schatten der Vergangenheit

An der juristischen Fakultät fand der zweite Teil unserer Seminarexkursion statt. Prof. Demandt von der FU Berlin leitete mit dem Titel „Diokletian in der Geschichte Dalmatiens“ das Seminar ein. Es folgten Beiträge über die internationalen Strafgerichtshöfe von Nürnberg und Tokio bis zu dem heutigen ITCY-Tribunal in Den Haag. In der Diskussion wurden verschiedene Fragen vertieft, so die Perspektive eines Weltgerichts, das Verhältnis von Recht zu Politik und insbesondere auch die Frage, ob das in der kroatischen Öffentlichkeit vorzufindende Bild der „ungerechten“ Verteilung der Tätigkeit des ITCY durch Fakten zu belegen ist.

Am Ende unserer Exkursion nahmen wir an der deutsch-kroatischen Juristen-Fachtagung unter der Schirmherrschaft des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kroatien, Dr. Weiss, in der Wirtschaftskammer in Split teil.

Abschließend lässt sich sagen, dass unsere Bemühungen, eine klare Vorstellung von der postjugoslawischen Realität zu entwickeln, uns oft mit dem Krieg der 90er Jahre konfrontierten; das Erbe der sozialistischen Zeit und die Narben des jüngsten Krieges sind noch überall präsent. Die nationalen und internationalen Initiativen zur politischen und gesellschaftlichen Erneuerung entwickeln sich sehr schleppend. Unter den Menschen, besonders unter den Jüngeren, trafen wir jedoch auch immer wieder auf Optimismus.

Ivan Brèia studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut und Neuere Geschichte an der FU Berlin.

Franziska Müller studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin und Kulturwissenschaften an der HU Berlin.

Von Berlin nach Kaliningrad

Von Susanne Nies, Agata Organista, Berlin

Anfang Februar besuchte Susanne Nies mit ihren Studenten das Kaliningrader Gebiet. In Zusammenarbeit mit der Euro-Fakultät fanden zwei Seminare zu EU- und NATO-Osterweiterung statt, an der Kaliningrader Spezialisten und Politiker wie Vera Zobotkina, Silvia Gourova, Alexander Salenko, Stephan Stein, Sergej Henke, Vladimir Bagalin und Boris Scheremetjew teilnahmen. Die fünfundzwanzigköpfige Gruppe besichtigte den Oblast, die Stadt und die Küstenregion und kehrte voller Eindrücke und perationsvorhaben mit der Enklave nach Berlin zurück.

Im folgenden seien die Eindrücke zusammengefasst. Die vollständigen Berichte von Agata Organista und Susanne Nies sind über die Homepage des Osteuropa-Instituts der FU Berlin, <http://www.oei.fu-berlin.de>, zu beziehen.

Von Grenzen und Bildern, Mamonovo Anfang Februar 2002

Der Zug aus Czew steht an der kleinen russischen Station. Zehn Grenzer sind zuständig für den einzigen Zug, der hier pro Tag die polnisch-russische Grenze überquert. Nach einem ersten Umsteigen in Polen haben wir nun einen der dreiundzwanzig Grenzübergänge des Kaliningrader Gebiets passiert und stellen uns die bange Frage, ob wir das Visum, von dessen Existenz außerhalb Kaliningrads niemand etwas wusste, wirklich bekommen werden: Ein kostenloses Visum für Studienreisegruppen an der Grenze. Es funk-

tioniert. Ein Grenzer hält die Liste mit dem Stempel der Vertretung des russischen Außenministeriums in den Händen. Ich besitze die Kopie. Aufatmen. Ein unvorhergesehenes Problem wird auch rasch in der Grenzstation behoben. Eine Studentin wurde auf der Liste vergessen: Ein Anruf in Kaliningrad in der Außenstelle des MID, einer bei der Partner-Universität, ein nettes Gespräch mit den Grenzern – und zwei Stunden später ist auch dieses Visum erstellt und die Gruppe wieder vollständig. Enklaven. Hier gehen die Uhren anders. Mehrere sich blockierende, aber auch Freiräume schaffende Governance-Strukturen koexistieren. Königsberg/Kaliningrad ist nun schon zum zweiten Mal Enklave: erst des Deutschen Reiches, nun Russlands, und dazwischen war es militärisches Sperrgebiet. Seit dem Versailler Vertrag befindet sich das Gebiet damit im Ausnahmezustand. Ein Thema, das Studenten der Politikwissenschaften und Osteuropa-Studien interessieren muss!

Von ersten und zweiten Eindrücken

Wir fahren weiter und laufen in den Südbahnhof Kaliningrads ein. Plattenbauten links und rechts, und nicht einmal der Reiseführer konnte uns auf diesen zivilisatorischen Schock angemessen vorbereiten.

Kaliningrad ist eine Stadt, die sich nur allmählich erschließt. Nach drei Tagen treten die Eindrücke der ersten Stunde

zurück und geben den Blick frei auf den Reichtum an Widersprüchen, die diesen Ort mehr als alles andere bestimmen. Das untergegangene Königsberg bricht immer wieder durch den Asphalt des siegreichen Kaliningrad.

Multi-Kulti á la russe im Enklaven-Mikrokosmos

Der Enklaven-Mikro-Kosmos Kaliningrad spiegelt die ethnische Zusammensetzung der Russischen Föderation wider. Fragen wir unsere Gesprächspartner nach ihrer Herkunft, so antwortet man uns Tschetschenien, Ural, Tadjikistan, Wolga – kurz: Alle Varianten sind möglich, dazu immer irgendwie mit dem Militär verbunden. Deutsche aus der Vorkriegszeit gibt es kaum noch. Die Ausnahmen sind stets deutsche Frauen, die in den 40er Jahren einen Sowjetbürger geheiratet haben. Seit den 90er Jahren fand ein verstärkter Zuzug von Russlanddeutschen statt, die von bundesdeutscher Seite über diverse Programme des BMI und der GTZ gefördert werden. Zentraler Anlaufpunkt ist dabei das von Sergej Henke geleitete Deutsch-Russische Haus.

Themen und Tabus

Thematisiert und tabuisiert wird von den Kaliningrädern die Frage nach der Zukunft, ihrer persönlichen Zukunft, ihrem ökonomischen Wohlergehen, das untrennbar mit dem künftigen Status der Enklave in einem um die Nachbarländer erweiterten Europa von EU und NATO verbunden ist. Die grosse Frage dominiert: Was wird aus Kaliningrad ?

Das Verhältnis zur Geschichte und zu den Deutschen erscheint oftmals als Funktion dieser großen und zentralen Frage. Werden die Deutschen das Gebiet erneut dominieren? Hat Chévènement nicht recht, wenn er vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation spricht und damit die Dominanz der Berliner Republik meint? Die Bandbreite der Meinungen ist frappierend und spiegelt die Debatten und Widersprüche allerorts: vom Wortführer der Baltischen Republikanischen Partei Sergej Pasko, der die Unabhängigkeit und Umbenennung in Baltijskaja Respublika fordert, zum Kommandeur der Baltischen Flotte, Vladimir Valujev, oder der Auffassung Alexej Mitrofanovs (Liberal-Demokratische Partei Russlands), derzufolge Kaliningrad zu einer entmilitarisierten und visa-freien Zone á la Hongkong werden solle.

„Herr Henke, wohnen Sie eigentlich in Königsberg oder Kaliningrad?“

(Frage eines deutschen Journalisten an den Leiter des Deutsch-Russischen Hauses in Kaliningrad.)

Geschichte als Wiedergänger

Wir waren beeindruckt, dass eigentlich alle Kaliningrader zumindest drei deutsche Ausdrücke beherrschen. Elemente der ostpreußischen Geschichte, der eigenen Geschichte und der Erfahrungen im Kaliningrader Gebiet werden zu

einer spezifischen individuellen Vergangenheit zusammengefügt. Wir stießen aber gerade bei jungen Menschen wiederholt auf eine Grenze in der Auseinandersetzung mit den Deutschen: Solange das Deutsche Teil des Eigenen ist, ist es akzeptabel. Erstaunt waren wir auch über die Verwendung des Begriffs Europa: Wir und Europa, als gehöre man nicht dazu, Europa als EU-ropa. Die Kenntnisse über dieses Europa sind dabei, wie überall in Russland, gering: Ähnlich wie für die Amerikaner existiert die Europäische Union nicht wirklich. Man sieht stattdessen Länder und deren Strategien. Hier besteht ein wichtiger politikwissenschaftlicher Handlungsbedarf, der sich in Studienprogrammen umsetzen ließe.

Die Abwesenheit Frankreichs wird bedauert, da es gleichzeitig durch Napoleon rätselhaft präsent ist. Man würde gerne das Französische erlernen, aber Möglichkeiten gibt es dazu bisher nicht.

Wie soll das heißen, wo wir leben? Die Debatte um den Namen der Stadt

Der sowjetische Politiker Kalinin, Herausgeber der „Prawda“, Vertrauter Lenins, nominelles Staatsoberhaupt der Sowjetunion von 1919–46, hat Kaliningrad bekanntlich nie betreten: Die groteske Koinzidenz seines Todes und der sowjetischen Inbesitznahme der von Amerikanern, Engländern, Deutschen und Sowjets zerstörten Stadt liessen ihm posthum diese Ehre zuteil werden.

Die Debatte um die Umbenennung der Stadt kann man zu den heißen Themen zählen – eine unmittelbare Umbenennung steht deshalb nicht bevor. In Frage kämen die Namen: Baltijskaja Respublika – favorisiert von dem Separatisten Pasko, der im Herbst eine Volksabstimmung zum Thema anregt, und natürlich Königsberg. Würde der alte Name nicht mit einer Rückkehr der Deutschen in Verbindung gebracht werden können, so könnte man ihn ebenso pragmatisch wiedereinführen, wie St. Petersburg für Leningrad oder Chemnitz für Karl-Marx-Stadt. Doch das Problem ist vielschichtiger, die Ängste größer – und so lässt man es einstweilen. Ganz abgesehen davon, dass Königsberg untergegangen ist in den Flammen des II. Weltkrieges.

Sicher auf Kaliningrader Strassen

Schenkt man den aktuellen Berichten aus der Enklave Beachtung, so begibt man sich geradewegs in ein kriminelles Wespennest. Schmuggel mit Bernstein, Frauen, Kindern und allem, was nicht niet- und nagelfest ist, scheint an der Tagesordnung. Umso frappierender ist dann der Kontrast, den man aber insgesamt aus Russland kennt: Unbekümmert kann man sich nachts allein auf den schwach beleuchteten Strassen bewegen. Die Oma, der Tourist oder der Student sind weniger Opfer von Raubüberfällen auf der Strasse, als wir es etwa aus Paris oder London, und sozialen Brennpunkten in europäischen Städten gewohnt sind. Man könnte daraus voreilig den Schluss ziehen, hier

gäbe es keine Kriminalität. Falsch! Reisende können sich selbst von dem kleinen Grenzschmuggel mit Zigaretten und Wodka ein Bild machen, vor allem aber davon, dass die Beamten selbst Teil des Problems sind. So schnallten sich die Grenzer und das Zugpersonal vor unseren Augen Zigaretten um den Bauch und versteckten sie wenig sorgfältig unter einem Pullover. Daraus allerdings den Schluss zu ziehen, dass man in Kaliningrad seines Lebens nicht sicher ist, wäre ein grober Fehler: Kriminalität findet in der Regel zwischen Kriminellen statt ... in der Regel!

Die Zukunft der Enklave:

Welcher Sonderstatus soll es denn sein?

Die Diskussion um die Zukunft der Enklave nimmt sowohl innerhalb als auch außerhalb Kaliningrads einen wichtigen Raum ein. Auf den Tagesordnungen des Baltischen Rates fehlt das Thema heute ebenso wenig, wie auf dem EU-Russlandgipfel am 28. Mai 2002, bei der Tagung des Komitees über zivile Dimensionen der Sicherheit der Nato-Parlamentsversammlung, die sogar im März 2002 in Kaliningrad abgehalten werden wird.

In der Enklave selbst wird vor allem der Mangel an zuverlässigen Informationen deutlich. Dieser Umstand öffnet Spekulationen Tür und Tor: Ob es der Tausch Kaliningrads gegen russische Schulden bei Deutschland ist oder die Zementierung der Isolation, allein schon durch unbezahlbare Fahrkarten nach Russland – die Ungewissheit ist groß. Lindelle D. Fairlie von der San Diego University, USA, hat gemeinsam mit Perti Joenniemi in einer Studie des Kopenhagener Friedensforschungsinstituts COPRI drei Optionen für Kaliningrad herausgearbeitet: Integration,

Indifferenz oder Isolation. Letztere Variante wäre dabei eindeutig die für Kaliningrad schlechteste.

Diese Varianten werden gegenwärtig in allen internationalen Organisationen diskutiert.

Die Universität. Anknüpfungspunkte und Kooperationsmöglichkeiten

Während des Aufenthalts sprachen wir mit verschiedenen Einrichtungen und Mitarbeitern der Universität, nicht zuletzt hinsichtlich möglicher Formen der Zusammenarbeit zwischen der FU Berlin und der Kaliningrader Universität.

Mit Vera Zobotkina, der Vize-Rektorin für Außenangelegenheiten der KGU sprachen wir über Sprachkurseprogramme, Sommeruniversitäten, und Studentenaustausch. Schon zum Herbst werden Russischkurse in Kaliningrad angeboten werden (Informationen über die Praktikumsbörse und die OEI-Homepage).

Mit der Euro-Fakultät ist ein Gegenbesuch russischer Studenten in Berlin geplant, ein entsprechender Antrag wird zur Zeit an den DAAD gestellt.

Die Studierenden der Freien Universität Berlin kehrten zurück voller Eindrücke und dem Wunsch, künftig, sei es durch Diplomarbeiten, Studienaufenthalte oder private Kontakte, mit den neugewonnenen Freunden und dem interessanten Kaliningrader Gebiet, das so eindeutig Teil Europas ist, in Kontakt zu bleiben!

Dr. Susanne Nies ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Politik des Osteuropa-Instituts.

Agata Organista studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU-Berlin.

ISA: International Relations or Comparative Politics?

Reflections on the 43rd Annual ISA Convention in New Orleans, LA, March 24–27, 2002

Von Klaus Segbers, Berlin

The ISA Congress this spring, colourful, fragmented, and „big“ as usual, was devoted to one question: Are international relations and comparative politics, usually dealt with in distinct textbooks, really independent realms of study? Do these two sub-disciplines represent distinct areas of politics – and/or of political science? Or are the traditional boundaries between IR and CP blurring and evaporating?

This question is of importance to more than just these two groups of researchers. To separate the discipline political science into clusters of sub-disciplines such as the history of the international system, (state-related) theories of governance, comparative interdisciplinary studies, and IR has indeed been useful for creating curricula and has been helpful to students. Such segmentation implies a neatly divided political science landscape which, however, in fact

imposes artificial limitations on social interactions and relations.

The previous segmentations appeared to make sense at least as long as there was a clear distinction between things „domestic“ and things „foreign“ (kept apart by fixed borders demarcating territories and sovereign states). Nowadays, i.e. in our globalized day and age, however undetermined this concept may be, the neatness of former analytical and theoretical categories becomes highly questionable.

The differences between states which dominate the political scene in certain areas, normal OECD states whose competences are increasingly being eroded by governance bodies both at a supra- and sub-national level, and failing as well as failed states cannot be bridged by insisting on domestic factors that can be compared across borders and

on an international realm where entities can be observed, measured, and compared as units of an international anarchic system.

The fragmentation of the once core unit state combined with a missing inter- or transnational polity and effective governance structures generates increasing problems with respect to model building, in particular due to uncertainties about the relevant levels of analysis (Beth Simmons, University of California, Berkeley). This was, by the way, a phenomenon regional specialists for Eastern Europe could (or perhaps should have) observe/d earlier: Eastern Europe in general and the former USSR in particular are prime and early examples of patchwork-like places.

Simmons explained in one of the more illuminating roundtables that the OECD macro region is internally too homogeneous to warrant comparison between its units, while a meaningful international dimension for this region is missing. Today, simply too many variables are in place. A move by a dominant actor (e.g. the U.S.A.) has the potential to change the calculus of other (state and non-state) actors. The shift in capabilities between states (and other actors) calls forth changes in the correlation of forces and with it new (regional) equilibriums. Simmons suggests that these as well as many other factors invite methodological pluralism in research agendas.

The multiple and intertwined levels of analysis and the multitude of relevant actors exacerbates the general problem of reciprocal causation. Modelling thus becomes more challenging (Ronald Rogowski, University of California, LA).

While there was some consensus on the analytical and methodological difficulties, there was not much of a solution – yet. „The tools in our toolbox for the full integration of domestic and international politics are too crude“, summarized Jeffrey Frieden (Harvard University). To meticulously address the interplay between the domestic and foreign/ international spheres, and to systematically think through the equilibria of the relations between those spheres proves to be „too difficult“. Is there any way out? Frieden offers to follow the roads well known: to research the domestic impact on international factors, and vice versa. He also suggests proceeding from the assumption of state utility – „it is useful to assume that it is an independent entity having an impact“. He admits that the real division may be between the private and public domain, and modestly comes up with the hint that „we should go for partial, not general equilibriums“. Simmons assisted by reasonably proposing to go and look for criteria for „questions we can bite off and digest“. Let's go.

Another roundtable offered insight into this question from some of the giants of the IR-discipline, among them John Mearsheimer (University of Chicago) and Joseph Nye (Harvard University). Mearsheimer – who provoked one of the most furious discussions after the exitus of the Cold War by suggesting, in opposition to Francis Fukuyama

and others, that disorder and violence would continue to dominate the globe – declared that there would no longer be any boundaries between CP and IR. At the same time, he made some compliments regarding the value of area studies – they are, so to say, increasingly theory-oriented, while IR is becoming more open for case studies.

These niceties were balanced by Nye's remarks which lauded area studies for their ability to offer IR people „a feeling, a context for something you can't get by theories“; according to him they gave one „a sense of where to go“. At the same time, area studies' people were not helpful in the construction of grand designs. One could deconstruct this statement as follows: „While the grown-ups do the designs and theories, the area people have a small playground for themselves and sometimes are helpful for providing feelings and contexts.“ Now who is feeling offended?

Some of the panels were encouraging, such as those addressing concrete questions like transborder flows (U.S.A. – Mexico), organized crime and its mechanisms – including state structures (Courtesian) cooperating with trans-national criminal organizations – , new learning tools and methods for IR etc.

What else? Too many panels, roundtables to attend, too many papers to register or to collect, too many impressions. No general denominator. Still, the experience was useful. New Orleans has the Mississippi and boats, Jazz Clubs and Creole and Cajun food, the Garden District and much more – so, it was worth the trip. Including an ISA meeting searching for objects, theories, and methods.

Klaus Segbers ist Professor für Politikwissenschaft am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

LARS BANZHAF

**Außenbeziehungen russischer Regionen:
Regimes am Beispiel
von sechs russischen Regionen**

*Arbeitspapiere des AB Politik und Gesellschaft
des Osteuropa-Instituts, Heft 37, 2002*

Arbeitspapiere on-line:
<http://userpage.fu-berlin.de/~segbers/wp/wp.htm>

A Place like Minsk

Von Sovieticus

Belarus' is certainly not a place ranking high on the travelling list – not for businessmen, not for politicians, and certainly not for tourists. It is, yes, at the heart of Europe. It was, and remains, part of the USSR. It has a president who has a tendency to think that he can build a prosperous community going it all alone, ignoring world-wide integration and globalization. Because he cannot be absolutely sure if most of his compatriots share his visions, he sometimes assists them in making the right decisions for their own best. He, Mr. Lukashenko, a sports aficionado and shaper of state and social affairs of sorts, knows what is best.

In a way, the president displays a split program. He certainly wants to remain president as there is no one to match him and his capabilities, neither in his regime nor in the fragmented opposition. At the same time, he makes moves toward Russia and blames her for not readily accepting his suggestions for creating a united state. This is certainly a contradiction, yet most of the few people observing Belorussian matters tend to ignore this.

To be frank, the current state of affairs – be it in terms of the economy, integration, and participation – is rather deplorable. To be frank again, it is hard to explain in Western countries why, given this morass, anyone in the rest of the world should care. Still, there is a reason.

First, some Western companies, like Siemens, bother to be present there and to invest. The local representative, educated for five years at Odessa State University in the 80s, explains that it is possible to make money – given one knows how to operate in this environment. He knows how. His problem seems to be related more to convincing his management in Germany – against all common stereotypes – that it does pay to be there, than it is to convince Minsk authorities to agree to bargaining terms for doing business. Also, there is a stratum of managers ready to understand and execute mechanisms like corporate governance.

A second reason is the young people. In their majority, they seem to be open-minded and well educated. They know what is happening in the world at large. They are interested in travelling, in being educated and in operating in a Europe with permeating borders. This cannot be ignored. In this context, the existence of the European Humanities University is an asset. The rector, Academician Prof. Mikhailov, tries to steer a difficult course in a terrain where roadmaps often are missing. His is the only non-state university in this country. There also is a French and a German center, the latter going through a difficult time after its first director, Michael Staack, left his post to become professor in Munich.

Another development relevant to (some of the) young people is related to the unclear future of the OSCE mission. After the departure of the retiring head of the mission, Hans-Georg Wieck, last December, the successor still hasn't received authorization from the Minsk *vlasti*. Insiders suggest that Lukashenko is determined to exploit this situation in order to get rid of the mission altogether ... finally. This may be true or not, in any case the issue at hand is a stumbling block to some important projects. One of them is the CETAS program, created by Mikhailov and Wieck some 18 months ago as a masters program for international relations. This program started about a year ago, with some 15 students.

I had the pleasure to give a course there recently. Rarely have I experienced students so motivated and open-minded as those Minsk kids. Most of them female, they were flexible, well prepared, active, and constructive. After spending many hours with them, I was convinced more than before that in some five to seven years, this country will be there – in an integrated Europe with lots of problems, but not isolated anymore.

Some of these kids will attend FUB's summer school this July/August (FUBIS). This is an important contribution of Free University – more of a value in perspective than some of the formal cooperation agreements with State Universities.

So with these young people, Minsk and other regions of Belarus' have a chance to become a place. And to offer Lukashenko retirement as a trainer for ... Mogilev's ice hockey team.

SUSANNE NIES/GESA WALCHER

The Unified Social Tax and its Impact on Social Policy in Russia

Bremen 2002

„State of Three Social Science Disciplines in Central and Eastern Europe“

Internationale Konferenz in Budapest und Projekt eines Handbuchs

Von Agata Wenninger, Berlin

Ungefähr 80 Sozialwissenschaftler waren zu Gast bei der vom Collegium Budapest vom 23.–26.01.2001 veranstalteten Konferenz zur Bestandsaufnahme der Entwicklung der Sozialwissenschaften in den zehn EU-Beitrittsländern aus Ost- und Mitteleuropa seit 1990. Im Mittelpunkt der Betrachtung standen vor allem die drei sozialwissenschaftlichen Basisdisziplinen: Politikwissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaft. Darüber hinaus wurden auch weitere sozialwissenschaftliche Disziplinen diskutiert. Die Konferenz war ein essenzieller Bestandteil eines von Max Kaase und Vera Sparschuh geleiteten und durch die Europäische Kommission¹ unterstützten Projektes, das in Kooperation mit dem Informationszentrum Sozialwissenschaften (Berlin), dem Institut für die Wissenschaften vom Menschen (Wien) und der Maison des Sciences de L'Homme (Paris) durchgeführt wird. Im Ergebnis soll ein Handbuch entstehen, das in Form von Länderberichten die Entwicklung der drei oben genannten Disziplinen in Bulgarien, Estland, der Tschechischen Republik, Litauen, Lettland, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien und Ungarn zwölf Jahre nach dem Systemwechsel darstellt. Die Struktur der Konferenz – eine Mischung aus Einzelvorträgen und Parallelveranstaltungen zur Soziologie, Wirtschaftswissenschaft und Politikwissenschaft – antizipierte den Inhalt dieses Handbuchs.

Die Konferenz eröffneten drei Programmvorträge von P. Tamás (Soziologie, Budapest), H. D. Klingemann (Politikwissenschaft, Berlin) und J. M. Kovács (Wirtschaftswissenschaften, Wien). Die Redner stellten die Entwicklung der Sozialwissenschaften in den Transformationsländern Ost- und Mitteleuropas, ihre Integration in den internationalen Diskurs sowie Fragen der neuentstandenen Ost-West-Asymmetrien aus einer übergreifenden Perspektive dar. Die Diskussionen in den Parallelveranstaltungen zu den einzelnen Disziplinen wiesen eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf, wie beispielsweise Fragen der Inter- und Transdisziplinarität. In allen Ländern und Disziplinen bildeten die Transformationsprozesse eine wichtige thematische Dominante in der Forschung. In diesem Kontext wurde die relative Unterrepräsentation von theoretischen Überlegungen ebenso wie das Fehlen von öffentlichen Debatten thematisiert. Zum gemeinsamen Erbe des Sozialismus gehört die Verankerung der Disziplinen im dualen institutionellen Rahmen von Akademie und Universität. Neu gegründete private Lehrinrichtungen, die kommerziell Wissen vermitteln, sind jedoch nicht auf die Forschung konzentriert, sind ein Novum in der institutionellen Struktur der Sozialwissenschaften nach 1989. Zur Sprache kamen

ebenfalls viele disziplin- und landespezifische Unterschiede. Soziologie wird, im Gegensatz zu Politikwissenschaft, die sich beispielsweise in den Baltischen Staaten erst nach 1989 institutionalisierte, generell als fest etablierte Disziplin verstanden. Die Wirtschaftswissenschaften wiederum waren mit der Ideologisierung während der Zeit des Sozialismus wahrscheinlich am stärksten konfrontiert, daher auch die radikale Neustrukturierung und Neuorientierung dieser Disziplin nach dem Systemwechsel. Ferner wurden Bedenken bezüglich der Internationalisierung der Wissenschaften geäußert, die neben positiven Seiten auch eine „Kolonisierungsgefahr“ mit sich bringen könne, wie z. B. Übernahme der im Westen entwickelten theoretischen Modelle. So werde Osteuropa – überspitzt formuliert – zu einem Ort, in dem die Daten mit Hilfe von importierten Erhebungsinstrumenten erhoben und dann nach vorgegebenem theoretischen Rahmen interpretiert würden.

Am letzten Tag der Konferenz stellten Repräsentanten weiterer Sozialwissenschaften die Entwicklung ihrer Disziplinen nach 1989 in Ost- und Mitteleuropa dar: S. Anthoni (Geschichte, Bukarest), M. Sárkány, (Anthropologie, Budapest) und T. Kucera (Demographie, Prag). Diesen Präsentationen folgten zusammenfassende Berichte aus Parallelveranstaltungen, die einen ganzheitlichen, synthetisierenden Blick auf die disziplininternen Diskussionen richteten, vorgestellt von P. Sztompka (Soziologie, Krakau), I. Krastev (Politikwissenschaft, Sofia) und Prof. H. J. Wager (Wirtschaftswissenschaften, Frankfurt/Oder).

Im Rahmen der Konferenz fanden darüber hinaus zwei öffentliche Abendvorlesungen statt. Professor Hankiss aus Ungarn versuchte die Periode nach 1989 in seinem Vortrag „Brilliant Ideas or Brilliant Errors? Twelve Years of Social Science Research in Eastern Europe“ aus einem ganzheitlichen Blickwinkel darzustellen. Jede Zeitspanne nach dem Systemwandel bekam ihr eigenes Genre, Motto oder Stimmung zugeschrieben. Die Präsentation dieser Thematik in einem neuen Kontext zeigte den Weg von den utopischen Gedanken der Periode vor 1989 bis in die jetzige Zeit der ungelösten Fragen. Vor den Sozialwissenschaften steht also eine neue Herausforderung: die Formulierung neuer Ideen sowie die Erarbeitung von neuen Szenarios. Dabei dürften sie – so Hankiss – nicht die gesellschaftliche Verantwortung und die Relevanz des *Human Factor* aus den Augen verlieren.

Die zweite Abendvorlesung wurde von dem Generaldirektor der Europäischen Kommission Achilleas Mitsos gehalten. Er berichtete von den Initiativen der Kommission, die Forschungsaktivitäten in die erweiterte Europäische

Union zu integrieren. In diesem Zusammenhang stellte er das fünfte und das kommende Rahmenprogramm vor. Er betonte, das sich das sechste Rahmenprogramm an die wissenschaftlichen Kooperationsprojekte aus den Mitgliederstaaten genauso wie an alle EU-Beitrittskandidaten richtet. Er ermutigte die Anwesenden, Initiativen zu ergreifen und sich ab April an einem möglichen Aufruf zu Stellungnahmen der Europäischen Kommission (*Call for Manifestations*) zu beteiligen.

Um die Konferenz zu rekapitulieren, möchte ich mich auf mehrere Bewertungen teilnehmender Wissenschaftler berufen: Die Sozialwissenschaften in den letzten zwölf Jahren waren im Gegensatz zu den radikalen Veränderungen der Gesellschaften in Ost- und Mitteleuropa eher einer Evolution unterzogen. Zum Beispiel fand der erwartete Elitenwechsel noch nicht statt und für einen Generationenwechsel ist es noch zu früh. Hierbei wurde angemerkt, dass eine offene Diskussion über die Geschichte noch nicht stattgefunden hat. Die bisher tätigen Wissenschaftler haben sich auf verschiedene Weise in die neuen demokratischen Strukturen integriert. Auch auf der institutionellen Ebene kann man eher von einer Kontinuität sprechen: Die Akademieinstitute wurden nicht aufgelöst und bestehen weiter, allerdings neben neu gegründeten privaten Hochschulen und auch neben kleinen Instituten, die sich vor allem mit Auftragsforschung befassen. Diese Tatsachen

wurden auf der Konferenz in Abhängigkeit von den jeweiligen Ländern und Disziplinen unterschiedlich bewertet.

Insgesamt ermöglichte die Tagung den Teilnehmern einen vielschichtigen Einblick in die Entwicklung ihrer Disziplinen in den benachbarten Ländern und lieferte eine offene Diskussionsplattform, deren Ergebnisse in dem im Herbst dieses Jahres erscheinenden Handbuch nachzulesen sein werden. Das Handbuch ist ein erster umfangreicher Zustandsbericht, der die Entwicklung der osteuropäischen Sozialwissenschaften zehn Jahre nach dem Systemwechsel zusammenzufassen und zu bewerten versucht. Abgesehen davon wird die Budapester Tagung hoffentlich über den fachlichen Austausch während der Konferenz hinausgehend auch dazu anregen, über die regionalen Kooperationsmöglichkeiten nachzudenken und zu einer stärkeren Vernetzung der Sozialwissenschaftler in der ost- und mitteleuropäischen Region beitragen.

Agata Wenninger arbeitet als wissenschaftliche Assistentin bei der GESIS-Außenstelle Berlin, Abteilung Informationstransfer Osteuropa.

¹ „Improving the Human Research Potential and the Socioeconomic Knowledge Base“ – the 5th Framework Programme.

Der Reiz der Provinz Als Sprachlektor der Robert Bosch Stiftung in Samara

Von Lars Banzhaf, Samara

Seit September vergangenen Jahres unterrichte ich als Sprachlektor der Robert Bosch Stiftung am Institut für deutsche Philologie der Staatlichen Universität Samara in Russland. Der Zeitpunkt, um einen Bericht über die Arbeit als Bosch-Lektor zu schreiben, könnte besser nicht sein, da mit den gerade zu Ende gehenden Semesterferien die erste Hälfte des Lektorats vorbei ist und damit Zeit war, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Im Folgenden möchte ich deshalb kurz die Möglichkeiten skizzieren – auch anhand von konkreten persönlichen Beispielen –, die ein solches Lektoratsjahr bietet.

Das Studium geht weiter: Von Berlin in die russische „Provinz“

Die Hauptmotivation, das Großstadtleben gegen ein Jahr in der russischen „Provinz“ einzutauschen, lag darin, all das, worüber man so lange recherchiert, gelesen und geschrieben hat, einmal mit mehr Zeit und Ruhe von nahem betrachten zu können. Da ich viel über die russischen Regionen gearbeitet habe, konnte ich an Studieninhalte und Magisterthema anknüpfen. Was von Deutschland aus oft

so schwierig zu recherchieren war, liegt nun, zumindest teilweise, in greifbarer Nähe: lokale und regionale Medien oder direkte Kontakte zu Journalisten, Wissenschaftlern, usw. Der Zufall hat es gewollt, dass die Wahlen zur regionalen Duma letzten Dezember stattgefunden haben. Somit konnte ich den Wahlkampf nicht nur „live“ beobachten, sondern gleichzeitig einen kleinen Artikel darüber schreiben und veröffentlichen. Zusätzlich spielte natürlich auch das Anliegen eine Rolle, die russische Sprache sowie das russische Alltags- und Arbeitsleben weiter entdecken zu können. Und dafür ist die „Provinz“ durchaus geeignet.

Fazit 1: Ein Jahr als Bosch-Lektor bietet die Möglichkeit, Studieninhalte vor Ort weiterzuverfolgen und das theoretisch Gelernte mit der bestehenden Realität zu vergleichen.

Vom Student der Osteuropastudien zum Sprachlektor

Es stellt sich natürlich die Frage, welchen Nutzen ein Sprachlektorat für jemanden hat, dessen Studienschwerpunkte beispielsweise auf Politik und Geschichte v.a. Ost-

europas lagen und der seine berufliche Zukunft nicht im Da F-Unterricht sieht.¹ Man weiß in der Regel im Voraus, welche Kurse man an der Fakultät unterrichten wird. Da bei mir kein Sprachunterricht oder Grammatikkurs für Anfänger auf dem Programm stand, sondern ein fortgeschrittener Konversationskurs mit dem Thema „Deutsche Kultur“ und Lektürekurse, war für mich auch die Frage nach der Unterrichtskompetenz geklärt.² In meinem Lektorat habe ich bei der Gestaltung des Unterrichts relativ freie Hand. Beispielsweise konnte ich die Bücher für die Lektürekurse selbst bestimmen und über Bosch-Mittel besorgen. Literatur der 90er Jahre oder Themen wie die 68er-Bewegung oder die „Golf-Generation“ (Popliteratur) sind weitgehend unbekannt und das Interesse daran ist sehr groß (auch von Seiten der Dozenten).

Fazit 2: Das Lektoratsjahr gestaltet sich als ein erstes „Versuchsfeld“ im Unterrichten (das Herzstück des Lektorats mit ca. 12 Stunden pro Woche). Nicht nur die Konfrontation mit Studenten, die zum Teil eher noch verschulerten Unterricht gewohnt sind, stellt eine Herausforderung dar, sondern überhaupt die erste Berührung mit der Unterrichtsgestaltung.

Projektarbeit: Mehr als Unterricht an der Uni

Mindestens genauso wichtig wie der Unterricht ist für mich die Projektarbeit, zu der die Bosch Stiftung die Lektoren anhält. In der Regel ist diese Projektarbeit mit den Studenten verbunden und die Durchführung geschieht im günstigen Fall mit Vertretern anderer Organisationen (wie z.B. DAAD, Goethe-Institut oder ZFA). Dies können kleinere Projekte wie Filmclubs, Zeitungen oder ähnliches sein,³ oder größere, wie die Organisation einer Konferenz oder einer Vortragsreihe. Eng verknüpft sind die Lektoren darüber hinaus auch mit der Arbeit des Theodor-Heuss-Kollegs. Internationale Seminare bieten hier Studenten aus Osteuropa einen Anreiz und eine Anleitung zur Durchführung von selbstinitiierten Projekten. Die Lektoren fungieren hierbei vor Ort als Mentoren und Betreuer.⁴

Die Zusammenarbeit von Bosch und CEP (*Civic Education Project*) hat in Samara dazu geführt, dass in diesem Jahr bereits zum zweiten Mal eine gemeinsame wissenschaftliche Konferenz stattfinden wird. Hier konnte ich bereits wertvolle (nicht immer positive, aber lehrreiche) Erfahrungen auf dem Gebiet der Projektplanung und -finanzierung sammeln.⁵

Darüber hinaus können aber auch andere bestehende Strukturen genutzt werden, so z.B. Städtepartnerschaften. Eine bisher nur angedachte und noch in den Kinderschuhen steckende Idee ist, im Rahmen des 10-jährigen Jubiläums der Städtepartnerschaft Stuttgart-Samara gemeinsam mit meinen Studenten einen kleinen und aufgelockerten Stadtführer auf deutsch über Samara zu erstellen.

Fazit 3: Das Lektorat bietet vielfältige Möglichkeiten im Bereich der Projektarbeit. Neben den ganz praktischen Er-

fahrungen kommt es hier zu einer Vernetzung mit anderen Organisationen, die gleichzeitig Einblicke in deren Arbeit ermöglicht.

Kontakt und Information

Ein weiterer Pluspunkt des Bosch-Lektorenprogramms ist der persönliche Kontakt zu den Organisatoren und zu den Kollegen. Vor-, Zwischen- und Nachtreffen sowie eine Internetplattform sorgen für eine gewisse Einbindung und Betreuung bzw. ermöglichen sie eine Vernetzung untereinander. Wer nun „Appetit“ bekommen hat und noch mehr wissen will, kann sich unter <http://www.boschlektoren.de> informieren,⁶ die Homepage des von ehemaligen Bosch-Stipendiaten gegründeten MitOst-Vereins besuchen (<http://www.mitost.de>) oder mich auch gerne direkt kontaktieren: larsbanzhaf@hotmail.com

PS: Zur Zukunft des Bosch-Lektorenprogramms

Das Robert Bosch-Lektorenprogramm erstreckt sich bisher über die mittel- und osteuropäischen Länder. Allerdings ist eine Umstrukturierung des Programms hinsichtlich der Länderschwerpunkte geplant. Während langfristig ein langsamer Rückzug aus den Ländern der EU-Beitrittskandidaten stattfinden soll, wird in den kommenden Jahren das Programm auf die südosteuropäischen Länder ausgedehnt.

Lars Banzhaf ist Absolvent des Osteuropa-Instituts und arbeitet zur Zeit als Bosch-Lektor in Samara.

¹ Das Lektorenprogramm der Robert Bosch Stiftung beinhaltet auch Fachlektorate in den Bereichen Jura, Wirtschaft, Geschichte, Politik und Sozialpädagogik. Meine diesbezügliche Bewerbung war jedoch nicht erfolgreich.

² Obwohl ich im Nebenfach auch Germanistik studiert habe, halte ich dies persönlich nicht für eine unbedingte Voraussetzung, da mein Unterricht zum Beispiel vor allem kommunikative und landeskundliche Elemente beinhaltet, die man als Muttersprachler durchaus auch ohne spezielle Ausbildung bedienen kann.

³ Gemeinsam mit der Sprachassistentin des Goethe-Instituts organisieren wir zum Beispiel einen regelmäßigen Filmabend und wollen demnächst eine studentische deutschsprachige Zeitung initiieren.

⁴ Für weitere Infos: <http://www.theodor-heuss-kolleg.de>.

⁵ Weitere Informationen zu CEP: <http://www.cep.org.hu>; über die Konferenz in Samara zum Thema Konservatismus, siehe: <http://conservatism.samara.ru>.

⁶ Die Bewerbungsfrist ist jeweils der 31. Januar eines Jahres; insofern kommt dieser Bericht für das Jahr 2002/03 leider zu spät.

PLOTKI – a Logical Evolution

Historical Perspective on a Central European Magazine

By Marek Canek, Prague

The history of the Central European Magazine Plotki and its ever growing community of Plotkists has not been published yet. A year of existence seems to be a short time but the difference between what was before and what is now significant. As I am not a historian, I do not intend to be too precise about facts or too descriptive. I will supply you only with the following figures: we held three journalists' meetings and published two issues of Plotki so far. The third issue should be being published by now.

„Parallel worlds“, „Failed Projects“, „Playgrounds“, and „Normality“. One is easily tempted to systematize the history of Plotki according to the topics of the subsequent issues of the magazine. These are the most perceptible happenings that define the first year of existence and it is mysterious how the topics mirror quite well the development of Plotki as a magazine and as a community. Was this choice of topics a mere matter of coincidence?

After having personally experienced a few „failed projects“, I was not surprised that the second issue was to be called „failed projects“. This choice of topic did not reflect our scepticism about Plotki. We tried to write only about someone else's failed projects. The second issue was not going to be our last one.

Since the first journalists' seminar was in Berlin and the second one in Warsaw, quite a few Plotkists expected the third one to be in Prague. However, we ended up meeting in Brno. The locals tried to convince us in the interviews we conducted with them that we made a good decision to come to their town. Many of them told us that inhabitants of Prague were „arrogant, stupid and selfish“ as opposed to those in Brno. Anyway, it was refreshing to make Brno, a town with a second-in-the-country syndrome, our „playground“ for a few days. These were days spent hotly discussing what we had written back home when we still

did not know with whom we were going to drink that amazing Czech beer in a few weeks. Since our newest topic was „Playground“, we went to a local football game and strided through the cultural mixture of that „Not-Prague“.

The most important playground for Plotki is Central Europe. Most Plotkists are based in Germany, Poland, and the Czech Republic. In Brno we were joined by a few participants from other countries like Romania, Hungary and Lithuania. The Central European region is quite crucial in defining what makes our magazine unique. As it is not always clear what Central Europe is, where it begins and ends, Plotki will have to define this region on its own. In a way, Plotki is participating in the creation of the Central European space. This is true at least for the people that take part in publishing the magazine or those who are reading it. Some members of the Plotkistic community are fascinated by this region, by its different perspectives, changing character, by its opposing nature consisting of vitality and motionlessness.

What also holds the region together are languages. Our articles are written and discussed in English for practical reasons. English is, however, not our exclusive language. We also use various Slavic and also other languages. Often we use a mixture of languages understandable to Plotkists only. Thus, a Plotkist identity is being formed.

Amazingly, the Plotkistic world has gradually developed around the magazine. It started logically with the *parallel worlds* and after not having *failed* we are on the way to *normality*.

Marek Canek, Plotkist der ersten Stunde und Namensgeber von „Failed Projects“, studiert Internationale Beziehungen in Prag und Brüssel.

Die Zeitschrift **PLOTKI** geht von einem Projektutorium am Osteuropa-Institut aus und erscheint drei Mal pro Jahr unter einem ausgewählten Thema. Mittlerweile sind rund 40 Studierende aus Berlin, Frankfurt (Oder), Prag, Thorn, Vilnius, Cluj und Warschau als aktive Plotkisten beteiligt. Da Redaktion und Leserschaft international sind, werden die Artikel auf Englisch verfasst.

Und **PLOTKI** ist ein Internetmagazin. Unter www.plotki.net erscheint die erweiterte Digitalversion. Interessierte können sich an plotki@gmx.de wenden.

„Lidice erinnern“

Ausstellungsprojekt über die Tragödie der Frauen von Lidice

Von Eva Pluharova und Uta Fröhlich, Berlin

Der Name „Lidice“ stand lange Zeit weltweit stellvertretend für die Verbrechen der deutschen Okkupationspolitik im Zweiten Weltkrieg. Seinen tragischen Ruhm erhielt das nordböhmische Dorf 1942 im Zusammenhang mit dem Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren und Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich. Erstmals wurde ein hoher Funktionär des Dritten Reichs Opfer des Widerstands gegen das NS-Regime. Seinen Tod beantwortete die Besatzungsmacht mit Terror, der alle bisherigen Formen der Gewaltherrschaft im Gebiet des Protektorats an Brutalität übertraf. Am 10. Juni wurde in Lidice aufgrund eines schon damals offensichtlich falschen Verdachts ein Exempel statuiert: Alle männlichen Bewohner des Dorfes ab 14 Jahren wurden erschossen, die Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück interniert und die Kinder nach Polen verschleppt. Das Dorf wurde dem Erdboden gleichgemacht. Die nachfolgende deutsche Propagandawelle und die Reaktion der Alliierten darauf machten Lidice zum Inbegriff nationalsozialistischen Terrors. Heute ist der Name – außerhalb der Tschechischen Republik – für Viele nur mehr der eines böhmischen Dorfes.

Die Zerstörung Lidices jährt sich 2002 zum 60. Mal. Aus diesem Anlass plant die Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück am Ort der Leiden und des Todes vieler der Frauen aus Lidice eine Ausstellung, mit deren Vorbereitung uns – zwei Studentinnen der Kunstgeschichte und Osteuropastudien bzw. Slavistik und Osteuropäischen Geschichte – die Gedenkstätte unter der Leitung von Frau PD Dr. Jacobeit betraut hat. Der Kontakt zu Ravensbrück und das Interesse am Thema entstanden bereits während eines Praktikums.

Am Ausstellungsprojekt arbeiten wir mittlerweile seit einem Jahr. Die Vielgestaltigkeit der zu bewältigenden Anforderungen brachte zahlreiche neue Erfahrungen und Einsichten, die ein Studium in der Regel nicht vermittelt. Bisher musste vor allem die Kommunikation verbessert werden. Schriftlich wie mündlich den passenden Ton anzuschlagen, etwa in der Korrespondenz mit dem tschechischen Kulturministerium, Zuverlässigkeit zu vermitteln, ein gewisses diplomatisches Geschick im Umgang mit unterschiedlichsten Leuten an den Tag zu legen – wie verhält man sich bei einem Empfang des Bundespräsidenten? – und schließlich das Arbeiten im Team sind Fähigkeiten, die wir uns nach der Devise „learning by doing“ aneignen. Erfolge, die wir bis jetzt mit Hilfe von Optimismus und einem Schuss Naivität erzielt haben, liegen vor allem im Bereich des Gelernten.

So etwa im Fundraising. Da das Museum selbst nicht über genügend Mittel verfügt, um aus dem eigenen Haushalt

Sonderausstellungen zu bestreiten, mussten wir uns zunächst hauptsächlich um die Co-Finanzierung durch Stiftungen kümmern. Ein nicht gerade einfaches Unterfangen angesichts der angespannten Haushaltslage von Bund und Ländern sowie der allgemeinen wirtschaftlichen Rezession.

Willkommene Abwechslung vom organisatorischen Alltag bietet die inhaltliche Arbeit. Für uns neu und interessant ist die Möglichkeit, die Ergebnisse wissenschaftlicher Recherche im musealen Kontext darzustellen. Der mehrdeutige Ausstellungstitel *Lidice erinnern – Lidice připomínají* verweist auf Gliederung und Ziele unserer Exposition.

In einem ersten Teil soll ein Einblick in den historischen Kontext der Zerstörung des Dorfes gegeben und anhand ausgewählter Biographien das Leben in Lidice vor dem 10. Juni 1942, die Zeit in Ravensbrück und das Leben im wiederaufgebauten Dorf aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet werden.

Unser Konzept folgt der Auffassung, dass nicht nur das Geschehen der Tragödie von Lidice selbst erinnert, sondern dass auch die Geschichte der Auseinandersetzung mit dieser Vergangenheit dargestellt werden muss. Die jüngste Diskussion um die Aufhebung der Beneš-Dekrete als Bedingung zum EU- Beitritt der Tschechischen Republik in der Folge der verbalen Ausfälle des tschechischen Ministerpräsidenten Zeman zeigt, dass eine Verständigung über die gemeinsame Vergangenheit von Tschechen, Deutschen und Österreichern ein immer noch aktuelles Anliegen ist. Deshalb möchten wir im zweiten Teil der Ausstellung skizzieren, wie während der letzten 60 Jahre in Ost und West in den unterschiedlichen politischen Systemen der Opfer gedacht wurde.

Die besondere Schwierigkeit besteht dabei darin, nicht alte, ideologisch geprägte Muster zu übernehmen, sondern Geschichte aus sechs Jahrzehnten transparent und nicht eindimensional zu vermitteln; d.h. verschiedene Perspektiven – so etwa während des Kalten Krieges diejenigen der Tschechoslowakei und der Sudetendeutschen – anzusprechen, auf Nichtthematisiertes aufmerksam zu machen.

Da eine Hauptaufgabe der Gedenkstätten die politische Bildung ist, machen Jugendliche einen großen Teil des Zielpublikums aus. Die Ausstellung soll daher nicht „textlastig“ und didaktisierend sein, sondern durch den Fokus auf konkrete Objekte und Personen Geschichte an „Geschichten“ darstellen.

Beispielsweise mit dem Familienalbum von Frau Sklenicková, das sie in den Jahren nach ihrer Rückkehr aus Ravensbrück mühsam von entfernten Verwandten zu-

sammengetragen hat. Es stellt eine Besonderheit dar, da durch die vollständige Zerstörung des Dorfes und aller Dokumente kaum noch persönliche Erinnerungsstücke vorhanden sind.

Wir möchten Frau Sklenicková in der Ausstellung gerne selbst ihr Album vorstellen lassen. Dies kann durch eine interaktive Computerstation mit Filmsequenzen gewährleistet werden, in denen überlebende Frauen einen Einblick in ihr bisher wenig thematisiertes persönliches Erleben geben. Lange Zeit war diesem wegen ideologischen Vorgaben kaum Raum gegeben worden. Vielmehr wurde ein Bild des kollektiven Erinnerns produziert, das den jeweiligen politischen Verfassheiten entsprach.

Die für die Station erarbeiteten Inhalte können über den Rahmen der Ausstellung hinaus auch für eine spätere Nutzung, beispielsweise als CD-Rom, DVD oder im Internet, in tschechischer und deutscher Sprache verwendet werden. Zunächst planen wir begleitend zur Ausstellung, eine Web-Seite einzurichten.

Wie eindrucksvoll es ist, wenn ZeitzeugInnen aus ihren Erinnerungen erzählen, konnten wir während unserer Arbeit vor Ort in Gesprächen mit „Ravensbrückerinnen“ selbst erfahren. Geschichte wurde im wahrsten Sinne des Wortes lebendig, mit all ihren faszinierenden, aber auch schwierigen Facetten des eigenen Involviertseins.

Das intensivste Erlebnis dieser Art bot die Mitarbeit an filmischen Interviews, so mit der tschechischen Widerstandskämpferin Vera Hozáková. In einer *face-to-face*-Situation wurde uns ein freud- und leidvolles, vor allem aber mutiges Leben erzählt. Trotz aller vorheriger Beschäftigung mit dem nicht eben einfachen Themenbereich KZ gaben die am authentischen Ort erzählten Erinnerungen der freundlichen alten Dame der Vergangenheit eine zuweilen beklemmende Präsenz.

Von vielen Stellen wurde uns Interesse und Anerkennung zuteil, die uns gemeinsam mit den starken Eindrücken, welche das Thema mit sich bringt, motivierten, trotz der schwierigen Finanzierungslage weiterzumachen.

Eva Pluharova studiert Osteuropa-Studien und Kunstgeschichte und Uta Fröhlich Slavistik und Osteuropäische Geschichte.

Die Ausstellung *Lidice erinnern – Lidice pripominaji* wird am 15. Sept. um 14 Uhr in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Straße der Nationen, Fürstenberg/Havel, in Anwesenheit der überlebenden Frauen aus Lidice eröffnet.

Humor ist, wenn man in Polen trotzdem lacht

Ein Akademiegespräch mit Grass, Michnik, Bartoszewski, Bednarz und Schwan

Von Anja Hennig, Berlin

24. Januar 2002: Mitteleuropa traf sich. Und kennt sich – so der Eindruck nach der anekdotenreichen Einführung György Konrads – schon ewig. Diesmal ging es jedoch nicht darum, Mythen gelebter Geschichte zu zelebrieren oder sich geistiger Gemeinsamkeiten zu vergewissern. „Wir sind alle getauft, sind alle für Europa“, befand die Moderatorin des Abends Gesine Schwan. Und daher sei es an der Zeit, vor dem Hintergrund neuer globaler Verantwortungen Polens und Deutschlands, „nach dem Trennendem zwischen unseren beiden Ländern zu fragen.“ Die Präsidentin der Viadrina stellte sodann auch ihre Beobachtungen zur Diskussion. So sei etwa das Interesse junger Polinnen und Polen an der deutschen Sprache und Kultur größer als umgekehrt und die Religion für die polnische Gesellschaft weitaus bedeutsamer als für die Deutschen. Zudem hätten die Polen ein besseres Verhältnis zu ihren östlichen Nachbarn als Deutschland einst zu Polen. Und: das Lachen sei vor allem ein Kennzeichen der polnischen und weniger der deutschen Gesellschaft.

Um zunächst ein Ergebnis des Gesprächs in der Akademie der Künste vorwegzunehmen: Alles fand seinen Zu- und Widerspruch – bis auf den letzten Punkt. Dieser verklang vom Podium unbeachtet. Nicht jedoch für das Publikum.

Erstens lachte es und zweitens lachte es über den ironischen Humor der Herren Bartoszewski und Michnik, den die Herren Grass und Bednarz anscheinend weder hatten, noch zum Lachen fanden.

Polen und Deutsche und Europa

So fand es Günther Grass erst einmal problematisch, nach Unterschieden zu fragen, da sie, wie die „deutsche Ordnung“ oder „polnische Wirtschaft“, meist in Klischees mündeten. Zweifellos aber unterscheidet sich Deutschland von Polen weiterhin durch die Schwierigkeit, sich als Nation zu definieren. In diesem Sinne hätten es die Polen als lange nicht existierender Staat einfacher gehabt. So sei es verständlich und nicht unbegründet, wenn sie als junge Nation Ängste vor dem EU-Beitritt hätten.

Der polnische Außenminister a.D. Wladyslaw Bartoszewski, Jahrgang 1922 und widerständiges Opfer zweier Totalitarismen, sah im Prinzip des Unterschiedes hingegen den reizvollen Charakter Europas. Kulturelle Überschneidungen wiederum kennzeichneten das Gemeinsame. Was Polen und Deutschland betrifft, so habe man während des Kommunismus unterhalb „der Ebene der po-

litischen Zungenküsse von Parteisekretären“ und neben dem propagierten Hass gerade in Intellektuellen- und Künstlerkreisen ähnlich gelebt. So gingen zumindest Ostdeutsche und Polen auch nach '89 ähnliche Wege – nur auf unterschiedliche Weise.

Klaus Bednarz war 1971 als erster westlicher Fernsehkorrespondent zu einer Zeit in Polen, als „der Klang der deutschen Sprache den Menschen noch Schmerzen zufügte“. Nun, nach einer Dekade deutsch-polnischer Geschichtsforschung und Begegnungen der Vertriebenen der beiden Seiten, wünscht er sich eine „normale Beziehung“. Das bedeute, „ganz nüchtern über Probleme sprechen und auch Kritik äußern zu können“. So gäbe es zum Beispiel – entgegen der Beobachtung Frau Schwans – in Polen kaum Interesse an und daher keine Übersetzungen von zeitgenössischer deutscher Literatur. Die Deutschen hingegen würden sich sehr für die jungen polnischen Autoren wie Olga Tokarczuk, Malgorzata Saramanowicz oder Marcin Król begeistern.

Dazu hatte „das nicht zu umgehende Naturphänomen“ Adam Michnik, der, so Konrad eingangs, „das sagt, was er zu sagen hat und das trinkt, was es zu trinken gibt“, nun nichts zu sagen. Dafür reagierte er auf das in Polen wie in Deutschland verbreitete Stereotyp „Pole = Katholik“, das weniger gelebte Realität als eher „Klebstoff für das Bewusstsein vieler Polen“ gewesen sei und ist. Zudem habe es historisch gesehen in Polen – anders als in Deutschland – weder theologische Reflexionen in der Literatur noch bedeutende polnische Theologen gegeben. Auch sonst fiel Michnik etwas aus dem Rahmen. Erstens sprach er als einziger polnisch („um mich von Bartoszewski und Putin zu unterscheiden“) und zweitens schlug er vor, eine „transnationale Verteidigungsfront gegen die Dummheit der Politiker“ zu gründen, worauf er sich von Grass postwendend den Vorwurf der Demagogie einfiel. Dabei ging es dem Chefredakteur der größten polnischen Wochenzeitung *Gazeta Wyborcza* um die zweifellos ernstzunehmende Beobachtung, dass jenes in vielen Teilen der polnischen Gesellschaft noch ambivalente Verhältnis zu Deutschland – „diese Mischung aus Achtung und Angst“ – durch brüsselfeindliche polnische Politik gefährdet werden könne. Und dies vor dem Hintergrund der heutigen deutsch-polnischen Beziehungen, die im Vergleich zu der Situation vor fünfzehn Jahren – hier stimmte er Bednarz zu – einem Wunder glichen. Umso verwunderlicher erschien, wie gesagt, das gewisse Missverstehen auf dem Podium.

Der wilde Liberalismus

Die folgende Kontroverse ergab sich aus der Diskussion über die politischen und gesellschaftlichen Probleme der Globalisierung. So war es Grass, der hier auf die „Beherrschung“ der Danziger Zeitungsbranche durch die deutsche „Passauer Gruppe“ – ein springerähnlicher Pressekonzern – verwies und zwar mit einer kritischen Vehemenz, die zunächst von Michnik nicht geteilt wurde. Und Bartoszewski störte sich eher etwas an den vielen deut-

lichen Bankschildern, die während der letzten Jahre aus polnischem Boden gesprossen waren. Später stimmte er aber zu, dass die Unternehmer der „Passauer Gruppe“ „total freche Burschen sind, die nur Geld machen wollen.“ Doch auch das fand Grass noch zu naiv, gehe es doch um direkten politischen Einfluss dieser finanzträchtigen Unternehmer. „Unsere Probleme internationalisieren sich“, brachte es Bednarz mit Blick auf die globalen Kapitalverzweigungen der deutschen Medien auf einen gemeinsamen Nenner. Daraufhin leitete Schwan zur Frage nach der Gestalt mittelosteuropäischer Marktwirtschaften über. „Die soziale Marktwirtschaft wird wohl in Polen und Tschechien weniger geschätzt als in Deutschland...?“ „Alle reden immer vom wilden, wilden polnischen Liberalismus!“ „Dabei“, so polterte Michnik weiter, „ist Polen ein absoluter Sozialstaat.“ Der polnische Staat kümmere sich um alles, was, wie etwa Stahlhütten, nicht rentabel ist, und gibt kein Geld für das aus, was, wie Bildung und Krankensystem, viel kostet. Doch abseits der erneut missverstandenen Selbstironie gab Michnik natürlich zu bedenken, dass die polnischen Politiker die Bedrohungen verschlafen hätten, die der liberale Markt für die Gesellschaftsstruktur mit sich bringt.

Die kleinen feinen Unterschiede

Aus dieser ausgewählten Runde eigenwilliger Biographien und Charaktere lassen sich natürlich schwer verallgemeinerbare Schlüsse ziehen. Dennoch schienen mindestens zwei feine Unterschiede zwischen polnischer und deutscher Argumentation deutlich zu werden. Erstens in der Bewertung von Geschichte und zweitens in der Frage der globalen Verantwortung und eigentlich drittens, wie beides miteinander zusammenhängt.

So zitierte Bartoszewski Adenauer als einen weitsichtigen Politiker, „der die Völker Europas zusammenbringen wollte“ und schlug den Bogen zu der Frage nach den heutigen Grenzen Europas, die natürlich nicht im Osten Polens enden sollten. Daraufhin korrigierte Grass berechtigterweise, dass für Adenauer Westeuropa damals „Ganzeuropa“ bedeutete. Oder an anderer Stelle das Verhältnis zum Militär bzw. zur Militärmacht USA, ein Aspekt, der sich aus der Diskussion um die gemeinsame Verantwortung in Europa und der Welt ergab: Europa solle sich, so Bednarz, als „Weltmacht der Menschenrechte“ profilieren und dabei auch vor die eigene Haustür schauen. Wo seien da zum Beispiel die polnischen Stellungnahmen zu Tschetschenien? Warum habe es keine Stimme Polens gegen das NATO-Flächenbombardement in Afghanistan gegeben? Polen solle als NATO- und zukünftiges EU-Land eine entsprechend kritische Position entwickeln.

Auf diese, vor dem Hintergrund der ungeteilten Solidarität Deutschlands doch erstaunliche Kritik antwortete Michnik zeithistorisch: Polen habe im 20. Jh. keine Erfahrung mit militärischen Aktionen (was natürlich nur für den internationalen Rahmen gilt) und fürchte keine Ausweitung des NATO-Krieges. Aus polnischer Sicht gehe von Demokra-

tien keine Aggression aus. „Vietnam!“ protestierten Podium und Publikum sogleich, doch Michnik verwies auf die kommunistische Unterdrückung Südvietnams als Auslöser für das Eingreifen der USA. Deutlich wurde hier, was Michnik selbst auch betonte und was Grass später kritisierte, eine größere Akzeptanz des US-amerikanischen Verhaltens und eine grundsätzlich kritischere Haltung der polnischen Gesellschaft zu kommunistischen Verbrechen. Außerdem seien die Amerikaner, wie Bartoszewski grinzend ergänzte, seit '45 so ersehnt wie unerreichbar gewesen, „während Grass die Amerikaner sofort vor der Türe hatte, ohne sie wirklich zu wollen.“

Was die Frage zukünftiger Probleme oder gemeinsamer Verantwortungen in einem globalisierten Europa betrifft, so blieb der Eindruck, dass eine derartige Diskussion auf polnischer Seite weniger präsent ist bzw. eher aus dem historischen Impetus des neuzugestaltenden Europas heraus, denn aus kritischer Analyse der Neoliberalisierung gesellschaftlicher Strukturen geführt wird. Was die gemeinsame Zukunft betrifft, so ist eines wohl gewiss: eher werden „die“ Polen kritischer als „die“ Deutschen humorvoller.

Anja Hennig studiert Politikwissenschaften am Otto-Suhr-Institut an der FU Berlin.

800 Jahre Riga

Von Klaus Meyer, Berlin

Aus Anlass des 800-jährigen Stadtjubiläums fand in Riga vom 11. bis zum 16. September 2001 eine internationale Konferenz statt, die unter dem Thema „Riga und der Ostseeraum in der Geschichte: Regionale Verbindungen und Multikulturalität“ stand. Veranstalter waren die Universität Lettlands in Riga, die Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald, das Johann-Gottfried-Herder-Institut in Marburg sowie die Baltische Historische Kommission (Göttingen) in Verbindung mit der Ständigen Konferenz der Historiker des Ostseeraumes und dem Institut für Vergleichende Städtegeschichte, Münster.

Dem organisatorischen Rahmen entsprach die Anzahl der Teilnehmer, die aus den verschiedensten Ländern kamen. Noch vor dem Gastland Lettland hatte die Bundesrepublik die größte Anzahl an Teilnehmern entsandt (36 Teilnehmer aus der Bundesrepublik und 24 Teilnehmer aus Lettland). Dahinter standen die übrigen Länder zurück; es waren einzelne Teilnehmer aus der Russischen Föderation, aus England und aus den Ostseeanrainern Schweden, Estland, Finnland und Polen gekommen. Die Teilnehmer aus den USA mussten ihre Reise wegen der Ereignisse in New York und Washington kurzfristig absagen. Doch ergab sich im Laufe der Konferenz so etwas wie eine Gelehrtenrepublik, deren Mitglieder sich um das Generalthema „Riga“ versammelt hatten. Im ganzen nahmen etwa hundert Wissenschaftler an der Konferenz teil.

Das umfangreiche, sorgfältig zusammengestellte Programm erstreckte sich fast über eine Woche. Mit der Gliederung in fünf Sektionen waren zugleich die wissenschaftlichen Schwerpunkte der Tagung benannt. Die erste Sektion war der Frühgeschichte Lettlands bis zur Gründung der Stadt im Jahre 1201 gewidmet. Hier traten vor allem die Wissenschaftler aus Lettland auf, die sich mit den Siedlungen an der Düna vor der Gründung Rigas beschäftigten. Zur Gründungsgeschichte selbst konnte Norbert Angermann (Hamburg) in seinem Einführungsvortrag über die Entdeckung einer neuen Abbildung von Riga berichten, die als die früheste Darstellung der Stadt gelten kann. In der zwei-

ten Sektion, die „Riga zur Zeit der Hanse“ zum Gegenstand hatte, zeigte sich deutlich, dass die Hanseforschung in der Bundesrepublik Deutschland eine große Tradition besitzt, die sich auch auf die Ostseestädte bis hinauf nach Riga erstreckt. Jüngere Wissenschaftler knüpfen heute an diese Tradition an und nutzen die Möglichkeit, die durch die Öffnung der Rigaer Archive seit der Wende gegeben ist. Der „genius loci“ tat ein übriges, um den zahlreichen Referaten und den lebhaften Diskussionen seinen Glanz zu geben. Etwas weniger Interesse fanden die Veranstaltungen der dritten Sektion, in welcher das Thema „Riga und die Städte des Ostseeraumes auf dem Wege zur Modernisierung“ behandelt wurde. Der Schwerpunkt lag hier auf der „Schwedenzeit“ Rigas, die bis 1710 dauerte. Vor allem wurde die Bedeutung Rigas nach seiner Rolle im schwedischen Großmachtstreben hinterfragt, die im Zusammenhang des europäischen Mächtspiels gesehen werden müsste. Dagegen war die „Aufklärung im Riga des achtzehnten Jahrhunderts“ leider nur marginal vertreten, obwohl doch hier noch reicher Forschungsbedarf besteht. Stärker besetzt waren die Themen der vierten Sektion, die der Entwicklung Rigas zur Ostseemetropole im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert gewidmet war. In den Außenbeziehungen der nun russisch beherrschten Ostseemetropole ging es nicht nur, traditionell, um die Verbindungen nach Westen, sondern auch um Beziehungen nach Osten, die durch das neu gegründete St. Petersburg einen neuen, starken Akzent erhielten.

In der inneren Entwicklung Rigas kam nun vor allem die Frage nach der Multikulturalität, im Gesamttitel der Konferenz genannt, zum Ausdruck. Hervorgehoben wurde dabei die Rolle der lettischen Bevölkerung Rigas. Die Entwicklung zu einer lettischen Zivilgesellschaft mit ihren vielen Stationen wurde kontrovers diskutiert; ein Zeichen dafür, dass noch abschließende Ergebnisse gefunden werden müssen. Das Thema der letzten, fünften Sektion lautete: „Das multikulturelle Riga in seinen regionalen und überregionalen Bezügen nach 1918“; es ging dabei vor allem um die Zäsuren, die die beiden Weltkriege für die Geschichte

Rigas gesetzt haben. Dabei schienen die Fragen, die mit dem Ersten Weltkrieg und schließlich mit der Gründung des Freistaats Lettland zusammen hängen, eine allgemeine Zustimmung in der Forschung darzustellen. Anders jedoch steht eine befriedigende Gesamtschau der Ereignisse im Zweiten Weltkrieg noch aus. In der lettischen Forschung werden die Jahre von 1940 bis 1991 insgesamt als „Okkupationszeit“ aufgefasst, die die einzelnen Besatzungszeiten (die Sowjetunion 1940; die Deutsche Wehrmacht 1941–1945; die Sowjetunion wieder ab 1945) einschließt. Dass hier noch erhebliche Forschungsdefizite bestehen, muss man nicht besonders betonen.

So bot die Konferenz insgesamt eine eindrucksvolle Übersicht über das Geleistete und das noch zu Erforschende, soweit es die 800-jährige Stadt Riga angeht. Es waren die Ergebnisse einer internationalen Gelehrtenrepublik, die hier vorgetragen und diskutiert wurden. Dazu hat sicher auch beigetragen, dass die Konferenz ausgezeichnet vorbereitet worden war, von deutscher Seite hatte Herr Dr. Mühle vom Herder-Institut schon lange vor der Konferenz Organisationsaufgaben wahrgenommen; auf der lettischen Seite hatte Professor Iigvars Misans von der Lettischen Universität Riga für einen angenehmen, reibungslosen Verlauf gesorgt.

Die Ereignisse des 11. September in den USA wurden auch auf der Tagung von Riga nicht vergessen. In ihrer Begrüßungsrede bat die Präsidentin der Republik Lettland, Frau Vike Freiberga, um eine Schweigeminute für die Opfer der Terroranschläge in Amerika.

Die Ostseemetropole Riga präsentierte sich im schmucken Glanz ihrer 800-jährigen Geschichte. Das Stadtbild wird bestimmt durch die großen Kirchen, die sich, wie der Dom, wieder in gutem Zustand befinden; wegen der Kirchen nannte man Riga „das Rom des Ostens“. Daneben sieht man zahlreiche renovierte Häuser; in der Fußgängerzone flanieren viele junge Menschen und abends laden fast an jeder Straßenecke kleine Cafes zu einem gemütlichen Aufenthalt ein. Neben der lettischen Sprache hört man auf der Straße viel Russisch. Riga hat 788.283 Einwohner; davon sind nur 39 % Letten, aber 47 % Russen. Dem Eindruck nach leben die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten friedlich nebeneinander her. Bei einem Empfang, den der lettische Bürgermeister Rigas für die Kongress-Teilnehmer im renovierten Haus der Schwarzhäupter gab, überreichte die bekannte Moskauer Historikern Frau Choroskevic ein beziehungsreiches Gemälde und gab dazu ihre Erläuterungen. Der Bürgermeister bedankte sich dafür in fließendem Russisch.

Im Anschluss an die Konferenz fanden Führungen durch die Stadt und ganztägige Exkursionen in die weitere Umgebung Rigas statt. Auf diese Weise lernten die Tagungs-Teilnehmer auch die Schönheiten Lettlands kennen, die sie – wenn auch im Regen wahrgenommen – doch in guter Erinnerung behalten werden.

Klaus Meyer ist Professor im Ruhestand und hat bis 1993 Osteuropäische Geschichte am Osteuropa-Institut der FU Berlin gelesen.

Buchrezension

Ulrich Büchsenschütz: Minderheitenpolitik in Bulgarien. Die Politik der Bulgarischen Kommunistischen Partei gegenüber den Juden, Roma, Pomaken und Türken 1944 bis 1989*

Von Stefan Troebst, Leipzig

Während des 120-jährigen Bestehens des bulgarischen Nationalstaates wurde das Verhältnis von Titularnation und Zentralregierung auf der einen Seite und den zahlreichen, z. T. auch zahlenmäßig starken Minderheiten auf der anderen vor allem von zwei Faktoren bestimmt: Zum einen haben Staat und Regierungen gegenüber ihren in ethnischer Hinsicht „devianten“ Bürgern durchgängig eine Politik forciert Assimilierung mit dem Ziel völliger nationaler Integration betrieben, zum anderen ist eben diese Politik Sofijas mehrfach und über lange Zeiträume hinweg aufgrund des Einflusses externer politischer Faktoren beschränkt bzw. gestoppt, ja periodisch gar in ihr Gegenteil verkehrt worden. Bereits in seiner Geburtsstunde wurden dem bulgarischen Nationalstaat vom Berliner Kongress 1878 gravierende Beschränkungen hinsichtlich einer ethnischen Unifizierungspolitik bzw. gar „Säuberung“ großer

nicht-bulgarischer bzw. genauer: nicht-orthodoxer Bevölkerungsteile wie Juden, Türken, Tataren, Pomaken, Katholiken, Armeniern u. a. auferlegt. Orthodoxe Nichtbulgaren wurden dadurch indes nicht geschützt, wie etwa die Vertreibung der Schwarzmeer-Griechen in den Jahren 1905 bis 1907 belegt. Auch der Vertrag von Neuilly-sur-Seine von 1919 enthielt Minderheitenschutzklauseln, jetzt bereits partiell schon entsprechend modernen „nationalen“ Kriterien. Folgerichtig wurden in der Zwischenkriegszeit vor allem als wenig resistent eingestufte ethnische Gemeinschaften wie diejenige der ost-südslawisch sprechenden muslimischen Pomaken Ziel staatlichen Assimilierungszwanges. Im Zweiten Weltkrieg gerieten dann Juden und Griechen in das Visier bulgarischer Minderheitenpolitik – und das sowohl im Altreich als auch in den nun besetzten bzw. annektierten Teilen Makedoniens und

Thrakiens. Während die Griechen Ostthrakiens und der Insel Thasos selbst durch eine Politik des Aushungerns nur zu einem geringen Teil zur Flucht gezwungen werden konnten, wurden mehr als 11.000 vardarmakedonische und ostthrakische Juden interniert, in die deutschen Vernichtungslager deportiert und industriell ermordet.

Erst die sowjetische Besatzungsverwaltung der Jahre 1944–1947 verdammt die nun „volksdemokratische“ bulgarische Regierung zu weitgehender Untätigkeit am Unifizierungswerk, ja erzwang eine 180-Grad-Wende: Die ethnischen Gruppen der Türken, „Makedonier“, Roma, Juden, Armenier, Tataren u. a. konnten nun mit aktiver staatlicher Hilfe ihr jeweils eigenes Schulwesen aufbauen, kulturelle Organisationen gründen, eigene Printmedien herausgeben und anderes mehr. Mit dem Abzug der Roten Armee im Dezember 1947 deutete sich hier aber bereits eine Kurswende an, die in der Tauwetterperiode der fünfziger Jahre offenkundig wurde. In den Jahren zwischen 1948 und 1958 kehrte die nun regierende kommunistische Partei der neuen Volkdemokratie zur minderheitenpolitischen Tradition von Fürstentum und Königreich zurück, um dann in drei weiteren Schritten von 1962, 1971 und 1984 die Schraube fester denn je anzuziehen. Vor allem die staatlicherseits erzwungene Änderung der Vor-, Vaters- und Familiennamen der bulgarischen Türken in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre bewirkte ein beispielloses Ansteigen interethnischer Spannung in dem nun bereits stark krisengeschüttelten Balkanstaat. Diese Spannung und ihre partielle Eruption in Form eines gewaltigen Exodus von mehr als 300.000 bulgarischen Türken – drei Prozent der Gesamtbevölkerung! – in die Türkei trugen maßgeblich zum Sturz der Parteioligarchie im November 1989 bei. Einen minderheitenpolitischen Paradigmenwechsel bedeutete die Rochade an der Parteispitze indes nicht, wie dies auch nicht für den Machtwechsel von Postkommunisten zur neuen Opposition galt. Denn bis heute setzen beide großen politischen Lager Bulgariens weiter auf Assimilierung bzw. Aussiedlung. Der Umstand, dass die politische Klasse der Titularnation unter den neuen Rahmenbedingungen von elementarer Marktwirtschaft samt rudimentärer Demokratie nun mit dem Widerstand der derzeit ca. 20 Prozent Nichtbulgaren in Gestalt von Parteien, Organisationen und Interessenverbänden auf ethnischer Grundlage rechnen muss, hat die ethnopolitischen Gewichte indes deutlich verschoben. Denn die numerische Pattsituation zwischen ehemaligen Kommunisten und ehemaliger Opposition hat die größte Partei der Nichtbulgaren, die türkisch dominierte „Bewegung für Rechte und Freiheiten“, zum Zünglein an der Waage gemacht. Somit ist es paradoxerweise das nichtbulgarische Fünftel des Staatsvolkes, das den Nationalstaat der in sich politisch tief zerstrittenen bulgarischen Titularnation erst regierbar macht – die groteske Folge von über hundert Jahren ebenso massiver wie verfehlter nationalstaatlicher Assimilierungs- und Aussiedlungspolitik.

Der Berliner Südosteuropahistoriker Ulrich Büchsenschütz hat sich aus dem Dutzend Dezennien, die die Mesalliance von Bulgaren und Nichtbulgaren im neuzeitlichen Bulgari-

en anhält, die unzweifelhaft bewegteste Periode herausgesucht. Die Jahre 1944–1989, die vom Einmarsch der Roten Armee in das mit NS-Deutschland verbündete Balkanland bis zur von M.S. Gorbacev gesteuerten Sofijoter Palastrevolte reichen, beinhalten die größte Amplitude in der Politik der bulgarischen Zentralregierungen gegenüber der ethnischen Peripherie des Landes. Sie sind darüber hinaus der quellenmäßig noch immer am schwersten zu fassende Zeitabschnitt in der Geschichte des bulgarischen Nationalstaats. Dennoch ist es dem Autor gelungen, die mittlerweile veröffentlichten Sekundärquellen sowie die Fachliteratur bulgarischer und westlicher Provenienz in größtmöglichem Umfang zu ermitteln und auszuwerten. Von ganz besonderem Wert, da z.T. statistisches Neuland betretend, sind 31 Tabellen im Anhang.

Nach einleitenden Bemerkungen zu Zielsetzung und Methode sowie zu Forschungsstand und Quellenlage skizziert der Autor knapp Rahmenbedingungen und Bestimmungsfaktoren der Politik der regierenden bulgarischen Kommunisten gegenüber vier der ca. 20 ethnischen Minderheiten im Lande. Dabei konzentriert er sich zum einen auf die drei größten Minoritäten – Türken, Roma-Zigeuner und Pomaken, zum anderen auf die zwar bis 1948 viertgrößte, heute aber mit nunmehr ca. 3.000 Personen zahlenmäßig unbedeutende Gruppe der bulgarischen Juden. Die Einbeziehung der Letztgenannten begründet der Autor plausibel damit, dass am Beispiel dieser Minderheit die Extreme der Nationalitätenpolitik der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) – nämlich zunächst staatliche Förderung gemäß sowjetischem Vorbild, dann aggressive Assimilationsversuche einschließlich Zwangsumsiedlung und schließlich massiver Aussiedlungsdruck, ja Vertreibung – gleichsam im Zeitrafferverfahren demonstriert werden können. Und in der Tat ist die Politik des bulgarischen Staates gegenüber seiner jüdischen Minderheit in der kurzen Zeitspanne vom Regimewechsel 1944 bis zur Aliyah von 1948 paradigmatisch für den Kurs der regierenden Kommunisten gegenüber dem gesamten nichtbulgarischen Teil der Bevölkerung. Dies kann der Autor anhand seiner anderen drei Fallbeispiele überzeugend belegen. Besondere Bedeutung misst er dabei dem staatlichen Instrument zwangsweise durchgeführter Namensänderungen bei, das von der BKP – wie hier erstmals nachgewiesen – seit 1960/62 angewendet wurde. Wohl aufgrund des als gering eingeschätzten Risikos aktiven Widerstandes wurden als „Testgruppe“ die bulgarischen Roma-Zigeuner ausgewählt. Eine klare Fehleinschätzung war dann die Übertragung dieser Vorgehensweise auf eine andere ethnische Großgruppe, die besagten Pomaken. Diese widersetzten sich der 1970 beginnenden kommunistischen „Zwangstaufe“ entschieden, was vom Regime mit brachialer Gewalt beantwortet wurde. Dadurch wurde die ethnische Kluft zwischen Titularnation und Minderheit weiter vertieft und die „islamische Solidarität“ vor allem der Türken zu den Pomaken verstärkt. Das Zwangsmittel der Namensänderung trug also nicht nur zur Integration nicht bei, sondern erwies sich als eines ihrer bedeutsamsten Hemmnisse.

Ungeachtet dieser überaus negativen Bilanz richteten die einem plumpen Leninismus verhafteten großbulgarischen „Ingenieure der Seele“ im Zentralkomitee der BKP ihr Werkzeug Namensänderung 1984 sogar gegen die mit ca. zehn Prozent größte Minderheit des Landes, die bulgarischen Türken. Das Ergebnis war verheerend: Militanter Widerstand, offener Hass zwischen Bulgaren und Türken, Emigrationsdruck und Vertreibungsmaßnahmen kulminierten 1989 schließlich in einer Titularnation, Staatsapparat und Minderheit erfassenden Massenpsychose, welche die sowjetische Führungsmacht schließlich zur politischen Intervention in Sofija nutzte. Wie aufgepeitscht die Emotionen auf beiden Seiten waren, belegt die Tatsache, dass die ethnopolitische Hochspannung ungeachtet der dramatischen Veränderungen im politischen System des Landes noch mehr als zwei Jahre lang anhielt.

Bei sämtlichen vier Minderheiten hat Büchschütz durchgängig auch deren demographisches, religiöses, bildungsmäßiges, soziales, ökonomisches und sozioprofessionelles Profil samt entsprechenden Veränderungsprozessen im Auge. Die Beschränkung auf die Minderheitenpolitik von Partei und Staat, wie sie der Titel der Arbeit suggeriert, ist somit glücklicherweise nicht wörtlich zu nehmen. Vor allem diese breite Perspektive ist es auch, die dem Autor ermöglichte, die Auswirkungen dieser Politik konkret nachzuprüfen und zu messen. In allen vier Fällen wurden die selbst gesteckten Ziele verfehlt, ja ihr Erreichen eben durch die vielfältigen und gravierenden „Nebenwirkungen“ des viel zu hochdosierten Assimilierungsdruck in noch weitere Ferne gerückt.

So akribisch der Autor auch die Entscheidungsprozesse an der Spitze der BKP zu rekonstruieren in der Lage war, so offen bleiben auch bei ihm gerade einige der zentralen Fragen bulgarischer Minderheitenpolitik. Dazu gehört etwa diejenige, was denn 1984 nun genau den Ausschlag zur drastischen Verschärfung der Türkenpolitik gegeben hat. War es die Folge eklatanter Fehlperzeptionen in der Zentrale oder ein eigenmächtiges Vorpreschen von Provinzfunktionären oder gar ein von langer Hand vorbereiteter, aber unzureichend umgesetzter Winkelzug, welche die armeeunterstützte Namensänderungskampagne im Südosten und anschließend Nordosten des Landes ausgelöst haben? Das Identifizieren und Herauspräparieren der Hauptmotive für diesen Fehlgriff kann, so steht zu befürchten, wenn überhaupt, dann nur anhand der Primärquellen geschehen. Und die sind, wie der Autor mehrfach moniert, bislang ungesichtet, geschweige denn publiziert.

Der Autor war gut beraten bei seinem Entschluss, sich auf die drei überwiegend islamischen Großgruppen von Türken, Pomaken und Roma-Zigeunern samt der Kontrollgruppe der Juden zu beschränken und andere Minderheiten wie etwa die „Makedonier“ auszuklammern. Zu fragen wäre allerdings gewesen, ob nicht parallel zu den bulgarischen Juden die zumindest partiell privilegierte Minderheit der bulgarischen Armenier hätte mituntersucht werden sollen. Der Hinweis des Autors auf die diesbezüglich

schlechte Literaturlage überzeugt dabei nicht völlig. Und nach rein quantitativen Kriterien wäre auch ein Schlaglicht auf die überaus heterogene, aus religiösen Dissidenten des 19. Jahrhunderts wie Lipovanern und Skopzen sowie sogenannten Nekrasov-Kosaken, „weißer“ Offiziersmigration der Bürgerkriegsjahre, „sowjetischen“ Migranten der Nachkriegszeit und post-sowjetischer Mafia zusammengesetzte Minderheit der Russen Bulgariens eine Überlegung wert gewesen. Denn nach Türken, Roma und Pomaken sind die Russen derzeit die viertstärkste Minderheit im Lande, die überdies kaum je unter den Assimilationsdruck Sofijas geriet.

Neben dem detaillierten Durchführungsteil sind es vor allem die prägnante Beschreibung von Aufgabenstellung, methodischem Vorgehen und Zielsetzung sowie die nicht minder griffige Zusammenfassung, die die Untersuchung als in sich abgerundetes Ganzes erscheinen lassen. Als Hauptergebnis hält der Autor fest, dass die bulgarischen Kommunisten die zwei Seelen in ihrer Brust, nämlich internationalistische Klassenideologie und nationalistischen Ethnozentrismus, zu keinem Zeitpunkt miteinander in Einklang bringen konnten. Die Folge war ein permanentes Einerseits-Andererseits, ein Oszillieren zwischen so unterschiedlichen minderheitenpolitischen Polen wie Vertreibung und Integration. Das Resümee seiner Arbeit lautet daher: „Die Vermengung von nationalistischen und leninistischen Elementen in der bulgarischen Minderheitenpolitik von 1944 bis 1989 führte weder zur Überwindung der sozialen, noch der ethnischen Unterschiede innerhalb der bulgarischen Gesellschaft. Im Gegenteil, die ethnischen Spannungen verschärften sich noch durch die Assimilationsmaßnahmen. Möglicherweise hätte die Politik der wirtschaftlichen und sozialen Integration langfristig zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Aber durch das Schwanken zwischen Zwangs- und Beschwichtigungsmaßnahmen, zwischen Namensänderungen und Aussiedlungswellen auf der einen Seite und Privilegien beim Studienzugang und regionaler Wirtschaftsförderung auf der anderen Seite, konnte die BKP kein Vertrauen bei den Angehörigen der Minderheiten gewinnen.“ (S. 202)

Zum Schluss bleibt daher lediglich die Frage, warum Ulrich Büchschütz' profunde Untersuchung, die auf eine Magisterarbeit am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin zurückgeht, zwar von einer bulgarischen Nichtregierungsorganisation, nicht hingegen von einem deutschen Verlag veröffentlicht wurde.

Stefan Troebst ist Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig.

* *Malcinstvenata politika v Bulgarija. Politikata na BKP kum evrei, romi, pomaci i turci 1944–1989*, Ulrich Bjuksenšjuc Prevod ot nemski ezik Ivo Georgiev. Sofija: IMIR 2000, 247 S. m. 31 Tab., ISBN 954-8872-24-2.

„Zwischen Pruth und Jordan“

Zur Entstehung eines Oral-History-Buchprojekts in Israel

Von Axel Halling und Gaby Coldewey, Berlin

„Und zu jener Zeit, wenn man einem Czernowitzer begegnet ist, das war so wie ein Bruder, eine Cousine, so wie ein Verwandter – ein Czernowitzer!“ (Regine Ladenheim, geb. 1929)*

Die Geschichte des Buches „Zwischen Pruth und Jordan“ begann 1996 am OEI. Damals fuhren wir in einer Gruppe von acht Studenten auf Anregung von Dr. Mariana Hausleitner und finanziert von der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) für zwei Wochen nach Czernowitz, dem heute ukrainischen Cernivcy. Ziel unserer Reise war, die letzten noch in der Stadt lebenden Juden zu ihrer Lebensgeschichte zu befragen. Als methodische Grundlage diente uns der in der Geschichtswissenschaft nicht unumstrittene Ansatz der „Oral History“ (mündliche Geschichtsforschung), bei dem persönliche Erinnerungen als historische Quelle gewertet werden. Ergebnis des Projektes war der 1998 veröffentlichte Interviewband „Czernowitz is gewen an alte, jidische Schtot“, in dem diese persönlichen Erinnerungen durch einen Überblick über die Geschichte der Bukowina, historische Karten und einen die Lebensberichte inhaltlich vergleichenden Kommentar ergänzt wurden.

„Am 26. Juni 1940 kriegte der rumänische König Carol II. von Hohenzollern-Sigmaringen, ein deutscher Fürst, schlank und blond, und er liebte Geld und Frauen, ein Ultimatum, innerhalb von 24 Stunden Bessarabien und die Nordbukowina zu evakuieren. König Carol hat sofort seinen Kriegsrat einberufen, und man rief den Herrn Führer an. Und Hitler sagte: „Das Gebiet abtreten.“ Als der rumänische Botschafter um drei Uhr früh zu Molotov kam – die Russen arbeiten ja immer während der Nacht – nahm Molotov einen Stift und sagte: „Das gehört uns.“ Und darunter war auch Czernowitz. Das war nicht im Abkommen.“ (Zvi Yavetz, geb. 1925)

Die Bukowina mit ihrer Hauptstadt Czernowitz gehörte im Laufe der letzten hundert Jahre vier verschiedenen Staaten an. Bis 1918 wurde sie als Kronland vom Habsburger Reich verwaltet. Nach dem Ersten Weltkrieg fiel sie mit den Pariser Vorortverträgen an Rumänien. In Folge des Hitler-Stalin-Paktes besetzte 1940 die Rote Armee die Nordbukowina, ein Jahr später marschierten erneut die Rumänen ein. 1944 wurde die Region wieder in die Sowjetunion eingegliedert. Heute ist sie ein Teil der Ukraine. Die ethnische Zusammensetzung war vielfältig: Neben Ukrainern, Rumänen, Deutschen und Polen lebten dort vor allem an die deutsch-österreichische Kultur assimilierte Juden, die am Vorabend des Zweiten Weltkrieges ca. 30% der Bevölkerung von Czernowitz ausmachten. Das häufig als friedlich beschriebene Zusammenleben in der Vielvölkerregion fand ein jähes Ende, als der Großteil der Czernowitzer Juden im Herbst 1941 in Gettos und Lager jenseits des Grenzflusses Dnjestr deportiert wurden. In dem von Rumänen verwalteten, als „Transnistrien“ bezeichneten Gebiet starben zwei Drittel von ihnen unter qualvollen Bedingungen. Nach der

Befreiung der Lager im Frühling 1944 durch die Rote Armee emigrierte ein großer Teil der Überlebenden über Rumänien nach Israel.

„Ich erwarte umgehend den Erhalt des besprochenen Buches als auch Ihre wertige Meinung, ob auch ich über diese unvergessliche Stadt schreiben soll.“ (Isaak Ehrlich, geb. 1915)

Die Rezension des Buches in der in Israel erscheinenden Bukowiner Wochenzeitung „Die Stimme“ löste ein für uns erstaunlich großes Echo aus. Zahlreiche der heute in Israel lebenden Czernowitzer empfanden das starke Bedürfnis, ebenfalls über ihr Leben zu berichten. Die große Resonanz machte uns neugierig auf eine Fortsetzung des Projektes. Dank der neuerlichen Unterstützung der HBS konnten wir im Februar 2000 für zwei Wochen nach Israel fliegen. Die Mitarbeiter des Tel Aviver HBS-Büros hatten unser Projekt gut vorbereitet: Nach unseren Vorgaben waren schon Interviewpartner ausgewählt und Gesprächstermine vereinbart worden, so dass wir gleich nach unserer Ankunft mit der Projektarbeit beginnen konnten.

Jeweils zu zweit trafen wir an die fünfzig Czernowitzer in Tel Aviv, Haifa, Jerusalem, anderen Städten oder Kibbuzim. Es war überraschend festzustellen, wie sehr sich die israelischen und ukrainischen Gesprächspartner in Ausdrucksweise und Erinnerungen glichen. Allerdings sprachen die Menschen in Israel wesentlich offener, ausführlicher und selbstbewusster über ihre Lebenserinnerungen als die Juden in Czernowitz. Für uns bedeutete darüber hinaus die „israelische“ Komponente des Projekts, dass wir uns intensiv mit der Geschichte Palästinas und der Entstehung des Staates Israel auseinandersetzen mussten.

„In Czernowitz haben wir nicht viel über Palästina gewusst: Dass man in kurzen Hosen arbeitet, dass es ewig heiß ist, und dass man auf den Straßen singt und tanzt. Das hat uns gefallen.“ (Jakob Weiner, geb. 1921)

Für viele Czernowitzer Juden begann die Emigration nach Israel mit einem längeren Aufenthalt in Rumänien. Die politischen Veränderungen des Landes in der Nachkriegszeit veranlassten dann jedoch die meisten, über die Hafenstadt Constanta per Schiff nach Palästina auszureisen. Zwischenstation wurde für viele von ihnen die Insel Zypern, da die britische Mandatsregierung Palästinas den Zustrom der Juden einzudämmen versuchte. In den zypriotischen Internierungslagern mussten die Emigranten teilweise über zwei Jahre auf die Einreisegenehmigung nach Palästina warten. Die Gründung des Staates Israel im Mai 1948 bedeutete für die Czernowitzer Internierten einerseits ein Ende der Heimatlosigkeit, doch mussten sie andererseits die neugewonnene Existenz des jungen Staates sogleich gegen die arabischen Nachbarländer verteidigen. Die Schilderungen des Neuanfangs der Czernowitzer vermittelten

uns ein sehr persönliches Bild der schwierigen ersten Jahre in Israel.

„Es gibt ein jüdisches Postamt, es gibt jüdische Beamte, jeden Schutzmann wollte man streicheln.“ (Jetti Barbasz-Sosczyyn, geb. 1910)

Der direkte Kontakt zu Zeitzeugen ermöglicht Einblicke in historische Zusammenhänge, die sich beim bloßen Lesen oder auch in Seminaren in dieser Form nie ergeben würden. Durch die persönliche Sichtweise der Erzähler wird Geschichte für den „uneingeweihten“ Zuhörer veranschaulicht und individuell nachvollziehbar.

Ergebnis unserer Arbeit in Israel sind Tonbandaufnahmen, die etwa 130 Gesprächsstunden umfassen und rund zweihundert Fotos aus dem privaten Besitz der Czernowitzer. Dieses Material bildet die Grundlage des Buches „Zwischen Pruth und Jordan. Lebenserinnerungen Czernowitzer Juden“, das im Herbst 2002 im Kölner Böhlau-Verlag erscheint. In den sieben Kapiteln des Buches, nach chronologischen und thematischen Gesichtspunkten verfasst, wird die Geschichte der Stadt Czernowitz und ihrer Bewohner im 20. Jahrhundert nachgezeichnet, die historischen Fakten werden mit den Zitaten der Zeitzeugen kontrastiert.

Unsere Interviewpartner sind zwischen 1906 und 1933 geboren. Je nach Alter wurden politische Systemwechsel und gesellschaftliche Veränderungen sehr unterschiedlich wahrgenommen. Ebenso vielfältig ist der soziale und ökonomische Hintergrund der Gesprächspartner – von der Tochter eines Weißwäschenehlers zum Gutsbesitzersohn, vom ungelerten Fabrikarbeiter zur Universitätsabsolventin, von Kindern frommer galizischer Einwanderer zu jungen Zionisten oder Kommunisten. Diese Verschiedenheit unserer Interviewpartner erlaubt einen Blick auf das einstige Czernowitz, der viel differenzierter, viel spannen-

der und viel lebendiger ist als das übliche nostalgisch verklärte Portrait dieser Stadt, welches die Stadt auf die literarischen Größen Gregor von Rezzori, Rose Ausländer und Paul Celan reduziert.

„Der Paul Antschel [Celan] war ein Sonderling. Ich kannte ihn von der Schule. Er ist immer allein gegangen, im Regen spazieren gegangen. Mit hochgestelltem Kragen – man hat immer geglaubt, er ist bei der Geheimpolizei –, die Hände in den Taschen, auf der Herrengasse rauf und runter, im größten Regen, immer allein.“ (Jakob Weiner, geb. 1921)

Die Kombination aus Bildern, persönlichen Erinnerungen und fundierten fachlichen Hintergrundinformationen dürfte das Buch sowohl für Historiker und Studierende mit Schwerpunkt osteuropäischer und jüdischer Geschichte als auch für den neugierigen Laien besonders interessant machen.

Axel Halling studiert Osteuropastudien am Osteuropa-Institut der FU Berlin.

Gaby Coldewey hat Osteuropastudien studiert und arbeitet bei Stattdreisen..

* Die Zwischenüberschriften sind Zitate aus Interviews und Briefen der israelischen Gesprächspartner.

G. COLDEWEY, A. FIEDLER, S. GEHRKE, A. HALLING,
M. HAUSLEITNER, E. JOHNSON ABLOVATSKI,
N. KREIMEIER, G. RANNER

Zwischen Pruth und Jordan
Lebenserinnerungen Czernowitzer Juden

Böhlau Verlag Köln, Wien, Weimar, Herbst 2002
ISBN 3-412-07002-5, EUR 16,90

Rapallo, oder Peinliches auf Bios Sofa, oder pragmatische Kooperation – 2. Petersburger Dialog in Weimar

Von Sovieticus

Selten hat eine deutsch-russische Begebenheit so lange Schatten geworfen wie der zweite Petersburger Dialog (PD). Der erste Dialog vergangenes Jahr in St. Petersburg war gekennzeichnet von eher wenig Dialog und wenig Gesellschaft. Daraufhin gab es vielerlei Überlegungen und ein veritables Zwischentreffen ebendort, mit u.a. dem Beschluss, die Zahl der Teilnehmenden zu senken und die Repräsentanz gesellschaftlicher Gruppen zu erhöhen. Die Skepsis deutscher NGOs gegenüber dem PD, der sich vielleicht auf ihre Kosten zu einem Elitenforum entwickle, und die Vorsicht russischer NGOs, die den langen Arm der Präsidentschaftverwaltung sahen, verschufen sich Gehör. Das Bürgerforum im Kreml' im November 2001 wurde allgemein als Fortschritt im russischen Kontext gewertet – Staat und

Teile der organisierten Gesellschaft schienen sich in einen realen Dialog zu begeben.

Beide Seiten – sofern es sie denn überhaupt gibt – versuchten über die Inkorporierung von NGOs in den PD und nach Weimar, Bedenken zu dämpfen. Dies gelang auch teilweise. Dennoch gab es erneut Unzufriedenheiten. In den Arbeitsgruppen, eigentlich als Kern des PD gedacht, gab es erneut zu wenig Austausch und Debatten. Zwar war die Zahl der Teilnehmenden leicht abgesenkt. Doch wurden zugleich neue Gruppen von Anwesenheitsberechtigten eingeführt – Beobachter und Gäste, die präsent waren und deren Statusdifferenz sich keineswegs in reduziertem Redeverhalten abbildete. Und erneut warf der Gipfel einen langen Schatten: Tagesordnungen und Zeitpläne folgten

weitgehend den Gesetzen des Treffens der Herren Putin und Schröder.

Der mit dem Gipfel kombinierte Petersburger Dialog ähnelte einem mäandrierenden Fluss, der sich von Hotel zu Tageszentrum zu Innenstadt zu Hotel schob, gelegentlich staute und dann weitertrieb. Und in den Bewegungen dieses Flusses geschah manches, was weder antizipiert noch bestellt noch unerwünscht, sondern durchaus konstruktiv und informativ war. In den Nischen der Empfänge, auf den Migrationen durch die Innenstadt, in den Pausen der Arbeitsgruppen und während des Wartens auf die Staatsmänner ergaben sich Möglichkeiten für Gespräche, Regelungen, Projekte. Dies wird sowohl von der gipfelgläubigen wie von der gipfelkritischen Berichterstattung übersehen.

Das Übersehen ist unvermeidlich. Putin und Schröder haben immer einen höheren Nachrichtenwert, als Arbeitsgruppen, die sich um akademischen Austausch, das Umfeld von zivilgesellschaftlicher Entwicklung oder um Kulturbeziehungen kümmern. Deshalb sind die Voraussetzungen eines verbesserten Dialogs ebenso klar wie schwierig zu realisieren: Gipfel und PD müssen entkoppelt werden. Die Zahl der Teilnehmenden, gleich welcher Kategorie, muss begrenzt werden. Das Ausufern der eifersüchtigen Begehrlichkeiten ist zu begrenzen – was ohne den Gipfel auch leichter fallen wird. Eine Kerngruppe von Regerteilnehmern sollte mit wechselnden Abgeordneten, Experten und Journalisten verbunden und jeweils neu gemischt werden.

Wird dies geschehen? Skepsis zu nutzen sein wird. Wenn es die Geltungskonkurrenzen denn zulassen...

Allein die Tatsache, dass zwei wichtige Mitglieder der Antiterror-Koalition nach dem 11. September 2001 hier ein gutes Verhältnis zueinander demonstrieren, brachte eine Infotainment-infizierte Medienlandschaft dazu, das beliebte Gespenst von Rapallo wieder vom Speicher zu holen. Ein öffentlicher Diskurs, der sich weitgehend über Stereotypen vermittelt, funktioniert eben weitgehend über Zurufe

wie Rapallo, 1939, Jalta, Russlandhilfe, Beutekunst, schwierige gemeinsame Vergangenheit, Saunadiplomatie – und nun eben Schröderputin auf Bioleks Sesseln. Dadurch begeben sich die deutsch-russischen Beziehungen auf die Ebene von Dieter Bohlen und Verona, Inge Meysel und Patrick Lindner.

Das Medienecho galt im übrigen weitgehend zwei Ereignissen: Der Einigung von Weimar über die Abrechnung und Begleichung der sogenannten Transferrubel-Schulden der DDR bei der Sowjetunion, die den Nachfolgestaaten zugefallen waren, sowie dem Auftritt von Putin, und (ein wenig) Schröder, bei Alfred Biolek. In beiden Fällen war der Tenor, dass sich die Bundesregierung von dem Russen habe über den Tisch ziehen lassen: Warum waren wir so großzügig mit den Rubeln, haben wir nicht viel Geld verschenkt? Warum hat Schröder so viel gelächelt und so wenig gesagt, vor allem aber nicht eingegriffen, als Putin erklärte, die Russen hätten trotz mancher im Westen angezettelten Weltkriege nichts gegen die Deutschen, da sie, die Russen, immer gewonnen hätten?

Also. Man stelle sich vor, ein deutscher Bundeskanzler in einer renommierten, lebensfrohen Lifesendung, der dem russischen Präsidenten die Anfangserfolge und die gewonnenen Schlachten der Wehrmacht 1941–1943 entgegenhält. Ich bin nicht sicher, welche Presse das gegeben hätte. Selbst angenommen, er habe gewusst...

Und die (schon abgeschriebenen) Transferrubel – da fließen nun immerhin 500 Millionen € zurück, die sowohl Investitionen wie die Gespräch mit dem Pariser Klub beflügeln könnten.

Aber das sind Petitessen. Die sonst regelmäßig peinliche Biolek-Sendung wuchs auch dieses Mal nicht über sich hinaus. Dass sie sich treu blieb, damit haben ihre Gäste kalkuliert. Denn Peinlichkeit ist eine Kategorie aus dem Arsenal der Intelligenz, die bekanntlich keine Wahlen entscheidet – in Deutschland so wenig, wie in Russland.

Besuchen Sie die Homepage des Osteuropa-Instituts!

<http://www.oei.fu-berlin.de>

Hier erfahren Sie mehr über die Schwerpunktgebiete und Kontaktadressen unserer MitarbeiterInnen, Veranstaltungstermine, osteuropabezogene Internetquellen usw.

Außerdem erhalten Sie Einblick in das aktuelle Kommentierte Vorlesungsverzeichnis und andere Publikationen des OEI.

Herrn Professor Holm Sundhaussen zum 60. Geburtstag

Südosteuropa als Geschichtsregion – in Sundhaussenscher Perspektive

Beitrag zum Festsymposium, Berlin, den 20. April 2002

Stefan Troebst, Leipzig

Lieber Holm,
meine Damen und Herren,

den musikalischen Spannungsbogen, der mit diesem furiosen Intermezzo aufgebaut wurde, mit den Mitteln eines so spröden Mediums wie der Geschichtswissenschaft aufrecht zu erhalten, ist natürlich keine leichte Aufgabe, aber ich will es dennoch versuchen. Mein Thema ist der Sundhaussensche Beitrag zur Beantwortung der Frage, ob Südosteuropa eine Geschichtsregion darstellt, und falls ja: was deren distinktive Merkmale sind.

Dass historische Forschung ihre Gegenstände an erster Stelle nach Kategorien von Zeit und Raum zu ordnen sucht, liegt gleichsam in der Natur der Sache – das tun seit Homer Historiker weltweit. Aber ein Charakteristikum speziell der deutschen Geschichtswissenschaft ist das starke, bisweilen übermächtige Bestreben nach Periodisierung nicht nur in Epochen, Zeitaltern, langen oder kurzen Jahrhunderten, sondern weiter nach Wende-, Schwellen-, Achsen- oder Sattelzeiten. Und auch das Bemühen um Verräumlichung historischer Prozesse, also die Suche nach immer neuen erklärungsträchtigen Geschichtsregionen, scheint mir einen hohen „Teutonizitätsfaktor“ aufzuweisen. Für die historische Teildisziplin der Ost- und Südosteuropäischen Geschichte gilt dies in besonderer Weise, enthält doch schon ihre Benennung einen geschichtsräumlichen Bezug. Bezeichnenderweise handelt es sich bei diesem Regionalisierungsdrang um ein generationenübergreifendes Phänomen und damit um eine *longue durée*, was schon ein Blick in das Auditorium belegt: Angefangen bei Klaus Zernack, dem Begründer der vier Regionen osteuropäischer Geschichte, nämlich Ostmitteleuropa, Südosteuropa, Nordosteuropa und Russland, – angefangen bei Klaus Zernack also über Wolfgang Höpken und den Redner bis hin zu Andreas Helmedach und Dietmar Müller: sie alle haben zwischen Examen und Emeritierung über historische Raumbegriffe im allgemeinen oder Teilregionen Osteuropas im besonderen nachgedacht.

Daher kann es nicht überraschen, dass auch der Jubilar dem Zwang zu geschichtsregionaler Positionierung erlegen ist. Hinzu kam in seinem Fall, dass sein Berliner Vorgänger Mathias Bernath, der heute leider nicht hier sein kann, die Latte bereits hoch gelegt hatte: Bernath definierte 1969 in seinem Habilitationsvortrag erstmals – so der Vortragstitel – „Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin“, indem er die Region als durch eine eigentümliche „Einheit in der Vielfalt“ gekennzeichnete „Geschehenseinheit“ porträtierte.¹ Dieser kurze Aufsatz, der an Ideen von Bernaths akademischem Lehrer, dem Universal- und Südosteuropahistoriker Fritz Valjavec, anknüpfte, bildet seitdem den Ausgangspunkt aller weiterführenden

Überlegungen zum Thema, so auch derjenigen Holm Sundhaussens.

Wir haben heute Abend leider nicht die Zeit für einen systematischen Durchgang durch das Sundhaussensche Oeuvre, um dergestalt *seine* geschichtsregionale Sicht auf Südosteuropa herauszupräparieren. Daher will ich mich im folgenden auf die, wenn ich das richtig sehe, neueste Veröffentlichung des Jubilars zum Thema beschränken, den Beitrag „Südosteuropa und Balkan: Begriffe, Grenzen, Merkmale“ zu dem von dem heute in Leipzig, vormals am Dahlemer Osteuropa-Institut tätigen Südslavisten Uwe Hinrichs herausgegebenen und 1999 erschienenen „Handbuch der Südosteuropa-Linguistik“.² Dem Autor stellt sich hier – so wörtlich – „der Raum südlich von Una, Save und Donau als eigenständige historisch-kulturelle Region“ dar.³ Er optiert demzufolge für einen „engen“ Südosteuropa-Begriff – ohne Ungarn, Rumänien, Kroatien und Slowenien –, der mit dem Terminus „Balkan“ deckungsgleich ist. Als „langfristig strukturprägende Merkmale“ dieses Raumes, die ihn zu einer von anderen Teilen Europas unterscheidbaren Geschichtsregion machen⁴, nennt er insgesamt neun. Diese sind in knapper Zusammenfassung:

Erstens, „die Instabilität der Siedlungsverhältnisse und die daraus resultierenden ethnischen Gemengelagen auf kleinstem Raum“;

zweitens, „Verlust und späte Rezeption des antiken Erbes“ – ebenso wie das antike Griechenland auf dem Balkan lag, war dieser anschließend integraler Teil des Römischen Reiches und von Byzanz;

drittens, „das byzantinisch-orthodoxe Erbe“;

viertens, „die anti-westliche Grunddisposition“ – eine „kulturelle Distanz gegenüber West- und Mitteleuropa“, deren Beginn Sundhaussen auf das Hochmittelalter datiert;

fünftens, „das osmanisch-islamische Erbe“, entstanden während der 500-jährigen Herrschaft der Sultane über die Region;

sechstens, „die balkanische Lebensform“ – Stichworte sind hier etwa Transhumanz bzw. Fernweidewirtschaft sowie patriarchale Kulturmuster und Familienstrukturen;

siebtens, „der balkanische Synkretismus“ – ein nach Sundhaussen „spezifisches Kultur- und Institutionenmuster“, das bis ins 20. Jahrhundert hineingewirkt hat;

achtens, „gesellschaftliche und ökonomische, Rückständigkeit‘ in der Neuzeit“, d. h. das Abhängen von der Entwicklung West- und Mitteleuropas, sowie

neuntens schließlich „die Intervention der europäischen Großmächte“, die vor dem Epochenjahr 1989 imperialen Charakter hatte, seitdem primär auf Pazifizierung zielt.

In Sundhaussenscher Perspektive ergeben diese neun Strukturmerkmale ein „empirisch fundiertes *Merkmals-Cluster*, das dem Balkanraum sein unverwechselbares Profil verleiht“.⁵

Ich selbst würde noch einen zehnten Punkt anführen, nämlich das Entstehen einer ebenso von Beharrung wie von Adaptionsfähigkeit gekennzeichneten balkanischen Alltagskultur im 19. und 20. Jahrhundert, deren Teilbereiche wie etwa Lebensstile oder, wie gehört, Musik, aber auch – wie anschließend festzustellen sein wird – Küche und Genussmittelpräferenzen gerade für die Bewohner der Region selbst hohen Wiedererkennungswert haben.

Ich will das an einem Beispiel illustrieren: Unsere mit Balkanphilologie befassten nordamerikanischen Kollegen haben vor einigen Jahren für ihren Berufsverband ein Logo in Gestalt eines Symbols ihrer Untersuchungsregion gesucht und dieses auch binnen kürzester Zeit gefunden: Es ist ein Lebensmittel, das bei keiner balkanischen Hauptmahlzeit fehlen darf und das innerhalb wie außerhalb Südosteuropas – in diesem Fall des „weiteren“ Südosteuropas, also des gesamten Donau-Balkan-Raums – auf Anhieb als „typisch südosteuropäisch“ identifiziert wird: Die Rede ist natürlich von dieser kleinen Feldfrucht hier!⁶

Mit seinem Postulat von der Existenz des genannten balkanischen Merkmals-Clusters stellt sich Holm Sundhaussen explizit in die regionalisierende Tradition historischer Osteuropaforschung und nimmt zugleich ebenso explizit gegen diejenigen Fachvertreter Stellung, die das Nachdenken über Südosteuropa als Geschichtsregion für überflüssig, gar für politisch nicht korrekt, da für einen pejorativ konnotierten „Balkanismus“ halten.

Unser Grazer Kollege Karl Kaser etwa hat in der in diesem Monat erschienenen zweiten Auflage seines Buches „Südosteuropäische Geschichte und Geschichtswissenschaft“ das Kapitel „Die Geschichtsregion südöstliches Europa“ mit den folgenden Bemerkungen eingeleitet: „Eine der gravierendsten Änderungen im Vergleich zur ersten Auflage dieses Buchs besteht darin, dass nicht mehr versucht wird, eine Region ‚Südosteuropa‘ möglichst genau zu definieren und inhaltlich zu bestimmen. Zu evident ist deren Konstruktionscharakter, zu deutlich die negativen Auswirkungen solchen Bestrebens und zu stark der Widerstand von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen in einzelnen Ländern, ‚Südosteuropa‘ zugeordnet zu werden.“⁷ Alle drei Komponenten dieser Begründung für den Verzicht auf das geschichtsregionale Konzept Südosteuropa erscheinen dabei wenig überzeugend: Dass Räume nicht „sind“, sondern „gemacht werden“, wie der Berliner Geographiehistoriker Hans-Dietrich Schultz nicht müde wird zu betonen, und dass folglich auch historische Raumvorstellung das Resultat kognitiver Akte und somit wie jeder andere Prozess sozialer Verräumlichung natürlich das Ergebnis von „Konstruktion“ sind, ist ein Allgemeinplatz; dass einzelne Fachkolleginnen und -kollegen in der Region sowie vor allem aus der Region mesoregionale, d.h.

vor allem nationalstaatliche Einteilungen bevorzugen und makroregionale Konzepte ablehnen, ist willkommener Anlass zur transnationaler Diskussion, keinesfalls jedoch zur Aufgabe der Regionalkonzeptionen Südosteuropa bzw. Balkan; und die Annahme, dass die Verwendung dieser Konzeption als historisch-komparativer Analyserahmen eine politische Stigmatisierung der heutigen Staaten und ihrer Bewohner bewirke, kann getrost ins Reich der Legende verwiesen werden. Der Stabilitätspakt für Südosteuropa funktioniert nicht deshalb nicht, weil er so heißt, sondern weil die Adressatenländer mehrheitlich regionale Kooperation ablehnen. Nicht die Verwendung des Begriffs „Balkan“ ist ein „Balkanismus“, sondern die in der Regel ethnonational motivierte Verweigerung einer Zusammenschau der Region.

Die einschlägige Kontroverse zwischen unserer US-bulgarischen Kollegin Maja Todorova und dem Jubilar, die von Karl Kaser soeben weiter angefacht worden ist, geht also weiter. Das ist zweifelsohne gut so, denn Kontroversen sind nicht nur das Salz in der Suppe des Historikers, sondern vor allem der Fortschrittsmotor der Geschichtswissenschaft. (Übrigens ist die nächste Runde in der Todorova-Sundhaussen-Debatte bereits eingeleitet: In Heft 3/2002 der Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* wird eine Totaldekonstruktion des Sundhaussenschen Balkanbegriffes durch Frau Todorova stattfinden.⁸)

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit dieser flüchtigen Skizzierung deutlich machen, dass die eingangs gestellte Frage, ob Südosteuropa eine Geschichtsregion darstellt oder nicht, (a) eine grundlegende ist und (b) auch künftig aktuell bleiben wird. Lieber Holm, wir hoffen auf weitere ebenso profunde wie prononcierte Beiträge aus Deiner Feder zu diesem für unser Fach so zentralen Thema!

Stefan Troebst ist Professor für Kulturstudien Ostmitteleuropas an der Universität in Leipzig.

¹ Mathias Bernath: Südosteuropäische Geschichte als gesonderte Disziplin, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 20 (1973), S. 135–144.

² Holm Sundhaussen: Südosteuropa und Balkan: Begriffe, Grenzen, Merkmale, in: *Handbuch der Südosteuropa-Linguistik*, hrsg. v. Uwe Hinrichs unter Mitarbeit von Uwe Büttner. Wiesbaden 1999, S. 27–47.

³ Ebd., S. 35.

⁴ Ebd., S. 36.

⁵ Ebd., S. 42.

⁶ Scharfe Paprikaschote.

⁷ Karl Kaser: *Südosteuropäische Geschichte und Geschichtswissenschaft*. 2. Auflage, Wien, Köln, Weimar 2002, S. 19.

⁸ Maria Todorova: Der Balkan als Analysekategorie: Grenzen, Raum, Zeit, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), H. 3 (Themenheft „Mental Maps“, hrsg. v. Christoph Conrad).

